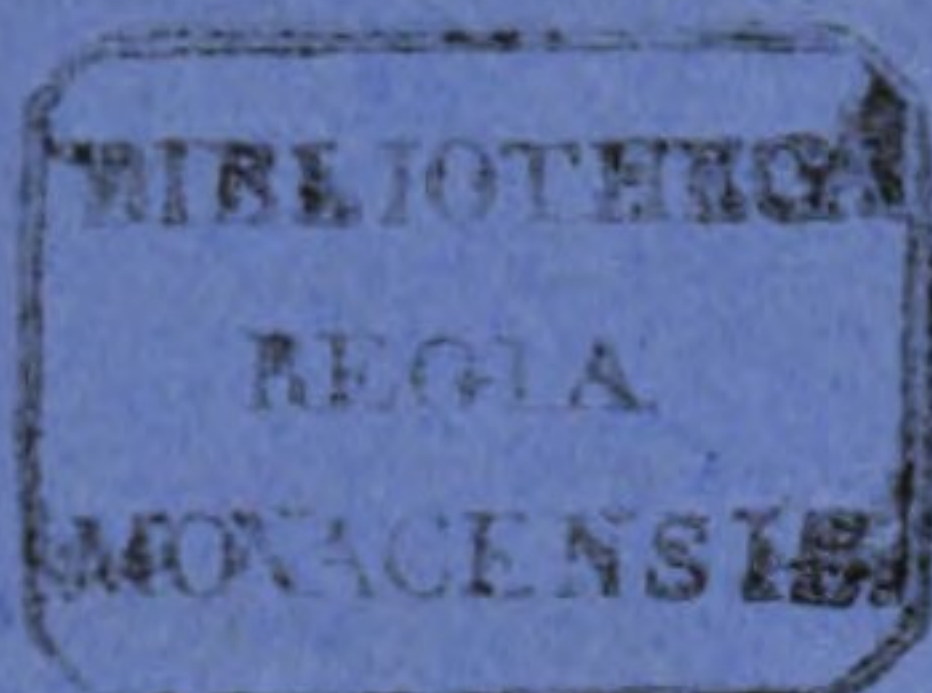


H. Mon.

537^c

Schuppe

H. Mon. 537 5



Das Wesen
und
die Rechtsverhältnisse
der
neueren
religiösen Frauengenossenschaften.

Zum practischen Gebrauche dargestellt

von

F. Schuppe,

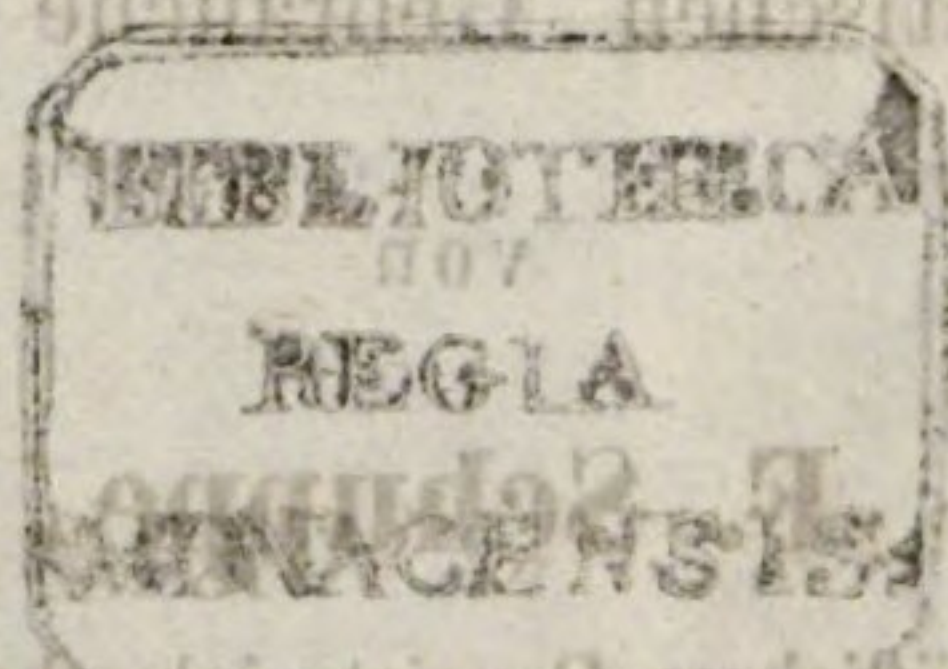
Fürstbischöflichem Consistorialrathe in Breslau.

Mainz,
Verlag von Franz Kirchheim.

1 8 6 8.

Das Wesen
und
die Rechtsverhältnisse
der
religiösen
Eugenengemeinschaften.

Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.



Mainz,
Verlag von Franz Kirchheim.

Mainz,
Druck von Franz Sausen.

Sr. Fürstlichen Gnaden,

dem Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof von Breslau,

Herrn Dr. Heinrich Förster,

Hausprälat Sr. Heiligkeit und Thronassistenten des päpstlichen Stuhles, Grosskreuz
des Rothen Adler-Ordens und des Kronen-Ordens, Ritter des Fürstl. Hohenzollern'schen
Haus-Ordens I. Classe, des Ordens der eisernen Krone I. Classe und Grosskreuz
des Königl. Belgischen Leopold-Ordens

in tiefster Ehrfurcht zugeeignet

Vom
Verfasser.

Sr. Fürstlichen Gnaden,

dem Hochwürdigsten Herrn Fürstbischof von Breslau,

Herrn Dr. Heinrich Förster,

Haus-Ordre I. Classe, des Ordens der eisernen Krone I. Classe, und Grosskreuz
des Roten Adler-Ordens und des Kronen-Ordens, Ritter des Fürstl. Hohenzollern'schen
Haus-Ordre Sr. Heiligkeit und Thronassistenten des päpstlichen Stuhles, Grosskreuz
des Königl. Belgischen Leopold-Ordens

in tiefster Ehrfurcht zugeeignet

vom

Verfasser.

Mein

Druck von Franz

Plan und Eintheilung.

Im ersten Kapitel der folgenden Schrift sind die Gründe angegeben, welche mich im Allgemeinen zur Herausgabe derselben bestimmten, daher habe ich mich hier nur über den eigentlichen Plan auszusprechen. Es geschieht dies an dieser Stelle, weil der Text des Buches lediglich der Entwicklung des Systems gewidmet ist, daraus Folgendes und dazu Gehöriges zu enthalten hat, aber von der aus persönlichen Ansichten hervorgehenden Rechtfertigung des Planes und des aus ihm entspringenden Ganges frei bleiben musste.

Apologetische, schildernde Schriften über die Thätigkeit der neueren religiösen Frauengenossenschaften sind schon früher und auch in den letzten Decennien erschienen, zu einer Vermehrung dieser Literatur lag kein Bedürfniss vor.

Wohl aber hatte ich, nachdem ich gegen zehn Jahre das Wirken einer solchen Congregation aus unmittelbarster Nähe beobachtet, zum Theil mit derselben zusammen gearbeitet und ihr in Rechtsangelegenheiten Beistand geleistet hatte, die Ueberzeugung gewonnen, dass ein Werk practischen Inhalts, eine Darlegung der verschiedenen Rechtsverhältnisse, kaum noch entbehrt werden könne. Die Verbreitung dieser Vereine ist eine grossartige, ihrer Häuser sind in vielen Diöcesen mehr als hundert, ihre Mitglieder zählen nach Tausenden, ihre Verhältnisse aber sind auch Denen, welche mit ihnen zu thun, ihnen Rath und Hilfe zu gewähren haben, noch grossentheils unklar, die folgeschwere Verwechselung mit den Orden ist noch durchaus nicht von der Tagesordnung verschwunden, die Staatsgesetze sind den frommen Schwestern und vielfach auch

ihren Berathern fast unbekannt und so entspringen tausendfache Verlegenheiten und Missstände, welchen oftmals bei der nöthigen Gesetzeskenntniss leicht hätte vorgebeugt werden können. Zwar ist schon 1857 (bei Hurter in Schaffhausen) eine Schrift von Dr. Schels „Die neueren religiösen Frauengenossenschaften, nach ihren rechtlichen Verhältnissen dargestellt“ erschienen, welche in ihrer Art höchst schätzbar ist, dem Bedürfniss aber nicht genügt. Schels beschäftigt sich, wie bei der ersten Bearbeitung dieses Gegenstandes auch durchaus gerechtfertigt war, zum grossen, man kann fast sagen, überwiegenden Theile mit der Geschichte, namentlich der Institution der General-Oberin, daneben werden aber andere, im practischen Leben wichtige Punkte theils nicht genügend dargestellt, theils zerrissen oder, wenigstens nach meiner Ansicht, nicht richtig formulirt; hierdurch verliert das Buch an practischem Werth und habe ich selbst bei früherem Gebrauche desselben diesen Mangel empfunden. Ferner aber beschäftigt sich Schels beinahe gar nicht mit den weltlichen Gesetzgebungen, welche nothwendig zu beachten sind und deren Vernachlässigung die grössten Verluste und Uebelstände herbeiführt; ebenso wenig sind einige andere Gegenstände, welche, wie die Gelübde, die Corporationsrechte und die äusseren Verhältnisse, von der höchsten Wichtigkeit sind, erörtert, vielmehr sind nur unzureichende Andeutungen darüber gegeben. Ich habe von der Existenz des Schels'schen Buches — ganz abgesehen von seinem wissenschaftlichen Werthe — den Vortheil gezogen, dass ich mich über die Geschichte einzelner Institutionen nur in geringem Maasse zu verbreiten brauchte; ich habe mich deshalb namentlich über die Entstehung und Geschichte der General-Oberin kurz fassen und überall vorzugsweise an das geltende Recht halten können und hierbei den Grundsatz beobachtet, die historische Entwicklung nur soweit zur Darstellung zu bringen, als zum Verständniss des jetzigen Rechtes nothwendig ist.

Ein sehr wichtiger Zweig ist meines Erachtens die Competenzfrage; viele, leicht zu vermeidende Fehltritte, Unzuträglichkeiten und Streitigkeiten entstehen aus der Unkenntniss dessen, wozu der Einzelne befugt oder verpflichtet ist, aus dem Uebersehen der vom

Gesetz gezogenen Schranken der sonst freien Dispositionsbefugniß, ich habe deshalb hierauf besonderen Werth gelegt und die Competenz der einzelnen Vorgesetzten, Untergebenen und Behörden möglichst zu eruiren gesucht.

Die Lehre von den Gelübden ist bisher, wo überhaupt davon die Rede war, in der Regel mehr vom ethischen Standpunkte aus behandelt worden, namentlich in den Constitutionen werden die juristischen Vorschriften grossentheils mit moralischen Ermahnungen so vermischt, dass zur Sonderung beider Seiten und besonders zur Erkenntniß der rechtlichen Consequenzen eine, bei Frauen doch nicht gerade gewöhnliche, juristische Befähigung gehört; die Rücksicht auf das Bedürfniss bestimmte mich auch, hier einige Formulare beizugeben, welche mit geringen Abänderungen und Beachtung des in jedem Lande üblichen Kanzleistyls vielfach brauchbar sein werden.

Die Beziehungen zur Staatsgewalt und anderen Behörden gaben mir Veranlassung, einige Wahrnehmungen, welche ich im practischen Verkehr gemacht hatte, niederzulegen; Vielen wird dadurch nur Bekanntes gesagt worden sein, Vielen aber hoffe ich dadurch nicht unnütze Winke gegeben zu haben. Auch die beigegeführten Formulare, bei denen Abänderungen wegen der Landesgesetze leicht gemacht werden können, sind der Praxis entsprungen.

Es erübrigt noch, Einiges über die Eintheilung der Schrift zu sagen. Ich hätte mich dabei an irgend ein Handbuch oder auch, was vielleicht zweckmässig scheinen könnte, an irgend ein Statut anschliessen können; ich wählte den eingeschlagenen Weg aus folgenden Gründen.

Zuvörderst war klare Feststellung des Begriffs nothwendig; hierzu gehört die in den beiden ersten Kapiteln enthaltene Darlegung der charakteristischen Eigenschaften dieser Vereine, der Rechtsquellen und der Einheit als der Grundidee des Organismus derselben.

Demnächst war nach chronologischer Ordnung die Lehre von der Neugründung solcher Congregationen zu besprechen; es ist zwar fraglich, ob das bevorstehende allgemeine Concil die Bildung solcher Vereine noch ferner gestatten wird, aber eben, weil es noch

VIII

fraglich ist, durfte dieser wichtige Punct nicht übergangen werden; bis zum Verbot sind jedenfalls derartige neue Verbindungen noch zulässig, auch gehört die Darstellung der desfallsigen Grundsätze zur Vollständigkeit.

Zweifelhaft konnte erscheinen, ob zuerst die innere Organisation oder die Unterordnung unter die kirchlichen Behörden zu behandeln war; ich hielt dafür, dass zuerst das Verhältniss der Vereine zum Ganzen der Kirche zu erörtern, ihre Beziehungen zur Kirchengewalt festzustellen waren, weil dieselben Grundbedingungen ihrer Existenz sind und weil vor Beleuchtung der Autonomie, welche den Congregationen zusteht, an eine Betrachtung der Befugnisse, die den inneren Vorgesetzten zukommen, nicht gedacht werden kann. Die Autonomie und die Obedienz gegen die kirchlichen Instanzen bilden zusammen die Rechtssphäre, innerhalb deren der Verein sich bewegt, daher mussten beide Puncte zusammen erörtert werden und folgte erst hierauf mit Nothwendigkeit die Darstellung der inneren Verwaltung.

Hiermit war ein Theil des Werkes abgeschlossen, es blieben nun die Gelübde, Aufnahme und Entlassung der Mitglieder und einzelne Bestimmungen, welche zwar von geringerer Wichtigkeit sind, bei einer möglichst vollständigen Darstellung des Rechtszustandes aber nicht entbehrt werden konnten, zu betrachten.

Nachdem in dieser Weise die canonisch-rechtlichen Verhältnisse, welchen nur bei der intricaten Materie des Gelübdes der Armuth Bemerkungen über das weltliche Recht beigelegt werden mussten, erörtert waren, konnte und musste zu den äusseren Verhältnissen übergegangen werden, nämlich zu der Stellung dieser Vereine zur Staatsgewalt, zu den Puncten, welche bei Errichtung und Leitung eigener Anstalten von Wichtigkeit und aus Rücksicht auf die weltliche Gesetzgebung zu beachten sind, und zu den Beziehungen, welche bei Leitung fremder Anstalten besonders interessiren.

Bei dieser Eintheilung, welche wohl als naturgemäss anzusehen ist, war es allerdings unumgänglich, manche Materien je nach ihren einzelnen Seiten an verschiedenen Orten zu besprechen, ich glaube

aber, dies würde auch bei einem andern Gange nicht zu vermeiden gewesen sein und habe auch noch kein Handbuch über irgend eine, mit dem Leben in Verbindung stehende Institution gefunden, in welchem nach Weise der Mathematik ganz ohne Vorgreifen dessen, was erst später zur Erledigung kommt, oder ohne Auseinandernehmen von Dingen, welche in der Praxis mit einander verschmolzen sind, das System aufgebaut worden wäre; dies ist eben bei einem lebendigen Organismus unmöglich. Dem Mangel, welcher für die practische Brauchbarkeit daraus entstehen könnte, ist, wie ich meine, durch das Inhalts-Verzeichniss und das Register vollständig abgeholfen.

Die Beschaffung des nothwendigen Materials — dies sei mir noch gestattet in Kürze zu bemerken — war theilweise mit grossen Schwierigkeiten verbunden; so weit dasselbe auf buchhändlerischem Wege oder aus Bibliotheken zu erlangen, konnte ich mir verschaffen, was ich brauchte, die Constitutionen der einzelnen Vereine aber nebst zugehörigen Documenten zu erhalten, war theils schwierig, theils unmöglich. An viele Orte hatte ich mich unter offener Angabe des Zweckes gewendet und um die nöthigen Mittheilungen gebeten, auch die Fürsprache einer hohen Autorität in Aussicht gestellt für den Fall, dass man Anstand nähme, mir als einem Unbekannten wichtige Nachrichten oder Urkunden anzuvertrauen; von einigen Seiten wurde mir die freundlichste Gewährung meiner Bitte zu Theil, für welche ich auch herzlich dankbar bin, obgleich das gebotene Material für meinen Zweck nicht überall ausreicht, von mancher Seite aber erhielt ich auch auf wiederholtes Ansuchen nicht einmal eine Antwort, es erging mir ähnlich wie Schulte, welcher in der Vorrede zu seinem *Status dioecesium catholicarum in Austria Germanica etc.*, Gissae 1866, gleiche Erfahrungen beklagt. Desto grösseren, innigeren Dank aber sage ich hierdurch den hochwürdigen Herren, welche mein, wie ich glaube, gemeinnütziges Unternehmen mit grosser Freundlichkeit durch Uebermittlung der gewünschten Nachrichten unterstützten. Ein eigentlicher Mangel ist übrigens durch das Fehlen mancher Constitutionen nicht entstanden, da es mir hauptsächlich darauf ankam, das

gemeine Recht festzustellen, hierzu aber das vorhandene Material vollkommen genügte und Abweichungen, welche in einzelnen Statuten sich finden, eben in diesen und durch sie feststehen, die möglichen Ausnahmen von den allgemeinen Grundsätzen auch in den nachfolgenden Zeilen angedeutet sind und in einem Werke allgemeinen Zweckes nicht einzeln aufgeführt zu werden brauchen.

Das Recht und die christliche Liebe sind der Gegenstand dieser Schrift, möge sie mit Milde und Gerechtigkeit aufgenommen werden und beitragen, dass diese segensreichen Vereinigungen katholischer Frauen gefördert und vor Nachtheil behütet werden.

Breslau, den 1. Juli 1868.

F. Schuppe.

I n h a l t.

Erstes Kapitel.

G r u n d l a g e.

§. 1.	Begriff der neueren Frauengenossenschaften und Unterschied von den Orden	1
§. 2.	Rechtsquellen	11

Zweites Kapitel.

Die Einheit als Grundprincip der Verfassung

13

Drittes Kapitel.

Gründung neuer Institute

22

Viertes Kapitel.

Autonomie und Verhältniss zu den kirchlichen Behörden.

§. 1.	Oberste Leitung im Allgemeinen	27
§. 2.	Autonomie und Verhältniss zum Diöcesan-Bischofe	30
	A. Gerichtsbarkeit	32
	B. Verwaltung	35
	a. I. Gründung und Auflösung von Niederlassungen	36
	II. Aufnahme von Mitgliedern	39
	III. Verwendung der Mitglieder	42
	IV. Disciplin und Visitation	46
	b. Vermögensverwaltung	49
§. 3.	Der Cardinal-Protector. Superior. Spiritual	58
§. 4.	Beziehungen zum Pfarrer	63
§. 5.	Das Beichtvateramt	67

Fünftes Kapitel.

D i e V e r f a s s u n g.

§. 1.	Die General-Oberin. a. Wahl und Amtsdauer	74
	b. Functionen	81
§. 2.	Die Assistentinnen. Der Rath	85
§. 3.	Das General-Kapitel	87
§. 4.	Die Local-Oberinnen und die Filialen	88

XII

	Seite
Sechstes Kapitel.	
D i e G e l ü b d e.	
§. 1. Natur und Gültigkeit	93
§. 2. Inhalt. a. Der Gehorsam	97
b. Die Armuth	99
c. Die Keuschheit. Clausur	109
§. 3. Endschaft der Gelübde. Dispensation	112

Siebentes Kapitel.	
Aufnahme und Entlassung.	
§. 1. Aufnahme. Noviziat	119
§. 2. Entlassung	127

Achtes Kapitel.	
Einzelne kirchliche Bestimmungen.	
	130
Neuntes Kapitel.	
Aeussere Verhältnisse.	
§. 1. Beziehungen zur Staatsgewalt	134
§. 2. Gründung und Leitung eigener Anstalten	142
§. 3. Leitung fremder Institute	150

Schluss	161
----------------	-----

Viertes Kapitel.	
Autonomie und Verhältnisse zu den kirchlichen Behörden.	
§. 1. Oberste Leitung im Allgemeinen	157
§. 2. Autonomie und Verhältnisse zum bürgerlichen Staate	160
A. Gerichtsbarkeit	162
B. Verwaltung	165
a. I. Gründung und Auflösung von Niederlassungen	166
II. Aufnahme von Mitgliedern	168
III. Verwendung der Mitglieder	172
IV. Disziplin und Visitation	176
b. Vermögensverwaltung	178
§. 3. Der Cardinal-Protector. Superior. Spiritual	178
§. 4. Beziehungen zum Staat	182
§. 5. Das Bisthum	187

Drittes Kapitel.	
Die Verfassung.	
§. 1. Die General-Oberin. a. Wahl und Amtsdauer	174
b. Funktionen	181
§. 2. Die Assistentinnen. Der Rath	185
§. 3. Das General-Kapitel	187
§. 4. Die Local-Oberinnen und die Filialen	188

Register.

Die Zahl bei jedem Wort bedeutet die Seite.

Abberufung 46.
 Ablegung der Gelübde s. Gelübde.
 Absetzung, der Assistentinnen 34.
 der Beamtinnen 33, 46, 82.
 der General-Oberin 33, 62.
 der Local-Oberinnen 34, 82, 89.
 Abstimmung 75.
 Ackernutzung 52.
 Aemter, Ernennung dazu 82, 89.
 Ambitosae, Bulle 50 u. f.
 Analecta juris pontificii 11.
 Anerkennung der Vereine s. Appro-
 bation.
 Animadversionen, Bedeutung ders. 11.
 Anstalten, eigene 142.
 fremde 150.
 Approbation 23, 27.
 Armuth 8, 9, 99 u. f.
 Assistentin 95 u. f.
 Aufnahme neuer Mitglieder 39, 82,
 119 u. f.
 Aufnahme neuer Bedingungen 119, 124.
 Aufnahme von Pfründnern u. dergl. 153.
 Augsburg, Bischof von, Erlass an die
 englischen Fräuleins 19.
 Ausbildung der Candidatinnen, Kosten 14.
 Ausschluss einer Professschwester 32,
 127.
 Austritt 127.
 Autonomie 27, 43.
 Baden 105, 134.
 Baiern 105, 135.
 Barmherzige Schwestern vom heiligen
 Carl, Bestätigung 9.
 Begräbniss 65.

Beichtvater 67 u. f.
 Amtsdauer 69.
 Ausserordentlicher 73.
 besonderer (particularis) 73.
 Eigenschaften 70.
 Ernennung 67.
 Beneplacitum apostolicum s. Veräus-
 serung.
 Beständigkeit, Gelübde der, 126.
 Bestätigung der General-Oberin 44, 78.
 Bezirks-Oberin s. Provincial-Oberin.
 Bischof, Einfluss auf die ganze Con-
 gregation 28.
 Bischof, Gerichtsbarkeit 30, 32, 96.
 Jurisdiction s. Gerichtsbarkeit.
 Verwaltungsbefugnisse 35.
 Bruderschaften 132.
 Cabinets-Ordre für Corporationsrechte
 136.
 Candidatin 120.
 Cardinal-Protector 58 u. f.
 Clausur 6 u. f., 109 u. f.
 Concurrenz kirchlicher Vereine 26.
 Confessarius s. Beichtvater.
 Congregation, heilige, der Bischöfe und
 Regularen 28.
 Congregation, heilige, des Concils von
 Trient 28.
 Congrégations non cloitrées 10.
 Constitutionen, als Rechtsquellen 11.
 Corporationsrechte 134 u. f.
 Cum alias, Bulle 36.
 Darlehn 52 u. f.
 Deposition s. Absetzung.

Diöcesan-Institute 30.
 Disciplin 46, 81 u. f.
 Disciplinarbefugnisse 153.
 Dispensation von den Gelübden 112 u. f.
 kleine 84, 91.

Dos s. Mitgift.

Ebraldsbrunnen, Orden von, 13.

Eigenthum der Professschwestern s.
 Armuth.

Einheit 13 u. f.

England 134.

Entlassung der Novizen 82, 124.

der Professschwestern s. Aus-
 schluss.

Entreprise-Contracte 151.

Erben s. Armuth.

Erkenntniss des Ober-Tribunals vom
 27. October 1860 106.

Ernennung der General-Oberin 45.

der Beamtinnen 81 u. f., 88.

Erziehung von Knaben 131.

Etat 54, 151 u. f.

Examen vor der Einkleidung und Pro-
 fess 40 u. f., 125.

Examen der Lehrerinnen 147.

Exemption von der bischöflichen Ge-
 walt 30 u. f.

Exemption von den Pfarrrechten 66.

Exercitien 77, 121 u. f.

Filiale 89.

Gründung und Auflösung 36 u. f.

Oberin s. Local-Oberin.

Vermögen 92.

Vermögensverwaltung 50 u. f., 90.

Formulare zu Anträgen auf Vermögens-
 herausgabe u. dergl. 115 u. f.

Formulare zu Stiftungsurkunden 136
 u. f.

Formulare zu Contracten über fremde
 Anstalten 155.

Fräuleins, englische, keine wahren Re-
 ligiosinnen 9, 20.

Fräuleins, englische, Bestätigung 2, 18.

Fräuleins, englische, Streit mit dem
 Bischof von Augsburg 18 u. f.

Furcht s. Zwang.

Gehorsam 43, 97 u. f.

Gelübde 39 u. f. 93 u. f.

Ablegung 39, 124.

Anfechtung 96.

Dauer 125.

Endschaft 112 u. f.

Erfordernisse 93.

Gültigkeit 93.

Inhalt 94.

Natur 93.

Nichtigkeit 96, 112.

Wirkung s. Inhalt.

Genehmigung, landesherrliche, zum
 Grunderwerb etc. 136.

Genehmigung, zur Gründung von Kran-
 kenhäusern u. dergl. 144.

Genehmigung, bischöfliche, zur Grün-
 dung etc. 143.

Generalat s. Rath.

General-Kapitel 17.

General-Mutterhaus, Vermögen dessel-
 ben 50 u. f.

General-Oberin 20 u. f.

Absetzung s. d. W.

Amtsduer 79.

Eigenschaften 79.

Functionen 81.

Wahl 74.

General-Vicar 70.

Gerichtsbarkeit 32,
 des Cardinal-Protectors 60
 u. f.

Geschäftsgang bei Gründung von Filia-
 len 37.

Geschenke 54, 136.

Gesundheit 119, 120.

Gründung neuer Vereine 22 u. f.
 eigener Institute 142 u. f.

Gütergemeinschaft 101, 103.

Handel, geistl. Instituten verboten 50.

Hausapotheke 145.

Institutum cum vobis simplicibus 10.

Irrthum 95.

Jurisdiction des Pfarrers 64.

des Bischofs s. Bischof.

Keuschheit 109 u. f.
 Krankenhaus 142, 150.
 Krankenpflege, ambulante 142.
 Laienschwestern 130.
 Litaneien 131.
 Local-Oberin 88.
 Verhältniss zum Bischofe 89.
 zur General-Oberin 89.
 Functionen 91.
 Manifestatio conscientiae 131.
 Mitgift 56, 128.
 Mittheilung der Statuten 133.
 Mutterhaus, Aenderung, Auflösung,
 Verlegung 38.
 s. General- und Provincial-
 Mutterhaus.
 Nassau 135.
 Niederlassung s. Filiale.
 Nordamerika 105, 134.
 Novize, Aufnahme s. d. W.
 Ausbildung 121.
 Verhältnisse 123.
 Noviziat, Dauer 123.
 Noviziat (Haus) 38.
 Novizmeisterin 82, 85, 86.
 Obedienz s. Gehorsam.
 Obere des Vereins, Rechte derselben 43.
 Oesterreich 103, 134.
 Pacht 51 u. f.
 Pensionat 146.
 Pfarrer, als Beichtvater 70.
 Pfarrmesse 65.
 Pfarrrechte 63.
 Postulantin s. Candidatin.
 Pouvoir domestique 43.
 Preussen 106, 135.
 Privatschule 146.
 Privatverein 22, 23, 27.
 Privilegien gegen Errichtung anderer
 kirchlicher Institute 26.
 Probezeit s. Noviziat.
 Provincial-Mutterhaus 38, 90.
 Provincial-Oberin 90.
 Prüfung der Statuten 24.
 der Subsistenzmittel 25.

Quamvis justo, Bulle 3, 20.
 Quittungsleistung 53.
 Quoniam ad institutam, Bulle 36.
 Rangordnung der Schwestern 130.
 Rath 81, 85.
 Rath von auswärtigen Personen 133.
 Rechnung 55, 91, 156 u. f.
 Recht der Vereinsoberen zur Verwen-
 dung der Mitglieder 42, 43.
 Rechtsfähigkeit nach der Profess s.
 Armuth.
 Redensarten, schwärmerische 132.
 Regularen als Beichtväter 71 u. f.
 Reisen der Schwestern s. Clausur.
 Reparaturen 152.
 Sachsen 135.
 Sacristanin 86.
 Schaffnerin 86.
 Schulen der Congregation 146.
 fremde 154.
 Schulendeputation 148.
 Schulrevisor 67, s. auch Schulen.
 Schweiz 105.
 Selbstverwaltung, Inhalt derselben 35
 u. f.
 Speisezimmer 132.
 Spiritual 63.
 Sprechzimmer 110 u. f.
 Staatsgewalt, Beziehungen zur, 134.
 Statuten 11, 25, 30.
 Sterbesacramente 65.
 Steuern der Filialen 84, 91.
 Stiftungsurkunde 136 u. f.
 Strafe 32.
 Subaltern-Chargen 92.
 Sündenbekenntniss 131.
 Superior 62, 76, 82.
 Tagesordnung 132.
 Terrulas, Canon 51.
 Unterschied der Orden und der Con-
 gregationen 6.
 Unterschied der einfachen und feier-
 lichen Gelübde s. Gelübde nament-
 lich 93 und 98.

Veräusserung 50 u. f.
 Verfassung 74 u. f.
 Verhältnisse, äussere 134.
 Verkehr mit Fremden 109.
 Vermächtniss, Annahme oder Ablehnung 54.
 Vermögen der Congregation 50.
 des General-Mutterhauses desgl.
 der einzelnen Schwestern s.
 Armuth.
 Vermögensfähigkeit nach der Profess
 s. Armuth.
 Versetzung der Schwestern 21, 46, 82.
 Verwalter 54.
 Verwaltung 35, 54.
 Verwendung der Mitglieder 42.
 Vicarinnen s. Provincial-Oberin.
 Visitation der General-Oberin 47, 83.
 des Bischofs 48.

Wälder 52.
 Wahl der Vorgesetzten im Allgemei-
 nen 44.
 Wahl der General-Oberin, Assistentin-
 nen u. s. w. s. d. W.
 Wahlberechtigung 76.
 Wahlfähigkeit 76, 78, 85.
 Wahlverfahren 77.
 Wahlvorstand 77.
 Waisenanstalt 145, s. auch Anstalten.
 Ward, Maria 20.
 Weg zur Gründung neuer Vereine 23
 u. f.

Zinsen 53.
 Zwang 96.
 Zwangsmittel gegen ungehorsame
 Schwestern 47.

Erstes Kapitel.

G r u n d l a g e.

§. 1. Begriff der neueren Frauengenossenschaften und Unterschied von den Orden.

Der erste Zweck bei den weiblichen Orden war lediglich die eigene Heiligung durch Gebet und Abtödtung; diesem Zwecke entsprach es, dass die Nonnen sich von der Welt absonderten, gegen jede Versuchung durch deren Reize abschlossen und in stiller Einsamkeit lebten. Dieser Zustand währte nicht lange. Der Abschluss von der Aussenwelt wurde mehrfach durchbrochen, die kräftigen, liebeglühenden Herzen ertrugen nicht überall die Beschränkung auf sich selbst und suchten ihr Heil in Bethätigung der christlichen Liebe zu fördern. Aber die regellose Durchbrechung der mit weiser Rücksicht auf die Rohheit der Zeit von der Kirche gezogenen Schranken hatte die Folge, dass die Klosterzucht an vielen Orten erschlaffte, Unordnung und Missbräuche sich einschlichen und der Hauptzweck des klösterlichen Lebens, die eigene Heiligung der Gott geweihten Jungfrauen, verloren zu gehen drohte; daher ordnete Papst Bonifacius VIII. in der Bulle „Periculoso“ an, dass keine Nonne nach Ablegung der Gelübde das Kloster verlassen dürfe (ausser in den vom Gesetz bestimmten Fällen) und dass keiner fremden Person (ohne erhebliche Ursache und Erlaubniss der zuständigen Behörden) der Zutritt zum Kloster freistehen solle. Diese Bestimmungen, für deren Ausführung weitere practische Befehle gegeben waren, genügten aber nicht, der Gehorsam gegen dieselben erschlaffte im Laufe der Zeit und das heilige Concil von Trient sah sich zu neuen, umfassenden Verordnungen unter Hinweisung auf die Bulle „Periculoso“ veranlasst; dieselben wurden in der 25. Sitzung de reg. et monial. gegeben, später aber durch Pius V. Constitution „Circa pastoralis“ verschärft, so dass die Klöster lediglich auf ihre ursprünglichen Zwecke des Gebets und der Abtödtung verwiesen waren; durch eine Declaration der heiligen Congregation über die Angelegenheiten der

Bischöfe und Regularen vom 31. August 1575 wurde zwar denjenigen Klöstern, welche sich bis dahin schon mit der Erziehung von Mädchen beschäftigt hatten, die Aufnahme neuer Zöglinge gestattet, aber mit solchen Beschränkungen, dass diese Thätigkeit immer nur in sehr engen Grenzen bleiben konnte; im Grossen und Ganzen hielt die Kirche mit ihrer unbeugsamen Logik die Grundsätze fest, welche sie zur Erreichung des Klosterzweckes und Erhaltung der Reinheit des klösterlichen Lebens für nothwendig erachten musste.

Der christlichen Liebe waren hierdurch andere Wege angewiesen worden, als diejenigen, welche sie zuerst in Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse einschlagen wollte, die eifrige Thätigkeit begeisterter Männer und Frauen wusste dieselben auch zu finden. Zunächst konnte allerdings die Barmherzigkeit nur in der Form der reinen Privatwohlthätigkeit auftreten, doch schon der heilige Vincenz von Paula wusste dieselbe zu organisiren und ihr durch die Vereinigung opferwilliger Kräfte grössere Intensität und Ausdauer zu verleihen¹⁾. Die frommen Frauen, welche die Mittel suchten und fanden, nicht nur neben ihren häuslichen Geschäften den Armen zu dienen, sondern sich mit ihrer ganzen Existenz der Pflege der Armuth zu widmen, sahen bald ein, dass bei ihrem mühevollen Berufe geistlicher Rath und Hilfe ihnen Noth that, daher erbaten sie solche von Pfarrern und Bischöfen; da die gemeinsame Thätigkeit behufs voller Entfaltung der Kräfte auch gemeinsames Leben erforderte, wurden Regeln für dasselbe entworfen und von den Bischöfen gelobt und geschützt; ebenso wichtig für die Erreichung des grossen Zweckes war es, dass die Frauen sich streng an die Befolgung der evangelischen Räthe banden, daher legten sie die Gelübde der Armuth, der Keuschheit und des Gehorsams ab, endlich aber sahen sie sich veranlasst, die Anerkennung der höchsten kirchlichen Autorität zu erbitten. Die Genossenschaft der englischen Fräuleins erlangte durch die Bulle Clemens XI. Inscrutabili zwar noch nicht für das Institut selbst, aber doch für ihre Regeln die kirchliche Anerkennung, indem dieselben für rechtskräftig erklärt wurden, die Anerkennung des Institutes selbst, als einer kirchlichen

1) Die Entstehung der Congregation der Ursulinen ist derjenigen der hier besprochenen Vereine ähnlich; die Ursulinen 1517 von der gottseligen Angela von Merici gestiftet, bildeten zuerst nur einen frommen Laienverein, welchem erst 1544 die kirchliche Approbation zu Theil wurde, so dass die Schwestern, welche übrigens wahre Religiosinen sind, die Erlaubniss erhielten, ihre Aufgabe der Mädchen-erziehung mit der canonischen Clausur und Ablegung der feierlichen Gelübde zu verbinden.

Genossenschaft wurde damals noch nicht ausgesprochen, vielmehr ausdrücklich zurückgehalten. Endlich, in Folge schmerzlicher Streitigkeiten mit dem Bischofe von Augsburg, erhielten die englischen Fräuleins durch Benedict's XIV. Bulle Quamvis justo, publicirt den 27. Mai 1749, die Anerkennung als kirchliches Institut, indem zwar keine ausdrückliche Approbation unter Gebrauch dieses bei den Orden üblichen Ausdrucks ausgesprochen, wohl aber die Rechtsbeständigkeit des Vereins erklärt und unter nochmaliger Bestätigung ihrer Constitutionen die inneren Verhältnisse der Genossenschaft, sowie die Beziehungen zu den kirchlichen Behörden geordnet wurden. Damals existirte schon bei den englischen Fräuleins die über mehrere Häuser gebietende General-Oberin, dieselbe war einer der Gegenstände des Streites mit dem Bischofe von Augsburg gewesen, daher regelte die Verordnung des grossen Papstes auch deren Befugnisse und muss diese Constitution, da die vielen späteren Genossenschaften nach ihren Grundsätzen errichtet wurden und auch nach einigen Abänderungen noch jetzt häufig auf sie recurirt wird, als die Grundlage für alle die neuen Vereine angesehen werden, welche, nachdem sie aufgehört haben, reine Privatgesellschaften zu sein, unter kirchlicher Autorität und Direction stehen, ohne geistliche Orden werden zu wollen oder zu können.

Die Bahn, auf welcher die Privat-Wohlthätigkeit Sicherung, Kraft und Ausdauer gewinnen, vor Erschlaffung und Ausartung bewahrt werden sollte, war hierdurch gefunden und wurde nun auch von Anderen beschritten. Wie bei allen wahrhaft gesunden Institutionen das Wachsthum mit Ruhe und sogar mit einiger Langsamkeit erfolgt, bis die nöthigen Kräfte zu weiterer Ausbreitung gesammelt sind, fanden sich nicht sofort zu zahlreiche Nachahmungen, die Vermehrung dieser Institute ging nur allmählig von Statten und erst in diesem Jahrhundert, welches dem Vereinsleben und dem Verkehr freiere Wege eröffnet hat, welches in allen Zweigen des menschlichen Lebens eine regere, oft fieberhafte Lebhaftigkeit entwickelt, haben diese Vereine einen solchen Aufschwung, eine solche Ausbreitung gefunden, dass auch die weltliche Macht von ihnen Notiz genommen hat, dass sie als eine neue, besondere, aber grossartige und fruchtbringende Einrichtung in dem Bau der Kirche betrachtet werden müssen, welche den Laien zur Bewunderung und Nachahmung auffordert, den Wohlthätigkeitssinn der Einzelnen und der Gemeinden weckt, dem Priester ein Feld segensreicher Wirksamkeit durch Unterstützung und Berathung derselben zeigt, die kirchlichen Behörden aber die Ausbildung ihrer berechtigten Eigenthümlichkeiten

und die Bewahrung der Gesundheit ihres geistigen Lebens als einen wesentlichen Zweig der Verwaltung erkennen lässt.

In der That haben diese Vereine sich wunderbar entfaltet und ausgebreitet. Fast in keiner Diöcese fehlen sie; die barmherzigen Schwestern verschiedener Congregationen leiten Hospitäler, mitunter aus den geringen eigenen Fonds, öfter als uneigennützig, opferwillige und umsichtige Verwalterinnen fremder Anstalten, die christliche Liebe führt die Schwestern in die Häuser der Kranken, Arme und Reiche, ohne Unterschied der Confession, werden von ihnen gepflegt, den Armen bringt die zärtliche Sorgfalt noch die Speisen, deren sie zu ihrer Heilung und Stärkung bedürfen. In den kleinsten Städten, sogar in Dörfern, siedeln die Schwestern sich an, sobald nur für die geringste Zahl ein nothdürftiger Unterhalt in Aussicht steht; bald fühlen die Einwohner den Segen, den die Jungfrauen ihnen bringen, nicht bloß zur Krankenpflege werden dieselben gerufen, man übergibt ihnen die Kinder der Eltern, welche durch ihre Beschäftigung vom Hause ferngehalten werden; spielend lernen die Kleinen Ordnung und Reinlichkeit und werden in die grossen Wahrheiten des Christenthums eingeführt; ein wenig älter erhalten die Mädchen Unterricht in weiblichen Arbeiten, die Industrieschule wird eingerichtet; der Abgang eines Lehrers eröffnet eine Schulklasse oder die grosse Zahl der Kinder macht eine neue Klasse nothwendig, alsbald beeilt man sich, die trefflichen, geübten, vom Staate geprüften Lehrkräfte der Schulschwestern, Borromäerinnen und anderer Congregationen für die Schule herbeizuziehen, und schon lassen einsichtige Regierungen es sich angelegen sein, diese Genossenschaften für den Unterricht in Mädchenschulen zu gewinnen. Die verschiedensten Bedürfnisse der leiblichen und geistigen Armuth werden von diesen zahlreichen und vielseitigen Vereinen befriedigt. Nicht nur in der gewöhnlichen Armen- und Krankenpflege werden ihre vorzüglichen Leistungen anerkannt, nicht nur den Elementar-Unterricht wissen sie in einer Weise zu geben, welche ihnen die Hochachtung der geistlichen und weltlichen Behörden gesichert hat, sie haben auch in Deutschland, Frankreich, Belgien, Amerika, fast in der ganzen Welt, höhere Töcherschulen errichtet, deren Schülerinnen einen reichen Schatz wissenschaftlicher Kenntnisse und wahrer, tiefer Religiosität in's Vaterhaus zurückbringen und nicht bloß zu ihrem eigenen und ihrer Angehörigen Wohle zu verwerthen, sondern auch als gesuchte Gouvernanten weiter zu verbreiten befähigt sind und so auch ihre äussere Existenz sicher zu begründen vermögen. Die letzten Jahrzehnte aber haben gezeigt, dass nicht bloß in der Schule, im Hospital

und am Krankenbette des Armen diese Schwestern ihre übernommenen Pflichten mit Geschick und Aufopferung erfüllen, ihre Bewährung in den Kriegslazarethen ist eine ebenso glänzende und die feingebildete Schwester, welche in ruhigen Zeiten den heranwachsenden Mädchen fremde Sprachen und Mathematik lehrte und ihnen die Schönheiten unserer poetischen und gelehrten Literatur zeigte, weiss ebenso, wie die nur in der Krankenpflege und im gewöhnlichen Dienst des Hauses geübte, die Verehrung der Führer und Aerzte unserer Heere zu erwerben und dem kranken oder verwundeten Krieger eine so zarte als umsichtige Pflege zu gewähren.

Diese Leistungen wären unmöglich, wären undenkbar auch bei den glücklichsten Anlagen der Einzelnen, bei der feurigsten Hingabe an den Beruf, wenn die Organisation und Leitung dieser Vereine nicht dazu angethan wäre, die vorhandenen Fähigkeiten zu wecken, zu concentriren und zu erhalten; daher ist es natürlich, dass die Mittel, durch welche die katholische Religion so Grosses hervorbringt, zu erforschen, für den Physiologen, wie für den Juristen von hohem Interesse ist; noch wichtiger aber ist es, dass die grossen Gedanken, welche dieses fruchtbringende System enthält, in weiteren Kreisen bekannt und angewendet werden. Obgleich schon Manches in dieser Beziehung publicirt worden ist, ist doch noch Neues oder das Alte in anderer Form zu sagen; ich habe geglaubt, dass der von Dr. Schels gethane Griff, die rechtlichen Verhältnisse dieser Genossenschaften zu erörtern¹⁾, ein höchst glücklicher war, weil dieselben, obgleich den Orden verwandt, doch in der Gegenwart eine weit grössere Wirksamkeit zeigen und weil wir ferner die wunderbare Thatsache wahrnehmen, dass diese Vereine ohne Unzulässigkeit und mit so ausserordentlichen Erfolgen das üben, woran die Orden in früheren Jahrhunderten bei Aufwendung der grössten Vorsicht derart gescheitert sind, dass ihnen diese Thätigkeit fast vollständig entzogen werden musste. Da nun diese Verschiedenheit in den Erfolgen nicht wohl in der rein religiösen Erziehung liegen kann, welche bei den alten Orden unstreitig eine gewisse Vollkommenheit erreicht hat, so liegt der Schluss nahe, dass dieser Unterschied in der rechtlichen Stellung beider Kategorien von Vereinen, in der Organisation liegen müsse. Wir werden uns auch sofort überzeugen, dass wir in der That zwei wesentlich verschiedene Arten von Instituten vor uns haben, welche nicht mit einander verwechselt werden dürfen, ohne dass für die Praxis die erheblichsten Nachtheile

1) Die neueren religiösen Frauengenossenschaften nach ihren rechtlichen Verhältnissen dargestellt. Schaffhausen 1857.

erwachsen. Die rechtliche Natur dieser Genossenschaften, ihre Institutionen zu kennen, die Competenz der einzelnen Behörden in ihrem Innern, in Kirche und Staat zu wissen, ferner namentlich bei Lücken in den Statuten leicht zu erfahren, was erlaubt ist und was verboten, das ist gerade bei diesen, in kleine Stationen vertheilten Vereinen, welche immer auf Rath und Schutz angewiesen sind, von unbestreitbarer Wichtigkeit und zwar um so mehr, als dieselben stets mit der Aussenwelt in Berührung kommen und nicht, wie die Nonnen, von ihr abgesondert sind. Daher schien es nicht überflüssig, dasjenige, was in diesem Bezuge zu ermitteln war, zusammenzustellen und möglichst übersichtlich zu ordnen; ich habe mich dieser Arbeit unterzogen und glaube, nicht gerade etwas Unnützes gethan zu haben, wenn ich bei Gelegenheit die Bemerkungen, welche aus mehrjähriger Praxis sich mir aufdrängten, hinzufügte.

Die Congregationen, über welche hier gehandelt werden soll, sind von geistlichen Orden wesentlich und rechtlich verschieden; hieran würde man nicht zweifeln können, wenn auch keine bestimmten Aussprüche der höchsten kirchlichen Behörden vorlägen. Diese Verschiedenheit liegt ihrem Wesen nach noch nicht in der Verfassung der neueren Vereine, welche auf die Einheit des ganzen Instituts basirt ist, weil einige ältere Frauenorden (der Männerorden nicht zu gedenken) ebenfalls centralisirt waren und auch eine weitere Concentrirung der Klöster unter ein Mutterhaus und eine General-Oberin desselben Ordens zwar thatsächlich schwierig, aber rechtlich möglich wäre; das Wesen der Verschiedenheit liegt auch nicht in den Gelübden, welche bei diesen Genossenschaften immer nur einfache sind, während nach dem älteren Rechte bei den Orden immer nur feierliche gedacht werden können, denn in neuerer Zeit ist auch bei den weiblichen Orden z. B. in Frankreich und Nordamerika die Ablegung von einfachen Gelübden statuirt worden, der eigentliche Unterschied liegt vielmehr in den Clausur- und Eigenthumsgesetzen, welche eine Vermischung der einen Kategorie mit der andern geradezu unmöglich machen; dieser Unterschied ist zur Klarlegung des Wesens dieser Vereine hier kurz darzustellen.

Schon die Bulle „Periculoso“ hatte strenge Clausurvorschriften gegeben, dieselben schienen aber den Vätern des Concils von Trient noch nicht genügend oder waren doch nicht genügend befolgt worden; daher wurde diese Constitution im 5. Kapitel sess. XXV. Trid. de reg. et mon. erneuert und verschärft, die Innehaltung und, wo sie verletzt war, die Wiederherstellung der Clausur unter Androhung der ernstesten Strafen anbefohlen und nicht lange Zeit

darauf sah Pius V. sich zur neuen Verkündigung des festen Willens der Kirche, die Clausurverordnungen aufrecht zu halten, veranlasst. Nach diesen Gesetzen und den dazu gehörigen Entscheidungen der heiligen Congregation der Bischöfe und Regularen darf keine Nonne nach Ablegung der Gelübde das Kloster, auch nur auf kurze Zeit, ohne gesetzliche Ursache und Erlaubniss des Bischofs verlassen, ebenso aber ist der Eintritt in die Mauern des Klosters¹⁾ ohne schriftliche Erlaubniss des Bischofs oder Superiors unter Strafe der sofort eintretenden Excommunication Jedem ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes untersagt. Das Verbot begreift nicht blos alle unbetheiligten, keiner kirchlichen Autorität geniessenden Personen, Anverwandte der Nonnen und dergl. in sich, sondern beschränkt auch den Bischof und Superior; während nämlich der erstere nur amtlich, insbesondere behufs der Visitation das Kloster zu betreten hat und ihm für seinen Aufenthalt daselbst bestimmte Vorschriften gegeben sind, darf der andere nur zum Zwecke der Visitation und nur einmal im Jahre die Schwelle überschreiten und muss, wenn seine Anwesenheit öfter erforderlich werden sollte, die Erlaubniss des Bischofs dazu erhalten und von diesem oder einem dazu deputirten, älteren Priester begleitet werden. In gleicher Weise ist auch der Eintritt des Beichtvaters, der Besuch des Arztes nach strengen, ohne die höchste kirchliche Strafe nicht zu verletzen den Normen geregelt.

Die Thätigkeit und der Ursprung der neueren Frauengenossenschaften sind dieser gänzlichen Abschliessung von der Welt geradezu entgegengesetzt. „Als Kloster haben sie nur die Häuser der Kranken,“ sagte der heilige Vincenz von Paula von seinen barmherzigen Schwestern, „als Zelle nur ein dürftiges Zimmer, als Kreuzgang die Strassen ihrer Stadt, als Clausur den Gehorsam, als Gitter die Furcht Gottes, als Schleier die heilige Bescheidenheit.“ Dieses Wort, ein kühnes Wagniss enthaltend gegenüber der ängstlichen Strenge der Orden, zeigt uns die vollkommene Freiheit, mit welcher die neueren Vereine dem Herrn in den Armen dienen; diese Freiheit, Bedingung ihrer Wirksamkeit, war von den ersten Stiftern ihnen gegeben, als sie noch rein weltliche Verbindungen waren, die Kirche hat sie ihnen mit wenigen Beschränkungen erhalten, als sie ihnen die Anerkennung als kirchliche Corporationen gab. Die *dames du sacré coeur de Jésus*, welche neben den armen Schulschwestern darin wohl die strengste Regel haben, halten die sogenannte bischöf-

1) Nämlich die inneren Klosterräume.

lichen Clausur; das Haus ist immer geschlossen, aber der Zutritt Fremder ist frei, im Sprechzimmer, welches nur bei den Schwestern ein Gitter enthält, können die Schwestern Fremde empfangen und mit ihnen verhandeln, der Besuch des ganzen Hauses ist den Verwandten der Pensionärinnen gestattet, die Schwestern reisen, wohin die Oberin sie schickt, ohne die Erlaubniss des Bischofs zu bedürfen, welche ebenso wenig für den Eintritt Fremder erforderlich ist. Ungleich freier sind jedoch die anderen Genossenschaften, z. B. die Vincentinerinnen, die Borromäerinnen; der Ausgang, selbst bei Nacht zu Kranken, ist ihnen, selbstverständlich die Erlaubniss der Oberin vorausgesetzt, immer gestattet, das Sprechzimmer ist zwar für die Unterredung der einzelnen Schwester mit einem Besucher bestimmt, der übrige Verkehr aber, Eintritt von Kranken und Geschäftsleuten, der Aerzte u. s. w. ist vollständig frei. Diese Freiheit ist durch die päpstlich bestätigten Constitutionen garantirt, eine Brücke zu ihr kann von jener strengen Clausur der Nonnen durch keine Dispense, keine Auslegung geschlagen werden, ein Institut mit dieser Freiheit ist nothwendig von jenen Clausur-Orden gänzlich und von Grund aus verschieden.

Das Gleiche gilt von dem Gelübde der Armuth. In cap. 2. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. wird den Ordensleuten alles Eigenthum untersagt; die älteren Vorschriften, welche bereits genügend in's Detail gingen, wurden hierdurch bestätigt und erhielten in späteren Entscheidungen eine noch grössere Specialisirung.

Eine Ordensperson¹⁾ soll nicht das mindeste Eigenthum besitzen²⁾, sie kann nicht mehr erben³⁾, ihre Vermögensdispositionen sind ungültig⁴⁾, der Vorbehalt von Eigenthum oder Renten ist unstatthaft⁵⁾, harte Strafen sind für den Uebertreter festgesetzt und der Religiose, bei welchem nach seinem Tode Geld oder anderes,

1) Man wird mir wohl nicht verargen, wenn ich hier und an einigen anderen Stellen ein paar Sätze aus meinen früheren Arbeiten im Archiv für kathol. Kirchenrecht, z. B. N. F. Bd. VI. S. 205 u. f., der Bequemlichkeit wegen wörtlich anführe, ohne sie als Citate zu bezeichnen.

2) Ne quis praesumat aliquid habere proprium, nullam omnino rem, neque codicem, neque tabulas, neque graphium, sed nihil omnino. Regel des h. Benedict.

3) C. 4. qu. III. C. XX.; vergl. auch *Fagnani* comm. in decret. in sec. p. III. libri cap. monachi.

4) *Schmalzgrueber* zu Tit. XXXV. l. III. decr. Greg. IX.: §. 1. Die dort statuirte Ausnahme Nr. 11. u. 12. ist in Wirklichkeit keine solche, denn sie enthält keine Disposition über das Eigenthum.

5) *Fagnani* comm. in decr. l. cit., wo besonders nachtridentinische Fälle in Betreff von Nonnen erörtert werden.

nicht im Auftrage und Namen des Klosters verwahrtes Vermögen gefunden wird, ist des kirchlichen Begräbnisses beraubt¹⁾.

Diesen Vorschriften stehen die Constitutionen der neueren Frauengenossenschaften vollständig entgegen. Auch hier sollen in der Regel die Professen die Disposition über ihre Güter nicht behalten, sie reserviren sich aber grossentheils das Eigenthum, können Erbschaften und Schenkungen annehmen und darüber unter Lebenden und von Todes wegen verfügen u. s. w.; diese Rechte sind ausdrücklich durch die Verfassungen dieser Congregationen gewährt²⁾, den tridentinischen und älteren Bestimmungen über die Armuth ist also durch die vom heiligen Stuhle gebilligten Satzungen dieser Vereine direct derogirt, die grundsätzliche Verschiedenheit ist daher auch in dem Punkte der Armuth festgestellt und durch keine Interpretation oder Modification zu beseitigen³⁾.

Diese Grundverschiedenheiten, sogar eine derselben allein, würden schon genügen, um erkennen zu lassen, dass die Orden und diese neueren Vereine nicht gleicher Natur sind, nicht mit einander verwechselt werden dürfen, dass, was für die eine Kategorie gilt, desshalb noch nicht sofort als für die andere anwendbar angesehen werden kann. Es sind jedoch noch ausdrückliche Aussprüche des heiligen Stuhles und seiner höchsten Behörden darüber vorhanden.

In der schon oben als die Grundlage für diese Vereine bezeichneten Bulle „*Quamvis justo*“ sagt Papst Benedict XIV.: „*Virgines Anglicanas non esse vere religiosas: promissiones, quae ab iis emittuntur, non esse ad summum nisi vota simplicia.*“

Die englischen Fräuleins sind also hier ausdrücklich und principiell für eine Gemeinschaft erklärt, welche nicht den wirklichen Orden zuzuzählen ist, und auch die weiteren Bestimmungen der Bulle zeigen, dass der Begriff eines Ordens von dem eminent rechtskundigen Papste als für sie nicht passend erachtet wurde.

In neuerer Zeit sind nun ganz gleiche Bestimmungen mehrfach gegeben worden. Die barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl Borromäus sind durch Breve vom 24. Juni 1841 (für Oesterreich)

1) *Schmalzgrueber* l. c.

2) Die Details folgen später im 6. Kapitel.

3) Wenn man aus Rücksicht auf die Staatsgesetzgebung in neuerer Zeit für die Frauenorden in Frankreich die feierlichen Gelübde nicht mehr zulässt, sondern nur das einfache Gelübde der Armuth, so sind doch die Consequenzen, wie bei diesen Genossenschaften, nicht gezogen worden, sondern ist nur die Möglichkeit, mit dem weltlichen Gesetz auszukommen, gegeben.

„nicht als religiöser Orden, sondern als Congregation mit den drei einfachen Gelübden u. s. w.“ approbirt. Die *société du sacré coeur de Jésus*, deren Regeln 1826 bestätigt wurden, heisst in ihren Statuten immer nur *société*, die Bezeichnung als Orden ist sorgfältig vermieden worden und, wie Dr. Schels in seinem oben genannten Werke mittheilt, ist die Bestätigung als Orden von der Ablegung der feierlichen Gelübde und Annahme der canonischen Clausur abhängig gemacht worden; die *ancelle della carità* in Brescia haben ebenso nur als Congregation und nicht als Orden die Approbation erhalten¹⁾. Bei der Prüfung der Statuten derselben wurde von dem Consultor der S. Congregatio epp. et regul. hervorgehoben, dass es sich nur um Approbation einer „Congregation“ handle, ebenso ist der amtliche Ausdruck „*institutum cum votis simplicibus*“ eingeführt²⁾ u. ³⁾ und in neuerer Zeit hat die genannte päpstliche Behörde angeordnet, dass die Statuten dieser Vereine nicht als „Regeln“, welcher Ausdruck nur für die Orden hergebracht sei, sondern als „Constitutionen“ bezeichnet werden⁴⁾.

Diese Beispiele, denen noch mehrere hinzugefügt werden könnten, mögen genügen, da die Einzelheiten der Verfassung später noch betrachtet werden müssen; jedenfalls ist unzweifelhaft, dass die kirchliche Gesetzgebung den Begriff dieser Vereine von dem der Orden auseinander hält und auseinander gehalten wissen will.

Zunächst ist nun festzustellen, welche Genossenschaften es sind, deren Rechtsverhältnisse hier dargestellt werden sollen. Es sind dies, wie sich aus dem Vorhergehenden ergibt, diejenigen, welche folgende charakteristische Merkmale haben:

1. Unterordnung des ganzen Instituts oder eines grossen Bezirks unter eine General-Oberin.
2. Ablegung von einfachen Gelübden.
3. Möglichkeit des Eigenthumserwerbs nach Ablegung der Gelübde.
4. Ausschluss der canonischen oder päpstlichen Clausur.

Ferner können hier nur solche Vereine betrachtet werden, welche schon, wenigstens einigermaßen, eine canonische Existenz, haben, also entweder selbst anerkannt sind, oder deren Statuten die

1) *Correspondance de Rome* tom. I. pag. 185 u. f.

2) Ebenda pag. 19.

3) In der canonistischen Literatur ist der Ausdruck „*congrégations non cloîtrées*“ häufig und bezeichnend.

4) *Animadversiones in constitutiones sororum B. M. V.* exp. d. 10. März 1863. *Analecta juris pontificii*. 61. Lieferung. col. 637.

päpstliche Billigung erhalten haben, oder welche wenigstens durch ein Lob des Vereins selbst kirchlich gebilligt sind; von den übrigen, in nicht geringer Anzahl bestehenden, noch in keiner Weise anerkannten Verbindungen kann hier nicht die Rede sein, weil sie blosse Laienvereine und als solche den Kirchengesetzen nur in soweit unterworfen sind, dass ihren Mitgliedern, wenn sie Unfug trieben oder Unordnungen hervorriefen, die Auflösung anbefohlen werden könnte. Als Gegenstand der nachfolgenden Besprechungen mögen beispielsweise hier genannt werden die Vincentinerinnen (*soeurs grises*), die Borromäerinnen, die armen Dienstmägde Christi in Dernbach, die englischen Fräuleins, die Schwestern vom armen Kinde Jesu, die *dames du sacré coeur*, die armen Schulschwestern etc.

§. 2. Rechtsquellen.

Die erste Frage ist nun die nach den Gesetzen, welche für diese Congregationen massgebend sind, und nach den sonstigen Materialien, aus welchen das Recht für dieselben zu finden ist.

Hier sind nun zunächst die päpstlich bestätigten Statuten zu nennen; dieselben sind das eigentliche Fundament zur Entscheidung aller, den Verein oder seine Mitglieder betreffenden kirchenrechtlichen Fragen und gehen als *lex specialis* den älteren allgemeinen Gesetzen vor; in gleicher Linie mit ihnen stehen die älteren allgemeinen Verordnungen, auf welche in den Statuten oder dem Bestätigungsbreve ausdrücklich Bezug genommen ist.

Wo die Statuten oder Constitutionen nicht ausreichen, ist aus den päpstlichen Erlassen, welche alle dergleichen Congregationen betreffen, das Recht zu suchen und sind diese Verordnungen nur dann nicht massgebend, wenn ihnen die Verfassung des Instituts direct entgegensteht, in jedem anderen Falle aber und namentlich, wenn die Statuten noch nicht päpstlich bestätigt sind, sind sie entscheidend. Reichen auch diese Mittel nicht aus zur Auslegung einer dunklen Stelle oder Ausfüllung einer Lücke, so kann die Willensmeinung der Kirche aus der Vergleichung mit anderen Statuten gleichartiger Vereine gefunden werden; ein ähnliches und vorzügliches Material findet sich in den Bemerkungen (*animadversiones*), welche die heilige Congregation für die Angelegenheiten der Bischöfe und Regularen zu den ihr zur Prüfung vorgelegten Statuten-Entwürfen neugebildeter Genossenschaften gezogen hat und worin häufig allgemeine Grundsätze ausgesprochen werden, wesshalb dieselben zur Erkenntniss des Rechts besonders geeignet sind; eine grosse Zahl dieser *Animadversiones* ist in den *Analecta juris pontificii* ver-

öffentlich, zwanzig derselben sind auch von Dr. Sentis im Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 412 u. f. mitgetheilt, darunter einige, die sich nicht in den *Analecta* finden, während diese auch eine beträchtliche Anzahl im Archiv nicht abgedruckter bringen. Eine ebenso wichtige Quelle sind die Entscheidungen der römischen Central-Behörden, insbesondere der schon genannten Congregation der Bischöfe und Regularen; dieselben sind unbedingt anwendbar, sofern sie diese Vereine betreffen und die einzelne Specialverfassung nicht etwa direct entgegensteht, analogisch brauchbar jedoch, wenn sie sich auf Orden beziehen, und dann natürlich nur, soweit das für die Orden geltende gemeine Kirchenrecht auf diese Genossenschaften überhaupt angewendet werden kann. Auf dieses kann jedoch nur zurückgegangen werden in den Fällen, in denen es sich um Grundsätze handelt, welche bei den neueren Congregationen ebenso gültig sind, wie bei den alten Orden, es kann nie zu einer Entscheidung benützt werden, welche dem ausdrücklichen Wortlaut der Constitutionen oder auch nur dem von der Kirche gebilligten Geiste und Zwecke eines solchen Instituts zuwiderliefe, oder deren Consequenzen der Wirksamkeit des Instituts entgegenträten, denn die für die Orden gegebenen Gesetze sind eben für diese Vereine nicht gegeben, sondern nur analogisch verwendbar und die Analogie würde nicht passend sein, wenn der mit Anerkennung der Verfassung sanctionirte Zweck durch dieselbe vereitelt oder gefährdet würde. Dass die unbedingte Anwendung des Ordensrechtes auf die neueren Congregationen unjuristisch wäre, ergibt sich unter Anderem aus der Bulle Benedict's XIV. „*Pastoralis curae*“; in derselben wird verordnet, dass die Bestimmungen hinsichtlich des ausserordentlichen Beichtvaters, welche ursprünglich nur für die Orden gegeben waren, ihrer Zweckmässigkeit wegen auf alle Conservatorien, Institute mit einfachen Gelübden u. s. w. angewendet werden sollen, welche nur einen Beichtvater haben; Benedict XIV. würde sich zweifellos ganz anders ausgedrückt, diese Anordnung nicht als eine neue hingestellt haben, wenn das Gesetz wegen des ausserordentlichen Beichtvaters von Rechtswegen für die Conservatorien gültig gewesen wäre. In derselben Bulle gibt er — dies ist ein ganz charakteristischer Unterschied — später Befehle über das Beichtvateramt bei den Orden, ohne die leiseste Andeutung, dass dieselben auch für die Conservatorien und dergl. Institute gelten sollen. Bei der Consequenz, welche die kirchliche Gesetzgebung vor jeder weltlichen auszeichnet, genügt dieses ein Beispiel, um den Willen der Kirche daraus zu entnehmen, abgesehen davon, dass es

von einem der grössten Gesetzgeber aller Zeiten herrührt, dessen Aussprüche wegen seiner ausserordentlichen Schärfe und Geschäftskennntniss vorzugsweise für Erkenntniss der Grundprincipien geeignet sind.

Vom Gewohnheitsrecht und dem Einflusse der Wissenschaft auf die Rechtsbildung gilt in Betreff dieser Vereine nichts Anderes, als von diesen Factoren der Rechtsbildung überhaupt.

Zweites Kapitel.

Die Einheit als Grundprincip der Verfassung.

Die Stifter der alten geistlichen Orden errichteten zunächst immer nur ein bestimmtes Kloster; die Ausbreitung geschah dadurch, dass an Orten, welche die Fähigkeit zur Entwicklung und Erhaltung klösterlicher Institute zu haben schienen, neue Klöster von dem ersten aus gegründet wurden; Personen, welche den Ordensstand erwählen wollten, traten zusammen und begaben sich unter die Aufsicht und Leitung von Ordensleuten, welche von einem bestehenden Kloster hierzu abgesendet wurden, noch öfter aber wurde die neue Errichtung von Klöstern einfach durch Colonisation von einem alten aus vorgenommen. Die neue Station war alsbald in jeder Beziehung selbstständig, nur mitunter kehrten die ausgesendeten Mönche oder Nonnen, nachdem der neue Bau gefestigt war, in ihr heimathliches Kloster zurück, es existirte aber ausser der gemeinsamen Regel zwischen dem alten und dem neuen Kloster kein Band, beide standen und blieben für sich allein. Dies gilt vorzüglich von den Frauenorden; bei den Männerorden wurde die erste grosse Ausnahme schon durch die Franziskaner, welche nur eine Familie unter einem Haupte bilden, statuirt, der Jesuitenorden constituirte sich später in gleicher Weise und ist das selbstständige Bestehen einzelner Mönchsklöster nicht mehr als Regel zu betrachten; eine andere Art der Centralisation war übrigens schon früher bei den Cisterziensern vorhanden und wurde durch die Constitution *In singulis* auch für die übrigen Orden anbefohlen.

Die Frauenklöster waren in der Regel isolirt, nur wenige Ausnahmen gab es, in welchen mehrere Klöster unter einem Oberhaupte, einer General-Oberin, vereinigt waren, z. B. der Orden von Ebraldsbrunnen, die Cisterzienserinnen von Las Huelgas de Burgos, aber diese Ausnahmen waren immer als solche bekannt und sind

nie als der Anfang einer neuen Wendung angesehen worden. Eine Vereinigung mehrerer Klöster zu gemeinsamer Verwaltung wäre der Clausur wegen im Ganzen kaum ausführbar gewesen, und wäre, da die Verhältnisse der einzelnen Klöster von vornherein geordnet sein mussten und Zwecke, welche nur durch gemeinschaftliche Wirksamkeit zu erreichen sind, nicht vorlagen, unnütz gewesen.

Anders steht es mit den neueren Congregationen. Hier soll für einen bestimmten practischen Zweck mit sehr geringen Mitteln das Höchste geleistet werden, dies ist nur durch Vereinigung der Kräfte möglich.

Zuvörderst ist die Ausbildung der Schwestern, welche zur Erhaltung der Disciplin und des klösterlichen Geistes ebenso nothwendig ist, wie zur Erfüllung der äusseren Aufgaben, zu beachten. Wenn jede Station für sich existiren, Novizen aufnehmen und ausbilden sollte, so könnten die allermeisten, auch nur auf kurze Zeit, nicht bestehen. Die meisten Filialhäuser können nicht mehr Schwestern ernähren, als zur Ausübung der ihnen obliegenden Pflichten nöthig sind; für Novizen, welche noch ausgebildet werden müssen, sei es zum Hospitaldienst, sei es zum Lehrfache, sind keine Subsistenzmittel da, diese würden auch, da, wie sich noch zeigen wird, auf Einbringen einer Mitgift Seitens der Candidatinnen wenig oder gar kein Gewicht gelegt wird, aus dem Vermögen der Schwestern nicht beschafft werden können. Dies zeigt sich namentlich bei den Lehrinstituten. Der Candidatinnen, welche schon vor den Staatsbehörden ihr Lehrerinnenexamen abgelegt haben oder wenigstens dazu reif sind, treten nur wenige ein; die meisten sind junge Mädchen, denen erst die nöthige Ausbildung verschafft werden muss, und zwar in einem Zeitraum von zwei bis vier Jahren, je nach dem Grade ihrer Fähigkeiten und bereits erlangten Kenntnisse. In dieser Zeit müssen dieselben einschliesslich der Unterrichtsmittel vollständig unterhalten werden, daher sind die Kosten für Ausbildung einer Lehrschwester auf mindestens 300 bis 600 Thaler zu schätzen; dieselben stellen sich bei nur wenigen Candidatinnen verhältnissmässig höher, als bei einer grösseren Anzahl. Es liegt auf der Hand, dass eine kleine Station von vielleicht zwei Lehrschwestern, einer Oberin und einer Schwester für die Hauswirthschaft nicht im Stande wäre, auch nur eine einzige Candidatin ausbilden zu lassen und sich den Ersatz für den Fall des Todes oder der Erkrankung einer thätigen Schwester zu sichern. Die Ausbildung für andere Zweige wird sich vielleicht etwas billiger stellen, weil keine oder weniger Unterrichtskosten damit verbunden sind, im Ganzen wird das Verhältniss das-

selbe sein. Hiezu kommt jedoch, dass es in den meisten Fällen nicht blos an den Geldmitteln, sondern auch an der Gelegenheit zur Ausbildung der jungen Schwestern fehlen würde; eine Lehrschwester genügend zu instruiren und einzuüben, sind die thätigen Schwestern schon aus Mangel an Zeit nicht im Stande, andere Kräfte hierzu sind aber nicht disponibel, namentlich in kleinen Städten oder auf dem Lande, wo die Congregation vielleicht eine oder zwei Mädchenklassen der Elementarschule versieht. Auch der Krankendienst, vorzugsweise der in Hospitälern, erfordert einen Unterricht, welcher mit Erfolg nur in einer grösseren Anstalt ertheilt werden kann, die bloße Erfahrung aus der ambulanten Krankenpflege würde in einem Lazarethe nicht weit reichen. Die Ausbreitung von einer Station aus oder selbst die Ausdehnung zu grösserer Thätigkeit würde hiernach an dem Mangel von gebildeten Schwestern scheitern. Aber selbst, wenn ein Haus die pecuniären Mittel zur Erhaltung und Erziehung von Novizen hätte, würde es dem Zufall preisgegeben sein, ob es die nöthige Anzahl Kräfte gewinnen kann. In dem einen Orte befinden sich mehr, in dem andern weniger Candidatinnen, das eine Haus kann aus Mangel an Mitteln keine Novizen aufnehmen, bei dem andern kommen keine Anmeldungen vor, oft zeigt sich eine ganze Gegend arm an geeigneten, opferwilligen Mädchen, die dort gelegenen Niederlassungen sind also dem Aussterben ausgesetzt, während andere die sich darbietenden Candidatinnen aus Mangel an Fonds und anderen Mitteln zurückweisen müssen und so ebenfalls zu Grunde gehen; Hülfe von anderen Stationen wäre schwer oder gar nicht zu erlangen, dazu müsste viel correspondirt werden und in den meisten Fällen würde sich jedes Haus nur ungern dazu herbeilassen, von seiner geringen Zahl von Schwestern die eine oder andere, welche gerade disponibel wäre, abzutreten.

Diesem Uebelstande wird allein durch die Einheit des ganzen Instituts vorgebeugt. Indem alle Häuser zu einem einzigen Ganzen vereinigt sind und aus dem Mutterhause ihre Direction und neuen Lebenskräfte erhalten, ist ihnen die Garantie ihres Bestehens gegeben, sind sie von äusseren Zufällen unabhängig gestellt. Das Mutterhaus eines grossen Bezirks, eines ganzen Landes, erhält aus einem weiten Striche stets frischen Zuwachs an Novizen, armen und reichen, so dass die Armuth der Einen durch die Mitgift der Anderen ausgeglichen wird und hängt in Betreff der Zahl der Aspirantinnen nicht von den Zuständen einer enger begrenzten Gegend ab; es erhält auch pecuniäre Mittel durch die, für jedes Filialhaus

geringen, im Ganzen aber genügenden Steuern, welche — wenigstens bei einigen Congregationen — die Stationen leisten. Das Mutterhaus und Noviziat, über welche beide, wie über alle übrigen Häuser, die General-Oberin verfügt, enthalten so viel Schwestern, dass eine Lücke nicht sofort einen Schaden verursacht, also immer Kräfte für die auswärtigen Stationen disponibel sind, ein Abgang in einer Filiale sofort ersetzt, eine ungeeignete Schwester zurückgezogen und eine andere an deren Stelle gesendet werden kann. Im Mutterhause oder Noviziat finden sich auch regelmässig grössere Anstalten, in welchen den jungen Schwestern der nöthige Unterricht ertheilt werden kann. Die Erfahrung hat mehr als zur Genüge ergeben, dass in den Centralhäusern die Mittel nicht nur zur Erhaltung dieser Vereine in ihrem Bestande, sondern auch zur Ausbreitung mit Leichtigkeit gesammelt werden, ohne diese Centralisation aber wäre die Existenz der einzelnen Stationen der offenbaren Gefahr der Vernichtung ausgesetzt.

Die Einheit ist aber auch aus anderen Gründen Erforderniss. Bei der fortwährenden Arbeit, der Beschäftigung mit fremder Noth, also mit fremden Verhältnissen, ist es leicht möglich, dass die Schwestern sich zu sehr diesen Geschäften hingeben, zu wenig an das eigene Heil denken und der Geist ihrer Congregation, welcher Bedingung für die dauernde, gedeihliche Wirksamkeit ist, in Vergessenheit geräth. Dieser Uebelstand ist namentlich drohend bei den vielen kleinen Stationen, bei welchen aus dem bestgemeinten Streben leicht eine Verweltlichung, ein Verwachsen mit örtlichen und persönlichen Verhältnissen entspringen kann. Daher ist zunächst die ascetische und ordnungsmässige Ausbildung unerlässlich, welche mit Sicherheit nur im Noviziat unter der Leitung einer bewährten Novizenmeisterin und des erprobten Spirituals geschehen kann, dann aber ist nothwendig, dass überhaupt ein Haus — das Mutterhaus — vorhanden ist, in welchem bei der grösseren Zahl seiner Insassen, der geordneten ruhigen Beschäftigung, die Schwestern weniger abgezogen werden, wo der Geist des Instituts nach dessen Traditionen fortwährend gepflegt und wach erhalten wird, wo die bewährte Sitte und Uebung stets im Bewusstsein der Schwestern lebt und durch die ihr entsprechende Thätigkeit lebendig und wirksam bleibt, wohin also die Schwestern aus den auswärtigen Stationen immer zurückgezogen und von wo die, im Geiste der Congregation ausgebildeten und darin eingelebten nach den gefährlichen Aussenpunkten versendet werden können.

Ohne das Mutterhaus, ohne die Möglichkeit zur Rückkehr in dasselbe, der Hilfe aus demselben würde also die Gefahr des geistigen Verfalles der Filialen unleugbar vorhanden sein. Ebenso wichtig ist die mitunter nothwendige pecuniäre Unterstützung der Filialen. Auf die Dauer ein Haus in unhaltbarer Stellung durch solche Subvention zu conserviren, wird Niemandem einfallen; es kommen aber momentane Nothstände vor, in denen, wenn nicht der Rückhalt des Mutterhauses wäre, die Auflösung der Filiale unausbleiblich wäre; nach Beendigung der augenblicklichen Calamität blüht eine solche Anstalt rasch wieder auf, aber oft genug müsste ein einmaliger Unglücksfall die Auflösung einer Station zur Folge haben, wenn das Mutterhaus nicht im Stande wäre, aus einer augenblicklichen Bedrängniss zu helfen.

Endlich aber ist überhaupt für die grosse Zahl der Schwestern und Häuser eine einheitliche Leitung und Aufsicht nothwendig und kann diese in fruchtbringender Weise nicht von Dritten, sondern nur von den erfahreneren Mitgliedern desselben Vereins geübt werden. Es ist unerlässlich, dass bei den verschiedenen Geschäften, in Schule und Krankenpflege, im Verkehr mit Geistlichen, Laien und Behörden gleichmässige Principien beobachtet werden, und dies kann nur von einem Centralpunkte aus geschehen, auch fehlt in den kleinen Stationen der grosse Ueberblick und die Geschäftserfahrung; diese können nur Denjenigen beiwohnen, welche alle Fäden in der Hand haben, alle Verhältnisse kennen, mit dem Regierungs- und Verwaltungsgeschäft sich berufsmässig befassen. Sollten die kleinen Filialen sich selbst regieren, ihre grösseren, äusseren Geschäfte allein besorgen, so würden nicht blos grosse Ungleichmässigkeiten, widersprechende Grundsätze in demselben Verein zu Tage treten, sondern überhaupt die ärgsten Unzuträglichkeiten vorkommen, weil die erforderliche Geschäftskenntniss nicht so rasch, sondern nur durch stete Uebung erlangt wird, ausserdem aber und hauptsächlich, weil die Regierungs- und Administrationstalente überall dünn gesäet sind; dieselben müssen daher aus der grossen Zahl der Schwestern zusammengesucht und im Mutterhause vereinigt werden, hier können sie durch eigene und durch die früher von Anderen gemachten Erfahrungen lernen und die angeborenen Anlagen ausbilden, in den Filialen ist dies schon aus Mangel an Gelegenheit fast immer unmöglich.

Dies sind die Gründe, aus welchen die Centralisation, die Einheit bei diesen neueren Instituten unbedingt nothwendig ist, dieselben haben nun allerdings zunächst nicht durch vorhergehende

umfassende Erwägung, sondern, wenn man so sagen darf, instinctmässig zuerst diese Verfassungen so, wie sie sind, zu Wege gebracht und haben erst später, als die Frage nach der Zulässigkeit einer solchen Einrichtung an die päpstlichen Behörden herantrat, diese bewogen, eine bei weiblichen Genossenschaften bisher ungewöhnliche Form des Bestehens zu gestatten, weiter auszubilden und so zu gestalten, dass sie in den Rahmen der Hierarchie hineinpasst; ehe wir aber die Verfassung selbst näher betrachten, müssen wir das Princip und die Geschichte seiner Anerkennung kurz in's Auge fassen. Die natürliche Leitung jedes Vereins geschieht in der Regel durch ein, mehr oder weniger von einem dasselbe umgebenden Collegium eingeschränktes Oberhaupt. Bei den in Rede stehenden Vereinen heisst dieses Oberhaupt die General-Oberin (*superiorissa generalis*) und um diese drehte sich im Anfang des vorigen Jahrhunderts der Streit, welcher mit Anerkennung dieses Instituts endigte.

Durch das Breve *Inscrutabili* vom 13. Juni 1703 hatte Clemens XI. die Constitution der englischen Fräuleins bestätigt; in derselben ist zwar von den Befugnissen der Oberinnen die Rede, nicht aber von einer General-Oberin; die Regel sprach überhaupt nur von einem Conservatorium und dessen Oberin, ohne anderer Häuser zu gedenken. Dieses Conservatorium war in München und einige andere Häuser waren ihm thatsächlich untergeben, man suchte auch, obwohl vergeblich, ein in London bestehendes Haus in den Verband zu ziehen. In Oesterreich existirten zwei Häuser, zu Krems und zu St. Hippolyt, die Schwestern des ersten Hauses gehorchten der Oberin des letzteren; als dieselbe gestorben war, suchte man beide Anstalten mit den bairischen zu vereinigen, es entstand ein Streit darüber und Benedict XIV. ordnete 1742 an, dass das zu Krems bestehende Haus, sowie alle übrigen in Oesterreich noch zu gründenden, der Oberin zu St. Pölten unterstehen sollten und zwar ohne Abhängigkeit von der General-Oberin in Baiern. War hierdurch auch der Vereinigungsversuch gescheitert, so war doch eine rechtliche Anerkennung der „General-Oberin“ erfolgt, man war also aus dem Zustande der Thatsachen in das Gebiet des Rechts übergetreten. Doch sollte auch diese Situation nicht lange dauern. Die Häuser von Augsburg und Mindelheim befanden sich in der Diöcese Augsburg. Am 10. Januar 1745 verfügte der Bischof Joseph von Augsburg an die Schwestern dieser beiden Häuser wörtlich¹⁾:

1) Siehe Dr. Schels, das oben citirte Werk, wo der Fall mit allen Urkunden im Detail vorgetragen wird.

Das Uns anvertraute bischöfliche Amt legt Uns die Pflicht auf, besonders Bedacht zu nehmen, dass nicht in den Weinberg des Herrn unberufene Arbeiter sich eindrängen, die guten Saaten zerstören, Unkraut säen und verderbliche Pflanzen zum Wachstume bringen. Derohalben befehlen Wir durch dieses gegenwärtige Decret euch und allen Mitgliedern eueres Instituts, die zu Unserer Diöcese gehören und Uns als ihrem obersten und unmittelbaren Vorgesetzten unterworfen sind, in Kraft des heiligen Gehorsams und der vom Allerhöchsten Uns übergebenen Gewalt sowie vermöge Unserer bischöflichen Autorität, dass ihr von dem Augenblicke, da dieses Schreiben euch zukommen wird, keine andere unmittelbare Oberleitung, als Unsere bischöfliche anerkennt und deshalb der Oberin zu München auch nicht die geringste Unterwürfigkeit und Abhängigkeit bezeigt, welche ihr bisher ganz mit Unrecht als euer oberste Superiorin angesehen habt und die, nicht ohne Unser sehr grosses Missfallen und Verletzung Unserer bischöflichen Gerechtsame, nach ihrem Gutdünken euch zu regieren und zu befehlen sich herausgenommen hat. Solches wurde an Uns, da Wir zur Zeit ihrer Wahl von Unserer Diöcese abwesend waren, zwar nur berichtet; allein auf angestellte Nachforschungen hin haben Wir Uns persönlich davon überzeugt. Zugleich haben Wir wahrgenommen, welche falsche und schlechte Grundsätze man euch beigebracht hat, indem doch die von Papst Clemens XI. approbirten Regeln euer einziger Anhaltspunkt sind, ausser denen ihr in euerem Institute nichts aufweisen könnt, was die Genehmigung des heiligen Stuhles erhalten hätte.

Gleichwie Wir euch aber verbieten, der erwähnten Oberin zu München fürder zu gehorsamen, so untersagen Wir euch auch, brieflichen Verkehr mit ihr zu unterhalten oder zu begünstigen, in irgend einer Weise von ihr abzuhängen, sie euer höchste Oberin oder General-Oberin zu nennen oder als solche anzuerkennen.

Wir untersagen euch gleichfalls, gegen dieses Decret, und sei es auch in kürzester Weise, euch zu besprechen, sondern ihr habt demselben ohne Verzug, mit schuldiger Unterwürfigkeit und ohne Erörterung der Ursachen, die Uns hierzu bewogen, zu gehorchen; wenn nicht, so wären Wir gezwungen, von dem Uns von Gott verliehenen Strafrechte Gebrauch zu machen und u. s. w.

Endlich wurde den Fräuleins noch befohlen, alle Briefe, Documente, Regeln, Constitutionen, Statuten und Predigten sofort dem Bischofe einzusenden.

Die Schwestern zu Augsburg mussten sich ohne Weiteres fügen, die zu Mindelheim dagegen wendeten sich an den heiligen Stuhl, was zwar zunächst ihnen Censuren von ihrem Bischofe zuzog, aber den Sieg des streitigen Principis herbeiführte. In den Streit wurde noch eine andere, hier nicht weiter zu berührende Angelegenheit verflochten, nämlich die Frage nach dem Ursprunge des Vereins. Die Fräuleins selbst, wenigstens zum Theil, wie auch einige Schriftsteller, glaubten nämlich, diese Gesellschaft sei eine Fortsetzung der von Maria Ward gestifteten, von Urban VIII. wegen Aergerlichkeiten und Ueberschreitungen aufgehobenen Jesuitinnen, auch wurde die Maria Ward wie eine Heilige verehrt, obgleich sie nicht canonisirt und hierzu gar kein Grund vorhanden war, und wurde an ihrem Todestage ein feierliches Requiem gehalten. Dies Alles erforderte eine lange Erörterung, deren Resultate von Benedict XIV. in die am 27. Mai 1749 publicirte Bulle Quamvis justo, welche den Streit schlichtete und das ganze Sach- und Rechtsverhältniss fixirte, aufgenommen wurden. Es wurde festgestellt, dass die englischen Fräuleins nicht von Maria Ward gestiftet sind, der Cult derselben wurde verboten, der heilige Vater erklärte ferner, dass die Fräuleins keine wahren Religiosinnen seien (s. oben Kap. 1.) und verfügte in Betreff der General-Oberin unter Vorausschickung einer geschichtlichen Einleitung Folgendes:

Zunächst wurde registrirt, dass die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen bereits festgesetzt hatte, dass in Betreff der General-Oberin keine Neuerung eintreten, deren Macht aber auf die Visitation, die Aufsicht und Erziehung der Mädchen und die Versetzung der Jungfrauen von einem Hause in ein anderes beschränkt sein solle, und zwar mit Beobachtung des schuldigen Gehorsams gegen die Diöcesan-Bischöfe nach Massgabe der von Sr. Heiligkeit noch zu erlassenden Befehle. Dieser Bescheid wurde bestätigt und erhielt dann die weitere Declaration:

1. Der General-Oberin soll nicht freistehen, Jungfrauen zu den Gelübden zuzulassen oder ihnen die Profess abzunehmen, ehe ihr nicht vom Bischofe die dazu nöthige Vollmacht ertheilt ist; zur Begründung wird darauf hingewiesen, dass in den, den Bischöfen unmittelbar unterworfenen Klöstern und Conservatorien nach dem canonischen Recht die Profession nur in die Hände des Bischofs oder seines Bevollmächtigten abgeleistet werden soll.

2¹⁾. Der General-Oberin soll aber freistehen, nach vorgängiger ausdrücklicher Erlaubniss des Diöcesanbischofs, die Conservatorien oder Häuser zu visitiren und sich zu überzeugen, ob in denselben Alles nach Vorschrift der Constitutionen und einer richtigen Disciplin geführt wird und wie der Unterricht und die Fortschritte der Mädchen beschaffen sind. Dies scheint nämlich, wie der Papst sagt, ohne alle Gefahr und passender durch zuverlässige Frauen als durch Männer vollzogen werden zu können und wird der Oberhirt der Diöcese, der Bischof oder Ordinarius, an welchen nach der Visitation Bericht zu erstatten ist, damit er dann im Herrn seine oberhirtlichen Beschlüsse fasse, gewiss nicht geringe Vortheile zur Regierung seiner Diöcese daraus ziehen. Sie — die General-Oberin — wird auch Lehrerinnen und Jungfrauen aus einem Hause in ein anderes versetzen, wie sie es für zweckmässig erachten wird, jedoch nur mit Erlaubniss des Bischofs oder der Bischöfe, in deren Diöcesen die respectiven Conservatorien gelegen sind.

3. Die Autorität der General-Oberin wird hierdurch auf die Grenzen einer gewissen häuslichen Aufsicht mit steter Abhängigkeit von den Diöcesanbischöfen eingeschränkt und ist zu hoffen, dass ohne Abschaffung dieses Instituts der Verein der englischen Fräuleins reichliche Früchte tragen wird. Auch ist nicht zu fürchten, dass aus dem Versprechen des Gehorsams, welches die Jungfrauen der General-Oberin leisten, ein Nachtheil für die bischöfliche Autorität entspringen werde, weil die Jurisdictionenrechte der Bischöfe dabei immer als gewahrt vorausgesetzt werden, wie hierdurch ausdrücklich bestimmt wird.

Die hier geschilderten Befugnisse der General-Oberin sind, wie sich unten noch zeigen wird, später wesentlich erweitert worden, zu constatiren ist hier nur, dass durch die Bulle *Quamvis justo* die eigentliche Verfassung rechtskräftig constituirt, das Grundprincip derselben anerkannt wurde. Dieses besteht, wie sich auch bei richtiger Auffassung und Durchführung der vorgedachten Bestimmungen ergibt, darin, dass alle Häuser des Instituts nur ein Oberhaupt, die General-Oberin, haben, welchem sie gehorchen müssen, dass diese alle Häuser zu visitiren, überhaupt alle Verwaltungsmassregeln zu treffen hat, soweit sie nicht durch die kirchliche Oberaufsicht oder bestimmte Vorschriften der Constitutionen behindert ist; eine Decentralisation des Vereins ist aber nirgends in den Constitutionen

1) Die Bestimmungen zu 2. und 3. sind aus der Bulle zum Theil wörtlich entnommen.

eingeführt, die Beschränkung bezieht sich nur auf die nothwendige Zuziehung gewisser Personen oder der Deputirten der ganzen Congregation. Alle Schwestern sind Glieder, alle Häuser Theile der ganzen Genossenschaft, welche kirchlich bloß eine Corporation bildet, wenn auch einzelne Stationen ihr besonderes Eigenthum haben können. Das gemeinschaftliche Eigenthum, aus welchem die gemeinsamen Bedürfnisse gedeckt werden, steht unter der Centralverwaltung.

Drittes Kapitel.

Gründung neuer Institute.

Im ersten Kapitel ist gesagt worden, dass hier nur solche Genossenschaften betrachtet werden sollen, welche schon in der einen oder andern Weise eine kirchliche Billigung erhalten haben, wir werden uns daher jetzt damit beschäftigen, auf welche Weise ein Verein diese Billigung erlangt und aus einer Privatgesellschaft zu einer kirchlichen Corporation wird.

Wir müssen zu diesem Zwecke auf das gemeine Kirchenrecht zurückgehen.

Die Gründung eines neuen Ordens ist unbedingt von der Genehmigung des Papstes abhängig¹⁾; es entsteht nun die Frage, ob dies auch für die neueren Congregationen gilt. Das Verbot Innocenz III., neue Orden zu gründen, hatte keinen genügenden Erfolg gehabt, immer neue Verbindungen, oft nicht bloß un Zweckmässig, sondern ordnungswidrig, tauchten auf, nahmen Novizen an und gerirten sich als Orden.

Die Disciplin der Kirche musste auf diese Weise zu Grunde gehen. Daher erliess das zweite Concil zu Lyon von Neuem das Gesetz: *ne aliquis de caetero novum ordinem vel religionem adinventiat vel habitum novae religionis adsumat*. Die Absicht ist einleuchtend, es handelte sich nicht bloß um Orden im eigentlichen Sinne, sondern um den Unfug, dass überhaupt Vereine zu gemeinsamer Religionsübung und in gemeinsamer Kleidung ohne kirchliche Erlaubniss auftraten. Das gegebene Verbot ist also für jeden derartigen Verein wirksam und die Folge unzweifelhaft, dass jede Gemeinschaft zu religiösem Zwecke und in religiösen Formen, auch

¹⁾ C. 9. de rel. dom. X. 3, 30.; cap. un. de rel. dom. in 6^{to} 3, 17.

wenn sie die besten Absichten hat und dieselben in der musterhaftesten Weise realisirt, kirchlich ungültig ist, so lange sie nicht von dem Oberhaupte der Kirche bestätigt ist; wir können also keinen Zweifel haben, dass auch ein Verein frommer Frauen, welche sich zur Befolgung der evangelischen Räthe durch Gelübde verpflichten und bei gemeinsamen Leben die Werke der Nächstenliebe üben, kirchlich als nicht bestehend anzusehen ist, so lange diese Bestätigung nicht erfolgt ist. Die Gesetze, welche in den späteren Kapiteln zur Erörterung kommen sollen, werden demnach auf solche unbestätigte Vereine nicht anwendbar sein¹⁾ und ebenso wenig werden die frommen Mitglieder solcher Genossenschaften als kirchliche Personen gelten können und die Segnungen und Vorrechte geniessen, womit diese ausgestattet sind. Daher ist, wie schon im ersten Kapitel angedeutet, der Ausschluss der nicht approbirten Vereine von der nachfolgenden Besprechung vollkommen gerechtfertigt, nach obigen Gesetzen ist es aber über jeden Zweifel erhaben, dass die Bestätigung eines Vereins, die Erhebung zu einer kirchlichen Genossenschaft, nur durch einen Act des heiligen Vaters erfolgen kann.

Der Weg, den die neueren Vereine gehen, ist im ersten Kapitel bereits angedeutet worden, es ist in der Regel derselbe. Wir wissen, dass diese Genossenschaften in der Regel nicht eher die kirchliche Bestätigung nachsuchen, als bis sie sich schon einigermaßen befestigt und ausgebreitet haben; zunächst erhalten sie gewöhnlich die Erlaubniss des Bischofs für ihre Lebensweise und allenfalls die Genehmigung ihrer Verfassung (letztere wird häufig nicht einmal sofort redigirt), erst später suchen sie die päpstliche Anerkennung nach, welche nur mit grosser Vorsicht ertheilt wird.

Das Verfahren, welches in der *Correspondance de Rome* und in den *Analecta Juris Pontificii* an verschiedenen Stellen geschildert wird, über welches auch vor einigen Jahren in Rom eine besondere Schrift herausgegeben worden, ist einfach. Sobald ein Antrag auf Bestätigung eingeht, wird er dem Bischofe, in dessen Diöcese der Verein wirkt, zur genauen Berichterstattung über den Zweck, die Stiftung, Zahl der Häuser, die Mittel zum Lebensunterhalt, den Nutzen der Gesellschaft u. s. w. zugestellt. Eine ganz junge

1) Z. B. speciell die Bestimmungen über den Beichtvater; die Mitglieder solcher Genossenschaften erhalten keinen bischöflich approbirten Beichtvater, sie können das Sacrament der Busse von jedem, überhaupt am Orte jurisdictionirten Priester empfangen.

Gesellschaft wird nie bestätigt, höchstens wird der Stifter oder sein guter Wille gelobt; dies geschieht besonders, wenn noch keine Constitutionen vorliegen. Wenn das Institut sich schon einigermaßen verbreitet und bewährt hat, wird auch dem Verein selbst eine vorläufige Belobung ertheilt, die Bestätigung aber zurückgehalten und werden die eingereichten Constitutionen bei der Congregation der Bischöfe und Regularen geprüft; die dort gezogenen Monita — animadversiones — werden, selbstverständlich immer durch Vermittelung des Diöcesanbischofs des Mutterhauses, zur Verbesserung der Statuten mitgetheilt, sofern diese nicht etwa vollständig verworfen werden müssen, in welchem Falle auch das vorläufige Lob nicht ausgesprochen werden wird. Die Anerkennung des Vereins oder seiner Statuten geschieht erst später, nach jahrelanger Bewährung, häufig wird der Verein bestätigt, die Statuten aber nur versuchsweise auf bestimmte Zeit und muss nach deren Ablauf von Neuem der Bericht des Diöcesanbischofs eingehen.

Was nun überhaupt die Bedingungen für die Bestätigung anlangt, so muss zuvörderst der Zweck lobenswerth, in das Gebiet der eigentlich christlichen Thätigkeit gehörig, für menschliche Kräfte erreichbar und für Frauen angemessen, auch entsprechend beschränkt sein; die Bestimmung, dass alle Werke der christlichen Liebe ausgeübt werden sollen, ist häufig als zu weit gehend beseitigt worden ¹⁾.

Die Gesellschaft muss in ihrem ganzen Wirken, soweit dies bei Menschen möglich ist, untadelhaft sein; wenn sich bei einem jungen Verein bereits Missbräuche und Unordnungen zeigen, wird höchstens auf die Auflösung gedrungen werden, aber keine Bestätigung erfolgen.

Gemeinschaften, welche nicht durch mehrjährige Arbeit, durch Ausbreitung und Wachsthum ihre Lebenskraft gezeigt haben, werden nicht bestätigt; ein Institut, welches sich nicht durch Hinzutritt neuer Mitglieder erhält und erweitert, welches nicht durch Ausdehnung in verschiedene Orte nachweist, dass es einem wahren Bedürfnisse entgegenkommt und die Anerkennung der Menschen erwirbt und bewahrt, ist nicht lebensfähig; mag dies nun an der Unbrauchbarkeit der Verfassung, an mangelhafter Leitung Seitens der Oberen oder an dem Sinn der Bevölkerung liegen, der heilige Stuhl lässt sich jedenfalls nicht dazu herbei, einem solchen kranken Gewächs durch seine Anerkennung künstliches Leben einzuhauchen und den

¹⁾ Z. B. Animadvers. vom 23. Juli 1860, Analecta 46. Liefer. col. 1055.

immer misslichen Vorfall, dass eine solche Pflanzung in Bälde wieder eingeht, zu riskiren. In der That kann auch diese Gefahr von den kirchlichen Behörden nicht übernommen werden. Ist der Verein noch so jung, dass eine grössere Ausbreitung unmöglich ist, so mag er die Zeit abwarten, welche seine Erfolge nachweisen wird, ist er schon älter, so muss der Fehler in ihm, in seiner Organisation oder seinen Tendenzen liegen oder er hat wegen der Zustände des Landes, in dem er existirt, keine Aussicht auf Gedeihen. Mag nun der Grund sein, welcher er wolle, die Thatsache selbst ist hinreichend, um einen nicht genügend ausgebreiteten und durch längere Jahre geprüften Verein nicht als kirchliche Congregation zu bestätigen. Wie lang der Zeitraum der Bewährung, wie gross die Zahl der Mitglieder und Stationen sein muss, darüber lässt sich eine allgemeine Regel nicht aufstellen; ist Hoffnung für dauernde Tüchtigkeit und Wachsthum der Genossenschaft vorhanden, die Resultate sind aber für eine Anerkennung noch nicht genügend, so wird das vorerwähnte Lob ausgesprochen; auch die Statuten werden mitunter bestätigt, ehe der Verein die Anerkennung erhält, der erste Fall dieser Art ist der schon erörterte der englischen Fräuleins. Uebrigens sind zwar diese verschiedenen Grade der päpstlichen Billigung vorhanden, sie werden aber nicht etwa nach einander angewendet, der Fall ist sogar denkbar, dass eine Genossenschaft sofort selbst approbirt wird und gleichzeitig ihre Verfassung.

Ueber die Statuten lässt sich eine allgemein gültige Regel ebenfalls nicht geben. Sie müssen klar und bestimmt sein, dogmatisch unbedenklich, frei von Ueberschwenglichkeiten, welche regelmässig gestrichen werden, und dürfen nichts enthalten, was den höchsten Orts adoptirten Grundsätzen über diese Genossenschaften zuwider liefe. Einzelheiten werden sich in den folgenden Kapiteln ergeben.

Auch über die Suffizienz der Mittel zum Unterhalt der Schwestern soll der Bischof referiren. Dies ist den Bullen „Quoniam ad institutam“ Clemens' VIII. und „Cum alias“ Gregor's XV. conform; in der letzteren Constitution wurde unter Erneuerung der ersteren angeordnet, dass kein Kloster, Convent, Institut u. s. w. errichtet werden solle, in welchem nicht wenigstens zwölf Brüdern (oder Schwestern) der Lebensunterhalt gesichert wäre, ausserdem aber sollten die übrigen Institute am Orte oder 4000 Schritte im Umkreise um ihre Einwilligung zu der beabsichtigten Niederlassung gefragt werden; die Untersuchung über die Subsistenzmittel soll aber unter allen Umständen geschehen. Hier ist zweierlei angeordnet.

Zunächst soll sorgfältig geprüft werden, ob die neue Niederlassung auch ohne Noth wird existiren können; wenn man auch, wie sich später zeigen wird, bei diesen Congregationen nicht so ängstlich zu prüfen braucht, wie dies bei den Klöstern vorgeschrieben ist, und besonders auf die Zahl von zwölf Schwestern gar kein Gewicht zu legen ist, weil die Specialverfassungen regelmässig von dieser Zahl Abstand nehmen, so ist doch eine gewissenhafte Untersuchung erforderlich.

Ausserdem aber ist, wie bemerkt, die Einwilligung der bestehenden Klöster oder anderen geistlichen Häuser vorgeschrieben. Diese Bestimmung wird aufgehehlt durch einen bei de Luca¹⁾ mitgetheilten Fall; in der dort referirten Sache hatten Orden gegen die Errichtung eines religiösen Erziehungsinstituts protestirt, weil nach ihren Privilegien keine andere Kirche oder sonstiges geistliches Haus am Orte errichtet werden sollte; de Luca weist nach, dass die Protestirenden mit ihrem Einspruche abgewiesen werden mussten, weil dergleichen Privilegien nicht dem Wortlaute, sondern dem Sinne nach auszulegen sind und die Absicht bei Ertheilung derselben nur dahin gegangen ist, geistliche Eifersüchteleien zu hindern, diese aber hier nicht entstehen konnten, da das neue Haus eine bestimmte und beschränkte Thätigkeit hatte, die den anderen Orden keine Concurrrenz machte.

Der Zweck eines solchen Privilegs ist derselbe, wie bei der Bulle „Cum alias,“ nämlich der, keine Concurrenzgesellschaften zu gestatten, der Friede in der Kirche muss gewahrt bleiben. Daher ist das Augenmerk des referirenden Bischofs auch dahin zu richten, dass durch dergleichen neuen Vereine keine Streitigkeiten mit bestehenden erwachsen, mögen die letzteren ihre Einwilligung geben oder nicht. Selbstredend ist hiermit nicht jeder neue Verein durch die Existenz eines ähnlichen im Diöcesangebiet unmöglich gemacht, es kommt dabei wesentlich auf die Orte seiner Thätigkeit und die Umstände an, welche eine unkirchliche Concurrrenz befürchten lassen oder nicht.

Da übrigens mit der Bestätigung einer ganzen Genossenschaft auch deren einzelne Häuser bestätigt werden, muss sich die Untersuchung sowohl in Betreff der Existenzmittel, als der Concurrrenz mit Orden oder anderen Gesellschaften auch auf die einzelnen Häuser erstrecken.

1) Theatrum veritatis et justitiae, de reg. et mon. disc. XXIX.

Es bleibt nun noch übrig, ein Wort über den Ausdruck „*approbatio*“ zu sagen.

Ursprünglich wurde derselbe nur von der Anerkennung eines Vereins als wirklicher Orden gebraucht, die neueren Genossenschaften wurden nur tolerirt und die Billigung ihrer Lebensweise wurde dadurch ausgesprochen, dass, wie bei den englischen Fräuleins, für ihre Verfassung die „*approbatio*“ ertheilt wurde. Wenn in neuerer Zeit auch den in Rede stehenden Gesellschaften selbst die *Approbation* gewährt worden ist, so sind, wie zur Evidenz aus dem im ersten Kapitel Gesagten hervorgeht, diese Vereine dadurch nicht zu Orden erhoben worden, so wenig wie Seminarien und Bruderschaften, welche auch die *Approbation* erhalten, dadurch zu Orden werden, der heilige Stuhl ist auch von den Principien, welche einmal, namentlich durch die Bulle „*Circa pastoralis*,“ aufgestellt worden sind, nicht abgewichen, das Wort *approbare* bedeutet eben jedem Institut gegenüber, das nicht Orden sein kann oder will, weiter nichts, als dass es kirchlich gebilligt, unter die kirchlichen Genossenschaften eingereiht wird. In der Regel aber wird zur Vermeidung jedes Zweifels die Bestätigungsformel so präcis gefasst (z. B. *ut institutum cum votis simplicibus*, als *Congregation* u. dergl.), dass die Bedeutung der „*Approbation*“ nicht zu verkennen ist und ein Missverständniss nicht entstehen kann.

Viertes Kapitel.

Autonomie und Verhältniss zu den kirchlichen Behörden.

§. 1. Oberste Leitung im Allgemeinen.

Die Subordination dieser Congregationen unter die Kirchengewalt bedarf insofern keiner Erörterung, als die Nothwendigkeit der Unterordnung unter die Gesetze der Kirche, des Gehorsams gegen ihre Behörden nicht erst bewiesen zu werden braucht. Es versteht sich von selbst, dass in letzter Instanz dem heiligen Vater selbst resp. seinen Centralbehörden die Entscheidung über alle Angelegenheiten dieser Vereine zusteht und ein etwaiger Ungehorsam mit den zulässigen kirchlichen Strafen geahndet werden könnte und müsste; es ist sogar unzweifelhaft, dass die kirchlichen Organe, in erster Instanz die Diöcesanbischöfe, berechtigt sind, Mitgliedern eines Privatvereins, welcher zu Unordnungen führte, die Auflösung desselben anzubefehlen. Die Frage bei der gegenwärtigen Untersuchung

ist nur die, welchen kirchlichen Instanzen und in welcher Weise die Beaufsichtigung und Leitung dieser Genossenschaften obliegt und zusteht und in wie weit letzteren das natürliche Recht der Selbstregierung gewährt ist.

Das Organ nun, dessen sich der heilige Vater zur Entscheidung der an ihn gelangenden Fälle in Betreff dieser Genossenschaften bedient, ist die heilige Congregation über die Angelegenheiten der Bischöfe und Regularen¹⁾; dieselbe ist, wie Bangen (Die Römische Curie etc. Münster 1854. S. 182) definirt,

„diejenige Cardinals-Congregation, welche vermöge der ihr zustehenden Gewalt im Interesse der öffentlichen canonischen Disciplin die ganze Amtsthätigkeit der Bischöfe und der übrigen exemten Prälaten, sowie das gegenseitige Verhältniss der Orden zu ihnen und unter einander und die innere Zucht in den letzteren im Namen des Papstes überwacht und ordnet.“

Wenn nun auch eine andere Congregation, z. B. wo es sich um eine formelle Interpretation des Concils von Trient handelt, die des Concils (congreg. interpretum conc. Trid. auch Congr. Concilii genannt) mit Entscheidung eines bestimmten Falles betraut werden kann, so ist doch in der Regel die erstgenannte Behörde die competente und sind ihr auch die Angelegenheiten dieser Genossenschaften zugewiesen²⁾.

Die Congregation der Bischöfe und Regularen ist nun aber nicht bloß die oberste, sondern in einigen Punkten auch die erste Instanz.

Die in Rede stehenden Genossenschaften erstrecken sich nämlich grossentheils über mehrere Diöcesen; wenn nun auch, wie sich im nächsten Paragraphen zeigen wird, die ordentlichen Jurisdictionenrechte der Diöcesanbischöfe aufrecht erhalten sind, so sind diese Rechte doch mit eben solcher Strenge jedem Bischofe, in dessen Sprengel sich Häuser einer solchen Genossenschaft befinden, garantirt; die Rechte jedes Bischofs sind auf seine Diöcese limitirt und durch die Rechte der anderen Ordinarien beschränkt. Wenn nun irgend einem Bischofe ein Einfluss auf die ganze Congregation zustände, so könnte der Fall leicht eintreten, dass er direct oder

1) Gewöhnlich kurz die Congregation der Bischöfe und Regularen, S. Congreg. epp. et reg. genannt.

2) In der Praxis werden die Gesuche häufig direct an den heiligen Vater gerichtet, welcher sie zur Untersuchung und Entscheidung oder Berichterstattung in der Audienz der Cardinals-Congregation übergibt.

indirect in die Rechte eines anderen Bischofs eingriffe; dies würde vorzugsweise bei dem Bischofe, in dessen Sprengel das Mutterhaus liegt oder das General-Kapitel abgehalten wird, vorkommen, es könnte sich aber auch bei dem Bischofe einer Filiale ereignen, dass durch seine Anordnungen eine Einwirkung auf fremde Sprengel geübt würde. Dies ist unzulässig. War daher eine gewisse Exemption der General-Oberin von der Gewalt der Ordinarien schon durch die Bulle *Quamvis justo* eingeführt, so musste sich bald die Nothwendigkeit einer Erweiterung derselben, einer freieren Stellung der Congregation als Allgemeinheit, welche durch die General-Oberin vertreten wird, herausstellen. Diese ist auch in der That gewährt worden, in welcher Weise? wird sich bei Erörterung der Autonomie im Detail herausstellen. Vorläufig ist nur der Grundsatz festzustellen, dass die Congregation bei allen allgemeinen Angelegenheiten z. B. der Wahl der Beamtinnen, der Verwaltung des allgemeinen Vermögens, der Visitation, Disciplin, Versetzung von Schwestern u. s. w. unabhängig von den Ordinarien und darin allerdings nicht vollkommen frei, sondern der Congregation der Bischöfe und Regularen oder einem, besonders ernannten, in Rom residirenden Cardinal-Protector untergeben ist. Dieser Behörde ist auch je nach Massgabe der bestimmten Vorschriften Rechnung über das Vereinsvermögen zu legen und Bericht über den Stand der Gesellschaft zu erstatten¹⁾. Die Specialbestimmungen, auch über die Aufsicht Sei-

1) In Betreff der Selbstständigkeit gegenüber den Bischöfen ist zu bemerken: Die General-Oberin der Armen Schulschwestern U. L. Frau ist in Betreff einiger Rechte (Th. IV. d. Const.) direct für unabhängig von dem Diöcesanbischofe erklärt worden; bei den *dames du S. Coeur* sind ihr die nothwendigen Rechte ohne Rücksicht auf die Ordinarien ertheilt worden und zur Vermittelung bei Differenzen mit Bischöfen ist auf den Cardinal-Protector verwiesen. Von grosser Wichtigkeit ist das *Votum* des Consultors der S. Congr. epp. et reg. in Sachen der *filles de charité* zu Verona: *Toutes les maisons et établissements de l'institut des filles de charité constituent un seul corps de congrégation. — Elle est gouvernée par une supérieure générale avec quatre assistantes et par le cardinal-protecteur. — La supérieure ne dépend pas de l'évêque du diocèse où elle réside dans l'exercice de ses attributions spéciales: elle obéit au cardinal-protecteur et elle lui présente chaque année l'état de l'institut.* Corresp. de Rome I. Nr. 40. In neuerer Zeit ist dieser Grundsatz in den *animadversiones* zu vorgelegten Constitutionen mehrfach ausgesprochen worden, namentlich wird die Bestätigung eines Bischofs oder eines Geistlichen, der einem Bischofe unterworfen ist, zum Superior oder Protector der über mehrere Diöcesen verbreiteten Genossenschaft versagt: *Protectores extra urbem seu in partibus nunquam conceduntur, sed tantum Romae aliquis Cardinalis-Protector, cui quaedam dumtaxat, quae respiciunt institutum in genere, committuntur, ne jurisdictione ordinariorum coerceatur.* — Für Institute

tens der Centralbehörden, kommen im nächsten Paragraphen zur Sprache.

Anders steht es mit denjenigen Congregationen, welche nicht über mehrere Sprengel verbreitet, sondern als reine Diöcesan-Institute eingerichtet und approbirt sind¹⁾; diese unterstehen in erster Instanz in allen Punkten ihrem Ordinarius, ihre Angelegenheiten kommen nur, sofern dieser in der bestimmten Frage überhaupt nicht competent ist, oder im Beschwerdewege nach Rom. Aus der Darstellung des nächsten Paragraphen und des 6. Kapitels wird sich ohne nähere Nachweisung ergeben, in wie weit auch diese Diöcesan-Institute, wenn auch nicht von aller bischöflichen Aufsicht frei, doch vielfach selbstständig sind.

Ein Punct ist hier noch hervorzuheben, nämlich dass keiner Genossenschaft freisteht, die einmal bestätigten Statuten wieder zu ändern, weil sie eben durch die Bestätigung Kirchengesetz und dem freien Willen der Schwestern entrückt worden sind. Uebrigens sind darüber auch Entscheidungen ergangen, es liegt aber auf der Hand, dass die päpstlich bestätigte Constitution von den Schwestern nicht mehr geändert werden kann.

§. 2. Autonomie und Verhältniss zum Diöcesanbischöfe.

Die Bulle *Quamvis justo* hat die englischen Fräuleins als der Jurisdiction der Ordinarien unterworfen erklärt; diese Grundlage ist später nicht verlassen worden, vielmehr wurde theils in den Bestätigungsbreven die Unterordnung unter die Jurisdiction der Diöcesanbischöfe aufgenommen, theils ist dieselbe in den Constitutionen ausgesprochen, in manchen Fällen wurde die Einrückung einer desfallsigen Bestimmung in die Constitution durch die Animadversionen

mehrerer Diöcesen wird kein Bischof als General-Superior ernannt. — Der Bischof des Mutterhauses hat keine Jurisdiction, welche anderen Bischöfen präjudicirt. — Der Bischof des Mutterhauses kann nicht General-Superior sein, sondern nur dem General-Capitel als apostolischer Delegat präsidiren. — Wenn es sich um ein Institut handelt, welches in mehreren Diöcesen zerstreut ist und von einer General-Oberin geleitet wird, kann das Gelübde des Gehorsams weder auf die Local-Oberin, noch auf einen oder den anderen Bischof beschränkt werden. — Dergl. Bemerkungen kommen in den Animadversionen häufig vor, *Analecta Juris. Pont.* 45, 46, 47, 54. Liefer. Ebenso ist die Absetzung der General-Oberin in zwei Animadversionen (54. Lief.) dem heiligen Stuhle vorbehalten, also den Bischöfen entzogen worden, worüber im Text mehr. Die Richtung der Congregation der Bischöfe und Regularen ist hiernach klar.

1) Z. B. die barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl Borromäus, Mutterhaus zu Neisse, in der Diöcese Breslau.

verlangt¹⁾. Wenn die Jurisdiction der Ordinarien aber auch nicht besonders vorgeschrieben wäre, so würde sie sich doch nach allgemeinen, kirchlichen Grundsätzen von selbst verstehen. Der Bischof ist der oberste und nur durch die Gesetze und seine Oberen, den Erzbischof und den Papst, eingeschränkte Lenker und Regierer seiner Diocese, ihm sind alle kirchlichen Personen und Sachen, die sich in seinem Sprengel befinden und nicht, wie die allgemeinen Angelegenheiten dieser Vereine, ausdrücklich eximirt sind, unterworfen; auch die Klöster sind es, soweit sie nicht durch besondere Anordnung befreit sind. Dieses Recht erstreckt sich auf die Leitung, Beaufsichtigung und Besserung aller kirchlichen Angelegenheiten und enthält ebenso die eigentliche Richtergewalt²⁾. Da nun diese Congregationen in Betreff ihrer einzelnen Häuser und Mitglieder nicht von der Macht des Bischofs ausgenommen sind, dies vielmehr ausdrücklich nur in Betreff der allgemeinen Angelegenheiten geschehen ist, könnte auch ohne ausdrückliche Aussprüche, deren einige in Anmerkung 1 verzeichnet sind, kein Zweifel darüber entstehen, dass die ordentliche bischöfliche Gewalt über sie nicht suspendirt ist, sondern in voller Kraft besteht.

Der Aufsicht des Vorgesetzten steht das natürliche Selbstregierungsrecht des Vereins gegenüber; für dasselbe spricht zuerst die Vermuthung, daher ist nun zu untersuchen, wie weit es durch die bischöflichen Rechte eingeschränkt ist.

1) Bei den armen Dienstmägden Christi zu Dernbach, Diocese Limburg, welche über mehrere Diöcesen verbreitet sind, heisst es in dem Bestätigungsbreve vom 23. März 1860: „*adjuvantibus locorum antistibus, quorum jurisdictio ad formam s. canonum firma tectaque erit.*“ Die barmherzigen Schwestern (Töchter der christlichen Liebe) in Oesterreich sind in allen wichtigen Fällen an den Bischof gewiesen. Die barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl Borromäus werden nach dem Bestätigungsbreve vom 24. Mai 1841 von einer General-Oberin geleitet „*unbeschadet der Jurisdiction der Bischöfe nach der von Benedict XIV. erlassenen Constitution Quamvis justo.*“ Sehr bezeichnend heisst es bei den *dames du sacré coeur de Jésus*, IV. partie I. chap. XVII.: *Les maisons de la société regardent l'évêque du lieu pour leur supérieur particulier etc.* In den *animadversiones* vom 27. September 1861 ist gesagt: *Institutum sub jurisdictione episcoporum erit etc.* *Analecta* 54. Lief. Aehnlich in den *animadversiones* vom 10. Mai 1861 (*Archiv für kath. Kirchenrecht. Neue Folge* Bd. IX. S. 417.) und noch oft. Vergl. auch *Corresp. de Rome* I. 187.

2) In cap. 16. X. 1, 31 sind die Rechte des Bischofs aufgezählt, darunter das *ad canonicam obedientiam* — *correctionem et reformationem* — *jurisdictionem quoque omnium de jure ad forum ecclesiasticum spectantium*; hierin ist schon die gesammte Aufsicht inbegriffen.

A. Gerichtsbarkeit.

Die Kirche hat, da das Richteramt regelmässig mit der Verwaltung in den Händen des Ordinarius vereinigt ist¹⁾, die gesammten Befugnisse des Machthabers als Jurisdiction bezeichnet, obgleich nach dem strengen Wortsinne die Gerichtsbarkeit, *jurisdictio* im engeren Sinne, von dem *imperium*, dem Rechte als Verwaltungsbehörde zu befehlen, zu unterscheiden ist.

Zu constatiren ist nun zunächst, dass in Betreff des Richteramtes der Bischof nicht durch die Autonomie des Vereins, sondern durch die im vorigen Paragraphen besprochene Exemption beschränkt ist. Das Weib ist kraft göttlicher Anordnung von der Schlüsselgewalt ausgeschlossen, daher unterliegen die Fälle, in welchen wirklich Recht gesprochen, namentlich ein Straferkenntniss gefällt werden muss, lediglich der Competenz des Ordinarius; doch erstreckt sich diese wohl nur auf Censuren, wenigstens bei den Genossenschaften, welche über mehrere Diöcesen verbreitet sind.

Der Ausschluss einer Professschwester ist die härteste Strafe, welche eine Schwester als solche treffen kann, ist aber auch immer Strafe und kann nicht als disciplinäre oder aus Gründen der Zweckmässigkeit anzuwendende Massregel aufgefasst werden; im Disciplinarwege kann sie nicht verhängt werden, weil dieser nur zur Besserung des Mitgliedes betreten werden kann, dieser Zweck aber mit der Entlassung aufhört, die Entlassung aus Nützlichkeitsgründen ist meines Wissens in keinem Statut gestattet und neuerdings aus einem Entwurf gestrichen worden. Meistens schweigen die Constitutionen ganz über diesen Punkt; dann ist klar, dass diejenige Behörde competent ist, welche auch von den Gelübden entbinden kann²⁾, dies ist aber bei ausgebreiteten Vereinen regelmässig der heilige Stuhl und hat dieser sich auch neuerdings mehrfach ausdrücklich seine Zustimmung für die Entfernung einer Schwester vorbehalten, das heisst aber weiter nichts, als dass er sich das Erkenntniss auf den Antrag der Congregations-Oberen vorbehalten hat und zwar, da in den unten citirten Animadversionen³⁾ gesagt ist, dass die Expulsion einer Schwester nicht ohne Befragen des Ord-

1) Wenn häufig, sogar fast überall besondere Richter bestellt sind, so sprechen dieselben nur im Auftrage des Ordinarius Recht, die *jurisdictio* ist delegata, mitunter z. B. in der Diöcese Breslau mandata.

2) Weil die Gelübde der Armuth und des Gehorsams unhaltbar resp. gegenstandslos werden durch das Ausscheiden.

3) Animadv. vom 10. März 1860 und 20. Febr. 1861, Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 417, 429.

narius und des heiligen Stuhles geschehen soll, auf den Bericht des Ordinarius hin, welcher die Untersuchung zu führen hat. Wo nichts bestimmt ist, wird bei Instituten, welche sich über mehrere Diöcesen erstrecken, das Urtheil über Entlassung einer Schwester schon deshalb nur dem heiligen Stuhle zustehen, weil dieser traurige Vorgang doch die ganze Congregation berührt; bei Diöcesan-Instituten ist die Competenz des Ordinarius unzweifelhaft.

Eine andere Frage ist die, ob Schwestern, welche die Gelübde nur auf Zeit abgelegt haben, nach Ablauf der Professfrist von der Congregation oder nur durch Richterspruch entlassen werden können¹⁾. Es kommt hierbei auf den Wortlaut der Constitution an. Wenn der Genossenschaft für die spätere, etwa definitive Gelübde-Ablegung oder die Gelübde-Erneuerung das Recht der Zustimmung oder Abweisung gegeben ist, so ist kein Urtheilsspruch nöthig, so wenig wie bei einer Novize, welche Profess zu machen wünscht, aber nicht zugelassen wird. Ist dies nicht der Fall, so hat die Professschwester das Recht zur erneuerten Ablegung der Gelübde und dieses kann ihr nicht durch einen Beschluss der General-Oberin oder irgend eine Vereinsinstanz, sondern nur von dem ordentlichen Richter abgesprochen werden²⁾. Diese Frage ist von grosser practischer Bedeutung, während der zuerst erwähnte Ausschluss einer Schwester wegen strafbarer Handlungen wohl nur höchst selten vorkommen mag.

Auf Absetzung von einem der niederen Aemter braucht nicht erkannt zu werden, weil jede Schwester jeden Augenblick von ihrem, durch Ernennung erhaltenen Amte abberufen werden kann, dasselbe kann also nicht Gegenstand eines Straferkenntnisses werden. Eine Ausnahme von der Regel der sofortigen Amovibilität ist nur bei den Chargen, welche auf bestimmte Zeit durch die Wahl der Congregation ertheilt werden, nämlich der General-Oberin und, bei den

1) Bei den *dames du sacré coeur* findet sich die exceptionelle Bestimmung, dass Schwestern, welche die ersten Gelübde auf fünf Jahre abgeleistet, in gewissen Fällen durch Beschluss der General-Oberin entlassen werden können; hier ist also das Verbleiben der Schwestern während dieser Zeit dem Ermessen der Oberin anheim gegeben, der Betroffenen wird aber der Recurs an die Congregation der Bischöfe und Regularen freistehen.

2) Z. B. bei den armen Dienstmägden Christi zu Dernbach, bei welchen dies ausdrücklich in §. 22 der Statuten bestimmt ist; der Ausschluss soll durch das Urtheil des Bischofs von Limburg erfolgen, dies wird aber nicht mehr möglich sein, nachdem die S. Congr. epp. et reg. zu den Statuten bemerkt hat, dass Alles, was auf diesen als General-Superior Bezug hat, ausgemerzt werden soll.

meisten Vereinen, den Rätinnen. Von den letzteren ist in der Regel nichts gesagt, von der ersteren ist aber mehrfach festgesetzt, und dies muss bei allen Congregationen als Regel festgehalten werden, dass ihre Absetzung nur durch den heiligen Vater resp. den von diesem deputirten Cardinal-Protector geschehen kann. Dies ist bei den *dames du sacré coeur* vorgeschrieben, wo, wenn es nöthig würde und die General-Oberin trotz der Ermahnung des Cardinal-Protectors nicht abdanken wollte, der Rath aber mit Zustimmung des letzteren nach einer reiflichen Erwägung die Absetzung für nothwendig erachtete, eine Neuwahl stattfinden soll. Ob der Rath die Absetzung auszusprechen hat, ist nicht gesagt; die Stelle ist juristisch unklar; wahrscheinlich hat man angenommen, dass durch die zustimmende Erklärung (*agrément*) des Cardinal-Protectors die Absetzung ausgesprochen ist und das Rathscollegium der Schwestern nur über die nothwendigen Verwaltungsschritte zu beschliessen hat. Da die fragliche Bestimmung (4. Th. 4. Kap. XIII.) nur von einem strafbaren Verhalten handelt, kann auch nur an eine wirkliche Deposition und nicht an einen Ersatz der aus anderen Gründen untauglichen General-Oberin gedacht werden; wollte man annehmen, dass dem Rath der Schwestern wirklich das Absetzungsrecht ertheilt wäre, so müsste entweder den Schwestern Gerichtsbarkeit gegeben sein, was unmöglich ist, oder die Absetzung müsste nicht als Strafe angesehen sein, was ich auch nicht für möglich halte; daher bleibt nichts übrig, als anzunehmen, dass dem Protector die Gerichtsbarkeit über die General-Oberin übertragen ist, der Ausdruck *agrément* würde auf ein kurzes, summarisches Verfahren schliessen lassen. Wo sonst von der Deposition der General-Oberin die Rede, ist sie immer dem heiligen Stuhle resp. seiner Centralbehörde vorbehalten worden¹⁾; der Grund liegt auf der Hand, weil die gerichtsherrliche Macht über die General-Oberin für das ganze Institut entscheidend ist und diese Gewalt nicht in die Hand eines einzelnen Bischofs gelegt werden sollte.

Aus gleichem Grunde können wir auch nicht zweifeln, dass die übrigen Beamtinnen, welche auf bestimmte Zeit gewählt sind, nicht durch den Ordinarius, sondern nur durch den heiligen Stuhl abgesetzt werden können.

1) Animadversiones vom 27. September 1861. Pro depositione moderatricis generalis recurrendum erit ad S. Sedem. Ebenso in den Animadversiones vom 7. Januar 1862. *Analecta*, 54. Liefer. col. 2067 u. f.

B. Verwaltung.

Hier ist nun die Frage, welche Rechte dem Diöcesan-Bischof zustehen und welche Functionen die Congregation kraft ihrer Autonomie selbst und unabhängig auszuüben hat. Die Congregation tritt selbstredend nie als Gesammtheit, als debattirender Clubb auf, sondern ist, wenn auch periodisch wiederkehrende Versammlungen Beschlüsse zu fassen haben, in der Regel durch die General-Oberin (allenfalls mit ihren Räthinnen) vertreten und steht dieser die Executive zu. Wo wir also in den Constitutionen finden, dass gewisse Befugnisse der General-Oberin beigelegt sind, da sind dies eben die von dem Oberhaupt auszuübenden Rechte, welche der Congregation vermöge ihres Selbstverwaltungsrechts gebühren.

Zum Begriffe der Selbstverwaltung gehören folgende Rechte:

a. in Betreff der Mitglieder und ihrer Wirksamkeit an verschiedenen Stationen,

I. Häuser (Niederlassungen) zu gründen und aufzulösen,

II. zum Mitgliede aufzunehmen, wen der Verein für tauglich findet,

III. die Mitglieder zu verwenden, wie es dem Zwecke der Gesellschaft am förderlichsten scheint, also sie zu Aemtern zu berufen, davon zu entfernen, aus einem Hause in ein anderes zu versetzen,

IV. Beobachtung der Kirchengebote und der Constitutionen, Bewahrung von Zucht und Sitte, Gehorsam gegen die Vorgesetzten, die Oberen des Vereins, zu verlangen und nöthigenfalls zu erzwingen;

b. in Betreff des Vermögens alle Verwaltung, soweit dieselbe nicht durch die Kirchengesetze beschränkt ist.

Der Bischof hat

a. das Recht und die Pflicht, das gesammte kirchliche Leben in seinem Sprengel zu leiten, Glauben und Moral seiner Diöcesanen zu überwachen und, wo es Noth thut, zu bessern, die Beobachtung der Kirchengesetze zu verlangen und zu erzwingen und insbesondere für das Gedeihen der in seiner Diöcese befindlichen, kirchlichen Institute zu sorgen,

b. die obere Verwaltung und Controlle alles kirchlichen Vermögens in der Diöcese und

c. das Dispensationsrecht.

Hiernach kann zu a.

- I. kein kirchliches Institut (Kirche, Kloster, Kapelle u. s. w.) gegründet oder aufgelöst werden ohne die Zustimmung des Ordinarius,
- II. Niemand eine besondere kirchliche Stellung einnehmen, also auch Niemand in einen kirchlichen Verein treten ohne seine Genehmigung und
- III. hat der Bischof über die Befolgung der Kirchengesetze, die Moral, die Reinheit des Glaubens zu wachen, Abweichungen zu corrigiren, bei eingetretenen Störungen die Ordnung wieder herzustellen.

Die Rechte hinsichtlich des Vermögens sind weiter unten, die in Betreff der Dispensation im sechsten Kapitel zu betrachten.

Es scheint nun zweckmässig, die für das Selfgovernment angenommene Eintheilung bei der folgenden Erörterung zu Grunde zu legen.

a.

I. Die Gründung und Auflösung von Niederlassungen.

Bei der Gründung von Stationen besteht die Freiheit der Schwestern nur darin, dass sie, wie sich von selbst versteht, nicht zur Errichtung von Häusern gezwungen werden können; im Uebrigen wird ihr Recht durch die Aufsicht des Bischofs absorbirt. Schon in Betreff der Orden ist die alte Bestimmung, dass kein Kloster ohne Zustimmung des Bischofs errichtet werden darf¹⁾, auch durch die späteren Exemtionen nicht geändert worden; im Gegentheil ist durch die schon erwähnte Bulle Clemens XI. Quoniam ad institutam den Bischöfen aufgetragen, ihre Zustimmung nicht zu geben, wenn sie nicht ermittelt haben, dass die übrigen am Orte befindlichen Klöster und, die sonst ein Interesse daran haben, damit einverstanden sind und das neue Kloster ohne Benachtheiligung der übrigen bequem wird bestehen können, diese Vorschrift aber ist durch Gregor's XV. Bulle Cum alias auf alle Institute, Convente, Häuser u. s. w. ausgedehnt worden. Die Hauptsache ist die Zustimmung des Bischofs, welche nach dem Wortlaute dieser Constitutionen unbedingt nöthig ist und nicht etwa

1) Concil. Chalcedonense, can. 4. Placuit nullum quidem usquam aedificare aut construere monasterium vel oratorii domum praeter conscientiam civitatis episcopi. Cfr. Conc. Trid. sess. XXV. de reg. et mon. c. III.

lediglich von Erfüllung der oben erwähnten Bedingungen abhängt, sondern auch aus anderen Gründen verweigert werden kann, die beiden Bullen setzen nur fest, in welchen Fällen sie versagt werden muss. Wo nun die Statuten des Vereins sich über diesen Punct nicht äussern, ist es doch nach den erwähnten Gesetzen über jeden Zweifel erhaben, dass ohne Einwilligung des Diöcesan-Bischofs kein neues Haus gegründet werden kann, übrigens folgt dies auch aus dem Inhalte seiner Jurisdiction- resp. Aufsichtsrechte und ist eine weitere Beweisführung dafür überflüssig. Ausserdem sind in einzelnen Statuten Bestimmungen darüber vorhanden¹⁾ und liegen auch Aussprüche der heiligen Congregation der Bischöfe und Regularen vor²⁾.

Was nun den Geschäftsgang anlangt, so geschieht entweder die Gründung einer Filiale auf den Wunsch des Bischofs, dann ergeben sich die Verhandlungen von selbst, oder der Verein geht zuerst damit vor; dann müssen dem Ordinariate die Lage und der Zweck des Hauses, die Subsistenzmittel und, was sonst von Wichtigkeit zur Sache ist, angezeigt werden, worauf nach Einholung des Gutachtens des Ortspfarrers weitere Erhebungen folgen oder der Bischof, wenn er gegen die Anlage nichts zu erinnern hat, fremde Rechte (anderer Klöster oder Genossenschaften) dadurch nicht beeinträchtigt werden, die Subsistenzmittel auch gesichert sind und nicht etwa Bedenken gegen den bei Uebernahme einer öffentlichen Anstalt geschlossenen Contract vorliegen, seine Einwilligung gibt. In Betreff des letzteren Punctes werden im neunten Kapitel dieser Schrift die nöthigen Bemerkungen gemacht werden. Wenn übrigens für die Gründung von neuen Häusern die Genehmigung des heiligen

1) Constitution der barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl, 2. Th. 15. Kap. Art. 2. Eine auswärtige Anstalt — — soll niemals zu gründen unternommen werden ohne schriftliche Genehmigung des Bischofs, in dessen Diöcese es (sie) liegt, damit die Einwirkung derer, die es angeht, hinzukomme und für die Leitung des Hauses nach der Richtschnur des Mutterhauses gesorgt werden könne. In §. 25. der Statuten der armen Dienstmägde Christi ist das Gleiche bestimmt.

2) Bei Prüfung der Constitutionen der armen Schulschwestern wurde für einen neuen Entwurf eine Instruction ertheilt; darin heisst es: Sie (die General-Oberin) verhandelt mit den Bischöfen wegen Gründung neuer Häuser oder wegen Schliessung bestehender u. s. w. Eine desfallsige Bestimmung ist auch demnächst aufgenommen worden. — Animadversiones vom 25. April 1860: Pro erectione domorum (praescribendus est) consensus Ordinarii loci. Desgl. vom 6. Juni 1860: Pro erigendis domibus requiritur expressus consensus Ordinarii. Archiv für kath. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 412 u. f. Die Beispiele könnten noch vermehrt werden, doch ist die Sache klar genug.

Stuhles oder, wie bei den armen Schulschwestern, die des Cardinal-Protectors vorbehalten ist, hat es selbstredend dabei sein Bewenden; andernfalls ist dieselbe bei Anlegung von Filialen nicht erforderlich, weil sie nicht allgemein vorgeschrieben ist und aus der Natur der Sache ihre Nothwendigkeit nicht gefolgert werden kann.

Für Aenderung der Mutterhäuser, Errichtung oder Verlegung der Noviziate muss die Genehmigung von Rom eingeholt werden, wenn dem Verein nicht ausdrücklich volle Freiheit darin eingeräumt sein sollte, was nirgend der Fall sein dürfte. In den Constitutionen ist mehrfach verordnet, dass vor einem solchen Unternehmen der heilige Stuhl um seine Einwilligung angegangen werden muss, in neuester Zeit ist dies wiederholt durch die Animadversionen zur Bedingung gemacht worden ¹⁾, auch liegt es auf der Hand, dass in einer Angelegenheit von so hoher Wichtigkeit für das ganze Institut die Vereinsoberen nicht selbstständig vorgehen können und, eben weil der Consens des Bischofs für die ganze Genossenschaft nicht ertheilt werden kann, die oberste Behörde ihre Entscheidung geben muss.

Bei Streitigkeiten zwischen dem Bischof und der Congregation, welche eine Filiale anlegen will, intervenirt der Cardinal-Protector und die S. Congr. epp. et reg. fällt, wenn keine Einigung zu Stande kommt, die Entscheidung; doch halte ich für undenkbar, dass einem Bischöfe eine Filiale, welche er nicht haben will, sollte octroyirt werden.

Ueber die Auflösung von Filialen sprechen sich die Constitutionen in der Regel nicht aus; in den Animadversionen ist mehrfach darauf hingewiesen, dass die General-Oberin darüber nicht allein entscheiden kann, sondern ihr Rathscollegium zuziehen muss; hierdurch ist die Frage nach der Competenz des Bischofs noch nicht erledigt. Wenn man einerseits nicht zweifeln kann, dass ein in einem Sprengel bestehendes Institut nicht ohne Wissen des Diöcesanlenkers aufgehoben werden kann, so ist andererseits unbedenklich, dass ein Verein, der einen solchen Schritt aus Gründen für nothwendig erachtet, daran nicht gehindert werden kann, weil die Fortexistenz eines Hauses ebenso wie die Gründung eine Sache von allgemeinem Interesse ist; daher wird die General-Oberin als Vertreterin des Vereins im Falle einer solchen Absicht unbedingt mit dem competenten Bischöfe in Unterhandlung zu treten haben, dieser aber wird die Ausführung des gefassten Beschlusses nicht hindern

1) Animadversiones vom 10. März, 25. April, 9. Juni 1860. Archiv a. a. O.

können. In einigen Instituten, z. B. bei den *dames du sacré coeur*, wird die Zustimmung des Cardinal-Protectors zur Unterdrückung von Filialen erfordert; wenn dies aber nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist resp. wenn der Verein keinen solchen Protector hat, ist diese Massregel seiner Autonomie überlassen und ein Bericht an die S. Congr. epp. et reg. nur nothwendig, sofern, was nicht immer der Fall, mit der Aufhebung der Filiale eine Veräusserung verbunden ist¹⁾. Es kann auch vorkommen, dass eine Filiale ganz umgebildet wird, wenn z. B. die Verwaltung einer öffentlichen Anstalt aufgegeben und bald oder sofort darauf an demselben Orte eine Station zu einem anderen Zwecke, etwa zur äusseren Krankenpflege eingerichtet wird²⁾; dann liegt eine Auflösung der einen und Gründung einer andern Station vor.

Die freiwillige Auflösung eines ganzen Vereins ist bei den jetzigen Verhältnissen nicht gut denkbar, könnte aber unzweifelhaft nur mit Genehmigung des heiligen Stuhles erfolgen.

II. Aufnahme von Mitgliedern.

Bei der vorigen Frage handelte es sich gewissermassen um Territorialrechte, um die unbeschränkte Herrschaft des Bischofs in seinem Sprengel, in welchem ohne seine Einwilligung keine kirchliche Einrichtung getroffen werden darf, eine Schwierigkeit in der Auseinandersetzung zwischen diesem Rechte und der Selbstverwaltung der Vereine liegt dabei nicht vor. Dasselbe gilt von der Aufnahme neuer Mitglieder mit der Massgabe, dass hier das Dispositionsrecht des Ordinarius über diejenigen, welche die besondere kirchliche Stellung eines Congregationsmitgliedes einnehmen wollen, dem freien Aufnahmerechte Seitens der Genossenschaft nicht gegenübersteht, so dass eine Collision eintreten könnte, sondern dass das letztere Recht durch die gesetzlichen Befugnisse und Obliegenheiten des Bischofs eingeschränkt ist.

Dass jeder Verein nur denjenigen, um Aufnahme Bittenden, anzunehmen braucht, welchen er für passend findet, dass hierin von Niemandem eine Einwirkung geübt, kein Mitglied aufgedrungen

1) Meine im Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. VIII. S. 178 ausgesprochene Ansicht muss ich hiernach und nach nochmaliger Einsicht der *animadversiones corrigiren*.

2) Der Fall ist schon dagewesen, dürfte auch nicht sehr selten sein; wenn aber blos der Zweck der Filiale modificirt, z. B. aus einem Pensionat eine Kleinkinderbewahranstalt gemacht wird, so ist dies nicht als Auflösung anzusehen.

werden darf, versteht sich ganz von selbst; die Kirche hat aber aus vielen Gründen angeordnet, dass keine Aufnahme stattfinden darf, ehe der ordentliche Obere der Diöcese dieselbe nach vorhergegangener Prüfung der Aufzunehmenden gestattet hat, und zwar bestimmt das Tridentiner Concil c. XVII. sess. XXV. de reg. et mon., dass kein Mädchen eher das klösterliche Gewand anlege (als Novize eintrete) oder die Gelübde ablege, als bis der Bischof oder sein Commissarius den Willen der Jungfrau erforscht und ermittelt hat, ob sie gezwungen oder verleitet sei und wisse, was sie thue; erst wenn ihr Wille als frei und fromm erkannt worden und sie die Eigenschaften hat, welche das Kloster oder die Ordensregel erfordert, und das bestimmte Kloster für sie passend ist, soll ihr freistehen, die Gelübde abzulegen. Hiernach ist eine zweimalige Prüfung der Jungfrau und eine zweimalige Erlaubniss des Bischofs, nämlich vor dem Eintritt in's Noviziat und vor der Profess vorgeschrieben. Dieselbe muss auch bei denjenigen Frauenklöstern, welche von Männerorden geleitet werden¹⁾ oder exempt sind, stattfinden²⁾.

Diese Bestimmung gilt auch für die neueren Genossenschaften. Schon die Bulle Quamvis justo bestimmte für die englischen Fräuleins, dass die General-Oberin keine Novize zur Profess zulassen dürfe ohne die Genehmigung des Bischofs; in den Constitutionen der anderen Genossenschaften ist die nämliche Bestimmung zu finden³⁾, die Animadversionen machen oft auf die Nothwendigkeit der bischöflichen Prüfung und Erlaubniss aufmerksam⁴⁾, sollte aber demungeachtet die ausdrückliche Verordnung irgendwo fehlen, so dürfte doch keine Oberin, ohne sich strafbar zu machen, eine Profess ablegen lassen, welche der Bischof nicht gestattet hat, die abgelegte Profess aber würde nichtig sein.

1) Die desfallsige Entscheidung der S. Congregatio wurde von Urban VIII. den 9. Mai 1662 bestätigt; Conc. Trid. von Schulte und Richter, S. 421.

2) Entscheidung in Suessonen. den 16. September 1662. Ebenda.

3) Constitutionen der barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl, 2. Th. 1. Kap. Art. 6. Constitutions des dames du sacré coeur, der armen Schulschwestern u. s. w.

4) Firmum debet remanere jus Ordinarii pro exploratione novitiarum. Analecta 42. Lief. col. 510. Exploratio voluntatis puellarum unice spectat ad episcopum vel ad personam ecclesiasticam ab ipso qualibet vice delegandam. 54. Lief. col. 2070. Der Commissarius muss hiernach für jedes einzelne Mal ernannt werden, so wird es auch in der Praxis gehandhabt.

Zweifelhaft kann nur sein, ob auch vor der Einkleidung ein Examen mit der Jungfrau vorgenommen werden muss, oder ob der Bischof sich die Ueberzeugung davon, dass ihr nichts entgegensteht, auf anderem Wege verschaffen kann; der Praxis nach und, da die Constitutionen zum Theil sehr ausführlich von der Prüfung vor der Profess sprechen, die vor der Einkleidung aber gar nicht erwähnen, obgleich sie die sonstigen Requisite derselben genau festsetzen, da ferner dieses ersten Examens auch in den Animadversionen nirgends gedacht wird, obgleich gewiss Gelegenheit dazu vorhanden war und anderweitige Erfordernisse für die Aufnahme der Novizen, z. B. die Zeugnisse erwähnt werden, dort vielmehr immer nur von der Genehmigung des Bischofs oder von der Prüfung im Zusammenhange mit der Profess gesprochen wird¹⁾, bin ich der Ansicht, dass zum Eintritt in das Noviziat kein formelles Examen nothwendig ist und der Bischof seine Erlaubniss auf Grund der ihm über die Candidatin vorgelegten Documente ertheilen kann.

Das Gesuch um die Genehmigung zur Aufnahme resp. um die canonische Prüfung soll vier Wochen vor der Einkleidung oder Profess dem Bischofe eingereicht werden und zwar vor der Einkleidung mit dem Tauf-, Firmungs- und Sittenzeugniss des Pfarrers, das letztere wird bei der Profess wegfallen, weil der Pfarrer des letzten Wohnsitzes der Novize über deren Lebenswandel keine Kenntniss mehr hat, es wird auch mehr als ersetzt durch den Beschluss der Vereinsgenossinnen, die Jungfrau aufzunehmen, ein Firmungszeugniss wird nicht in allen Diöcesen ertheilt, kann also oftmals auch nicht beigebracht werden; der Nachweis der Taufe wird übrigens, da er schon zum Eintritt in's Noviziat geführt worden, nachher nicht mehr wiederholt werden dürfen.

Die Gelübde selbst darf, wie Benedict XIV. schon in der Bulle *Quamvis justo* ausführt, nicht die Oberin oder Local-Oberin abnehmen, wie vorher bei den englischen Fräuleins geschehen war, sondern nur der Bischof selbst oder durch seinen Commissarius; dies ist auch seitdem immer festgehalten worden.

1) Instruction für die neuen Constitutionen der armen Schulschwestern, *animadversiones* vom 23. März 1860; die Animadversionen unterscheiden genau zwischen Postulantinnen und Novizen; für die ersteren sind mehrfach Atteste vorgeschrieben, auch die Exercitien vor beiden Feierlichkeiten, der Einkleidung und der Profess, von einer Prüfung vor der ersteren ist aber nirgendwo die Rede. Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 415, 418, 419, 420.

III. Verwendung der Mitglieder.

Hier und bei der unter IV. zu besprechenden Beaufsichtigung sind Collisionen am ersten möglich, da einerseits, wie wir gesehen haben, diese Congregationen der Jurisdiction d. h. dem Directions- und Aufsichtsrechte des Diöcesan-Bischofs unterworfen sind, andererseits aber in ihren allgemeinen Angelegenheiten von den einzelnen Bischöfen eximirt sind und, soweit ihnen nicht völlig freie Bewegung gestattet ist, direct unter dem heiligen Stuhle stehen. Daher musste die Regelung dieser Frage mit grosser Vorsicht geschehen und man kann nicht leugnen, dass es der Weisheit der päpstlichen Behörden gelungen ist, den richtigen Weg zur Vermeidung von Conflicten zu finden. Zu unterscheiden sind auf der einen Seite die Befugnisse der General-Oberin (und ihres Rathes), als der Vertreterin der autonomen Genossenschaft, auf der andern die Aufsichtsrechte des Bischofs. Einige Andeutungen über die Natur der, der ersteren zustehenden Gewalt sind nicht zu vermeiden und zwar handelt es sich hier nicht darum, welche Functionen ihr allein oder mit Zuziehung des Rathscollegiums zukommen und welche etwa das General-Capitel hat, sondern generell um die Rechte der Vereinsoberen als solcher und im Vergleich zu den sie einschränkenden Rechten und Obliegenheiten der kirchlichen Behörden ¹⁾.

Der Natur der Sache nach muss den Gesellschaftsoberen zustehen, Alles das zu thun, was zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes nothwendig ist; hier kommt nun, da die Aufnahme von Mitgliedern und die Gründung von Häusern schon erörtert sind, die eigentliche Strafgewalt aber (nach A. dieses Paragraphen) ebenfalls ausscheidet, die Handhabung der Disciplin unter IV. und die Vermögensverwaltung demnächst (unter b.) betrachtet werden soll, nur das Recht, die Mitglieder so zu verwenden, wie es für die Vereinszwecke am besten ist, also sie zu Aemtern zu berufen, davon zu entfernen, von einer Anstalt in die andere zu versetzen, zur Sprache.

Diesem Rechte der Oberen steht gegenüber die Pflicht der Mitglieder zum Gehorsam nach Massgabe des Gelübdes und zwar in gewisser Weise zum unbedingten Gehorsam ²⁾.

1) Dass trotz der sehr ausgedehnten Competenz des Bischofs dessen Macht doch keine uneingeschränkte ist, geht schon aus c. 1. X. 3, 35. hervor: Der Bischof soll sich *praeter diligentiam disciplinae* nicht in Klosterangelegenheiten mischen; c. 16. X. 5, 31. sind eine Anzahl Eingriffe der Prälaten verboten, den Mönchen gegen ihren Willen Beichten abzunehmen, Bussen aufzuerlegen, über ihre Begräbnisse, ihr Kirchengut zu verfügen.

2) Das Nähere in Kap. 6.

Man hat sich viele Mühe gegeben, den Ursprung dieses Rechts der Vereins-Vorgesetzten zu ergründen; man hat dasselbe häusliche Macht (*pouvoir domestique*) genannt, um es von der Jurisdiction der kirchlichen Oberen zu unterscheiden, und hat es mit dem Rechte der Eltern über die Kinder verglichen. Dieser Vergleich ist precär, die Unterscheidung von der Jurisdiction der Bischöfe theils unnöthig, theils unrichtig; dass von einer eigentlichen Jurisdiction der General-Oberin, der Local-Oberinnen u. s. w. nicht die Rede sein kann, haben wir bereits gesehen, mit dem Aufsichts- und Leitungsrechte des Bischofs aber, welches nach dem Sprachgebrauch häufig mit unter diesem Worte verstanden wird, hat die Macht der Oberinnen eine grosse Aehnlichkeit, denn dieses Recht ist nichts anderes, als die Macht, Etwas zu befehlen oder zu verbieten, über Personen und Sachen zu verfügen, und dieses Recht steht den Oberinnen einer Congregation ebenso, theilweise in noch höherem Grade zu, als dem Lenker einer Diöcese über seine Priester¹⁾, theilweise, namentlich über Sachen, ist die Disposition der Oberinnen allerdings wieder beschränkter.

Durch das Gelübde des Gehorsams verpflichtet sich die einzelne Schwester zur Beobachtung der Gesetze und zum Gehorsam gegen die Oberen, diesen aber stehen gegen die Verpflichteten und über die Angelegenheiten der Genossenschaft alle die Rechte zu, die so eben angedeutet wurden, weil sie ihnen nach Massgabe der Constitutionen oder der allgemeinen Gesetze und nach der Natur der Dinge zur Erfüllung ihres Amtes, das Wohl der Gesellschaft zu fördern und zu erhalten und Schaden abzuwehren, nothwendig sind. Die bestimmten Rechte der Oberen sind ein Ausfluss der Autonomie des Vereins, sie sind ihnen zur Erreichung des Vereinszweckes verliehen (oder ihre Verleihung versteht sich von selbst); die Gehorsamspflicht des einzelnen Vereinsmitgliedes originirt aus dem Gelübde, also aus dem Gott gegebenen Versprechen, mit welchem die Gelobende in die Gesellschaft eingetreten ist²⁾ und sich den Einrichtungen unterworfen hat, so dass auf der Grundlage dieser Einrichtungen über die dauernde Zusammengehörigkeit mit allen daraus folgenden Rechten und Pflichten der Contract geschlossen ist; des

1) In Betreff der Absetzung und Versetzung; dem Bischofe steht häufig die Investitur entgegen; er kann oftmals nicht nach seinem Ermessen handeln, sondern es muss ein Erkenntniss gefällt werden.

2) Der Gehorsam der Novizen ist nicht vertragsmässig, sondern ganz freiwillig; will die Novize nicht gehorchen, so wird sie fortgeschickt.

Gelübdes wegen ist der Ungehorsam, also die Zuwiderhandlung gegen den Vertrag, besonders sündhaft¹⁾. Die Rechte der General-Oberin entspringen aber aus der Autonomie, nicht blos, weil die Statuten, wenn auch unter der Autorität der Kirche, doch von dem Vereine gemacht sind, sondern vor Allem, weil die General-Oberin ihre eigenen Rechte nicht auf die Uebertragung von einem Dritten, sondern auf die von ihren Vereinsgenossinnen auf sie gefallene Wahl gründet; dasselbe gilt von jeder andern gewählten Beamtin, die von der General-Oberin ernannt sind aber von dieser nur kraft des ihr durch die Wahl verliehenen Rechts mit ihren Aemtern betraut worden, ihre Amtsbefugnisse beruhen daher ebenso auf der Autonomie der Gesellschaft²⁾.

Das erste Recht der Selbstverwaltung ist die freie Wahl der Vorsteher; dieselbe ist mehrfach³⁾, namentlich in c. 6 und 7. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. garantirt, sie ist auch diesen Genossenschaften von der Kirche belassen worden.

Schon die englischen Fräuleins wählten ihre General-Oberin frei; die barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl Borromäus, deren Statuten erst neuerdings revidirt und für Oesterreich, sowie die Diöcese Breslau festgestellt sind, ebenfalls; wenn eine passiv wahlfähige Schwester mit absoluter Majorität gewählt worden ist, wird die Wahl bekannt gemacht und die Gewählte als General-Oberin anerkannt; eine thätige Mitwirkung des Superiors resp. Bischofs ist nur für den Fall statuirt, dass nicht sofort die Wahl entschieden ist; bei den *dames du sacré coeur* ist keine Bestätigung vorgeschrieben, bei den armen Schulschwestern ist die Wahl ähnlich geordnet, wie bei den Borromäerinnen, zwar ist eine Bestätigung durch den Cardinal-Protector vorbehalten, aber nicht unbedingt, sondern in einem bestimmten Falle der Wahl ausser dem General-Capitel durch Einsendung der Stimmzettel an den Protector. Auch bei anderen Congregationen ist eine solche Bestätigung festgesetzt, bei Prüfung der Statuten der barmherzigen Schwestern zu Verona machte der Consultor der S. Congr. epp. et reg. einen dahin gehen-

1) Andere Verstösse gegen die Constitutionen, nämlich solche, die nicht direct den Gelübden zuwiderlaufen, sind bei einigen Congregationen, jedenfalls zur Beseitigung unnöthiger Gewissensscrupel, für nicht sündhaft erklärt.

2) Zu bemerken ist, dass bei einzelnen Genossenschaften zum Ueberfluss noch der General-Oberin besonders Gehorsam gelobt wird; damit kann aber nur das Amt, die General-Oberin im Allgemeinen, gemeint sein, sonst müsste dieses Gelübde bei jeder neuen General-Oberin wiederholt werden.

3) C. 1. 2. 3. Causa XVIII. qu. 2.; c. 2. X. 3, 35.; c. 43 in 6. 1, 6.

den Vorschlag, unzweifelhaft kann aber dieses Bestätigungsrecht nicht willkürlich gehandhabt werden, sondern eine Ablehnung kann nur aus bestimmten Gründen, z. B. wegen Formfehlern bei der Wahl oder Mangel der gesetzlich erforderlichen Eigenschaften bei der Gewählten und dergl. geschehen. Sonst könnte nicht nur nicht von einer freien Wahl die Rede sein, sondern wäre auch der mehrfach angeordnete sofortige Amtsantritt der Gewählten unmöglich. In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, wenn in den Constitutionen der barmherzigen Schwestern in Oesterreich (Töchter der christlichen Liebe, bestätigt von Gregor XVI. am 15. September 1835), welche nicht unter einer General-Oberin vereinigt, sondern in Provinzen getheilt sind, deren jede ihre General-Oberin hat, gesagt ist, dass die Oberin der Provinz vom Bischöfe bestätigt werden soll¹⁾.

In neuester Zeit ist, und dies ist hier, wo es sich vorzüglich um Institute handelt, die sich über mehrere Diöcesen erstrecken, die Hauptsache, von der heiligen Congregation der Bischöfe und Regularen der Grundsatz festgehalten und eingeschärft worden, dass eine Bestätigung der General-Oberin (und ihrer Assistentinnen) durch den Diöcesan-Bischof nicht stattzufinden hat und dass dieser, wenn überhaupt, nur als apostolischer Delegat dem General-Capitel und der Wahl der General-Oberin präsidiren darf²⁾. Hiernach müssen, da, wie schon bemerkt, die animadversiones sich in der Form allgemeiner Grundsätze aussprechen und offenbar auf solchen beruhen, zweifelhafte Stellen interpretirt werden. Dass die hier und da in den Entwürfen vorgeschlagene Ernennung der General-Oberin durch den Bischof von der römischen Behörde jederzeit gemissbilligt worden ist, ergibt sich aus dem Gesagten von selbst³⁾.

Die übrigen Beamtinnen werden theils, wie z. B. die Assistentinnen, ebenfalls von der Congregation gewählt, theils von der

1) Die Statuten dieser Congregation sind ausnahmsweise wenig scharf gefasst; man hat offenbar ein reines, fast vollständig unter der Leitung der Bischöfe stehendes Diöcesan-Institut im Auge gehabt; da aber die Vertheilung in mehreren Diöcesen zugelassen ist, muss, wenn ein Haus in einer neuen Diöcese gegründet wird, dasselbe sofort von dem Mutterhause der Provinz, aus der es herrührt, abgetrennt werden, sonst sind die Schwierigkeiten sofort da, welche durch die exemte Stellung der General-Oberin beseitigt werden sollen.

2) Animadversiones vom 12. Juli 1861. Episcopus loci, in quo habebitur capitulum generale, poterit *ex speciali concessione S. Sedis uti ejus delegatus* capitulo praeesse et electionem confirmare.

3) Animadversiones vom 29. September 1860: Nimis absonum a jure et a moribus est ut moderatrix generalis ab episcopo deputetur.

General-Oberin frei ernannt. In manchen Genossenschaften, z. B. den Borromäerinnen, soll die General-Oberin in Betreff der einen oder andern Charge sich mit dem Superior, welcher der Congregation beigegeben ist, einigen, in der Regel aber hat sie völlig freie Hand; dies ist bei den Borromäerinnen der Fall in Betreff der Local-Oberinnen, bei den armen Schulschwestern und den *dames du sacré coeur* in Betreff aller Aemter.

Dasselbe gilt von den Versetzungen aus einem Hause in ein anderes; sie sind dem Ermessen der General-Oberin ganz anheim gegeben, ebenso wie die Entfernung von einem Posten, zu welchem die Inhaberin nicht durch Wahl berufen ist. Nach der Bulle *Quamvis justo* sollte die General-Oberin hierzu die Genehmigung des Bischofs einholen; es hat sich aber gezeigt, dass dies, wenn es nicht unmöglich ist, doch zu grossen Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten führt, daher musste von dieser Einschränkung abgesehen werden. Der Consultor der S. Congr. epp. et reg. bei der Berathung über die barmherzigen Schwestern zu Verona schlug bereits vor, der General-Oberin das Recht zu Versetzungen „ohne die Genehmigung des Bischofs abzuwarten“ zu geben, nur sollte, wenn ein Bischof die Abberufung einer Schwester verlangte, die General-Oberin das Mögliche (*son possible*) thun, um ihn zufrieden zu stellen, das Recht zu kategorischem Befehle sollte also dem Bischofe nicht eingeräumt werden¹⁾. Da übrigens die einzelnen Aemter von der General-Oberin nicht eigentlich verliehen werden, sondern nur aufgetragene Functionen sind, hat auch die Entfernung von einem solchen Amte nicht den Character der Strafe, sondern ist nur eine Zweckmässigkeitsmassregel; dass dieselbe verhängt werden kann, weil Vergehen der Schwester die Veranlassung geben, ändert an ihrem rechtlichen Character nichts.

Eine anderweitige Einwirkung der kirchlichen Autoritäten ist in Betreff der Verwendung der Mitglieder nirgends festgesetzt; sollte irgendwo eine besondere, die Freiheit der Congregation einschränkende Bestimmung sich finden, so wäre sie eine ganz exceptionelle.

IV. Disciplin und Visitation.

Die Vereins-Oberen haben ferner das Recht und die Pflicht dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft möglichst zur Blüthe gelange, den Zweck ihres Bestehens möglichst vollkommen erreiche und keinen Schaden leide, sie haben darauf zu achten, dass die Reinheit

1) *Correspondance de Rome* I. 68.

der Sitten, die Befolgung der Constitutionen und der Kirchengebote bewahrt werde.

Zu diesem Zwecke stehen ihnen nach Massgabe der Constitutionen und der canonischen Bestimmungen alle zulässigen Mittel, Verwaltungsmassregeln und auch Zwangsmittel gegen unbotmässige Schwestern zu Gebote und haben sie Alles anzuordnen, was zum Zwecke führt; was insbesondere die Zwangsmittel anlangt, so dürfen diese nur den Zweck haben und dazu eingerichtet sein, die Schwestern zu bessern, und dürfen nie den Character von eigentlichen Strafen haben; dass übrigens das erlaubte Mass hierin nicht überschritten werden darf, versteht sich von selbst und würde jede Oberin durch einen Excess bei Ausübung des Correctionsrechts sich strafbar machen.

Der dirigirenden Ober-Beamtin, der General-Oberin, ist regelmässig zur Pflicht gemacht, nicht nur durch steten Briefwechsel, sondern auch durch öfteres persönliches Einsichtnehmen, durch Visitationen, sich Ueberzeugung zu verschaffen, was in den einzelnen Häusern vorgeht, wie die Schwestern sich führen, was abzustellen und was zu bessern ist u. s. w. Sollte ihr diese Pflicht auch in einem Statut nicht besonders auferlegt sein, so liegt dieselbe doch in dem Gesammtinhalt ihres Amtes.

Das Recht zur Visitation ist der General-Oberin schon in der Bulle *Quamvis justo* ertheilt worden, wird übrigens durch die oft ausgesprochene Verbindlichkeit ausser allem Zweifel gesetzt. Die Frage ist nur, ob vor der Ausübung die Erlaubniss des Ordinarius nachgesucht werden muss. In der genannten Bulle *Benedict's XIV.* war dies angeordnet, in neueren Constitutionen, z. B. der armen Schulschwestern, der *dames du sacré coeur*, fehlt diese Bestimmung und ist der General-Oberin volle Verfügungsgewalt gegeben, doch darf sie sich, was übrigens kaum erwähnt zu werden braucht, nur mit dem befassen, was ihres Amtes ist, und nicht etwa anmassen z. B. eine Kirche zu revidiren, dies ist ihr auch ausdrücklich untersagt worden, wogegen sie befugt ist, sofort alle Anordnungen zu treffen, welche der Zustand der Filiale erforderlich scheinen lässt¹⁾.

1) Constitutionen der Borromäerinnen, Th. II. Kap. 3. Art. 19.: „Die General-Oberin ordnet mit ihrer Begleiterin und der Oberin des Orts dasjenige an, was als vortheilhaft erkannt wird. Es steht ihr auch zu, wenn sie es nöthig findet, die Schwestern, ja selbst die Haus-Oberin zu versetzen.“ Arme Schulschwestern Th. IV. Kap. 1.: „Die General-Oberin hat das Recht, alle Häuser des Instituts zu visitiren oder durch eine von ihr ermächtigte Schwester visitiren zu lassen, um

Wenn nun auch die Bitte um Erlaubniss nicht gerade nothwendig ist, so wird doch, weil Niemand ausser dem Vorgesetzten des Bischofs, dem Erzbischof und Papst, sich in die Angelegenheiten seiner Diöcese mischen darf, hier also das Recht der General-Oberin mit dem seinigen concurrirt, der Visitation eine respectvolle Anzeige vorhergehen müssen, welche sich von jener Bitte nur dadurch unterscheidet, dass der Bischof die Erlaubniss nur verweigern dürfte, wenn ihm besondere, gesetzliche Gründe zur Seite ständen¹⁾.

Ueber die Visitation von Seiten des Bischofs finden wir in den einzelnen Constitutionen nichts, auch die Animadversionen schweigen darüber; daraus folgt, dass der Gesetzgeber nicht die Absicht gehabt hat, an den desfallsigen, aus der Jurisdiction des Ordinarius entspringenden Rechten Etwas zu ändern. Nach c. 2. Cl. 3, 10. soll der Bischof die nicht exemten Nonnenklöster in Betreff der Beobachtung der Regeln und der Kirchenzucht visitiren, über die Beobachtung der Clausur aber soll er nach der Bulle Periculoso und c. 5. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. ganz besonders wachen, der Diöcesan-Bischof wird also, wie er verpflichtet ist über Zucht, Sitte u. s. w. in seinem Sprengel zu wachen, auch berechtigt sein, sich persönlich zu überzeugen, ob Zucht und Sitte in den Häusern der Congregationen blühen, die Statuten beobachtet werden und die sogenannte bischöfliche Clausur, wo sie eingeführt ist, gehalten wird; er ist daher auch zur Abstellung der bei der Visitation vorgefundenen Missbräuche und Unordnungen berechtigt, darf aber nichts, was die allgemeinen Angelegenheiten der Genossenschaft, deren Noviziat, General-Oberin u. s. w. betrifft, anordnen, keine Schwester versetzen oder von ihrem Amte entfernen. Von der Absetzung einer Haus-Oberin ist die Absetzung der Verwalterin einer Anstalt zu unterscheiden; wenn Schwestern eine bischöfliche Anstalt leiten, so ist selbstverständlich der Bischof berechtigt, der

dasselbst die Disciplin und Ordnung aufrecht zu erhalten und etwaige Missbräuche abzustellen. Bei dieser ihrer Visitation wird sie sich nicht mit dem befassen, was Sache des Bischofs ist — wie die Inspection der Kirche und des dazu gehörigen — und in diesem Betreff keine Befehle geben, welche den Vorschriften des Bischofs entgegen sind.“ — — „In Ausübung dieser Rechte ist sie von dem Diöcesan-Bischofe unabhängig.“ Die General-Oberin der *dames du sacré coeur* kann die Häuser visitiren, „quand elle le jugera convenable devant Dieu.“

1) Bei den Borromäerinnen ist die Bitte um Erlaubniss noch vorgeschrieben, doch gilt davon das oben Gesagte. In neuester Zeit hat man diesen Punct, wie mir scheint, schärfer präcisirt.

Congregation die ganze Verwaltung dieser Anstalt zu entziehen und auch die Oberin als Leiterin des Instituts abzusetzen, nicht aber als Haus-Oberin; hierdurch kann eine bedenkliche Collision entstehen, bei der aber schliesslich die General-Oberin factisch wird weichen müssen, wenn sie nicht die Entfernung der Schwestern aus der Anstalt, also den Verlust der Filiale vorzieht. Sollte der Ordinarius Aufhebung einer vom Congregations-Vorstande getroffenen Einrichtung nöthig finden, so wird er mit deren Beseitigung nicht ohne Weiteres vorgehen können, sondern sich mit der General-Oberin in Verbindung setzen, welche, wenn keine Einigung erfolgt, sich an den Cardinal-Protector zu wenden hat; kann dieser kein Einvernehmen erzielen oder hat die Gesellschaft keinen Protector, so entscheidet die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen. Mehr als hier ausgeführt kann der Bischof auch bei reinen Diöcesan-Instituten nicht thun, sofern die Constitutionen nicht ausdrücklich anders bestimmen.

b.

Vermögensverwaltung.

Dieselbe steht der Congregation zu, soweit nicht durch die Kirchengesetze eine Einschränkung vorgeschrieben ist. Die neueren Congregationen sind den Kirchengesetzen über die Vermögensverwaltung vollständig unterworfen; ihr Vermögen fällt in den Begriff des Kirchenvermögens, die allgemeinen Gesetze machen nirgends eine Ausnahme, die besonderen Constitutionen schreiben öfter — was übrigens nicht einmal nothwendig wäre — die Befolgung der Kirchengesetze ausdrücklich vor¹⁾, eine Entscheidung der S. Congr. epp. et reg. vom 15. November 1852 spricht sich in gleicher Weise aus und in neuester Zeit ist in den Animadversionen mehrfach darauf hingewiesen worden²⁾. In der auf Befehl Urban's VIII. ergangenen Entscheidung vom 7. September 1624 sind übrigens nicht blos die Klöster, sondern alle religiösen Communitäten, Convente, Collegien u. s. w. genannt und ist allen die Befolgung der kirchlichen Vorschriften aufgegeben worden. Es ist über jeden

1) Constitutions des dames du sacré coeur IV. partie. I. chap.; arme Schwestern Th. IV. Kap. 1.

2) Animadversiones vom 6. Juli 1860 und 9. Juni 1860; Analecta 38. und 45. Liefer.; desgl. vom 20. Februar 1861; Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. a. a. O.

Zweifel erhaben, dass auch die neueren Vereine die Kirchengesetze über die Vermögensverwaltung zu beobachten haben.

X Zu unterscheiden ist das Vermögen der Gesamt-Congregation resp. des General-Mutterhauses (nicht des Provincial-Mutterhauses) und das der einzelnen Stationen.

Das, oft an das eigentliche (General-) Mutterhaus gebundene Vermögen der ganzen, über mehrere Diöcesen verbreiteten Congregation unterliegt keiner bischöflichen Controlle, sondern wird lediglich von der Gesellschaft unter Aufsicht des Cardinal-Protectors oder der heiligen Congregation der Bischöfe und Regularen verwaltet. Dieses Vermögen kann in Grundstücken, Capitalien u. s. w. bestehen und hat mitunter eine Rente in den Steuern, welche die Filialen dem Mutterhause entrichten müssen; ausserdem fliesst ihm die Mitgift der einzelnen Schwestern zu. In Betreff der Steuern ist zu bemerken, dass die Höhe derselben dem Ermessen der Gesellschaft überlassen ist und Niemand ausser dem Cardinal-Protector oder der römischen Centralbehörde darin Vorschriften zu machen hat; sollte ein Ordinarius besondere Gründe haben, um sich zu einem Widerspruch gegen den Beschluss der Gesellschaft berechtigt zu halten, so wird, wenn keine Einigung mit deren Vorstände herbeigeführt werden kann, die S. Congr. epp. et reg. zu entscheiden haben; doch ist ein solcher Fall schwer denkbar und hier, wie überall, vorausgesetzt, dass es sich um die Filiale selbst, nicht etwa um eine von den Schwestern verwaltete bischöfliche Anstalt handelt.

Was nun die Vermögensverwaltung selbst anlangt, so hat bekanntlich die Kirche den geistlichen Instituten gewisse Arten von Geschäften theils untersagt, wie z. B. den Handel, als unpassend für geistliche Personen¹⁾, theils sie darin beschränkt.

Ausser der bereits gegebenen Andeutung über das Verbot des Handels ist von besonderer Wichtigkeit das Verbot der Veräusserungen; die Bulle „Ambitiosae“ Paul's II. fasste das bis dahin geltende Recht zusammen und verschärfte es noch; durch zahlreiche

1) Die Analecta bringen in der 36. Liefer. einen durch die grosse Zahl der mitgetheilten Entscheidungen sehr werthvollen Aufsatz: „De l'administration temporelle des communautés religieuses,“ in welchem namentlich das Verbot des Handels durch eine Fülle von Erlassen erläutert wird. Ein durch Erbschaft in den Besitz eines Klosters gekommenes Waarenlager soll unverzüglich veräussert werden, selbst Apotheken zum Verkauf von Medicinal-Gegenständen sind nicht gestattet worden und für den Verkauf der gewonnenen Ackerfrüchte werden Vorsichtsmassregeln zur Vermeidung jeder Unziemlichkeit angeordnet.

Entscheidungen ist der Rechtszustand seitdem im Detail ausgebildet worden. Im Princip ist jede Veräusserung verboten; sollte eine solche aber nothwendig oder nützlich sein, so müssen die nothwendigen Formalitäten beobachtet werden und zwar ist nicht blos der Consens des Klosters durch Beschluss der stimmfähigen Mitglieder und der des Bischofs, sondern auch die Genehmigung des Papstes vorgeschrieben; abgesehen von letzterem sind die Klöster (und unsere Congregationen) unbedingt an die Zustimmung des Bischofs gebunden. Dies gilt jedoch nur von den Filialen, welche der bischöflichen Jurisdiction unterliegen, nicht aber von dem General-Mutterhause, welches selbstständig ist und bei allen Veräusserungen, für welche die päpstliche Genehmigung eingeholt werden muss, unmittelbar von der heiligen Congregation der Bischöfe und Regularen abhängt; das Mutterhaus einer Diöcesan-Genossenschaft steht bei allen Veräusserungen unter der Aufsicht des Bischofs.

Nach dem canon Terrulas (C. XII. qu. 2. aus dem conc. Agathense), welcher laut einer Entscheidung der S. Congr. Concilii vom 11. Januar 1596 durch die Bulle Ambitosae nicht aufgehoben ist, kann der Bischof, also mit seiner Genehmigung die Congregation, Grundstücke, welche klein oder entfernt gelegen sind oder geringen Ertrag bringen, veräussern¹⁾, ebenso kann er Verpachtungen auf drei Jahre, unter Umständen auf sechs und neun Jahre²⁾ vorneh-

1) Ueber den Werth dieser ohne apostolischen Consens veräusserlichen Grundstücke sind auch Bestimmungen erlassen, welche aber bei den jetzigen Bodenpreisen keine Bedeutung mehr haben; man kann sich nur daran halten, dass die Grundstücke überhaupt keine erhebliche Bedeutung haben dürfen, mag dies in ihrer Lage, Grösse oder Ertragsfähigkeit beruhen.

2) Nämlich wenn die Ackernutzung nicht jährlich, sondern nur alle zwei oder drei Jahre geschieht; ich glaube, dass bei der jetzigen Schlageintheilung immer ohne apostolische Erlaubniss auf sechs, neun und zwölf Jahre verpachtet werden kann. Was übrigens von der Vergebung in Lehn oder Emphyteuse gilt, dass nämlich Güter, die immer so ausgethan waren, auch ohne Anfrage an den heiligen Stuhl wieder so vergeben werden dürfen, muss in noch höherem Grade von der gewöhnlichen Pacht, deren Dauer schon seit länger als hundert Jahren in vielen Gegenden eine sechs- bis zwölfjährige ist, gelten, hier muss also diese längere Pacht unbedingt zulässig sein. Auch kann man wohl annehmen, dass die Anfrage beim heiligen Stuhle jetzt, wo immer schneller Abschluss der Geschäfte geboten ist, in der Regel unmöglich ist, andernfalls würde das Kirchenvermögen jetzt durch die in weiser Vorsicht vor Jahrhunderten gegebenen Gesetze in die grössten Calamitäten kommen. Die kurzen Pachtperioden sind bei der jetzigen Bewirthschaftsart dem Boden höchst nachtheilig und bringen nur geringen Geldertrag. Eine Revision der Alienationsbestimmungen beim nächsten Concile wäre übrigens sehr wünschenswerth.

men und Güter, welche schon früher als Lehn oder in Emphyteuse ausgethan waren, wieder in dieser Weise aethun¹⁾. Alle übrigen Veräußerungen müssen, wie bemerkt, vom heiligen Stuhle genehmigt werden. Zum Begriff der Veräußerung gehört in Betreff eines Grundstücks nicht blos Verkauf und Schenkung, sondern auch jede Art von Belastung durch Schulden, dauernde Zinsen, Servituten u. s. w., überhaupt jede Substanzveränderung; den Grundstücken gleich gerechnet werden die Gerechtigkeiten, welche die Natur der Immobilien haben, ferner aber die Pertinenzen des Gutes, z. B. Heerden, Wälder (d. h. der Holzbestand, denn der Boden ist integrierender Theil), wirthschaftliche Anlagen, Brennereien und dergl. In Betreff dieser Gegenstände ist dem Eigenthümer nur die gewöhnliche Verwaltung gestattet, daher steht ihm der gewöhnliche Abtrieb des Forstes nach der Schlageintheilung, auch zu Durchforstungen und das Wegnehmen alter Stämme behufs neuer Anpflanzung frei, dagegen muss die Erlaubniss der Oberbehörde eingeholt werden, wenn ein Wald, dessen Oberfläche nicht anderweitig ebenso gut genutzt werden kann, niedergeschlagen werden soll; ganze Heerden zu verkaufen ist unstatthaft, das gewöhnliche Ausmerzen nach den Regeln der Landwirthschaft, wie überhaupt jede ordentliche Verwaltung bedarf keiner besonderen Erlaubniss²⁾.

Ebenso wie die Veräußerung von Grundstücken ist die von Capitalien, Kostbarkeiten u. s. w. verboten. Namentlich sollen Capitalien nicht verschenkt oder ausgeliehen oder zu anderen Zwecken, als wozu sie vorhanden sind, verwendet werden. Hier scheint mir nun unumgänglich, den Can. Terrulas analogisch anzuwenden, so dass für kleine Capitalien, sofern sie zu Bauten, Schuldenbezahlung und dergl. definitiv verwendet werden sollen, die Erlaubniss des Bischofs genügt. Die eigentliche Verwaltung der Capitalien anlangend, so ist ursprünglich das Darlehen (gegen Zinsen, selbstredend

1) Bulle Ambitosae. Beide Arten von Geschäften sind jetzt in Deutschland vielfach aufgehoben, in Preussen können dergleichen Contracte, auch der Erbpachtcontract, jetzt nicht mehr geschlossen werden. Gesetz vom 1. März 1850.

2) Die Sache kann sich in der Praxis schwierig gestalten; wenn ein Kirchengut, oder das Gut einer solchen Congregation, bisher bei seinem eigenen Inventarium eine Schafheerde hatte und es nun zweckmässig erscheint, die Schafzucht ganz aufzugeben, die Heerde zu verkaufen und blos Rindviehzucht zu betreiben, muss deshalb in Rom angefragt werden? Das Object kann sehr bedeutend sein. Ich glaube aber, auch diese Manipulation muss als eine blosse Wirthschaftsmassregel angesehen werden, wegen derer kein apostolischer Consens nöthig ist. Die Bulle Ambitosae hatte eine andere Tendenz.

aber als Veräusserungsact auch das unverzinsliche) verboten gewesen. Die Capitalien sollten, wenn der, namentlich jetzt sehr schwierige, Ankauf von Grund und Boden nicht möglich ist, zu dauernden (irredimiblen) Zinsen oder in Staatspapieren angelegt werden. Die letztere Form ist ihrem wesentlichen Inhalte nach nichts Anderes, als ein vom Gläubiger unkündbares Darlehen, die Darlehnsforderung wird nicht wie bei Privatforderungen durch Cession, sondern durch Ankauf des Werthpapiers erworben, dies ist ein rein formeller Unterschied, der materielle liegt in der Unkündbarkeit von Seiten des Gläubigers. Die Anlegung in Staatspapieren ist der Regel nach entweder sehr unsicher, Verluste in sich bergend durch Staatsbankerott, Couponsteuer u. s. w., oder mit unverhältnissmässig geringen Zinsen verbunden, bedarf aber keiner besonderen Genehmigung. Irredimible Zinsen können in vielen Ländern z. B. Preussen nicht mehr gekauft werden. Wenn nun ein Darlehn, welches doch von dergleichen Instituten nur in dem besonderen Falle, dass die Zinsen nicht gezahlt werden oder dass es unsicher wird, in der Regel nicht gekündigt wird, hierdurch die Natur eines dauernden Zinses annimmt, so wird man gegen die Ausleihung um so weniger Etwas einwenden können, als sie in vielen Gegenden seit mehr als hundert Jahren vollständig gang und gäbe ist.

Zu allen diesen Verwaltungsacten aber, sowie zur Quittungsleistung über zurückgezahlte und zur Verfügung über alle Capitalien, ebenso zu jedem Grunderwerb bedarf die Filiale der Genehmigung des Diöcesanbischofs, welche übrigens vom weltlichen Recht z. B. in Preussen auch verlangt wird. Für die Grösse der Capitalien in Hinsicht ihrer zinsbaren Anlegung ist keine besondere Vorschrift gegeben.

Wichtig ist hinsichtlich der päpstlichen Genehmigung, dass dieselbe nicht erforderlich ist, wenn der heilige Stuhl nicht leicht angegangen werden kann und Gefahr im Verzuge liegt; zu ermessen, wo dies der Fall, ist Sache des Bischofs; heutzutage wird es trotz der erleichterten Communication öfter vorkommen als früher, weil die meisten Geschäfte eine schnelle Abwicklung erfordern, ausserdem wird das beneplacitum apostolicum bei den jetzt so häufigen Expropriationen nicht eingeholt werden können, weil der dazu Berechtigte die Entscheidung nicht abwartet und nach den weltlichen Gesetzen nicht abzuwarten braucht. Darlehne aufzunehmen ist unzulässig und erfordert den päpstlichen Consens, natürlich mit den vorstehenden Modificationen; das Gleiche gilt von Verpfändungen und bedeutenderen Geschenken.

Im Annehmen oder Zurückweisen von Geschenken und Vermächtnissen sind die Schwestern von dem Gutheissen des Bischofs und resp. des heiligen Stuhles ebenso abhängig, wie bei den vorgedachten Geschäften; einige Juristen, auch de Luca, sind zwar der Meinung, dass die Zurückweisung von Legaten dem Prälaten ganz freistehe, andere aber halten die Ablehnung für eine Veräusserung, welche päpstlich genehmigt werden muss; übrigens kann auch durch die Annahme eine Belastung entstehen und wird zum Bericht nach Rom meistens keine Zeit sein. Dass bei Filialen immer an den Ordinarius berichtet werden muss, gewöhnliche Geschenke unter Lebenden aber in diese Kategorie nicht gehören, versteht sich von selbst.

Wie schon bemerkt, stehen die Filialen ganz unter der Aufsicht des Ordinarius, die Bulle Inscrutabili vom 9. Februar 1623 findet also auf sie Anwendung, auch ist unter dem 11. September 1829 eine dahin lautende Entscheidung der S. Congr. epp. et reg. ergangen. Dieselbe Behörde hat unter dem 27. März 1839 die Grundsätze über die Ausübung des Aufsichtsrechtes angegeben:

1. Die directe Verwaltung gebührt den Schwestern und ihrem Verwalter.

2. Der Bischof hat den von den Schwestern vorgeschlagenen Verwalter und ebenso die Verwaltungshandlungen, welche seiner Genehmigung bedürfen, zu bestätigen.

Nach einer Entscheidung vom 9. April 1825 steht die Ernennung des Verwalters den Schwestern zu, derselbe muss aber ein Zeugniss des Bischofs über seine Sitten und Befähigung haben, d. h. also, dass der Bischof die Bestätigung des Vorgeschlagenen verweigern kann, wenn er von seiner Tüchtigkeit und Sittlichkeit nicht überzeugt ist. Ausserdem braucht der Verwalter zu seiner Amtsführung nothwendig das Mandat der Schwestern, ein vom Bischofe ertheiltes genügt nicht; entschieden am 28. September 1754.

3. Die Vertheilung der Einnahmen nach dem Bedürfniss der Genossenschaft geschieht durch die Schwestern, welche indessen dem Bischofe einen Voranschlag ihrer Einnahmen und Ausgaben einzureichen haben.

Dieser Voranschlag (Etat) wird bei wenigen Filialen vorkommen, ebenso wie die Rechnungslegung über eingegangene Almosen, über den Ertrag der Industrieschule oder des kleinen Anstaltsgärtchens, über den Gehalt der Schwestern als Lehrerinnen oder Verwalterinnen einer öffent-

lichen Anstalt; auch einen Geschäftsführer werden wenige Häuser brauchen. Bei grösseren eigenen Anstalten aber, Krankenhäusern und dergl., werden diese Bestimmungen durchaus nicht gegenstandslos sein und ist bei solchen eine gehörige Rechnungsführung Seitens der Schwestern und Revision Seitens der Oberbehörde nicht blos im öffentlichen Interesse, sondern auch in dem der Congregation sehr zu empfehlen.

Endlich liegt noch eine Entscheidung der S. Congreg. epp. et reg. vom 18. August 1854 vor, wonach ein Bischof den Schwestern die Verwaltung ihrer Güter genommen und einer Commission übergeben hatte; die päpstliche Behörde missbilligt dies und erklärt, dass die fragliche Commission den Schwestern höchstens ihren Rath geben dürfe, diese aber ihre Güter allein zu verwalten haben.

Aus Alledem erhellt, dass die Congregation in Betreff der regelmässigen, laufenden Geschäfte selbstständig ist, dem Bischof aber Rechnung legen muss, für jede Ausschreitung verantwortlich ist und für alle grösseren oder aussergewöhnlichen Acte, Baulichkeiten und dergl., namentlich aber für alle Manipulationen mit Grundstücken und Capitalien, überhaupt mit der Vermögenssubstanz seine Genehmigung einholen muss. Ueber die Selbstständigkeit des Vorstandes einer über mehrere Diöcesen verbreiteten Genossenschaft und über dessen Abhängigkeit von der S. Congr. epp. et reg. ist eine weitere Erläuterung nicht erforderlich; über die vollständige Abhängigkeit der Filialen von der General-Oberin wird im nächsten Kapitel das Nöthige gesagt werden.

Uebrigens entschied die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen unter dem 15. November 1852, dass auch eine noch nicht vom heiligen Vater bestätigte, unter einer General-Oberin stehende Frauengenossenschaft sich nach den canonischen Bestimmungen über die Vermögensverwaltung zu richten hat¹⁾; will ein solcher Verein dies nicht thun, so hört jede Verbindung mit der Kirche für ihn auf und er ist als eine rein weltliche Communität anzusehen, auch kann kirchlicherseits die Auflösung desselben angeordnet werden, weil die Zwitterstellung religiöser Vereinigung und Tendenzen und der Emancipation von den kirchlichen Gesetzen unmöglich geduldet

1) Die citirten Entscheidungen sind in dem schon erwähnten Aufsatze der *Analecta*, 36. Lief., mitgetheilt, zu einer vollständigen Reproduction des übrigen, sehr umfangreichen Materials jenes Artikels schien mir kein dringendes Bedürfniss vorzuliegen.

werden kann; ob in dem besagten Falle bereits ein Lob oder eine Statuten-Bestätigung vorangegangen war, ist aus dem Referat nicht zu ersehen, jedenfalls ist anzunehmen, dass der fragliche Verein unter die hier besprochenen gehörte.

Zu den Einnahmen der Congregation, als Allgemeinheit, gehört auch die Mitgift der Schwestern. Bei den Nonnenklöstern ist regelmässig eine bestimmte Mitgift festgesetzt, ohne welche keine Novize zur Profess zugelassen wird; dieselbe wird sofort Eigenthum des Klosters und muss zum Zwecke des Unterhaltes zinsbar angelegt werden; ihre Verwendung zu Bauten, Bezahlung von Schulden oder auf andere ertraglose Art ist untersagt, nur in besonderen Ausnahmefällen wird der apostolische Consens dazu ertheilt.

Bei den neueren Congregationen verpflichtet das Gelübde der Armuth nicht unbedingt zum Aufgeben des Eigenthums, sondern nur der Verwaltung und des Genusses (Vergl. Kap. 6.), daher kann eine Schwester der Gesellschaft Vermögen zubringen, sich aber die Rückforderung für den Fall des Austritts vorbehalten.

Die Natur des Gelübdes der Armuth und die hieraus entspringende Natur der Mitgift, welche nicht mehr ein gleichmässig bestimmtes, in das unbedingte Eigenthum des Vereins übergehendes Vermögensstück ist, steht hiernach der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die Mitgift entgegen, ausserdem aber spricht der gänzlich verschiedene Character dieser Genossenschaften gegen die analogische Anwendung.

Die Nonnen eines Klosters leben nur von den Erträgen ihrer Güter, welche der Clausur wegen nicht von ihnen selbst, sondern durch einen Geschäftsführer verwaltet werden; die Revenüen müssen also reichlich zugemessen sein und völlige Sicherheit gegen Mangel gewähren, daher die strenge Forderung einer Mitgift für jedes neuzutretende Mitglied, daher die streng aufrecht erhaltene Vorschrift der nutzbaren Anlegung. Die neueren Congregationen, besonders die Filialen, leben theils von Almosen, welche sie als Geschenke für ihre Leistungen erhalten, theils von erwerbender Thätigkeit durch Verwaltung von Anstalten, Schulen u. s. w.; sie haben zum grossen Theil fast kein Vermögen, namentlich die Filialen, welche, wie bekannt, oftmals auf die göttliche Vorsehung und sehr selten auf Capitalien gegründet werden; nur das Mutterhaus bedarf des Vermögens und besitzt — einiges, aber der Regel nach nicht so viel, dass es ohne die Zubusse durch die — im neunten Kapitel darzustellende — Thätigkeit der Schwestern existiren könnte. Sind daher die oben in Kürze aufgeführten Bestimmungen über die

Verwaltung vielfach gegenstandslos, so wären es auch die über die Mitgift (dos), wenn man sie als für diese Vereine gültig erachten müsste. In den meisten Constitutionen ist aber über die Mitgift gar nichts gesagt oder, wie z. B. bei den Borromäerinnen, nur angeordnet, dass man nicht unterlassen soll, mit den Eltern und Vormündern ein Uebereinkommen über diesen Punct zu treffen.

In der Regel überweisen die Schwestern zur Zeit der Profess der Congregation ihr Vermögen unter Lebenden oder durch Testament, letzteren Falls bleiben sie nominelle Eigenthümerinnen und überlassen ohne besonderen Act die Verfügung dem Vorstande (vergl. Kap. 6. d. Schrift); viele Schwestern, welche ganz arm sind, bringen nichts mit. In der neuesten Zeit hat die Congregation der Bischöfe und Regularen einige Male getadelt, dass der General-Oberin die Macht in den Statuten gegeben wurde, Novizen ohne Mitgift aufzunehmen, und für nützlich erklärt, eine bestimmte, wenn auch geringe Mitgift festzusetzen¹⁾, aber offenbar nur aus Nützlichkeitsgründen; von einem Rechtsgrunde ging sie nur aus, indem sie mitunter erklärte, dass der General-Oberin das Recht, die Mitgift herabzusetzen, nicht zugestanden werden könne, weil dies eine Veräusserung enthalten würde²⁾; dies ist allerdings unbestreitbar, dagegen sind die Oberen der Genossenschaft, wenn keine bestimmte Aussteuer statutenmässig ist, gewiss befugt, Schwestern nach Gutbefinden mit oder ohne eine solche aufzunehmen. Aus dieser Ungleichmässigkeit der Bestimmungen folgt mit Evidenz, dass die päpstliche Centralbehörde die Gesetze über die Mitgift bei Klöstern für diese Congregationen nicht als massgebend erachtet³⁾.

1) *Analecta*, 38. und 42. Liefer. und an anderen Stellen.

2) *Animadversiones* vom 23. Juli 1860. *Archiv für kathol. Kirchenrecht* N. F. Bd. IX. S. 426.

3) Die Freiheit der neueren Genossenschaften in dieser Beziehung entspricht nicht blos ihrem ganzen Character, ihrer Armuth und Leichtigkeit der Bewegung, sondern ist ihnen auch zum Bestehen und segensreichen Wirken durchaus nothwendig, weil sie wenig Geld, desto mehr aber Schwestern und zwar nicht blos fromme und opferwillige, sondern auch intelligente und gebildete in grosser Zahl brauchen, also nicht blos in weit höherem Grade als die Klöster, welche öfter nur eine bestimmte Zahl Mitglieder aufnehmen, auf Zuwachs angewiesen sind, sondern auch in der Auswahl durch die Forderungen, die sie an die körperliche und geistige Tüchtigkeit ihrer Candidatinnen machen müssen, sehr beschränkt sind. Wenn nur tüchtige Schwestern in genügender Zahl vorhanden sind, ist um die materielle Existenz keine Sorge; wohl aber kann aus einer Beschränkung wegen des Vermögens grosser Schaden erwachsen; hunderte von braven und geistvollen Beamtentöchtern sind nicht im Stande, auch nur fünfzig Thaler Mitgift zu erlegen.

Ist jedoch eine Mitgift in den Statuten quantitativ bestimmt, so kann ohne Erlaubniss der Congregation der Bischöfe und Regularen nicht davon Abstand genommen werden. In das Ressort des Bischofs gehört diese Angelegenheit bei Vereinen, welche sich über mehr als eine Diöcese ausdehnen, nicht, weil sie die Allgemeinheit und nur diese berührt.

In dieser Weise hat die Kirche die Competenz des Bischofs, der höheren Instanzen und der Vereins-Oberen weise geschieden, so dass bei richtiger Einsicht eigentlich kein Streit ausbrechen, kein Uebergriff geschehen kann; im Falle von Differenzen zwischen der General-Oberin und einem Bischofe entscheidet, wie aus dem bisher Gesagten klar hervorgeht, die S. Congregatio episcoporum et regularium.

§. 3. Der Cardinal-Protector. Superior. Spiritual.

Schon mehrfach war erwähnt, dass einige der neueren Congregationen einen zu Rom residirenden Cardinal als Protector erhalten haben, obwohl ihre vorgesetzte Behörde die S. Congr. epp. et reg. ist. Der Grund hierzu liegt nahe. Viele Geschäfte der Oberaufsicht und Leitung sind derart rein persönlicher Natur, dass sie besser von einem Einzelnen, der wo möglich an Ort und Stelle Einsicht zu nehmen hat, besorgt werden können, als von einem Collegium, auch hat die genannte Congregatio sich grossentheils mit Entscheidungen zwischen streitenden Parteien zu beschäftigen, es kann ihr also nicht gleichzeitig ein Beschützeramt zugewiesen werden; aber gerade einen Beschützer braucht die Genossenschaft, einen höheren Würdenträger, welcher, dem Oberhaupte der Kirche nahe stehend, unabhängig von allen anderen geistlichen und weltlichen Autoritäten, mit seinem Ansehen, das durch hohe Stellung und Wissenschaft begründet ist, eintreten kann, wenn der Verein mit Bischöfen oder anderen hochgestellten Personen in Streitigkeiten geräth oder Zwistigkeiten in seinem Inneren entstehen. Dies ist nicht Sache der S. Congr. epp. et reg., denn gerade das Entstehen eines für geistliche Gesellschaften immer misslichen Rechtsstreites, welcher ihr zur Entscheidung vorgelegt werden würde, soll verhindert werden und zur ordnenden oder schützenden Dazwischenkunft in anderen Angelegenheiten ist ein einzelner Würdenträger immer geeigneter als ein Collegium. Daher schien es gerathen, ein Amt, welches für den Franciscaner-Orden eingeführt wurde und seitdem auch bei anderen gefunden wird, auch für diese Genossenschaften zu statuiren.

Die Frage ist nun, welche Rechte und Pflichten dem Cardinal-Protector übertragen sind.

Die Entstehung des Amtes gibt uns wenig Aufschluss, denn die allgemeine Bestimmung des heiligen Franz von Assisi, dass der Cardinal-Protector der oberste Leiter und Verbesserer der Bruderschaft sein solle¹⁾, gewährt, wie die entstandenen, durch die Bullen „Cunctos Christifideles“ und „Christifidelium“ beilegenden Missstände und Streitigkeiten beweisen, nicht genügenden Anhalt, um seine Competenz zu erkennen und zu präcisiren. Wie wir gesehen haben, ist die Aufsicht und Leitung über die einzelnen Schwestern und Filialhäuser in den Händen der Bischöfe, der Protector kann also nur mit den allgemeinen Angelegenheiten der Congregation und deren Oberen zu thun haben, er bildet auch keine erkennende Instanz für die Differenzen mit Bischöfen, die Entscheidungen sind vielmehr der S. Congr. epp. et reg. übertragen. Der Inhalt seines Amtes wird leicht festzustellen sein, nachdem aus der Bulle Gregor's XI. Cunctos Christifideles²⁾ eruirt ist, was für Handlungen ihm nicht zustehen. Ihm ist untersagt:

1. irgend welche Anordnungen, Statuten oder Beschlüsse der General- oder Provincial-Kapitel oder Custodien abzuändern oder aufzuheben, wenn sie nicht direct gegen die Regel verstossen;
2. einem Bruder eine Würde zu übertragen, einen zu suspendiren oder abzusetzen;
3. eine Ordensperson zu versetzen oder ihr die Erlaubniss zum Eintritt in ein anderes Kloster zu ertheilen;
4. irgend eine Strafe zu verhängen oder die vom ordentlichen Oberen verhängte zu verändern oder aufzuheben;
5. einer Ordensperson Etwas von den dem Orden gehörigen Sachen zu verleihen;
6. Anordnungen der Oberen aufzuheben;
7. überhaupt irgendwie ausser in den von der Regel bestimmten Fällen in die Ordensdisciplin oder die einzelnen Angelegenheiten sich einzumischen.

1) Ad haec per inobedientiam injungo ministris ut petant a Domino Papa unum de sanctae Rom. ecclesiae cardinalibus, qui sit gubernator, protector et corrector istius fraternitatis: ut semper subditi et subjecti pedibus ejusdem sanctae Rom. ecclesiae, stabiles in fide catholica, paupertatem et humilitatem et sanctum evangelium Domini nostri Jesu Christi, quod firmiter promissimus, observemus.

2) Für den Franziscaner-Orden gegeben, durch Innocenz' XII. Constitution „Christifidelium“ auf alle geistlichen Institute (Orden, Convente, Congregationen u. s. w.), auch die zukünftigen, ausgedehnt.

Wenn diesen Bestimmungen entgegen ein Bruder Etwas beim Protector nachsuchen sollte, so soll er mit den für schwere Vergehen angedrohten Strafen belegt werden. Der Orden ist dem Protector nur in seinen allgemeinen Angelegenheiten und insofern unterworfen, als er im Ganzen oder durch Beschlüsse der General-Kapitel von der Regel abweichen sollte.

Die hier angeführten Acte gehören theils zu dem Begriff des Richteramtes, theils zu dem der sogenannten häuslichen Gewalt oder der Verwaltung; von den Befugnissen, welche in letzterer enthalten, wird schwerlich eine zu ermitteln sein, die dem Cardinal-Protector zufallen könnte, da ihm unter Nro. 7 ¹⁾ jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten untersagt, das Ressort für die einzelnen Verwaltungsgeschäfte auch bereits, wie aus dem vorigen Paragraphen erhellt, anders vertheilt ist und die Consensertheilung zu Veräusserungen nicht ihm, sondern der Congregation der Bischöfe und Regularen zusteht. Insbesondere besitzt er dem Princip nach keine Gerichtsbarkeit; nach de Luca ²⁾ liegt diese nicht im Begriff des Protectorats; wenn ferner derselbe Autor berichtet ³⁾, dass die Appellation von einer Verfügung des Superiors an den Cardinal-Protector geht, so kann dies, vorausgesetzt, dass die einzelne heilige Regel den Instanzenzug so geordnet hat, nach Fagnani comm. in sec. libr. decr. cap. de priore nur Bezug auf die von dem Oberen verhängte Disciplinarstrafe haben, gegen die es eine eigentliche Appellation nicht gibt, jedenfalls aber muss das Recht zur Annahme einer solchen Appellation nur in einer singulären Bestimmung einer heiligen Regel begründet sein, da in §. 9. der Bulle Cunctos Christifideles ihm auf das unzweideutigste untersagt ist, einen Bruder von einer Strafe oder Busse zu befreien oder dieselbe zu verändern, zu vergrössern oder abzuändern. Dass dem Cardinal-Protector kein ordentliches Richteramt verliehen, ist auch aus dem Decret der Congr. epp. et reg. vom 21. September 1624 über die flüchtigen Mönche und Ausstossung der unverbesserlichen zu schliessen; dasselbe nennt bei Feststellung des Verfahrens nur die Oberen der Orden als Richter und erwähnt den Protector nur gelegentlich, indem es die durch ihn oder die Ordensoberen eingeführten oder einzuführenden Relaxationen für nichtig erklärt ⁴⁾.

1) §. 12. der Bulle.

2) Theatrum veritatis et justitiae, Neapolitana monasterii, disc. XXIII. de reg.

3) Ebenda, Toletana de Veles, disc. XXII. de reg.

4) Fagnani comm. in sec. part. tertii libri decr. cap. ne religiosi.

Es ist nirgendher ersichtlich, dass für die neueren Congregationen im Ganzen eine Aenderung dieses, des gemeinen, Rechts beabsichtigt sei, die einzelnen Constitutionen geben darüber keine Andeutung, auch in den Animadversionen ist keine solche zu finden; nur ein Fall ausserordentlicher Gerichtsbarkeit wird noch erwähnt werden; der Regel nach hat der Protector weder diese noch auch die häusliche Gewalt, sondern wie aus der Hinweisung auf die Regeln oder Constitutionen erhellt, einen anderweitigen, bestimmten, aber ausserordentlichen Wirkungskreis, welcher in die regelmässige Thätigkeit anderer Verwaltungsorgane nicht übergreift; er leitet nämlich das Ganze der Congregation in folgender Weise:

1. Er erhält jährlich Bericht vom Stande der Genossenschaft¹⁾.
2. Wenn zwischen den Assistentinnen (dem Rath) und der General-Oberin über eine wichtige, das Ganze betreffende Angelegenheit Zwiespalt herrscht, so wird dem Cardinal-Protector die Sache unterbreitet²⁾.
3. Zur Gründung oder Aufhebung von Stationen gehört seine Einwilligung³⁾.
- 4) Er präsidiert dem General-Kapitel und bei der Wahl der General-Oberin; die Beschlüsse des General-Kapitels werden ihm, wenn er nicht zugegen ist, angezeigt, eine Bestätigung ist nicht vorgeschrieben, doch versteht sich nach dem Gesagten von selbst, dass er regel- oder gesetzwidrige Beschlüsse cassiren kann.
5. Seine Genehmigung ist erforderlich zur Annahme oder Ablehnung von Foundationen⁴⁾.
6. Seine Hilfe wird gesucht, wenn das Institut in Verfall geräth oder Zwietracht entsteht⁵⁾.

Nur bei den *dames du sacré coeur* ist dem Cardinal-Protector die Gerichtsbarkeit über die General-Oberin eingeräumt worden; es ist dies conform dem Votum des Consultors für die *soeurs de charité* zu Verona, welcher vorschlug, dass dem Cardinal-Protector freistehen solle, die General-Oberin und die Assistentinnen zu sus-

1) Votum des Consultors für die barmherzigen Schwestern zu Verona; dasselbe ist für zweifelhafte Stellen von Bedeutung, weil es Principien ausspricht. *Corresp. de Rome* I. pag. 66.

2) Const. des *dames du sacré coeur* IV. p. 3. chap.; dieselben sind wichtig wegen ihrer gerade in diesem Puncte grossen Präcision.

3) Ebenda.

4) Desgl.

5) Constitutionen der armen Schulschwestern U. L. F. 4. Thl. 6. Kap.

pendiren, dass er aber im Falle der Absetzung nach den Regeln des canonischen Processes vorgehen solle. In den sonstigen Constitutionen, namentlich nach Auskunft der Animadversionen, ist auch diese Gerichtsbarkeit dem heiligen Stuhle vorbehalten worden. Ferner ist bei der Klarheit der Bulle Gregor's XI. anzunehmen, dass Beschwerden von Schwestern über Disciplinarstrafen nicht an ihn gehen, sofern nicht etwa in den Constitutionen ausdrücklich anders verordnet ist.

Die Haupthätigkeit dieses Würdenträgers besteht sonach, wie sein Name besagt und in der Bulle Cunctos Christifideles und an anderen Orten ausgesprochen ist, darin, dass er den Verein beschützt, also mit seiner Vermittelung und Autorität einschreitet, wenn der Gründung von Häusern sich Schwierigkeiten entgegenstellen, wenn die General-Oberin in Differenzen mit Prälaten oder anderen hochgestellten Personen verwickelt wird u. s. w. Der Fälle, in welchen der Cardinal-Protector sein Amt in solcher Weise auszuüben hat, sind viele denkbar, doch mögen nur wenige wirklich vorkommen, weil diese Genossenschaften in der Regel mit aller Welt in Frieden leben. Jedenfalls ist dann seine Thätigkeit mehr diplomatischer, als juristischer oder administrativer Natur. Die Acte der Oberaufsicht, welche ihm zustehen, sind in dem obigen Verzeichniss, wie ich glaube, vollständig aufgeführt.

Einige dieser Institute, und zwar solche, welche nur an eine Diöcese gebunden sind, haben auch einen Superior mit gewissen, juristisch nicht näher zu kennzeichnenden Aufsichtsrechten, welche namentlich in der Theilnahme an den Berathungen des Collegiums der General-Oberin und der Assistentinnen bestehen. Mitunter, z. B. bei den Borromäerinnen der Diöcese Breslau (Mutterhaus Neisse), ist der Bischof gleichzeitig mit den Rechten des Superiors ausgestattet, mitunter ernennt er auch denselben, z. B. für die Vincentinerinnen in der Erzdiöcese Freiburg. Der Superior hat dann die allgemeine Aufsicht und ist besonders der geistliche Rathgeber der General-Oberin, in welcher Stellung er von grosser Wichtigkeit für das Wohl des Vereins ist. Nach den Statuten der Vincentinerinnen in Baiern (für mehrere Diöcesen) soll er auch den Schwestern die Gelübde abnehmen, die Wahlen leiten und Streitigkeiten entscheiden¹⁾, doch ist mir nicht bekannt, dass diese Statuten päpstlich bestätigt wären. Den Principien der Neuzeit entspricht dieses Verhältniss ganz gewiss nicht; die Anstellung eines

1) *Buss*, der Orden der barmherzigen Schwestern. Freiburg 1847.

Superiors wird jetzt nicht mehr bewilligt, wie aus dem im ersten Paragraphen dieses Kapitels Gesagtem hervorgeht, namentlich nicht bei Congregationen, welche über mehrere Sprengel verbreitet sind.

Bei einigen Instituten ist auch ein pater spiritualis zu finden; derselbe ist der Rathgeber der General-Oberin und leitet die geistliche Erziehung der Schwestern, einen besonderen rechtlichen Einfluss hat er nicht, desto bedeutender ist seine geistliche Wirksamkeit, in der Regel wird auch ein der äusseren Geschäfte kundiger Priester dazu ernannt werden müssen.

§. 4. Beziehungen zum Pfarrer.

Das Material über das Verhältniss der Congregationen zum Pfarrer ist sehr dürftig; in den einzelnen Congregationen findet sich fast nichts darüber und die Animadversionen geben nur einige Male an, dass die Rechte des Pfarrers gewahrt bleiben sollen¹⁾, dass die Congregationen also vom Pfarrrechte nicht eximirt sind. Dies genügt. Die Orden sind in der Regel vom Pfarrzwange ausgenommen, die neueren Genossenschaften aber nicht, im Gegentheil entschied schon 1676 die S. Congr. epp. et reg. in Betreff eines Instituts mit einfachen Gelübden einen Streit dahin, dass der Pfarrer in dem, was zu den pfarrlichen Rechten gehöre, zu schützen sei; 1791 wurde von derselben Behörde erkannt, dass eine von Tertiariern erbauete Kapelle nicht von den Rechten des Pfarrers eximirt sei²⁾.

Die Sache ist sonach klar; die neueren Congregationen sind weder ausdrücklich, noch stillschweigend durch irgend eine dahin zu deutende Bestimmung von den Rechten des Pfarrers als solchen eximirt, folglich sind sie ihnen unterworfen, denn das Recht des Pfarrers erstreckt sich, soweit sein Bezirk reicht, über Alle, welche nicht durch ein besonderes Gesetz davon ausgenommen sind. Die nachfolgenden Details werden dies bestätigen, doch wäre es zweifellos, auch ohne den Nachweis, dass die höchsten Behörden in den einzelnen Fällen regelmässig für den Pfarrer erkannt haben.

Zunächst ist der Inhalt dieser Rechte festzustellen und ist hierbei zu bemerken, dass dem Pfarrer mit Ausnahme seines hier nicht in Betracht kommenden Amtes als Beichtvater keine Jurisdiction zusteht und zwar weder als richterliche Gewalt, noch als

1) Institutum sub jurisdictione episcoporum erit, ut sarta tectaue serventur parochorum jura. *Analecta* 44. Liefer. col. 2668.

2) *Analecta* 70. Liefer. col. 1741 u. f.

das Recht zu Verwaltungsmassregeln; von diesen Rechten findet sich in den Gesetzen und Entscheidungen keine Spur. In der Literatur ist häufig das Wort „Jurisdiction“ für den Inbegriff der pfarrlichen Rechte gebraucht worden ¹⁾, aber mit Unrecht, die amtlichen Entscheidungen enthalten sich dieses Ausdrucks und sprechen nur von Rechten, diese ungenaue, Irrthümer und Verwirrungen erzeugende Bezeichnung ist daher fallen zu lassen.

Barbosa (de officio et potestate parochi) macht einen Unterschied zwischen den Functionen des Pfarrers, d. h. den eigentlichen Amtshandlungen desselben, zu denen er mit Ausschluss jedes anderen Priesters berechtigt ist, und seinen Rechten. Als die ersteren führt er an: Die Einsegnung des Taufbrunnens, die heilige Messe etc. am Gründonnerstage und stillen Sonnabende, die Kerzeneinweihung und Vertheilung an Mariä Lichtmess, die Aschenweihe am Aschermittwoch und die Palmenweihe am Palmsonntag, die Führung von Processionen durch den Ort und die Erlaubniss zu solchen; die eigentlichen Rechte des Pfarrers sind: die Verpflichtung der Parochianen, die heilige Messe an Sonn- und Festtagen in der Pfarrkirche zu hören (jetzt obsolet) ²⁾, die Beichtjurisdiction (nicht hierher gehörig, vergl. §. 5.), das Recht auf Zehnten und dergl. Abgaben, das Recht zur Ausspendung der Sacramente, zur Verrichtung der Begräbnisse und zur Einsegnung der Brautleute (hier irrelevant).

Nach Dr. Schels mehr genanntem Werke hat der Pfarrer das Recht zur Verwaltung des Gottesdienstes, so dass z. B. auch in dem Oratorium der Schwestern kein Priester ohne seine Erlaubniss Messe lesen darf, das Recht zur Spendung der Sacramente, insbesondere der Krankenprovisuren und zur ausschliesslichen Vornahme der Beerdigungen; Schels stimmt hiernach im Wesentlichen mit dem zuverlässigen Barbosa überein.

Die Analecta (Anmerkung 1.) weisen nach, dass dem Pfarrer das Recht zusteht, das Viaticum und die heilige Oelung zu spenden, die Einsegnung am stillen Sonnabende zu vollziehen und die österliche Communion in der Pfarrkirche zu verlangen, und bringen hierfür eine grosse Menge Entscheidungen herbei. Das Recht und

1) Z. B. die Analecta in dem Artikel: Jurisdiction paroissiale une les séminaires; 65. Liefer. col. 1092 und an anderen Orten.

2) *Ferraris* prompta bibliotheca etc. v. missae sacrificium art. XVI. N. 9. 10. 11. Die Gläubigen können ihrer Pflicht zur Anhörung der heiligen Messe auch in einer andern, als der Pfarrkirche, genügen.

die Pflicht des Pfarrers, seine Kirche zu verwalten und den Gottesdienst zu ordnen, ist überall unbestritten, mehr aber als dieses und die so eben angeführten Befugnisse ist weder aus den hier erwähnten Autoritäten, noch aus Ferraris zu ermitteln.

Einige Entscheidungen mögen zur noch besseren Klarlegung der Rechtslage mitgetheilt werden. In den Kapellen von Regularen und in Privatoratorien kann die heilige Messe unabhängig von der Pfarrmesse gelesen werden, dem Bischofe steht aber frei, zu bestimmen, dass in einer solchen Kapelle die heilige Messe nicht eher, als in der Pfarrkirche beginnen darf. — Durch eine Entscheidung von 1676 (Seite 63. Note 2.) ist festgesetzt worden, dass Tertiärer und Tertiärerinnen, sowie Diener und Dienerinnen der Klöster, welche nicht zur Klosterfamilie gehören, in gleicher Weise wie die übrigen Gläubigen durch den bekannten Canon Omnis utriusque sexus zur österlichen Communion in der Pfarrkirche verpflichtet sind. — 1688 gestattete die S. Congr. epp. et reg., dass der Hauskaplan eines Instituts, in dessen Kapelle das Allerheiligste aufbewahrt wurde, den Kranken in ihrem Zimmer die heilige Communion reichen dürfe, aber nur zur Andacht (pro devotione), nicht als Sterbesacrament (viaticum); 1792 wird Tertiärerinnen die Bitte um Exemption vom Pfarrer abgeschlagen, 1830 wird einer Genossenschaft bewilligt, dass der Hausgeistliche die Sterbesacramente spenden könne, es muss aber dafür eine feste, jährliche Abgabe an den hierdurch in seinen Rechten beschränkten Pfarrer geleistet werden. — Durch die schon erwähnte Entscheidung von 1676 wurde ferner festgestellt, dass eine Kapelle von Tertiärerinnen kein Begräbnissrecht hat, die im Hause gestorbenen Mädchen müssen zur Beerdigung in die Pfarrkirche getragen werden, die Schwestern können bei den P. Franziskanern beigesetzt werden; in einem ähnlichen Streit erhielt 1682 der Pfarrer ein obsiegliches Urtheil; in einem andern Falle wurde eine Beschwerde von Schwestern über den Bischof, der die Rechte des Pfarrers geschützt hatte, nicht berücksichtigt ¹⁾.

Diese Beispiele erweisen und erläutern die oben aufgestellten Principien, welche gleichmässig festgehalten werden; Erkenntnisse, durch welche andere, als die oben angeführten Rechte, dem Pfarrer

1) Die *Analecta* bringen in dem Aufsätze *Jurisdiction paroissiale sur les instituts de vœux simples* noch viel Material, doch scheint mir das im Text angeführte, zum Theil auch anderweit entnommene zu genügen, es enthält die Grundzüge.

zugesprochen würden, habe ich nicht gefunden, die nachgewiesenen Rechte aber sind ihm so gesichert, dass auch der Bischof durch eine Exemption ihm keines derselben entziehen kann, nur die oberste Kirchenbehörde hat es hin und wieder, aber höchst selten und ausdrücklich durch einen Indult gethan. Darüber, dass eine bischöfliche Exemption von den Pfarrrechten ungültig ist, liegt eine Entscheidung der S. Congr. epp. et reg. vor ¹⁾.

Aus dem Gesagten hat sich ergeben, welche Rechte der Pfarrer hat, und dass ihm sonst keine zukommen; er hat aber Pflichten und zwar, wenn auch nicht erzwingbare, so doch moralische, deren Nichterfüllung der Bischof zu rügen befugt ist. Wie in einer wohlgeordneten Parochie Niemand mehr, als der Pfarrer, in der Lage ist, die Sache der Kirche und speciell ihrer Vereine zu fördern, so ist auch Niemand mehr, als gerade er, dazu verbunden. Dies liegt in den allgemeinen Obliegenheiten seines Amtes; das Wohl dieser so überaus wohlthätigen Genossenschaften, welche die Eifrigen stärken, den Lauen mit dem guten Beispiel der Begeisterung, Opferfreudigkeit und Sittlichkeit vorangehen, den materiellen und geistigen Nutzen der Gemeinde durch Kindererziehung, Schule und Armenpflege wirken, ist sehr eng mit dem Wohle der Gemeinde und dadurch mit dem Interesse der Kirche verknüpft, welches der Ortsseelsorger gerade in seiner Parochie und mit Bezug auf dieselbe zu wahren und zu fördern hat. Daher ist er verpflichtet, ihnen bei ihren guten Zwecken so viel als möglich und zulässig Vorschub zu leisten, sie mit Rath und That zu unterstützen, die Vorurtheile gegen sie zu entfernen. Hierfür hat er keinen andern Lohn, als den, welchen er überhaupt durch seine gewissenhafte Seelsorge gewinnt; er hat kein Recht, Herrschaft und Aufsicht zu üben; dass er der erste ist, welcher der zuständigen Obrigkeit Unordnungen und Missstände anzuzeigen hat, ist kein besonderes Recht, sondern eine Pflicht, das Recht dazu hat jeder Parochiane; er soll seinen Rath geben, aber dessen Befolgung hat er nicht zu verlangen und am allerwenigsten steht ihm ein Einfluss auf die Besetzung des Hauses, Ernennung der Oberin, Versetzung der Schwestern u. s. w.

1) *Analecta ebenda col. 1752 u. 53. Taurinen. jurium parochialium.* Der Erzbischof von Turin hatte einem Waisenhouse einen Beichtvater bestellt und diesem die Verwaltung der Sacramente übertragen; auf die Beschwerde der Barnabiten, welche die zuständige Pfarrei versahen, erkannte die S. Congr.: *Praevia revocatione decreti Archiepiscopi conservatorium subesse curato in iis quae spectant ad jura parochialia*; d. 21. Aug. 1682.

zu, wenn ihm auch eine freimüthige Aeusserung über das, was hierin nützlich sein möchte, so wenig wie jedem Freunde und Wohlthäter benommen ist; die Gesetze und die Literatur geben für derartige Einmischungsbefugnisse nicht den mindesten Anhalt.

Zu unterscheiden sind hiervon die Functionen als Schulrevisor oder als Vorsteher einer von Schwestern geleiteten öffentlichen Anstalt. In diesen Eigenschaften kann ein Pfarrer verschiedene Rechte haben, welche unten noch zu erwähnen sind (9. Kap.); sie hängen aber nicht am Pfarramte, als solchem, sondern eben an dem, dem Pfarrer verliehenen Nebenamte und rühren grossentheils nicht aus dem Kirchenrechte, sondern aus der weltlichen Gesetzgebung oder bestimmten Anstaltsstatuten her, während hier nur die Beziehungen des Pfarrers in dieser Eigenschaft zu den Schwestern ohne Rücksicht auf ihre etwaige besondere Beschäftigung zu betrachten waren.

Dass dem Pfarrer gegen das Mutterhaus ebenfalls andere Rechte, als die oben angeführten, nicht zustehen, ist klar.

§. 5. Das Beichtvateramt.

Von den inneren Befugnissen des Beichtvaters (etwa in Betreff der Reservatfälle) soll hier nicht die Rede sein, sondern blos von äusseren Rechtsverhältnissen und zwar davon, wer Beichtvater bei diesen Vereinen sein kann und was in Betreff des ordentlichen, des ausserordentlichen und des particularen Beichtvaters gilt. Zu bemerken ist von vornherein, dass auf diejenigen Vereine, welche noch in keiner Weise eine Billigung des heiligen Stuhles erlangt haben und deshalb nicht Gegenstand dieser Schrift sind, auch die kirchlichen Gesetze in Betreff des Beichtvaters nicht anwendbar sind, dass deren Mitglieder daher, als rein weltliche Personen, ihren Beichtvater so frei wählen können, wie alle übrigen Laien.

Die für die Frauenklöster in diesem Bezuge gegebenen Bestimmungen sind im Princip, wenn auch, wie sich noch zeigen wird, nicht in allen Details für die neueren Congregationen gültig. Schon in der Bulle Quamvis justo wies Benedict XIV. die Bischöfe an, den englischen Fräuleins Beichtväter zu ernennen; daraus folgt, dass nur die Ernannten deren Beichten abnehmen sollten; die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen hat in einer Reihe von Decisionen den Grundsatz, dass diese Schwestern den allgemeinen Beichtvatergesetzen unterworfen sind, festgehalten, in neuester Zeit ist in den Animadversionen auf die Constitution Benedict's XIV. Pastoralis curae, welche vom ausserordentlichen Beichtvater spricht,

fast regelmässig verwiesen¹⁾ und an das Recht des Bischofs zur Ernennung der Beichtväter erinnert worden, woraus schon die Anwendbarkeit des gemeinen Kirchenrechts folgt, weil die Bestimmungen über den ausserordentlichen Beichtvater ohne Voraussetzung eines ordentlichen keinen Sinn hätten. Uebrigens ist die Praxis in Beobachtung des gemeinen Kirchenrechts constant geblieben, die einzelnen Statuten sprechen sich auch in unzweifelhafter Weise aus²⁾.

Zunächst ist festzustellen, dass eine Nonne — oder Schwester einer neueren Congregation — gültig nur dem zugeordneten Confessarius beichten kann, die von einem andern Priester (ausser dem bekannten Falle der Todesgefahr) ertheilte Lossprechung ist null und nichtig, wie die S. Congr. epp. et reg. bei Declaration der Bulle Gregors XV. Inscrutabili erklärt hat; dies gilt auch vom Pfarrer, wenn er nicht zum Beichtvater ernannt ist, eine andere Ausnahme, als die der Todesgefahr, ist nirgend zugelassen. Es ist zwar versucht worden³⁾ zu beweisen, dass dem Pfarrer das Recht, die Mitglieder der neueren Vereine Beichte zu hören, zustehe, weil er, als in foro interno für alle seine Parochianen jurisdictionirt, dies auch für diese Schwestern sein müsse, welche ja nicht eximirt seien, und weil die nicht zur Clausur verpflichteten Schwestern thatsächlich nicht gehindert werden könnten, zu ihm zu gehen. Die Deduction ist aber unrichtig. Die Ernennung der Beichtväter wäre unlogisch und zwecklos, wenn die Beichte bei einem anderen Priester, als dem dazu deputirten, erlaubt oder wenigstens gültig wäre (eine unerlaubte, aber gültige Beichte ist auch schwer zu denken) und wir wissen, dass keine andere Behörde mit so scharfer Logik und solcher Erkenntniss des Zweckmässigen zu Werke geht, als die obersten Kircheninstanzen, hierzu kommt aber noch, dass in den Einrichtungen und dem Zwecke der neueren Congregationen gar kein Grund vorliegt, der in diesem Puncte eine Abweichung vom gemeinen Kirchenrechte und von der Logik veranlasste; der Grund, dass die factische Möglichkeit einer Beichte beim Pfarrer wegen des Mangels der Clausur gegeben ist, trifft gar nicht zu, denn die Möglichkeit einer Gesetzesübertretung kann den Gesetzgeber wohl

1) Animadversiones vom 10. März 1860, 30. April 1860, 9. Mai 1860, 6. Juni ejusd. a. und noch oft; Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 412 u. f.

2) Z. B. die der Borromäerinnen, der armen Schulschwestern.

3) In dem schon erwähnten Aufsätze der *Analecta: Juridiction paroissiale sur les instituts de vœux simples*; demselben geht einige Male die juristische Schlüssigkeit ab, das darin enthaltene Material ist werthvoll.

zur Aufhebung bewegen, hebt aber selbst das Gesetz noch nicht auf; zudem ist der Ausgang der Schwestern doch nicht so frei, denn sie bedürfen dazu die Erlaubniss der Oberin und diese kann dieselbe doch nur zu einem guten, nicht aber zu einem verbotenen Zwecke geben. Der Pfarrer ist für alle Parochianen jurisdictionirt, für die Mitglieder dieser Congregationen aber unbedingt nicht, d. h. als Pfarrer und sofern er nicht besonders zum Beichtvater ernannt ist.

Der Ordinarius ist allein berechtigt, die Beichtväter zu ernennen (const. Inscrutabili), die Animadversionen machen mehrfach darauf aufmerksam, dass dies keiner Oberin oder General-Oberin, sondern lediglich dem Bischöfe zusteht; ein Vorschlag kann von den Schwestern gemacht werden, derselbe hat aber nur den Werth eines Berichts oder einer Bitte.

Jeder Beichtvater, der ordentliche wie der ausserordentliche, wird nur auf drei Jahre ernannt und darf dann nicht mehr im Kloster (in dem Hause) Beichte hören¹⁾. Er kann aber auf fernere drei Jahre ernannt werden und hat die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen mehrfach die Erlaubniss dazu ertheilt. Die neueren Genossenschaften sind, wie durch mehrfache Entscheidungen festgestellt worden²⁾, dem Gesetz des dreijährigen Beichtvaterwechsels unterworfen, doch halte ich die jedesmalige Einholung des päpstlichen Consenses zur Neuernennung desselben Beichtvaters nicht für nothwendig, weil kein Grund dazu vorhanden ist; die Raison für das Gebot der Ernennung auf nur drei Jahre macht noch durchaus nicht nöthig, dass der bisherige Beichtvater, wenn er seine Pflicht erfüllt hat und die Schwestern damit einverstanden sind, nicht mehr von Neuem deputirt werden könnte und dazu erst ein apostolischer Indult erbeten werden müsste. Der Verfasser der *additiones ex aliena manu* bei Ferraris theilt die Ansicht derer, welche auf eine unpassende Analogie mit der Aebtissinnen-Wahl gestützt die Einholung des päpstlichen Consenses verlangen, auch nicht, und endlich steht die ganze Natur dieser weit verzweigten Genossenschaften einem so umständlichen Verfahren entgegen; bei

1) Entscheidung in Comensi vom 4. März 1591, in Ragusina vom 27. März 1647. *Ferraris* v. monialis V. 19.

2) 1815 Anweisung an den Bischof von Brescia, den barmherzigen Schwestern Beichtväter zu geben, 1839 wurde entschieden, dass die neueren Congregationen in Betreff der Dauer des Beichtvateramtes die Stellung vom Orden haben, ebenso 1841 bei Revision der Statuten der *dames du sacré coeur*. *Analecta* 70. Liefer. col. 1741 u. f.

einem grossen Theile der Filialen muss man froh sein, wenn man überhaupt einen ordentlichen und einen ausserordentlichen Beichtvater aus der Geistlichkeit des Orts und der Umgegend ermitteln kann, die jedesmalige Anfrage in Rom zu jeder erneuerten Ernennung würde nicht blos eine Arbeitsverschwendung sein, sondern muss auch um desshalb für ganz unnöthig erachtet werden, weil die Bitte um Erlaubniss die Möglichkeit der Verweigerung voraussetzt, diese aber die sonst zulässige, in den Constitutionen und dem Zwecke dieser Vereine begründete Verbreitung in kleine Ortschaften geradezu verhindern würde.

Die zweite u. s. w. Ernennung desselben Beichtvaters ist nach vielen Entscheidungen (von 1701, 1711, 1725, 1826 u. s. w.) von dem Consens der Schwestern abhängig, während bei der ersten der Bischof ganz freie Hand hat.

Die nächste Frage ist nun, wer kann Beichtvater werden?

Der General-Vicar kann dieses Amt nicht erhalten, weil, wie man angenommen hat, seiner Aufsichtsstellung wegen die Nonnen zu ihm nicht das nöthige Vertrauen haben würden; zwei Entscheidungen in Sorana vom 23. Juli 1587 und in Mutinensi vom 3. Februar 1597 (Ferraris v. monialis V. 24.) sprechen dies aus, die Gültigkeit dieser Bestimmungen für die neueren Congregationen liegt auf der Hand.

Der Beichtvater soll ferner nach der für Italien und die umliegenden Inseln gegebenen Verordnung von 1703 ein ernster, würdiger Priester gesetzten Alters sein; dies versteht sich eigentlich von selbst, zu bemerken ist nur, dass dadurch eine ältere Entscheidung, wonach der Confessarius vierzig, sein Begleiter fünfzig Jahre alt sein sollte, aufgehoben ist; man kann nicht annehmen, dass für die Beichtväter der neueren Vereine ein bestimmtes Alter bedingt sei.

Endlich sind für die Klöster zwei Classen von Priestern ausgeschlossen und zwar unter Angabe von Gründen, nämlich die Pfarrer und als ordentliche Beichtväter eines Frauenklosters die Regularen eines andern Ordens.

In Betreff des Pfarrers wird der Ordinarius zu ermessen haben, ob der Grund des Verbots im einzelnen Falle zutrifft oder nicht; es ist nämlich für den Fall gegeben, dass das eigentliche Amt des Pfarrers unter der Beschäftigung als Kloster-Beichtvater leiden würde¹⁾, die S. Congr. setzt 1780 einem Bischöfe auseinander²⁾,

1) *Ferraris* l. c. V. 24.

2) *Analecta* 30. Liefer. col. 1277 u. f.

dass die Berufsthätigkeit des Pfarrers in Predigt etc. durch sein Amt als Klosterbeichtvater beeinträchtigt werden könnte; 1852 mussten deshalb in einer Stadt sechs Pfarrer dieses Amt (bei grossen Klöstern) aufgeben. Mit Ausnahme dieses einen Falles ist meines Wissens in der Literatur keiner bekannt geworden, dass die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen die Uebertragung dieses Amtes an einen Pfarrer untersagt hätte, wohl aber ist die Erlaubniss oft ertheilt worden. In der Regel wird bei den kleinen Stationen unserer Genossenschaften der Ortspfarrer mit Leichtigkeit die Zeit erübrigen können, um die wenigen Schwestern wöchentlich einmal Beicht zu hören, der Bischof muss dies beurtheilen können und ist um so mehr dazu autorisirt, als die oberste Kirchenbehörde ihre Auffassung deutlich ausgesprochen hat; von den Folgen der jedesmaligen Anfrage in Rom gilt das oben wegen der Verlängerung des Beichtvateramtes Gesagte. Wo die oberste Instanz das Normativ so klar gegeben hat, wie hier, kann man an der Competenz des Ordinarius zur selbstständigen Anwendung der Verordnung nicht zweifeln.

Das Verbot, Regularen zu Beichtvätern zu bestellen, erscheint für die in Rede stehenden Genossenschaften nicht gültig. Nach einer Entscheidung von 1767¹⁾ sollen Regularen zu Beichtvätern von Nonnen eines andern Ordens nicht genommen werden, weil bei ihnen die Neigung vorhanden sei, die Nonnen nach der eigenen, der Beichtväter, aber nicht nach der Regel des Klosters zu leiten; dieses Verbot ist mehrfach 1700, 1789, 1822 und 33 erneuert oder dahin modificirt worden, dass die Nonnen in geheimer Abstimmung sich aussprechen sollen, ob sie einen Ordensgeistlichen wünschen; 1843 wurde bestimmt, dass nur beim Mangel eines Säcularpriesters ein Ordensmann genommen werden solle, nach einer Verfügung von 1845 gilt das Verbot nur für den ordentlichen, nicht aber für den ausserordentlichen Beichtvater und 1852 wurde für die Ernennung eines Mönches zum ordentlichen Confessarius der apostolische Indult als nothwendig erklärt. Nach einer beiläufigen Bemerkung Benedict's XIV. in der Bulle *Pastoralis curae* ist es Regel, dass für die dem Bischöfe unmittelbar unterworfenen Nonnen (also nicht die von Männerorden geleiteten) der ordentliche Beichtvater aus dem Säcular-, der ausserordentliche aus dem Regularklerus genommen wird.

Ein Mitarbeiter der *Analecta* ist in dem Artikel „*Confesseurs des religieux*“ 30. Liefer. der Ansicht, dass die hier beregten

1) *Analecta*, 30. Liefer. col. 1277 u. f.

Bestimmungen auch auf die Communitäten mit einfachen Gelübden anzuwenden seien, aber mit Unrecht. Zuvörderst ist in den erwähnten Entscheidungen nur von Klöstern, nicht aber von diesen Genossenschaften die Rede, der Verfasser des Aufsatzes beruft sich zwar auf die constante Praxis, bringt aber, obgleich ihm offenbar die Registraturen zur unumschränkten Disposition standen, kein Beispiel eines solchen Erlasses für eine neuere Congregation bei, scheint also wohl keines gefunden zu haben. Statt dessen deducirt er, dass, wenn Benedict XIV. in der Bulle *Quamvis justo* den Bischöfen anbefiehlt, den englischen Fräuleins Beichtväter aus dem Säcular- oder Regularklerus zu geben, die Worte „juxta canones“ zu suppliren seien oder die Stelle nur vom ausserordentlichen Beichtvater verstanden werden müsse.

Beides ist unzulässig, das Letztere nach dem klaren Wortlaute der Bulle, weil nur von Beichtvätern im Allgemeinen die Rede ist und nicht von dem ausserordentlichen, zudem aber gerade an dieser Stelle die allgemeine Anweisung gegeben wurde und gar kein Grund zu der Annahme vorliegt, der Papst habe blos von dem ausserordentlichen Beichtvater sprechen und über den ordentlichen nichts bestimmen wollen; die erstere Auslegung ist unhaltbar, weil zu einer Supplirung bei den scharfen und vollständigen Verordnungen Benedict's XIV. überhaupt kein Grund vorhanden ist, der Zusatz aber die ausdrückliche Bestimmung, „welche (Beichtväter) ihnen passend erscheinen, sei es aus dem Säcular-, sei es aus dem Regularklerus“ aufheben würde und man doch nach allen Regeln der Interpretation nicht ein Wort zusetzen oder als zugesetzt ansehen darf, was dem bestimmten Ausspruch geradezu entgegenstehen würde; im Gegentheil steht diese Bestimmung im directen Zusammenhange mit der kurz vorhergehenden Erklärung, dass die englischen Fräuleins keine wahren Religiosinnen seien, und wird durch diese vollständig aufgeklärt. Allerdings sagt Benedict, was in jenem Artikel nicht angeführt wird, in §. 14 der Bulle, er zweifle nicht, dass die Bischöfe bei Ausführung dieses Decrets (Ernennung der Beichtväter) vor Augen haben würden, was er in der Bulle *Pastoralis curae* für die Klöster sowohl, als für die sonst in Gemeinschaft lebenden Frauen angeordnet habe. In dieser letzteren Constitution, auf welche, wie schon bemerkt, jetzt immer verwiesen wird, ist allerdings die oben erwähnte Nachricht über den ordentlichen Beichtvater bei den, den Bischöfen unterworfenen Nonnenklöstern enthalten, aber nicht als Anordnung, sondern nur als Notiz mit dem Marginale: *Quid de consuetudine* und, was besonders wichtig, als Uebergang zu einer

anderen Bestimmung betreffend den ausserordentlichen Beichtvater bei solchen Klöstern, welche Regularen untergeben sind; diese beiläufige Bemerkung ist also für unsere Frage von gar keinem Gewicht, für diese ist vielmehr nur entscheidend, dass die Bulle *Pastoralis curae* für die Conservatorien und dergl., überhaupt für die Institute mit einfachen Gelübden, den ausserordentlichen Beichtvater einführt, in Betreff des ordentlichen und seiner Eigenschaften aber keine allgemeine Vorschrift gibt, die Bischöfe also, wie die Bulle *Quamvis justo* besagt, nach ihrem Ermessen, ohne an eine bestimmte Kategorie gebunden zu sein, Beichtväter ernennen können, „welche ihnen passend scheinen, sei es aus dem weltgeistlichen, sei es aus dem Ordensklerus.“

Der ordentliche Beichtvater muss die Schwestern so oft Beichte hören, als es die Constitutionen verlangen, in der Regel alle Wochen einmal.

Der ausserordentliche Confessor soll nach dem Tridentinum den Nonnen mindestens jährlich zwei bis dreimal angeboten werden; in der Bulle *Pastoralis curae* verordnet Benedict XIV., dass den Conservatorien, überhaupt den nicht zur Clausur verpflichteten Frauen und Mädchen, welche nur einen ordentlichen Beichtiger haben, die Wohlthat des ausserordentlichen ebenfalls gewährt werden solle. Dies ist nun bei allen diesen Vereinen Rechts und Uebung; in der Regel erscheint der ausserordentliche Beichtvater viermal im Jahre, doch ist es auch noch öfter zulässig. Sobald er in Function tritt, ruht die Thätigkeit des anderen; alle Schwestern müssen vor ihm erscheinen und wenigstens eine Belehrung empfangen, damit das Hinzutreten Einzelner nicht gedeutet werden könne, als hätten sie besonders schwere Vergehen zu bekennen. Die Grundsätze über die Reservatfälle gelten auch für die Klöster und neueren Congregationen, die Lossprechung von solchen kann ausser der dringenden Todesgefahr (in articulo mortis) nur der dazu bevollmächtigte Priester ertheilen.

Auf Wunsch einer Schwester kann ihr nach der Bulle *Pastoralis curae* ausnahmsweise ein besonderer Beichtiger (confess. particularis) vom Bischofe verstattet werden, wenn es für ihre Gewissensruhe wünschenswerth ist. Der Bischof soll, wie Papst Benedict XIV. sagt und in mehreren Entscheidungen ausgesprochen ist, zwar nicht gerade auf jeden unberechtigten Anspruch ohne Weiteres eingehen, aber doch mit grosser Milde verfahren; im Weigerungsfalle kann der Cardinal-Grosspönitentiar den besonderen Beichtvater ernennen. Der Fall mag sehr selten vorkommen.

Uebrigens soll der Beichtvater sich in andere Geschäfte, als diejenigen dieses seines Amtes, und besonders in die Vermögensverwaltung nicht einmischen.

Fünftes Kapitel.

Die Verfassung.

§. 1. Die General-Oberin.

Es ist eine müßige Frage, ob die Verfassung der neueren Congregation republikanisch oder monarchisch ist, doch hat man sich Mühe gegeben, diese Verfassungen, sowie die der Orden, einer politischen Kategorie einzureihen; die Frage mag hier unerörtert bleiben.

Die Verwaltung geschieht durch verschiedene Organe und zwar durch die General-Oberin, deren Assistentinnen, das General-Kapitel und die Local-Oberinnen. Das General-Kapitel ist in gewisser Beziehung allerdings die oberste Instanz, weil es Beschlüsse fasst, welche von der General-Oberin ausgeführt werden müssen, dieselbe auch bei einigen Vereinen wählt, diese aber ist unzweifelhaft die wichtigste Chargirte; ihr gebührt theils allein, theils mit den Assistentinnen zusammen die ganze Verwaltung, die Executive, die Ernennung zu den unteren Stellen, die ganze Aufsicht und die Repräsentation der Genossenschaft nach aussen, Privaten und Behörden gegenüber; das General-Kapitel führt nichts selbst aus, sondern beschliesst nur; die Local-Oberinnen sind wenig selbstständig. Die Spitze der ganzen Congregation ist sonach die General-Oberin, daher haben wir zunächst zu eruiern, wie eine Schwester zu diesem Amte befördert wird und wie lange sie es inne haben kann, also

a. Wahl und Amtsdauer.

Die General-Oberin wird von keinem kirchlichen Würdenträger ernannt, sondern immer von den dazu Berechtigten gewählt; in den Constitutionen ist überall die Wahl festgesetzt, die proponirte Ernennung durch einen Bischof wurde in den Bemerkungen der S. Congr. epp. et reg. als dem Recht und der Uebung zuwider getadelt und verworfen¹⁾. Aus den Animadversionen geht ferner mehrfach

¹⁾ Z. B. Animadversiones vom 24. September 1860. *Nimis absonum a jure et a moribus est, ut moderatrix generalis ab episcopo deputetur, sed in omnibus*

hervor, dass an massgebender Stelle die Tridentinische Gesetzgebung als für diese Vereine gültig erachtet wird, selbstredend insoweit ihr nicht etwa durch besondere Bestimmungen eines Statuts derogirt ist oder sie wegen der Natur dieser Congregationen gegenstandslos sein sollte; von diesem Standpuncte aus müssen die späteren Declarationen und anderen Entscheidungen aufgefasst werden.

Schon in cap. 6. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. ist die Wahl durch geheime Abstimmung streng vorgeschrieben. Bei diesen Vereinen ist ebenfalls geheime Stimmzettelwahl angeordnet und ist der Wahlvorgang so eingerichtet, dass nicht in Erfahrung gebracht werden kann, wie die eine oder andere Schwester gestimmt hat; auch soll von den Schwestern weder vor noch nachher deshalb nachgeforscht werden. Das Princip ist, wie so oft, aus den Animadversionen zu erkennen. Es wird z. B. getadelt, dass die Stimmzettel in den einzelnen Häusern geöffnet werden, weil dadurch aus der Handschrift die Person, welche die Stimme abgegeben hat, erkannt werden kann; daher wird empfohlen, die Wahlzettel verschlossen zum Mutterhause zu senden¹⁾; die bestätigten Constitutionen sprechen sich darüber ganz präcis aus. Davon, dass die geheime, canonische Wahl der einzige Weg für die Creirung der General-Oberin ist, gibt es keine Ausnahme, verschieden ist nur die Art der Stimmensammlung, bei einigen Genossenschaften geschieht sie durch Einsendung aller Stimmen an den Wahlvorsteher, bei anderen in einer deshalb angeordneten Versammlung aller stimmfähigen Schwestern, doch so, dass die der auswärtigen Häuser ihre Stimmen einschicken; bei den Borromäerinnen ist die letztere Art eingeführt, bei den Frauen vom allerheiligsten Herzen Jesu, den armen Schulschwestern und anderen wählen Delegirte, das General-Kapitel, in einer Versammlung durch persönliche Abgabe der Stimmzettel, doch ist bei den letzteren auch die Einsendung an den Protector unter gewissen Umständen zulässig; wenn die Statuten nichts besagen, muss das Verfahren beobachtet werden, welches am besten zum Ziele führt, also persönliche Stimmabgabe Seitens der anwesenden und Einsendung in versiegelten Couverts Seitens der vom Wahlorte abwesenden Berechtigten.

fere institutis hoc ad capitulum generale sororum spectat. Bei den *soeurs de charité* zu Verona dachte übrigens der Consultor daran, Ernennung durch den Cardinal-Protector vorzuschlagen, man hat aber von dieser ganz aussergewöhnlichen Massnahme Abstand genommen.

1) Animadversiones vom 9. Mai 1860. Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 421.

Die Wahl muss eine angemessene Zeit vorher ausgeschrieben werden; dabei ist, wenn die Stimmen eingeschickt werden können, mitzutheilen, an wen und bis zu welchem Termine dies geschehen muss; auch ist es gut, auf die Bedingungen der Wählbarkeit (passive Wahlberechtigung) aufmerksam zu machen, um das Eingehen ungültiger Stimmen zu vermeiden; mitunter, und dies ist überall zu empfehlen, wird eine Liste der wahlfähigen Schwestern dem Wahlausschreiben beigelegt. Keine activ berechnigte Schwester darf übergangen werden, widrigenfalls sie die Wahl als nichtig anfechten kann¹⁾; Stimmen zu suppliren ist schon nach dem Tridentinum verboten. Das Recht, zu wählen, steht in der Regel nicht allen Professinnen zu, sondern nur denen, welche schon ein gewisses Professalter, z. B. zwei Jahre, haben; wo zuerst zeitliche und erst nach deren Ablauf lebenslängliche Gelübde abgelegt werden, sind die Schwestern erst nach der letzteren Profess wahlberechnigt; wenn aber nicht, wie schon von den armen Schulschwestern erwähnt, das General-Kapitel die Wahl vornimmt, sondern die Schwestern im Allgemeinen, und nichts Näheres bestimmt ist, müssen alle Diejenigen, welche die Gelübde auf Lebenszeit oder auf die gleichmäßig vorgeschriebene Dauer²⁾ geleistet haben, als wahlberechnigt angesehen werden. Die Wahl selbst ist immer eine directe, so dass im Stimmzettel die Person bezeichnet wird, welche General-Oberin werden soll, indirect ist sie nur für die Gesammtheit da, wo ein General-Kapitel zu diesem Zwecke (und zu anderen) durch Wahl zusammengesetzt wird; dessen Mitglieder aber wählen die General-Oberin unmittelbar.

Der Wahlact selbst darf nie von den Schwestern allein vorgenommen werden, sondern wird immer von einem Prälaten oder dessen Stellvertreter geleitet; bei den Borromäerinnen der Breslauer Diöcese geschieht dies durch den Fürstbischof von Breslau oder einen dazu ernannten Stellvertreter, bei denen in Oesterreich (Mutterhaus zu Prag) durch den Erzbischof von Prag als Superior oder seinen Bevollmächtigten; wenn die Congregation einen Cardinal-Protector hat, führt dieser das Wahlgeschäft, ist aber kein geborner Präses vorhanden, so muss an die S. Congr. epp. et reg. berichtet werden, damit diese einen Vorsitzenden ernennt. Der Präses muss ebenfalls rechtzeitig von der bevorstehenden Wahl in Kenntniss

1) Gemeines Recht bei jeder Wahl; c. 28. X. 1, 6.

2) Die armen Dienstmägde Christi z. B. legten bisher nur auf drei Jahre die Gelübde ab, es scheint aber jetzt geändert zu sein.

gesetzt werden. Der Wahlvorsteher muss einen vereideten Protokollführer oder zwei glaubwürdige Männer (Priester) zuziehen, bei den Borromäerinnen sind zwei Assistenten vorgeschrieben, in den Animadversionen ist keine Bestimmung darüber zu finden, doch ist diese Zusammensetzung des Wahlvorstandes nach c. 11. X. 2, 19. jedenfalls nothwendig, weil der Wahlact, wenn auch keine processualische Handlung, so doch jedenfalls ein canonisches Verfahren ist.

Der Wahl selbst gehen immer geistliche Exercitien der Schwestern vorher.

Am bestimmten Tage wird das Wahlresultat festgestellt. Wenn hierzu eine Versammlung vorgeschrieben ist, wie bei den Borromäerinnen und bei den Congregationen, deren General-Kapitel die Wahl bewirkt, so begibt sich der Wahlpräses mit seinen Assistenten an den dazu bestimmten Ort, nach den angeordneten Gebeten (der heiligen Geist-Messe) werden die Stimmen der Schwestern entgegen genommen, der Präses öffnet sie, theilt den Assistenten den Inhalt mit und dieser wird sofort protokollirt¹⁾. Vorher müssen die Stimmzettel gezählt werden; geschieht die Wahl durch persönliche Abgabe derselben, so muss ihre Zahl mit der der Wählenden übereinstimmen, widrigenfalls sofort von Neuem gewählt werden muss.

Nachdem der Präses und seine Assistenten (der Wahlvorstand) das Resultat ermittelt haben, wird dasselbe verkündigt; die Stimmzettel werden sofort verbrannt. In früheren Zeiten, wo das Wahlverfahren noch nicht so genau geordnet war, unterschied man die Majorität der Zahl und die der Weisheit (major und sanior pars) und räumte der letzteren den Vorzug ein; jetzt wird nur die Majorität der Zahl beachtet, der Einwand, dass die Candidatin der Minorität würdiger sei, ist nicht mehr zulässig; dagegen ist immer die sogenannte absolute Majorität erforderlich, d. h. damit eine Wahl überhaupt vollendet sei, muss mehr als die Hälfte der Stimmen sich auf eine Candidatin vereinigt haben; dies ist in einigen Constitutionen ausdrücklich vorgeschrieben, ist aber gemeines Recht²⁾, gilt also überall, wo nicht etwas Anderes klar bestimmt ist. Hat keine Candidatin mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten, so muss von Neuem gewählt werden und zwar so lange, bis sich eine absolute Majorität für eine passiv wahlberechtigte Schwester herausstellt.

1) Bei den armen Schulschwestern sind einige Schwestern zum Zählen der Stimmen bestimmt, öffnen die Zettel und übergeben sie dem Präses.

2) Cap. 23. in 6^{to} 1, 6.; vergl. auch *Ferraris* v. abbatissa Nro. 43 sequ.

Das Loos ist unzulässig, nur bei den Borromäerinnen ist es für einen bestimmten Fall vorgeschrieben, eine Anordnung, welche in anderen Vereinen nicht analogisch angewendet werden darf, weil das Kirchenrecht sonst grundsätzlich die Entscheidung durch das Loos verbietet; bei dieser Congregation findet sich auch die Ausnahmebestimmung, dass der Superior unter Umständen selbst thätig mitwirken soll, während sonst jedes Eingreifen eines Prälaten auf das Strengste untersagt ist; auch diese Vorschrift ist für Ausfüllung einer Lücke in anderen Statuten nicht geeignet.

Die Gewählte wird, wenn sie die gesetzlich erforderlichen Eigenschaften hat, sofort als General-Oberin verkündet¹⁾ und muss die Wahl annehmen; sie legt, wenn sie bei der Wahl gegenwärtig ist, unverzüglich das Glaubensbekenntniss in die Hände des Wahlvorstehers ab und tritt unmittelbar darauf ihr Amt an; ist sie nicht bei dem Wahlact zugegen, so muss dies bis zu ihrem Eintreffen im Mutterhause verschoben werden, vor Ablegung des Glaubensbekenntnisses darf sie nicht als General-Oberin fungiren.

Wenn der Vorgesetzte der Congregation, der Cardinal-Protector, bei Diöcesan-Instituten der Bischof, nicht selbst die Wahl geleitet und sich hierdurch von dem ordnungsmässigen Vorgange und der gesetzlichen Wahlfähigkeit der Gewählten überzeugt hat, muss das Wahlprotokoll, welches Alles bei dem Acte Vorgekommene zu enthalten hat, unverzüglich zur Prüfung an ihn eingesendet werden und zwar bei Genossenschaften, welche keinen Protector haben und über mehrere Diöcesen verbreitet sind, an die S. Congr. epp. et reg.; dass eine Verweigerung der Bestätigung aus anderen Gründen, als wegen unordentlicher Wahl oder Mangels der gesetzlichen Eigenschaften nicht stattfindet, ist schon erwähnt worden. Eine nicht wählbare Schwester, welche die Mehrheit der Stimmen erhalten haben sollte, darf übrigens das Amt nicht antreten, widrigenfalls sie in schwere Censuren verfällt.

Nach c. 7. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. soll keine Nonne zur Aebtissin, Priorissin oder, welchen Namen sonst die Vorsteherin haben mag, gewählt werden, welche nicht vierzig Jahre alt ist und acht Jahre seit der Profess rühmlich gelebt hat²⁾; im Nothfalle kann auch eine Schwester, welche dreissig Jahre alt und seit fünf

1) Bei den dames du sacré coeur ist eine Ablehnung aus „gesetzlichen Gründen“ als möglich erwähnt; in anderen Constitutionen habe ich nichts davon gefunden.

2) Bei den Borromäerinnen zehn Jahren nach der Profess.

Jahren Professin ist, gewählt werden. Wenn auch die Constitutionen diese Bestimmungen mitunter modificiren, so wird doch das Princip im Ganzen festgehalten, in den Animadversionen wird einige Male nur verlangt, dass die General-Oberin ein bestimmtes Alter habe, z. B. vierzig Jahre, manchmal aber wird dasselbe unbedingt gefordert¹⁾. Wo die Statuten nichts darüber besagen, wird man sich an das gemeine Recht halten müssen, so dass General-Oberin nur eine Schwester werden kann, welche vierzig Jahre alt und acht Jahre Professin ist; der Nothfall, in welchem die erwähnte geringere Anciennität genügt, ist aber nur vorhanden, wenn überhaupt keine Schwester des gedachten, principiell geforderten Alters da ist; in diesem Falle kann der Vorgesetzte der Congregation die Wahl der jüngeren Schwester bestätigen, eine Dispense von den gesetzlichen Bedingungen steht nur dem heiligen Vater, keiner sonstigen Behörde²⁾ zu, weil dieselben auf dem Kirchengesetz, die Altersbestimmungen auf dem allgemeinen Concil, beruhen. Der Gewählten oder zu Wählenden dürfen auch keine anderen Bedenken entgegenstehen, sie darf nicht excommunicirt sein und dergl.; hierher gehört auch die Vorschrift wegen der Wiederwahl nach abgelaufener Amtszeit; ist dieselbe untersagt, so darf sie bei Strafe der Nichtigkeit auch nicht vorgenommen werden. Die ethischen Eigenschaften unterliegen nicht der behördlichen Cognition, weil diese sich nur auf äussere Thatsachen beziehen kann; wenn aber ausser den allgemeinen gesetzlichen Bedingungen noch andere vorgeschrieben sind, z. B. dass die General-Oberin Lehrschwester sein muss, so kann eine Gewählte, bei welcher diese Bedingungen nicht erfüllt sind, nur mit päpstlicher Dispense bestätigt werden, diese aber müssen die Wählerinnen vorher oder gleichzeitig beantragen, widrigenfalls die Wahl überhaupt nichtig ist.

Die Frage nach der Amtsdauer der General-Oberin ist allgemein gesetzlich noch nicht geregelt; sie ist eine Frage des practischen Bedürfnisses und kam bei Prüfung der Statuten der barmherzigen Schwestern von Verona in Rom zur genauen Erörterung³⁾. Für die lebenslängliche Dauer des Amtes spricht das Beispiel der Stifter der Mönchsorden, es ist fraglich, ob die Regelmässigkeit

1) Animadversiones vom 30. April 1860, 20. Februar, 27. September 1861; Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 412 u. f.

2) Entschieden in Viterbiensi den 16. Mai 1623; *Ferraris* v. abbatisa N. 4 und 5.

3) Correspondance de Rome I. pag. 66.

durch die späteren Abänderungen in diesem Punkte gewonnen hat. Ferner braucht ein Mensch, der an die Spitze einer religiösen Körperschaft gestellt ist, einige Jahre, um sich in sein Amt einzuarbeiten, seine Untergebenen kennen zu lernen und sich die Regierungskunst anzueignen; sind aber gar Massregeln zur Wiederherstellung der verfallenen Zucht nothwendig, so muss weit ausgeholt werden, gerade dies lässt sich nur langsam bewerkstelligen, die Geister müssen auf die Reform vorbereitet werden, sich in die strengere Disciplin nach und nach einleben. Ein intelligenter Oberer sieht bald ein, dass er mit diesem Werke in sechs Jahren nicht fertig wird, er beschränkt sich dann auf das Nothwendigste, welches auch nur halb gelingen kann, und sein Nachfolger befindet sich in schlimmerer Lage, als er. Die periodische Wiederwahl endlich regt den Ehrgeiz an und begünstigt das Parteitreiben, das religiösen Genossenschaften so nachtheilig ist. Es scheint hiernach Alles für die lebenslängliche Dauer der obersten Chargen zu sprechen. Dem steht jedoch die ungeheuere Schwierigkeit entgegen, die richtige Persönlichkeit zu treffen; hat man — vielleicht neben mehreren geeigneten — gerade eine unpassende Person gewählt, so ist ein Besserwerden auf lange Zeit unmöglich, denn der oberste Vorgesetzte, hier die General-Oberin, kann, wie wir gesehen haben, wegen Unfähigkeit nicht disciplinarisch entfernt, kann nur durch Richterspruch abgesetzt werden und einen solchen wegen Ungeschicklichkeit und dergl. herbeizuführen ist kaum möglich; ist die Gewählte also untauglich, so muss man zusehen, wie unter einem schlechten oder schlaffen Regimente Unordnung und Missbräuche immer mehr einreissen. Man entschied sich deshalb für einen Mittelweg, die General-Oberin sollte auf sechs Jahre gewählt werden und nach Ablauf dieser Zeit wieder wählbar sein, so dass eine tüchtige Person die Aussicht hat, ihre guten Pläne durchzuführen. In dieser Art ist nun die Sache grossentheils geregelt, nur zwei schroffe Gegensätze sind zu erwähnen, die *dames du sacré coeur* wählen ihre General-Oberin auf Lebenszeit, die Borromäerinnen nur auf drei Jahre, worauf sie wieder auf drei Jahre gewählt werden, dann aber erst nach einer Frist von drei Jahren oder mehr dieses Amt wieder erhalten kann. Die Wahl auf Lebenszeit wird jetzt nicht mehr zugelassen, sondern nur die auf sechs Jahre, mitunter wird schon für die erste, unmittelbar darauf folgende Wiederwahl, mitunter erst für die zweite die päpstliche Genehmigung verlangt¹⁾.

1) Animadversiones vom 9. Juni 1860, 20. Februar 1861, Archiv a. a. O.

Ein allgemein gültiges Gesetz darüber gibt es nicht, es ist nicht anzunehmen, dass päpstlich bestätigte Constitutionen über diesen Punct schwiegen, sollte es aber bei solchen oder bei noch nicht bestätigten vorkommen, so müsste bei der nächsten Gelegenheit eine Vervollständigung der Statuten vorgenommen werden.

b. Functionen.

Die Macht der General-Oberin ist auch innerhalb der von den Kirchenbehörden gebildeten Schranken noch begrenzt und zwar nicht bloß dadurch, dass diese oberste Chargirte überall an die Constitutionen gebunden ist, ferner nicht bloß durch die innerhalb der Statuten und Kirchengesetze die Kraft von Gesetzen habenden Beschlüsse des General-Kapitels, sondern auch dadurch, dass sie innerhalb dieses Kreises in mehreren Stücken nur mit Zuziehung des ihr beigegebenen Rathes verfügen kann.

Wenn die Thätigkeit der General-Oberin nicht ausdrücklich an die Zustimmung des General-Kapitels oder der ganzen Genossenschaft gebunden ist, so ist dieselbe frei und zwar steht ihr die gesamte Executive einschliesslich der Disciplinargewalt zu; insbesondere hat sie das Recht und die Pflicht aller Verwaltung, der Aufsicht auf die moralische Führung der Schwestern und die Erreichung des Vereinszweckes, ihr liegt es ob, jeden Nachtheil, welcher in zeitlichen Angelegenheiten oder in Betreff des moralischen Wohls durch Erschlaffen der Zucht u. s. w. entstehen könnte, abzuwenden, bei allen wichtigen Fragen aber, deren einige durch die Constitutionen oder die Bemerkungen der heiligen Congregation der Bischöfe und Regularen gleichmässig als solche bezeichnet sind, darf sie nicht ohne vorgängigen Beschluss des Rathes (§. 2. des Kapitels) vorgehen.

Nach den sehr präcisen Constitutionen der barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl Borromäus hat sie folgende Functionen:

1. Sie führt die gesamte Correspondenz, namentlich mit den Filialen, von welchen sie jährlich mindestens zweimal Bericht zu erhalten hat.
2. Sie visitirt die Häuser, wenn es im Rathe für nöthig befunden wird, in Begleitung einer anderen Schwester und ordnet dort selbstständig alles Nothwendige an, kann auch alle Versetzungen nach freier Ueberzeugung vornehmen.
3. Sie wählt sich einen Beistand im Mutterhause, die Assistentin genannt, als ihre persönliche Adjutantin; (in meh-

reren anderen Vereinen werden die Mitglieder des Rathes mit dem Namen „Assistentinnen“ bezeichnet).

4. Sie wählt, nachdem sie das Gutachten des Rathes eingeholt, mit dem Superior zusammen die Novizmeisterin, ohne übrigens an dieses Gutachten gebunden zu sein.

5. Sie ernennt zu verschiedenen Aemtern ganz frei, z. B. die Schaffnerin, die Ausgeberin; zur Beseitigung der letzteren binnen Jahresfrist seit der Ernennung muss sie die Ansicht des Rathes einholen.

6. Sie hat allein die Disciplinargewalt.

Zur Aufnahme und Entlassung von Candidatinnen und Novizen gehört unbedingt die Zustimmung des Rathes; dies ist zwar nicht ausdrücklich vorgeschrieben, geht aber aus dem Inhalt der Constitutionen hervor, da dieselben nicht nur dieses wichtige Geschäft der General-Oberin nicht allein übertragen, sondern die Zuziehung der Assistentin und der Novizmeisterin ausdrücklich verlangen.

In den meisten Vereinen ist die Befugniss zur Aufnahme und Entlassung der Novizen ausdrücklich der General-Oberin im Verein mit ihren Rätinnen gegeben, auch wurde diese Bestimmung mehrfach in den Animadversionen gefordert¹⁾, wo sie in den Constitutionen fehlte, daher müssen wir im Zweifel annehmen, dass zum Eintritt und zur Entfernung von Novizen die Zustimmung des Rathes nöthig ist.

Ein gleichmässiger Grundsatz für die Uebertragung der niederen Aemter ist noch nicht aufgestellt, in einigen Vereinen erfreut sich die General-Oberin darin voller Freiheit, in anderen ist sie durch ihr Rathscollegium beschränkt; wo nichts darüber bestimmt ist, wird die Ernennung zu Aemtern der General-Oberin allein freistehen, sofern dieselben einer Ungeschickten oder Unwürdigen sofort wieder entzogen werden können, für die höheren Chargen, die Novizmeisterin und die Assistentin, wird, sofern die Freiheit der General-Oberin nicht in den Statuten klar ausgesprochen ist, die Einwilligung des Rathes erforderlich sein und zwar nicht blos wegen der eminenten Wichtigkeit dieser Posten, sondern auch weil die S. Congr. epp. et reg. dies einige Male besonders verlangt hat²⁾.

Versetzungen aus einem Hause in ein anderes vorzunehmen, ist sie nach freiem Ermessen berechtigt, ebenso eine gewählte Beamtin zu suspendiren, dies letztere aber allerdings auf ihre, dem General-Kapitel zu leistende Verantwortung hin.

1) Animadversiones vom 10. März, 23. März 1860. Ebenda.

2) Desgl. vom 6. und 9. Juni 1860. Ebenda.

Das Gleiche gilt von der Visitation; man kann wohl annehmen, dass, wenn eine Mitwirkung des Rathes hierzu angeordnet ist, dies nur bedeutet, dass die General-Oberin auf dessen Beschluss die Visitation vornehmen muss, dass sie es aber auch ohne Befragen des Collegii, nur nicht gegen seine ausdrückliche Willensmeinung thun kann, so oft sie es für nothwendig erachtet.

Bei der Visitation ist zu untersuchen:

1. Ob die Oberinnen die Regel einhalten und ihre Pflichten erfüllen, ob Friede und Einigkeit herrscht;
2. ob die Regeln und Constitutionen oft gelesen und ob sie befolgt werden;
3. ob alle Schwestern die Gelübde treu halten;
4. ob sich kein Missbrauch, keine Neuerung eingeschlichen hat;
5. ob nicht irgend eine Schwester ein Leiden hat, ein besonderes Verlangen hegt, Noth oder üble Behandlung erduldet;
6. ob die Andacht gepflegt wird;
7. ob nicht Trägheit, Zwietracht oder Gefühlswesen sich eingeschlichen haben;
8. ob Schulen und Pensionate in gutem Zustande sind;
9. ob man mit auswärtigen Personen nach Vorschrift verkehrt und die Zurückgezogenheit beobachtet wird;
10. ob nicht häufige und unerlaubte Dispensen stattfinden;
11. ob die Gebäude in gutem Zustande, welches die Einnahmen und Ausgaben des Hauses sind.

Diese den Constitutionen der armen Schulschwestern entlehnte Aufgabe ist mit der Ausdehnung auf Krankenhäuser und die Art der ambulanten Krankenpflege für alle Genossenschaften anwendbar; wo die Schwestern eine fremde Anstalt leiten, wird sich die Visitation mit besonderem Nachdruck auch auf diese Amtsführung der Schwestern zu erstrecken haben; übrigens versteht sich von selbst, dass die General-Oberin diese Gelegenheit nicht benutzen darf, um wichtige Dinge, welche sonst der Zustimmung des Rathes bedürfen, ohne Weiteres abzumachen, ihre desfallsigen sofortigen Anordnungen können daher nur provisorischer Natur sein, wenn sie nicht für solche Fälle unbeschränkte Vollmacht hat.

Ausser zu den bereits hervorgehobenen Geschäften bedarf die General-Oberin der Zustimmung des Rathes zu allen Contracten über Grundstücke und Capitalien, zur Uebernahme oder Auflösung von Häusern, in allen Mitgift-Angelegenheiten und überhaupt zu Allem, wozu die Genehmigung der vorgesetzten Kirchenbehörde erbeten werden muss, und muss der Beschluss des Rathes dem Bericht an

die Aufsichtsbehörde vorhergehen. Ebenso muss der Rath seine Zustimmung geben zu den Steuern, welche den Filialen auferlegt werden; die Ausschreibung derselben kann dem Ermessen der General-Oberin nicht anheimgestellt bleiben, unter Umständen muss sogar das General-Kapitel darüber beschliessen und zwar jedenfalls, wenn von den bisher beobachteten Grundsätzen abgewichen werden soll.

Ueber die Zulassung von Novizen zu den Gelübden hat die General-Oberin niemals allein zu entscheiden ausser bei den *dames du sacré coeur*, bei denen dieselbe so ausnahmsweise ausgedehnte Befugnisse hat, dass eine Anwendung dieser Statuten zur Ermittlung der Rechtsgrundsätze gegenüber den Bestimmungen anderer Vereine und den Erklärungen der S. Congr. epp. et reg. in Betreff des vorliegenden Gegenstandes unzulässig erscheint.

Ferner hat die General-Oberin das Recht, bei ausserordentlichen Ereignissen und mit Genehmigung der vorgesetzten Kirchenbehörde auch ein ausserordentliches General-Kapitel einzuberufen, wo diese Institution eingeführt ist.

Endlich steht ihr das Recht zu kleinen Dispensationen von Bestimmungen der Constitutionen in Betreff des Officiums und dergl. zu, nicht aber von den kirchlichen Fasten, wie ausdrücklich bestimmt worden ist, und noch weniger von den Gelübden.

Zu bemerken ist, dass, wo die Einwilligung des Rathes erfordert wird, dieser der General-Oberin nicht als coordinirte Behörde, mit welcher etwa zu verhandeln wäre, gegenüber steht, sondern dass in solchen Fällen die fragliche Sache von der General-Oberin im Rath zum Vortrag gebracht werden muss und dann die Majorität entscheidet, ob die Idee der Oberin ausgeführt werden soll oder nicht. (Das Nähere siehe im nächsten Paragraphen.)

Die General-Oberin hat nicht nur die Pflicht der grössten Aufmerksamkeit, der mit Milde gepaarten Festigkeit in allen ihren Amtshandlungen und des schuldigen Respects gegen die Kirchenbehörden, wenigstens in der Form, wo sie nicht materiell von ihnen abhängig ist, sondern mehrfach ist ihr auch die Pflicht auferlegt, den ihr vorgesetzten Behörden, dem Cardinal-Protector oder der S. Congr. in bestimmten Zeiträumen Rechenschaft über den Stand der Gesellschaft zu geben und Rechnung über deren Vermögen zu legen.

Für die Rechnungsführung sowie überhaupt für die Führung der Bücher sind in einigen Congregationen bestimmte Schwestern bezeichnet, doch geschieht dieses Geschäft, wie alle anderen, immer unter Leitung und Verantwortlichkeit der General-Oberin.

Der Consultor in Sachen der barmherzigen Schwestern zu Verona wollte, dass die General-Oberin niemals gleichzeitig Oberin eines Hauses sein dürfe und Schels hat dies in seinem mehrgenannten Werke als Grundsatz angenommen, die Praxis hat sich aber vor und nachher anders gestaltet und ein solcher allgemeiner Grundsatz existirt nicht, in den meisten Vereinen ist die General-Oberin auch Oberin des Mutterhauses.

Die Beschränkungen durch die Kirchengesetze und die Aufsicht der Kirche sind im vierten Kapitel erörtert worden.

§. 2. Die Assistentinnen. Der Rath.

In allen Congregationen steht der General-Oberin eine Anzahl von Schwestern zum Theil mit verschiedenen Functionen, im Ganzen aber mit dem Auftrage, in den im vorigen Paragraphen bezeichneten Angelegenheiten durch ihren Rath und Beschluss bei der Oberleitung der Genossenschaft mitzuwirken, zur Seite; die Animadversionen haben diese Einrichtung, wo sie nicht bestand, gefordert.

Die Wahl dieser Schwestern geschieht grossentheils auf dieselbe Weise und unter denselben Bedingungen, wie die der General-Oberin, nur dass die Wahlfähigkeit nicht überall durch die Vorschrift eines bestimmten Alters beschränkt ist und, wo man es für nöthig gehalten, das Alter von dreissig Jahren und fünf Jahren Professzeit genügt. Doch kann man dies jetzt als Regel ansehen.

Name und Zusammensetzung dieses Rathscollegii sind sehr verschieden. Bei den Borromäerinnen heisst es „Rath“ und besteht aus der Assistentin, der Novizmeisterin (siehe oben die Ernennung), der Schaffnerin, welche von dem zuletzt activ gewesenen Rath gewählt ist, und noch einer Schwester, welche von den vorgenannten erwählt wird. Bei den armen Schulschwestern führt das Collegium mit der General-Oberin zusammen den Namen „Generalat“ und besteht ausser dieser aus vier in derselben Weise, wie die General-Oberin, gewählten Assistentinnen, welche mit dieser nicht im ersten Grade verwandt sein und unter denen sich auch nicht zwei leibliche Schwestern befinden dürfen. Dieses Verbot ist übrigens, wenn es auch nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, überall selbstverständlich. Bei den Schulschwestern ist den Assistentinnen nicht blos die collegialische Berathung, sondern auch jeder einzelnen ein bestimmtes Geschäft aufgetragen, eine Einrichtung, die sich sehr empfiehlt, sobald die Congregation aus den ersten Anfangsstadien heraus ist. Auch haben die Assistentinnen das Recht, sich an den Cardinal-

Protector zu wenden, wenn die General-Oberin ihr Amt missbrauchen oder gegen ihre einhellige Vorstellung sehr wichtige und gefährliche Massregeln treffen sollte; die General-Oberin ernennt in Erkrankungsfällen eine Assistentin zu ihrer Stellvertreterin und besetzt im Einverständniss mit dem Rath diejenigen während der Wahlperiode erledigten Stellen, für welche sonst eine Neuwahl nothwendig ist; bei Stimmengleichheit im Collegium gibt sie den Ausschlag, dies letztere gilt überall. Die Assistentinnen werden bei den armen Schulschwestern und den armen Dienstmägden Christi¹⁾, wie die General-Oberin, auf sechs Jahre gewählt.

Bei den *dames du sacré coeur* haben die Assistentinnen dieselbe Amtszeit und fast dieselben Functionen, sie werden vom *conseil général* gewählt.

Eine allgemein gültige Festsetzung ihres Wirkungskreises im Detail gibt es nicht, aus dem hier und im vorigen Paragraphen Gesagten werden sich aber etwaige Lücken in den Constitutionen leicht ausfüllen lassen.

Zu den obersten Functionairinnen gehört auch die Novizmeisterin, deren Amt darin besteht, dass sie die Novizen lehrt, leitet und überwacht und namentlich, wenn die Zeit der Profess herannaht, ihr vorzugsweise wichtiges Gutachten darüber abgibt, ob die Zulassung zu den Gelübden zu empfehlen ist oder nicht; in der Regel ist sie auch Mitglied des Rathes. Ihr Wirkungskreis ist einer der wichtigsten in der ganzen Congregation, weil deren Zukunft von ihren Leistungen abhängt, sie ist, so viel als möglich, mit den Novizen zusammen und erstattet der General-Oberin und dem Rath in gewissen Fristen Bericht über den Fortschritt in den Tugenden und der Kenntniss der Vereinsthätigkeit, so wie den Seelenzustand ihrer Zöglinge; in der Regel führt sie auch das Album, in welchem Name u. s. w. der einzelnen Novizen eingetragen sind. Der Haupttheil ihrer Beschäftigung, die Erziehung der Jungfrauen, entzieht sich der juristischen Construction.

Die Ernennung der Novizmeisterin geschieht in verschiedener Weise, meistentheils aber durch Wahl, wie die der Assistentinnen.

Die übrigen Aemter der Sacristanin, Schaffnerin, Ausgeberin u. s. w. haben keine juristische Bedeutung, sind auch blosse häusliche Functionen und in den verschiedenen Vereinen verschieden; über ihre Besetzung gilt das im vorigen Paragraphen Gesagte.

1) Nach den neuen Statuten, welche noch nicht approbirt sind, aber nach den bekannten Grundsätzen und in der Richtung, welche durch die Animadversionen angegeben wurde, ausgearbeitet sind.

§. 3. Das General-Kapitel¹⁾.

Bei mehreren — nicht bei allen — der neueren Genossenschaften ist für bestimmte Beschlüsse und Wahlen eine Generalversammlung unter dem Namen „General-Kapitel“ „conseil général“ und dergl. eingeführt; eine eigentliche allgemeine Versammlung aller Professschwestern ist kaum irgendwo constituirt, sondern die Allgemeinheit wird durch die in gewissen Zeiträumen (drei oder sechs Jahre) wiederkehrende oder ausserordentlich berufene Vereinigung gewisser auserwählten Schwestern repräsentirt. Für diese Versammlung ist jetzt technisch der Ausdruck „capitulum generale“ der übliche, die Bezeichnung als concilium generale ist aus nahe liegenden Gründen gemissbilligt worden.

Die Zusammensetzung geschieht in verschiedener Weise und muss unbedingt durch die Constitutionen geordnet sein, allgemein anwendbare Grundsätze sind darüber nicht aufgestellt worden. Bei den *dames du sacré coeur* sollte es anfangs aus sechs, mit dem Wachsen des Instituts aber höchstens aus zwölf Mitgliedern bestehen und sich dadurch erneuern, dass am Schlusse jeder Zusammenkunft zuerst die Assistentinnen als geborene Mitglieder und dann noch die übrigen Mitglieder von der Versammlung gewählt würden. Man glaubte hierdurch nicht blos die Störungen durch das Reisen der Schwestern zu verhindern, sondern auch bei Vermeidung jeder Beunruhigung der Genossenschaft eine Garantie für die Weisheit und Umsicht dieser Instanz zu gewinnen. Die Einrichtung hatte sich jedoch, wie Schels in seinem mehrgedachten Buche mittheilt, nicht bewährt; man machte die Wahrnehmung, dass auf diese Weise Schwestern, welche nie Oberinnen gewesen waren, gar keine Geschäftskenntniss hatten und denen überhaupt die nothwendige geistige Begabung mangelte, in das Collegium kamen, welches in letzter Instanz die wichtigsten Angelegenheiten der Genossenschaft berathen sollte. Daher genehmigte der heilige Stuhl eine Abänderung, wonach das General-Kapitel aus den Bezirks-Oberinnen und je einer oder zwei von den stimmfähigen Schwestern des Bezirks nach Stimmenmehrheit gewählten Professinnen bestehen sollte.

Bei den armen Schulschwestern besteht das General-Kapitel aus der General-Oberin, den Assistentinnen und einer Abgeordneten von je zwölf Häusern, welche von den Schwestern derselben gewählt wird; es darf nicht weniger als zwölf Mitglieder zählen.

1) Vergl. Constitutionen der armen Schulschwestern und der *dames du sacré coeur*.

In der Regel tritt es alle sechs Jahre zusammen, kann aber auch ausserordentlich einberufen werden; dass auch die regelmässige Zusammenkunft ordentlich ausgeschrieben und dem obersten Vorgesetzten der Congregation rechtzeitig vorher angezeigt werden muss, versteht sich von selbst. Bei einigen Genossenschaften ist auch angeordnet, dass der Bischof des Versammlungsorts Nachricht von dem bevorstehenden Zusammentreten erhalten und um seine Erlaubniss ersucht werden soll; das Erstere muss mindestens aus Rücksicht auf die dem Bischöfe schuldige Ehrerbietung immer geschehen.

Ausser den schon in den vorigen Paragraphen angegebenen Wahlen liegen dem General-Kapitel überall ziemlich dieselben Geschäfte ob, welche durch die Constitution „In singulis“ den Congregationen der Orden nach dem Vorbilde der bei den Cisterciensern gemachten Einrichtungen zugewiesen wurden. Es hat keine laufenden Verwaltungsangelegenheiten zu besorgen, sondern beschäftigt sich mit dem Zustande des Vereins im Allgemeinen, erforscht die Gründe vorhandener Uebelstände und sucht dieselben zu beseitigen, den Geist des Instituts zu erhalten und zu beleben¹⁾ u. s. w. Zu diesem Zwecke wird die Versammlung lange vorher den einzelnen Häusern mitgetheilt, welche ihre Bemerkungen und Anträge versiegelt einschicken, was auch jeder einzelnen Schwester gesattet ist; diese Bemerkungen werden von zwei in der ersten Sitzung gewählten Schwestern geprüft und dann wird von denselben darüber referirt.

Den Vorsitz führt der Cardinal-Protector oder sein Stellvertreter; letzteren Falls müssen die gefassten Beschlüsse d. h. überhaupt die Acten der Versammlung ihm eingesendet werden (vergl. viertes Kapitel §. 3.). In einigen Fällen ist angeordnet, dass der Bischof des Orts, an dem das Kapitel abgehalten wird, als apostolischer Delegat präsidiren kann, dies findet statt, wenn das Institut keinen Protector hat²⁾; in diesem Falle gehen die Acten an die S. Congr. epp. et reg., welche darauf zu befinden hat.

§. 4. Die Local-Oberinnen und die Filialen.

In den vorigen Paragraphen war die Leitung der Genossenschaft im Ganzen dargestellt worden, es erübrigt nun einen Blick

1) Bezeichnend ist die Ueberschrift des Chap. V. Quatr. 4. der Constitutionen der dames du sacré coeur, worin vom General-Kapitel gehandelt wird; dieselbe lautet: Des moyens de conserver la société dans l'esprit de son institut.

2) Animadversiones vom 20. Februar 1861. Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 430; die Bestimmung findet sich noch öfter.

auf die Beamtinnen zu werfen, deren Thätigkeit sehr wichtig und gleichzeitig oft unendlich durch die Umstände erschwert ist, die Local-Oberinnen, die Oberinnen der Mutterhäuser-ganzer Provinzen eingerechnet. Die Besetzung dieser Aemter erfolgt in der Regel durch Ernennung Seitens der General-Oberin, seltener und höchstens bei den Provincial-Mutterhäusern durch Wahl; letzteren Falls gilt das von der Wahl im ersten Paragraphen dieses Kapitels Gesagte, doch ist ein bestimmtes Alter meines Wissens nirgend vorgeschrieben. Die Entfernung vom Amte ist, wie schon früher bemerkt, keine eigentliche Absetzung, sondern nur Entziehung einer Function, und kann der Regel nach ohne ein formelles Verfahren von dem Vorgesetzten bewirkt werden, jedoch selbstredend nur bei ernannten, nicht aber bei gewählten Local-Oberinnen, sofern die Wahl wirklich eine solche und nicht ein blosser Vorschlag Seitens der Schwestern der Filiale oder Provinz ist.

Die Oberin jeder Station steht unter zwei Vorgesetzten, ihrem Diöcesan-Bischofe und der General-Oberin; wie schon aus dem im vierten Kapitel über das Verhältniss zum Ordinarius Gesagten hervorgeht, wie ferner in einzelnen Constitutionen¹⁾ ihr besonders zur Pflicht gemacht ist, hat sie den Bischof als ihren Vorgesetzten zu betrachten und ist ihm untergeordnet in allen Stücken, soweit nicht die Statuten eine Ausnahme machen und die mit der bischöflichen Jurisdiction concurrirende Gewalt der General-Oberin dazwischen tritt. Ihre nächste Vorgesetzte ist aber die General-Oberin, denn diese hat die eigentliche allgemeine Leitung aller Häuser; daher ist an sie in allen Fällen zuerst zu berichten; dies gilt namentlich bei Käufen und Veräusserungen, überhaupt bei allen Contracten um Grundeigenthum und Capitalien, also auch bei Pachtungen. Die Local-Oberin hat keine eigene Gewalt, sie ist immer nur eine Beamtin, welche zunächst ihren Vorgesetzten Rechenschaft zu geben hat. Die Obergewalt des Bischofs zeigt sich weniger in einer fortwährenden Controlle (Kap. 4. §. 2. B. b.), sondern mehr in der Bedingung seiner Zustimmung zu gewissen, bereits aufgeführten Handlungen; trotz jenes Gehorsams gegen die General-Oberin darf daher die Vorsteherin einer Filiale diese Geschäfte, in Betreff deren die Autonomie der Genossenschaft gesetzlich beschränkt ist, nicht ohne Erlaubniss des Ordinarius vornehmen und muss, falls eine Differenz zwischen diesem und ihrer Vorgesetzten entstehen sollte, der letzteren überlassen, die Sache durch Anrufen des Cardinal-

1) Z. B. Constit. des dames du sacré coeur IV. partie, chap. IV.

Protectors oder des heiligen Stuhls zum Austrag zu bringen. Die Verbotsgesetze sind in diesem Puncte so unbedingt, dass eine Oberin, welche ohne die bischöfliche Erlaubniss ein solches Geschäft abschliessen wollte, sich strafbar machen würde, ausserdem aber würde der Act ungültig sein. So viel über das Subordinationsverhältniss im Allgemeinen.

Man muss nun die gewöhnlichen Filialen von den bei einzelnen Congregationen unter verschiedenen Bedingungen constituirten Provinzen und Mutterhäusern unterscheiden. Bei manchen Genossenschaften steht jede Station einzeln da und ist als Glied des Ganzen direct der General-Oberin untergeben, bildet auch ein Rechtssubject für sich; dieses Verhältniss ist dadurch nicht geändert worden, dass z. B. bei den *dames du sacré coeur* später sogenannte Vicarinnen, als Verwaltungsorgane für ganze Provinzen creirt wurden; diese Vicarinnen oder, wie sie sonst heissen mögen, sind keine selbstständigen Behörden, sondern lediglich Beauftragte der General-Oberin, welche ihnen grössere oder geringere Vollmachten geben kann; die Bezirke, denen sie vorstehen, sind keine juristischen Persönlichkeiten, sondern nur Verwaltungsbezirke, daher werden auch die Vicarinnen blos von der General-Oberin ernannt. Bei anderen Congregationen aber sind von vornherein bestimmte Häuser gegründet worden und ist von hier aus die Weiterverbreitung durch Errichtung von Filialen erfolgt. In diesem Falle werden (wohl grösstentheils, es kommt auf die Statuten an) die Oberinnen der Mutterhäuser in ähnlicher Weise, wie die Central-Organe, wenn auch ohne Bestimmung eines gewissen Alters gewählt, werden aber von der General-Oberin und dem Rath bestätigt; das Mutterhaus steht dann zu den Filialen in einem ähnlichen Verhältniss, wie das General-Mutterhaus zu den Provinzen und Stationen, indem es nämlich Vermögen für die ganze Provinz und ein Noviziat haben kann, letzteres auch in der Regel wirklich hat. Immer aber bleibt es in vollständiger Subordination unter der General-Oberin, wie jede Filiale, darf ohne Genehmigung der Vorgesetzten keine Novizen annehmen oder zur Profess zulassen und ist in gleicher Weise in Betreff der Vermögens-Verwaltung eingeschränkt. Die Provincial-Oberin ist die Stellvertreterin der General-Oberin und hat als solche die Aufsicht über ihr Haus und die übrigen Stationen der Provinz zu führen, dieselben auch zu visitiren und alles Schleunige anzuordnen, darf aber nichts Wichtiges ohne Genehmigung des Oberhauptes thun oder muss diese in besonders schleunigen Fällen nachträglich einholen; sie darf also insbesondere Veräusserungen oder

Grunderwerb weder selbstständig vornehmen, noch auch den untergebenen Häusern gestatten, muss wegen der Aufnahme und Einkleidung der Novizen u. s. w. berichten, Rechnung legen und die Rechnungen der Stationen ihres Bezirks selbst prüfen oder zur Prüfung einsenden, je nach dem erhaltenen Auftrage; ebenso bedarf sie, sofern ihr nicht eine weiter gehende Vollmacht ertheilt ist, zu aussergewöhnlichen Ausgaben oder Unternehmungen der Erlaubniss des General-Vorstandes. Ob sie ihre Assistentinnen, Local-Oberinnen u. s. w. ernennen kann, muss aus den Statuten hervorgehen, im Zweifel steht ihr dies zu, doch wird die General-Oberin das Recht der Abänderung haben.

Die Gründung neuer Stationen oder die Auflösung bestehender, sowie Veränderungen mit dem Noviziat dürfen nicht ohne Zustimmung der General-Oberin (und des Rathes) vorgenommen werden.

Unbedeutende Dispensen kann die Bezirks-Oberin ertheilen, selbstverständlich aber keine von den Gelübden oder der bischöflichen Clausur, wo dieselbe eingeführt ist; dass sie keine Schwester entlassen darf, liegt auf der Hand. Steuern auf die Filialen der Provinz auszuschreiben ist ihr nicht gestattet, hierüber hat allein die General-Oberin mit dem Rath zu bestimmen.

Die Oberinnen der Filialen haben, sie mögen einer besonderen Provinz angehören oder direct unter der General-Oberin stehen, nur die gewöhnliche laufende Verwaltung ihrer Häuser, besitzen Disciplinar- und Dispens-Befugnisse nur in dem geringsten Umfange, haben zwar das Recht die Arbeit zu vertheilen, nicht aber dauernde Aemter zu verleihen, sind vielmehr in diesem Puncte von ihren Vorgesetzten durchaus abhängig. Sie haben sich streng an den vollen canonischen Gehorsam zu halten und keine amtliche Correspondenz mit den kirchlichen Behörden zu führen¹⁾, vielmehr immer nur — wenn der Bischof nicht ihren Bericht verlangt — der General-Oberin Anzeige zu machen und deren Einschreiten abzuwarten; auch bei Verträgen mit anderen Personen und Verhandlungen mit weltlichen Behörden müssen sie diese immer an die General-Oberin weisen, gleichzeitig aber selbst ihr Gutachten einsenden; provisorisch selbst Entscheidungen zu treffen dürfen sie sich nur in ganz schleunigen Fällen erlauben; einen nicht zur gewöhnlichen, laufenden Verwaltung gehörigen Act dürfen sie nur selbst besorgen, wenn es ihnen befohlen wird. Die General-Oberin wird übrigens

1) Für sich kann jede Schwester an den Bischof, Protector oder Superior schreiben.

gut thun, alle wichtigen Angelegenheiten selbst oder durch eine gewandte Assistentin zu führen und nicht den Local-Oberinnen zu überlassen, dies gilt namentlich von der Correspondenz mit allen Behörden, die einfache Bitte um Anweisung von Beichtvätern eingeschlossen.

Dass die Filialen mit der Aufnahme von Novizen und sonstigen Directionsgeschäften nichts zu thun haben, ist bekannt.

Ausser der Erfüllung der allgemeinen Obliegenheiten des Vereins in Schule, Krankenpflege u. s. w. gehört zu den Pflichten der Local-Vorsteherin, die liebevolle, sorgsame und thatkräftige Leitung und Beaufsichtigung der Schwestern, die aufmerksame Vermögensverwaltung und Rechnungslegung, wo Vermögen vorhanden ist, besonders aber die Instandhaltung des Hauses, die discrete Behandlung der Briefangelegenheiten (sechstes Kapitel) und in der Regel die Leitung der anvertrauten Schule oder sonstigen Anstalt. Sehr seltene Ausnahmen abgerechnet wird die Local-Oberin auch immer die Vorsteherin der Schule oder des Instituts sein, dessen Verwaltung die Schwestern übernommen haben; in diesem Falle ist das anvertraute Gut von dem der Schwestern streng gesondert zu halten und die Verwaltungsinstruction gehörig zu beobachten. In Betreff solcher Anstalten gelten selbstverständlich deren Statuten, nicht die der Congregation; die Vorsteherin hat sich auch in diesem Bezuge immer im engsten Verkehr mit ihren Vorgesetzten zu halten und deren Anordnungen zu befolgen, soweit nicht aus den verschiedenen Instructionen und Anordnungen eine Collision der Pflichten entsteht; in diesem letzteren Falle ist die Beilegung des Conflicts durch die geordneten Obrigkeiten abzuwarten.

Die übrigen Subaltern-Chargen bieten kein besonderes rechtliches Interesse, ihre Inhaberinnen müssen, wie Alle, denen eine Arbeit aufgetragen, die höchste Sorgsamkeit anwenden und den canonischen Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten prästiren.

Was die Filialen erwerben, wird in der Regel Gesamteigenthum der Congregation, doch können sie auch besonderes Vermögen erlangen, namentlich durch Stiftungen, das Vermögen aber, welches nicht fundationsmässig an ein solches Haus gebunden ist, sondern auf andere Weise, z. B. durch ein Pensionat, erworben wird, unterliegt immer der freien Disposition der Oberen des Vereins nach Massgabe der Kirchengesetze.

Sechstes Kapitel.

Die Gelübde.

§. 1. Natur und Gültigkeit.

Die rechtliche Natur der Gelübde ist bekannt. Das Gelübde ist ein Gott gegebenes Versprechen, etwas ihm Wohlgefälliges zu thun, wozu man ohne dieses Versprechen nicht verpflichtet wäre. Das Wesentliche besteht hiernach in dem Versprechen, in der freiwilligen Uebernahme einer Verpflichtung, so dass dieses Versprechen nicht mehr zurückgenommen werden kann, und darin, dass das Versprochene etwas Besseres ist, als wozu man ohnedies verpflichtet ist.

Dieses Bessere (*melius bonum*) kann in Verschiedenem bestehen, Fasten, Almosen, Gebete u. s. w., für den vorliegenden Zweck ist blos von der übernommenen Befolgung der evangelischen Räthe oder davon die Rede, dass der (die) Gelobende sich verbindlich macht, in Armuth, Keuschheit und Gehorsam zu leben.

Die Verbindlichkeit aus dem Gelübde ist von Seiten des Versprechenden nicht lösbar, sofern das Gelübde überhaupt gültig war; der Gelobende kann sich nicht mehr davon befreien, nur die Kirche als Stellvertreterin Gottes, welchem das Versprechen geleistet wurde, kann die Erfüllung nachlassen, davon dispensiren. In Betreff der Wirkung besteht aber doch ein durch das positive Recht eingeführter Unterschied, indem der einen Art die Kraft beiwohnt, dass eine spätere, dem Gelübde zuwiderlaufende Handlung nichtig ist und zwar speciell die dem Gelübde der Keuschheit nachfolgende Ehe; dies ist das feierliche Gelübde und ist dasselbe nur dann vorhanden, wenn es als solches resp. mit dieser bestimmten Wirkung von der Kirche als der Stellvertreterin Gottes angenommen ist; ihm steht bekanntlich der Empfang der höheren Weihen gleich. Ist das Gelübde nicht von der Kirche als ein feierliches erklärt worden, so heisst es ein „einfaches“; was ihm entgegen geschieht, ist zwar unerlaubt, sündhaft, aber nicht ungültig und zwar gilt dies speciell von der nachfolgenden Ehe, welche auf Grund des „einfachen“ Keuschheitsgelübdes nicht angefochten werden kann.

Die feierlichen Gelübde sind nur in den kirchlich approbirten Orden zulässig, in den hier besprochenen Congregationen werden nur einfache abgelegt, daher der schon erwähnte technische Ausdruck „*instituta cum votis simplicibus*¹⁾“.

1) Der Unterschied zwischen feierlichen und einfachen Gelübden ist uralt,

Zur Gültigkeit des Gelübdes gehört, dass der Gelobende berechtigt ist, über dessen Gegenstand, hier also über sich selbst, zu disponiren. Daraus folgt, dass, wer bereits durch das Gelübde des Gehorsams gebunden ist, kein anderes Gelübde mehr machen kann mit einziger Ausnahme desjenigen, in einen strengeren Orden zu treten (das Nähere §. 2. a. dieses Kapitels); ebenso kann der eine Ehegatte ohne Zustimmung des anderen nicht gültig die Keuschheit geloben, also auch nicht in einen Orden oder eine Congregation eintreten.

Ferner ist ein Gelübde ungültig, wenn es nicht mit voller Freiheit des Willens und Ueberlegung, also aus Irrthum, Furcht oder Zwang abgelegt ist.

Aus diesem (und dem vorigen) Grunde sind die Gelübde von Kindern unter sieben Jahren ganz ungültig, die der Unmündigen kann der Vater oder Vormund aufheben.

Bei den Orden und Congregationen wird Freiheit und Ueberlegung erst mit einem gewissen Alter vorausgesetzt und ist ausserdem in Verfolgung dieses Grundsatzes vorgeschrieben, dass der Profess eine Probezeit (Noviziat) von mindestens einem Jahre vorhergehen muss, widrigenfalls das Gelübde nichtig ist¹⁾.

Durch c. 15. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. ist verordnet, dass die Profess nicht vor dem zurückgelegten sechszehnten Lebensjahre geschehen darf; die früher geschehene ist ungültig²⁾. Dies

durch besonderen Act der Gesetzgebung aber festgestellt von Bonifacius VIII. in c. un. (Quod votum) in 6^{to} 3. 15.

1) Was nur von den Orden gilt, wird in der im Text folgenden Darstellung übergangen werden, z. B. die Ablegung der vota simplicia vor der feierlichen Profess.

2) Schwierigkeiten macht c. 17. ebenda, welches nur von einem Alter über zwölf Jahre spricht und das c. 15. nicht erwähnt; mir scheint das Gewicht bei c. 17. auf die Einkleidung gelegt und die Stelle dahin gedeutet werden zu müssen, dass auch die Aufnahme in's Noviziat nicht vor vollendetem zwölften Lebensjahre stattfinden darf. *Van Espen* und *Ferraris* haben keinen Zweifel, dass vor dem vollendeten sechszehnten Lebensjahre die Profess nichtig ist; ein anerkannter Meister des Kirchenrechts, *Schulte* (Lehrbuch des kathol. Kirchenrechts, 2. Auflage, Giessen 1868. S. 467.) hält die Profess „unter gewissen Umständen“ auch mit zwölf Jahren für möglich, ich kann mir aber bei aller Achtung von seiner hohen Autorität solche Umstände nicht denken und glaube, dass er die sonderbare Ansicht *Fagnani's* in c. virum com. in sec. p. tertii libri decr. nicht zu der seinigen gemacht hat. *Phillips* ist der Meinung, dass die Professleistung mit zwölf Jahren zulässig sei, wenn der Bischof sich nach Inhalt des Kap. 17. von der Freiheit des Willens u. s. w. überzeugt hat; ich kann dies nicht aus dem Gesetz herauslesen, welches, wenn dies richtig wäre, die Prüfung nur für das Alter von zwölf bis

steht aber den Constitutionen, welche ein höheres Lebensalter, z. B. das vierundzwanzigste Jahr vorschreiben, nicht entgegen, dieselben sind vielmehr ebenso in Kraft, nur darf in keinem Institut bei Strafe der Nichtigkeit die Profess vor vollendetem sechszehnten Lebensjahre abgelegt werden und zwar wird die Frist nach der einstimmigen Meinung der Rechtslehrer bis zum letzten Augenblick des genannten Jahres gerechnet.

Unter gleicher Strafe der Nichtigkeit ist die einjährige Dauer des Noviziats, welche ebenfalls von Moment zu Moment berechnet wird, vorgeschrieben; das Tridentinum bestimmt aber nur die geringste Frist, unter welche nicht heruntergegangen werden darf, setzen die Constitutionen ein längeres Noviziat fest, so hat es bei deren Bestimmung sein Bewenden. Von der durch die Constitutionen vorgeschriebenen Probezeit kann nur der heilige Vater oder die von ihm beauftragte heilige Congregation der Bischöfe und Regularen Etwas nachlassen, sonst ist Niemand zu solcher Dispensation befugt, vorausgesetzt, dass die Statuten päpstlich bestätigt sind; doch wird man sich mit einem derartigen Gesuche auch an den heiligen Vater wenden mögen, wenn die Bestätigung der Constitutionen noch nicht erfolgt ist, aber die S. Congr. epp. et reg. bereits ihre Bemerkungen dazu gemacht und in Betreff der Probezeit nichts gerügt hat, weil hieraus die Billigung dieser Bestimmung zu entnehmen ist.

Personen, welche des vollen Vernunftsgebrauchs, wenn auch nur vorübergehend durch eine Krankheit, beraubt sind, können in diesem Zustande — auch in lichten Zwischenräumen — keine gültige Profess ablegen.

Ebenso vernichtet jeder wesentliche Irrthum das Gelübde; wenn sich später herausstellen sollte, dass eine Schwester das Wesen der drei Gelübde oder die Hauptgrundsätze der Constitutionen nicht gekannt hätte, so wäre die Profess ungültig. Der Fall wird kaum möglich sein ausser bei einer Stupidität, welche mit dem Begriff des vollen Vernunftsgebrauchs nicht mehr vereinbar wäre, ist übrigens bei den bekannten Einrichtungen der neueren Genossenschaften und dem Examen nicht denkbar.

sechzehn Jahren und nicht, wie geschehen, unbedingt vorschreiben müsste, auch findet die Prüfung immer statt und soll nicht bloß bei zwölfjährigen Postulantinnen, sondern immer eine zweimalige sein, für das Noviziat und die Profess. Da übrigens den neuen Genossenschaften mit zwölfjährigen Professinnen ohnehin nicht gedient wäre, kann eine weitere Besprechung der Controverse unterbleiben.

Ein fernerer Nichtigkeitsgrund endlich ist der heut zu Tage kaum vorkommende Zwang; derselbe braucht nicht von den anderen Schwestern ausgeübt worden zu sein, sondern kann auch von einer dritten Person herrühren; er muss aber ein wesentlicher sein, nicht jede vorgeschützte, leichte Befürchtung ist hinreichend zur Vernichtung der Gelübde, doch kommt es dabei auf die Umstände an, bestimmte Regeln lassen sich nicht aufstellen, auch die von den älteren Kirchenrechtslehrern gegebenen Grundsätze müssen bei der Anwendung sehr vorsichtig und milde erwogen werden. Eltern haben seit c. 12, 14. X. de reg. 3, 31. nicht mehr das Recht, ihre Kinder zum Kloster zu bestimmen.

Im Rechtswege kann eine Frau zum Eintritt in diese Genossenschaften nicht gezwungen werden; abgesehen davon, dass die canonischen Bestimmungen¹⁾, welche die Nöthigung zum Eintritt in ein Kloster gestatten, heut zu Tage überhaupt kaum noch angewendet werden können, ist in denselben nur von Klöstern die Rede und haben sie einen Zweck, welcher mit diesen, auf freiwilligste Opferthätigkeit basirten Instituten unvereinbar wäre.

Ein nichtiges Gelübde kann von der Professin binnen fünf Jahren nach der Ablegung angefochten werden und zwar durch Anzeige an den Bischof; bei den neueren Congregationen wird der Antrag an den Bischof zur Einleitung des durch die Constitution Benedict's XIV. „Si datum“ ähnlich der Ehenichtigkeitsklage regulirten Verfahrens genügen, da es sich dabei lediglich um einen Richterspruch handelt, welcher dem Ordinarius zusteht. Bedingung ist aber hier ebenfalls, dass seit der Profess noch nicht fünf Jahre verflossen sind; im Falle der Ungültigkeit wegen der Ablegung vor vollendetem sechzehnten oder dem durch die Constitutionen vorgeschriebenen höheren Lebensjahre wird gegen den Ablauf der Anfechtungsfrist Restitution gewährt. Fernere Bedingung ist, dass der (die) Anfechtende vor Anbringung der Klage das Haus nicht heimlich verlassen oder den Habit abgelegt hat. Ein Anfechtungsfall dürfte bei der Sorgfalt, mit der die bischöflichen Prüfungen abgehalten werden, sich um so weniger ereignen, als diesen Vereinen nur an Schwestern liegen kann, welche mit vollem Bewusstsein ihrer schweren Pflichten eintreten, und die Aufnahme-Bedingungen sehr streng sind. Die vorgetragenen Bestimmungen sind nur der

1) Wenn eine Frau dem Manne gestattete, in's Kloster zu gehen, und die gelobte Keuschheit nicht hält, ferner wenn der Mann, nachdem sie ihm fortließ und Ehebruch trieb, sie nicht wieder aufnehmen will.

Vollständigkeit wegen, nicht aber des practischen Bedürfnisses halber angeführt worden.

§. 2. Inhalt.

a. Der Gehorsam.

Das Gelübde des Gehorsams¹⁾ ist das eigentliche Fundament für den Vertrag, welcher zwischen der Voventin und der Congregation durch die Ablegung des Gelübdes geschlossen wird. Man braucht übrigens nicht gerade ängstlich an dem Worte „Vertrag“ zu hängen, um zu den in den vorigen Kapiteln erörterten Grundsätzen zu gelangen, obwohl meines Dafürhaltens das gegenseitige Uebereinkommen darin besteht, dass die Congregation die Jungfrau aufnimmt resp. zulässt und diese das Gelübde ablegt; in dem Gelübde des Gehorsams ist die Obedienz gegen die Vorgesetzten enthalten.

Dieses Gelübde verpflichtet zur strikten Befolgung der Statuten und der von den Vorgesetzten erhaltenen Befehle; in der Beachtung der Statuten ist auch der nothwendige Gehorsam gegen die allgemeinen Kirchengesetze, auf welche in den ersteren nicht ausdrücklich hingewiesen zu werden braucht, enthalten, weil es nicht nöthig ist, ihre Gültigkeit besonders auszusprechen.

Ueber die Pflicht zur Befolgung der von den Oberen ertheilten Anweisungen ist Einiges zu sagen.

Die Constitutionen bemerken häufig, dass der Gehorsam rasch und freudig sein muss, dies ist allerdings eine moralische Verbindlichkeit, unmotivirtes Zögern ist schon Ungehorsam. Die Frage ist aber noch, wie weit der Gehorsam geht. Die Professin ist gehalten, alle zur Erfüllung des Vereinszweckes, Besorgung des Hauswesens u. s. w. gegebenen Aufträge unweigerlich zu vollziehen, auch wenn dieselben in ihrem besonderen Amte nicht gerade enthalten sind, ebenso muss sie sich die zu ihrer Besserung getroffenen Disciplinarmassregeln gefallen lassen, nur wegen zu grosser Härte steht ihr der Appell an die höheren Instanzen und die S. Congr. epp. et reg. zu. Der Gehorsam ist unbedingt, soweit sich der Befehl in den Grenzen der Constitution hält, nicht aber darüber hinaus; die Krankenschwester muss also auch Kranke pflegen, welche an gefährlichen, ansteckenden Krankheiten leiden, die Professin eines Schulinstituts aber nicht, es müsste sich denn um eine kranke Mitschwester

1) Vergl. die verschiedenen Constitutionen, auch *Ferraris* v. votum.

handeln; andere gesundheits- oder lebensgefährliche Arbeiten, welche nicht zu der Vereinsthätigkeit gehören, ist keine Schwester zu vollziehen verpflichtet.

Jede Professschwester muss ferner in allen Stücken gehorchen, wenn der Befehl nicht offenbar gegen die Constitutionen, die Kirchengesetze oder die Moral verstösst; sie muss dies auch thun, wenn sie darüber zweifelhaft ist; nur wenn der Befehl offenbar gesetzwidrig oder unmoralisch ist, ist der Gehorsam sündhaft und muss verweigert werden. Derselbe ist nicht nothwendig gegen Anordnungen, welche gar nichts mit den Statuten oder dem Vereinszwecke zu thun haben, oder wenn Abtödtungen auferlegt werden, welche durch die Constitutionen nicht vorgesehen sind, im Zweifel aber muss die untergebene Schwester gehorchen.

Dies folgt aus der Natur des Gelübdes; denn, während dasselbe einerseits auf die Constitutionen, die Kirchengesetze und die, diesen beiden entsprechenden, Anordnungen der Vorgesetzten lautet (mag dies breit auseinandergesetzt oder nur angedeutet sein), so dass die Vorschriften der Oberen nicht auf Etwas diesen entgegengesetztes oder ausserhalb derselben liegendes gegeben werden dürfen, verlangt es andererseits unbedingten Gehorsam, gestattet also keine Ueberlegung, ob nicht etwa eine Ausflucht möglich wäre, auch hat im Zweifel der Vorgesetzte die Verantwortung und ist von den grössten Lehrern den Untergebenen untersagt worden, die Absicht der Oberen zu erforschen; der heilige Gregorius sagt: „Der wahre Gehorsam erörtert nicht die Absicht der Vorgesetzten, noch macht er Unterschiede unter den Befehlen, weil er das ganze Urtheil über sein Leben dem Oberen übergeben hat.“ Die einzelnen Constitutionen sprechen sich auch über den unverzüglichen Gehorsam, welcher ohne Murren und mit Heiterkeit geleistet werden muss, sehr entschieden aus, wogegen sie auch dem Vorgesetzten jeden Uebergriff ebenso nachdrücklich untersagen.

Durch den Gehorsam, welcher die vollständige Hingabe an den Verein und seine Zwecke und unter seine Oberen bedingt, ist es auch begründet, dass eine Schwester dieser Genossenschaften ebenso, wie eine Ordensperson, ohne Erlaubniss der Oberen kein anderes mit dem Vereinszwecke nicht durchaus vereinbarliches Gelübde ablegen darf¹⁾; dasselbe hätte keine Kraft, jedes Gelübde aber kann immer von den Vorgesetzten aufgehoben oder, um den technischen Ausdruck zu gebrauchen, irritirt werden; die Schwester darf über-

1) Immer ausgenommen das Gelübde, in einen strengeren Orden zu treten.

haupt gar nicht in dieser Weise selbstständig über sich verfügen und sogar die der Dispensation des Papstes vorbehaltenen Gelübde machen hiervon keine Ausnahme, sie können von den Oberen vernichtet werden und sogar der Versuch zur Ausführung darf ohne deren Erlaubniss nicht gemacht werden.

b. Die Armuth.

Die Vorschriften des gemeinen Rechtes über das Gelübde der Armuth sind bei diesen Genossenschaften nicht anwendbar; gerade in diesem Punkte liegt, wie schon im ersten Kapitel erörtert, ein Hauptunterschied zwischen den neueren Congregationen und den Orden, bei welchen dem Einzelnen jedes Privateigenthum auf das Strengste untersagt ist.

Nach dem gemeinen Recht hört die vermögensrechtliche Persönlichkeit mit dem Augenblicke der Ordensprofess vollständig auf, eine Ausnahme davon, eine Brücke von der Rechtsunfähigkeit zur Rechtsfähigkeit ist im Falle der feierlichen Gelübde unmöglich, da die erstere mit der vollsten Entschiedenheit geboten ist.

Anders steht es mit dem einfachen Gelübde der Armuth, welches den Gelobenden nicht der Rechtsfähigkeit beraubt. Schon bei den Scholastikern der Gesellschaft Jesu ist dies anerkannt worden; auch einer der ältesten unter den neueren Vereinen, die Congregation der barmherzigen Schwestern vom heiligen Carl Borromäus, hat diesen Grundsatz. Bei derselben entsagen die Professschwestern jedem Rechte, irgend Etwas zum eigenen Gebrauche zu verwenden; was sie besitzen, soll Gemeingut werden, die Disposition darüber steht der Schwester, welche es eingebracht hat, nur mit Erlaubniss der General-Oberin zu; mit deren Einwilligung kann eine Schwester im Besitz von lebenslänglichen Einkünften bleiben, die Verwendung derselben aber bestimmt die General-Oberin, so lange die Eigenthümerin sich in der Congregation befindet. Dies ist der erwähnten charakteristischen Eigenschaft des einfachen Armuthsgelübdes entsprechend, diese Eigenschaft aber ist analog der in c. un. in sexto III. 15. ausgesprochenen, wonach das einfache Keuschheitsgelübde für die nachfolgende Ehe zwar ein aufschiebendes, aber kein vernichtendes (trennendes) Hinderniss ist; auf die Vermögensfähigkeit angewendet stellt sich dieser Grundsatz dahin, dass beim einfachen Armuthsgelübde das Eigenthum und der Erwerb nicht rechtlich unmöglich sind, sondern nur verboten, und steht es hiernach auch dem Wesen der Sache nicht entgegen, dieses rechtlich nun einmal

Mögliche auch für erlaubt zu erklären und nur den willkürlichen Gebrauch des Eigenthums zu untersagen.

Es stand nun, abgesehen von den Borromäerinnen und den Scholastikern der Gesellschaft Jesu, nur noch in Frage, ob zu diesem Schritte eine dringende Veranlassung vorhanden war, und eine solche lag in der neueren französischen Gesetzgebung vor. Nach dieser war die Lehre vom bürgerlichen Tode nicht mehr aufrecht zu halten, da der Code civil weder die Wirkung der feierlichen Gelübde, noch auch irgend eine Entsagung auf eine noch nicht angefallene Erbschaft anerkennt. Nach dem neueren französischen Recht kann sich wohl Jemand momentan alles Eigenthums entschlagen, aber er kann nicht hindern, dass ihm solches durch Erbgang zufällt, weil die Antretung der Erbschaft kein besonderes Rechtsgeschäft ist, sondern mit dem Anfall derselben auch deren Rechte und Pflichten auf den Erben übergehen¹⁾; der Professe kann daher zwar der angefallenen Erbschaft entsagen, aber die Entsagung selbst ist ein Rechtsgeschäft, welches nur ein vermögensfähiges Subject vornehmen kann, und widerspricht daher streng genommen schon dem Princip der Armuth nach dem feierlichen Gelübde. Hierzu kommt eine andere Schwierigkeit, nämlich die der physischen Existenz der religiösen Gemeinschaften. Wenn die religiöse Armuth dadurch gewahrt werden soll, dass jeder Professe gar kein Eigenthum besitzen darf und des angefallenen sich sofort entschlagen muss, so kann die Gesellschaft nur dadurch erhalten werden, dass sie gemeinschaftliches Vermögen besitzt; da nun aber in Frankreich die Orden nicht als vermögensfähige Corporationen anerkannt sind, müsste eine, streng genommen dem Principe der Armuth auch nicht entsprechende, Gütergemeinschaft constituirt werden, um dem Orden etc. Vermögen zu sichern. Aber, abgesehen von der grossen Umständlichkeit solcher Societätsverträge, würden die dem Einzelnen zufallenden Erbschaften doch nicht in das gemeinschaftliche, sondern in

1) Nach dem preussischen allgemeinen Landrecht ist dies ebenso und kann der Erbe den Uebergang der Rechte und Pflichten auf ihn nur durch die rechtzeitige Entsagung abwenden resp. beseitigen; wenn er nicht entsagt hat, ist die Erbschaft mit dem Tage des Anfalls in sein Eigenthum übergegangen. Hier ist aber für Ordensprofessen der bürgerliche Tod eingeführt, welcher bis zur Revolutionsgesetzgebung wohl überall die Folge der feierlichen Gelübde war. Vergleiche einen interessanten Aufsatz von Dr. *Sentis* „Die Stellung der religiösen Orden unter der Herrschaft der französischen und anderen verwandten Gesetzgebungen rücksichtlich des (feierlichen) Armuthsgelübdes.“ Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. VIII. S. 344 u. f.

das Vermögen der Einzelnen fallen, weil dieselben ausdrücklich von der Gütergemeinschaft ausgeschlossen sind; der gemeinschaftliche Erwerb geschieht nur durch den Ertrag der eingebrachten Güter und der Industrie. Bei der Gütergemeinschaft des Gewinnes (*société universelle du gain*) ist auch das unbewegliche Vermögen ausgeschlossen, der Theilnehmer der Gesellschaft, hier der Ordensprofesse, muss daher immer vermögensfähig sein, die ganze Gesellschaft hat aber keinen civilrechtlichen Halt, weil jedes Mitglied nach französischem Rechte nicht bloß austreten, sondern dann auch seinen Antheil am gemeinschaftlichen Vermögen fordern kann. Man suchte nun einen Ausweg durch eine Unzahl von Testamenten, in welchen die Professen sich gegenseitig zu Erben einsetzten, das Mittel war kostspielig und nutzte nichts. Man musste sich daher anderweitig helfen, so gut man konnte; dies geschah bei den 1818 gestifteten *soeurs de Jésus et Marie* zu Lyon. Dieselben bilden eine allgemeine Gütergemeinschaft des gegenwärtigen Vermögens (*société universelle des biens présents*) mit den daraus entspringenden gesetzlichen Folgen. Jede Schwester ist aber — nach dem meines Wissens angenommenen Vorschlage des Consultors der S. Congr. epp. et reg. — verpflichtet, über die beweglichen und unbeweglichen Güter, die ihr nach der Profess durch Erbgang zufallen, nicht nach ihrem Belieben zu verfügen, sondern ihren dereinstigen Erben das Eigenthum durch rechtsgültigen Act zu überlassen, sich aber den Niessbrauch vorzubehalten, welcher dann nach der inneren Verfassung selbstredend der Gesellschaft zukommt.

Man machte also hier einen ziemlich ausgedehnten Gebrauch von dem oben in Betreff des einfachen Armuthsgelübdes aufgestellten Grundsätze.

Nach dem Rechte der meisten deutschen Länder liegt die Sache, wie sich unten zeigen wird, nicht so schwierig, auch kann man sich durch consequente Verfolgung des Princip, dass der (die) Professe einfacher Gelübde ihrer Rechtsfähigkeit nicht verlustig ist, sondern Eigenthümerin ihrer Güter bleiben kann, besser helfen, als bei den *soeurs de Jésus et Marie* geschehen; für die Entsagung auf das Eigenthum an den zugefallenen Gütern zu Gunsten der natürlichen Erben liegt keine Nothwendigkeit vor, da der Grundsatz der Rechtsunfähigkeit dem einfachen Gelübde nicht anhängt; man konnte also das Privateigenthum einfach für erlaubt erklären und nur die Verfügung darüber den Oberen der Gesellschaft vorbehalten. Dies ist geschehen.

Die Grundsätze, welche schon die Constitutionen der Borromäerinnen enthalten, wurden auf alle neueren Genossenschaften ausgedehnt, der Entsagungsact, welcher bis dahin (bei den Orden) üblich und nach c. 16. sess. XXV. Trid. de reg. et mon. in den letzten zwei Monaten des Noviziats vorgenommen werden sollte, fiel weg. Bei den *dames du sacré coeur*¹⁾ entschlagen die Professen sich des freien Gebrauchs ihrer Güter, indem sie Alles, was sie besitzen, in die Hände der General-Oberin niederlegen, die es ihnen bei ihrem etwaigen Austritt zurückgibt, das Eigenthum ist ihnen also offenbar vorbehalten. Die *soeurs religieuses* (welche die ersten zeitlichen Gelübde abgelegt haben) bei den armen Schulschwestern²⁾ verzichten ebenso auf den Gebrauch und Genuss ihres Vermögens, nicht aber auf das Eigenthum; die Professinnen sollen das Eigenthum abtreten, an wen sie wollen (also, wenn sie wollen, auch an die Congregation, welche in Deutschland grossentheils Corporationsrechte hat), müssen sich aber für den Fall ihres Austritts eine Pension vorbehalten. Sie haben das Recht, Erbschaften anzutreten, Schenkungen zu acceptiren und Ansprüche solcher Art geltend zu machen, sollen aber sogleich nach eingeholtem Rathe der General-Oberin darüber verfügen, wobei sie sich das Recht einer Pension für den Fall ihres Austritts vorbehalten können; selbstredend können sie sich diese Leibrente nicht blos für ihren Austritt, sondern überhaupt ausbedingen, nur steht der Congregation resp. der General-Oberin die Verwendung derselben zu; der Vorbehalt für den Fall des Austritts ist von besonderer Wichtigkeit, wenn die Zuwendung des Eigenthums an die Genossenschaft erfolgt. Noch schärfer ist dies bei den armen Dienstmägden Christi in dem — durch die Animadversionen nicht bemängelten — §. 27. ausgesprochen: „Besitzt oder erlangt eine Schwester — — noch anderes Vermögen, so bleibt ihr jederzeit das Eigenthumsrecht darauf bewahrt; dagegen hat sie nicht nur den Niessbrauch desselben der Genossenschaft gänzlich zu überlassen, sondern es steht überdies der betreffenden Schwester auch über die Substanz des Vermögens, so lange sie der Congregation angehört, wegen des abgelegten Gelübdes der Armuth den Ordens-Oberen gegenüber keine selbstständige Disposition zu.“ (Dritten gegenüber also unzweifelhaft.) „Scheidet sie aber später freiwillig oder auch unfreiwillig — — aus der Genossenschaft aus, so tritt sie selbstverständlich in alle Dispositons- und Nutzungs-

1) Plan abrégé de l'institut.

2) Constitutionen 2. Theil, 1. Kapitel.

rechte bezüglich des fraglichen Vermögens wieder ein, ohne dass jedoch ein Mehreres als die Einlage, namentlich eine Zinsvergütung von ihr gefordert werden könnte.“ Diese Bestimmung beruht darauf, dass die armen Dienstmägde Christi die Gelübde nur auf drei Jahre ablegen, könnte übrigens auch bei lebenslänglichen Gelüben bestehen. Die barmherzigen Schwestern (Töchter der christlichen Liebe) in Oesterreich ¹⁾ können erben und erwerben und über ihr Vermögen bestimmen; stirbt eine Schwester ohne Testament, so fällt ihr Vermögen an ihre gesetzlichen Erben. Beim Eintritt übergibt jede Schwester das, was sie besitzt, der Oberin, erhält darüber von dieser und dem Superior einen Empfangschein und stellt einen Gegenschein aus. So lange sie Mitglied der Gesellschaft ist, darf sie nicht willkürlich über ihr Vermögen verfügen (letztwillige Verordnungen natürlich ausgeschlossen), die Verwaltung steht nur den Oberen, der Fruchtgenuss aber der ganzen Gesellschaft zu, welche daher auch beim Austritte der Eigenthümerin nur zur Restitution des anvertrauten Vermögens, nicht aber zur Erstattung der gezogenen Früchte verpflichtet ist. Dies gilt auch von dem, was eine Schwester erwirbt, während sie der Congregation angehört. Bei Prüfung der Statuten der 1839 gestifteten barmherzigen Schwestern zu Brescia proponirte der Consultor die Bestätigung der Bestimmung, dass die Schwestern das bürgerliche Eigenthum ihrer Güter behalten, obgleich sie auf den Gebrauch desselben verzichten; die Constitutionen erhielten auch mit einigen Verbesserungen die Approbation; die Schwestern können unter Lebenden und von Todeswegen über ihr Vermögen verfügen und, wenn sie ohne Testament sterben, treten ihre gesetzlichen Erben ein.

Man sieht aus diesen Beispielen, dass die Constitutionen sich dem Landesrechte anschliessen, da bei Vereinen, welche in Deutschland existiren und Corporationsrechte haben oder erlangen können, die höchst missliche Gütergemeinschaft der Franzosen unnöthig ist, dass aber ausserdem das Princip, den Professen das Eigenthum ihrer Güter zu belassen und sie nur zum Verzicht auf Nutzung und Verwaltung zu verpflichten, immer mehr durchgedrungen ist; aus dem Gesagten geht auch hervor, dass die Schwester, wenn sie sich nicht des Eigenthums begeben hat, Dritten gegenüber immer zu den nothwendigen Verfügungen legitimirt ist und nur die Anweisung oder Genehmigung dazu von den Vorgesetzten einzuholen hat; nach

1) Genehmigt durch Breve vom 15. September 1835. Von der inneren Verfassung und Leitung etc. §. 6.

der Genehmigung der Vorgesetzten sich zu erkundigen, ist übrigens nicht Sache des anderen, ausser der Congregation stehenden Theils.

Die Animadversionen sprechen sich in gleicher Weise aus. Unter dem 10. März 1860 wurde z. B. gesagt: „Das einfache Gelübde der Armuth ist schärfer zu kennzeichnen, indem man erklärt, dass es nicht das Eigenthum (*dominium radicale*) hindert, sondern dass bloß die Verwaltung und der Niessbrauch dem Institute zukommt, wenn die Schwester nicht (anderweit) über den Niessbrauch verfügt hat¹⁾.“

Diese Erklärung findet sich mit anderen Worten noch öfter, z. B. dass das einfache Gelübde der Armuth die Professin nicht des Eigenthums, sondern nur des Niessbrauchs beraubt (Animadversionen vom 11. Juli 1860, 20. Februar 1861 u. s. w.). Einige Male ist nur erinnert, dass die Bestimmungen über die Armuth genauer gegeben werden müssen, sowohl hinsichtlich des Eigenthums als des Niessbrauchs, besonders wichtig sind aber die Bemerkungen vom 25. April 1860, worin gesagt wird: „Es ist nicht vortheilhaft, dass alle Güter der Professinnen kraft der Constitutionen auf das Institut übergehen, sondern es wäre besser, eine bestimmte Mitgift festzusetzen.“ Der Uebergang aller Güter kraft der Constitutionen soll also nicht stattfinden, was mit den bisher entwickelten Grundsätzen vollkommen übereinstimmt; dass die Professschwester, wenn sie will, durch besonderen Act ihr sämmtliches Vermögen an die Congregation übertragen kann, ist in den Animadversionen einige Male bemerkt worden und versteht sich von selbst, vorausgesetzt, dass nicht die Landesgesetze im Wege stehen, ebenso klar ist aber auch, dass keine Schwester dazu durch die Constitutionen verpflichtet oder sonst wie angehalten werden kann, dass vielmehr hierin die volle Freiheit gewährleistet ist.

Wenn nun auch bei den einzelnen Instituten sich Verschiedenheiten finden, so ist doch der Grundsatz bei allen diesen Vereinen durchgeführt, dass die Professschwestern ihre Rechtsfähigkeit behalten, also auch Eigenthum haben und erlangen können und nur in der Verwaltung und Nutzung desselben beschränkt sind.

Die verschiedenen Landesgesetze führen, wenn auch auf verschiedenen Wegen hinsichtlich des Eigenthums zu demselben Resultate, während sie die Beschränkungen der Dispositionsbefugnisse ignoriren.

1) Die citirten Animadversionen sind abgedruckt im Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. S. 412 u. f.

Nach französischem Rechte behält, wie schon erwähnt, jede Professschwester ihre volle Rechtsfähigkeit, sie kann über ihre elterlichen oder anderen Güter, die sie besitzt oder die ihr zufallen, frei verfügen und hat darin die Rechte wie die übrigen Franzosen¹⁾.

In Nordamerika wird auch dem feierlichen Gelübde der Armuth kein Einfluss auf die bürgerliche Rechtsfähigkeit zugestanden²⁾.

In Baden kümmert sich der Staat ebenso wenig um irgend welche Gelübde, dieselben haben also auch in dieser Beziehung keine Wirkung³⁾.

In Baiern wurde für die barmherzigen Schwestern vom heiligen Vincenz eine Verfassung ausgearbeitet, welche 1835 die landesherrliche Bestätigung erhielt⁴⁾; nach §. 39., 40. und 49. derselben soll das von einer Schwester eingebrachte Vermögen deren Disposition entzogen sein und nach ihrem Tode dem Verein zufallen, über das nicht eingebrachte oder ihr später zugefallene kann sie verfügen; hinterlässt sie keine letztwillige Verordnung, so kommt es an ihre Intestaterben; tritt eine Schwester aus oder wird entlassen, so erhält sie ihr Eingebrachtes nach Abzug eines Theils für ihre Sustentation während der Probezeit zurück; die Schwestern bleiben hiernach der Profess ungeachtet rechtsfähig und ist dieser Grundsatz jedenfalls auch für andere Genossenschaften anwendbar.

In der Schweiz war die Sache zweifelhaft; bis jetzt ist mir erst ein Rechtsfall aus dem Canton Schwyz zu Gesicht gekommen⁵⁾. Die Wittwe C. W. war Tertiarierin geworden und als solche in das Kloster zur ewigen Anbetung auf dem Gubel getreten; nun wurden ihr die Zinsen einer gewissen Obligation verweigert und, als sie deshalb Klage angestrengt hatte, wurde sie von dem Gericht erster Instanz, welches sie für bürgerlich todt erachtete, abgewiesen, das Cantongericht zu Schwyz reformirte aber dieses Erkenntniss einstimmig am 11. Januar 1865; das zweite Urtel führte aus, dass das Haus, in welchem die Schwester C. W. Profess gemacht hatte,

1) Gesetz vom 20. Mai 1820.

2) Vergl. den erwähnten Aufsatz Seite 100. Anmerkung 1. von Dr. *Sentis*.

3) Die Schwestern müssen auch, sofern sie durch ihre Thätigkeit Etwas erwerben, Gewerbesteuer zahlen, z. B. die Anbeterinnen vom kostbaren Blute zu Gurtweil, welche sich mit Feinstickerei für Paramente beschäftigen.

4) *Buss*, der Orden der barmherzigen Schwestern. Schaffhausen 1847.

5) Archiv für kathol. Kirchenrecht. N. F. Bd. VII. S. 225.

kein Kloster im canonischen Sinne sei, weil die Schwestern daselbst nur einfache Gelübde ablegten, keine Clausur und stabilitas loci hätten und wieder austreten könnten, weil ferner seine Regel nicht die unbedingte Entsagung auf alle Güter verlangte, der Eintritt in dieses sogenannte Kloster also den bürgerlichen Tod, beziehungsweise, die Unfähigkeit zum Besitz von Vermögen nicht nach sich ziehe, und zog hieraus den richtigen Schluss, dass die Klägerin unbedingt rechtsfähig geblieben sei.

In den landrechtlichen Theilen Preussens liegt die Sache klar. Nach §. 1199. Tit. 11. Th. II. des allgemeinen Landrechts werden Mönche und Nonnen nach abgelegtem Klostergelübde für verstorben angesehen, nach §. 1057. ebenda aber sind Klostersgesellschaften geistliche Corporationen, deren Mitglieder sich zu gemeinschaftlichem Leben und gemeinschaftlicher Religionsübung nach gewissen von der Kirche bestätigten Regeln durch feierliche Gelübde verpflichtet haben. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Redactoren des Landrechts bei dem Worte „feierlich“ nicht an Aeusserlichkeiten gedacht, sondern unter feierlichen Gelüben nur solche verstanden haben, denen nach dem bisherigen gemeinen Rechte diese Bezeichnung zukam, also diejenigen, welche die Kirche dafür erklärt resp. erklärt hat; ein anderes Kriterium für den Begriff der feierlichen Gelübde ist nicht aufgestellt, daher ist auch keine andere Auslegung möglich. Da nun die Schwestern der neueren Vereine nur „einfache“ Gelübde ablegen, da ferner die Genossenschaften oder ihre Stationen auch nach Kirchenrecht keine Klöster sind und der §. 1057. l. c. auf sie nicht passt, kann auch der erwähnte §. 1199. nicht auf diese Schwestern angewendet werden und daraus folgt, dass sie auch nach der Profess rechtsfähig bleiben. Dieser Rechtslage gemäss haben auch schon seit Jahren die Professschwestern der neueren Congregationen Erbschaften in Besitz genommen, sich an allen desfallsigen Verhandlungen betheiligt, Hypotheken cedirt, Quittungen ausgestellt u. s. w., überhaupt von ihren Rechten als vollkommen rechtsfähige Personen allen Gebrauch gemacht. Einem Kreisgericht wollte die Begründung, durch welche ein Antrag auf Ausantwortung eines im Depositorium verwahrten Erbtheils in der vorstehenden Art motivirt wurde, nicht einleuchten, es wurde aber auf erhobene Beschwerde vom Appellationsgericht angewiesen, dem betreffenden Antrage Statt zu geben. Das Appellationsgericht stützte sich bei diesem Bescheide auf das Erkenntniss des Ober-Tribunals vom 27. October 1860¹⁾, ging, mit dem Ober-Tribunal, davon aus, dass die

1) *Striethorst's Archiv* Bd. 39., S. 231 u. f. Ein Erkenntniss vom 4. Februar

erwähnten Paragraphen nur auf Mitglieder solcher Institute Anwendung finden können, welche vom Staate als Kloster-Corporationen anerkannt sind, und verfügte, wie geschehen, weil dies in der vorliegenden Sache nicht der Fall war. Das Erkenntniss des Ober-Tribunals ist für Preussen von hoher Wichtigkeit, aber auch für alle anderen Länder mit ähnlicher Gesetzgebung von grossem Interesse.

Eine Person hatte 1854 in der Congregation Unserer Lieben Frau die Gelübde abgelegt und später, am 28. April 1855, dem bischöflichen Stuhle zu Münster ein Capital behufs Dotirung eines bereits bestehenden Hauses dieser Schwestern cedirt; diese Stiftung hatte aber später zum Zwecke solcher Erwerbungen Corporationsrechte erlangt und die Zinsen dieses Capitals, welche vom Schuldner verweigert wurden, eingeklagt. Der Verklagte wendete ein, die Cedentin habe am 28. April 1855 nicht mehr über ihr Vermögen verfügen können, das Urtheil wies aber das Gegentheil nach. Es wurde ausgeführt, dass die Bestimmungen über die Vermögensunfähigkeit der Mönche und Nonnen nach abgelegtem Klostersgelübde nur auf solche Personen passen, welche in eine, vom Staate als Kloster anerkannte, Gesellschaft eingetreten sind; dies sei hier nicht der Fall, die Congregation Unserer Lieben Frau, sowie andere neuere Genossenschaften, welche sich hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Staate in erheblichen Puncten von den Klöstern unterschieden, sei nach preussischem Recht nur auf dem Boden der Verfassungs-urkunde, welche in Artikel 30. ¹⁾ das Vereinsrecht gewähre, gebildet, es bedürfe weder zur Bildung einer solchen Congregation noch auch zum Eintritt in dieselbe einer Staatsgenehmigung. Dem Institute seien zwar Corporationsrechte verliehen worden, aber nur zum Zwecke des Vermögenserwerbs, zunächst zum Erwerbe des streitigen Capitals, hierdurch sei dasselbe noch kein Kloster geworden, sondern geblieben, was es gewesen war, eine von den Schwestern Unserer

1861 (*Striethorst* Bd. 40. S. 228 u. f.) spricht unter Anderem aus, dass Ordensschwestern, welche feierliche Gelübde geleistet haben, nicht mehr vermögensrechtliche Dispositionen treffen können, weil sie nach den oben allegirten Paragraphen als verstorben anzusehen sind.

1) Artikel 30. der Verfassungs-Urkunde für den preussischen Staat: Alle Preussen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. U. s. w.

Artikel 12. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen, häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. U. s. w.

Lieben Frau geleitete Stiftung zum Unterricht und zur Erziehung der weiblichen Jugend u. s. w., die fragliche Schwester sei also wohl befugt gewesen, das gedachte Capital dem Bischof zu Münster zum Zwecke der Dotirung dieses Hauses zu cediren. — Dieses wohlbegründete Erkenntniss des höchsten Gerichtshofes erledigte die Sache für Preussen noch aus einem anderen, als dem oben angeführten Puncte für immer, denn, da die neueren Congregationen die Anerkennung als Kloster-Corporationen, wozu nach der Verfassungs-Urkunde ein Gesetz nothwendig sein würde, niemals nachsuchen, auch aus kirchenrechtlichen Gründen gar nicht nachsuchen können, so können die §§. 1057. und 1199. u. f. als auf sie und ihre Mitglieder passend nicht erachtet werden, die letzteren müssen also, da sie nicht als verstorben anzusehen sind, als lebend und demnach als rechtsfähig anerkannt bleiben. Ein Erbfall, bei welchem nicht das Landrecht, sondern die kurkölnische Rechtsordnung das entscheidende Gesetz war und bei welchem mit Berufung auf die zuerst vorgetragenen Gründe von Seiten der erbberechtigten Professschwester resp. der Anstalt vorgegangen worden, kam leider nicht zum Austrage; er betraf eine Schwester der Dienstmägde Christi, welche bis dahin auch nach der Profess in ihren Rechtsgeschäften nirgend Schwierigkeiten erfahren hatten.

Man kann in Betreff dieses Punctes überhaupt zwei Classen von Gesetzgebungen unterscheiden; nach der einen (in Frankreich, Nordamerika u. s. w.) werden überhaupt gar keine Klöster und Klostersgelübde, also auch keine einfachen Gelübde anerkannt, dann ist die Vermögensfähigkeit jeder Professschwester ausser Zweifel; nach der andern, welche, wie die preussische und österreichische, aus dem gemeinen Recht hervorgegangen resp. mehr oder weniger darauf basirt ist, sind Ordensprofessen bürgerlich todt, dann ist aber auch der Unterschied zwischen feierlichen und einfachen Gelübden immer zur Geltung zu bringen und wird von den Gerichten anerkannt werden. Wo die Sache noch nicht durch Entscheidungen der Gerichte abgemacht ist, kann man für's Erste bei dem mehrfach eingeführten Verfahren bleiben, dass die Vermögensangelegenheiten der Schwestern vor der Profess, so weit es möglich ist, in Ordnung gebracht werden; man versuche aber, sein Recht bei Gelegenheit dadurch zur Geltung zu bringen, dass eine Professschwester sich zu Rechtshandlungen, Theilnahme an einer Erbesauseinandersetzung oder dergl. meldet, und verfolge die Sache, wenn die Untergerichte ungünstig entscheiden, bis in die höchste Instanz. Wenn nicht irgendwo ein besonderes positives Gesetz entgegenstehen sollte, was ich

nicht annehme, wird der Nachweis, dass ein solches Institut kein Kloster ist, seine Mitglieder keine Ordensschwwestern sind, immer die Anerkennung der Gerichte erlangen; dieser Nachweis ist durch ein bischöfliches Attest und allenfalls durch Vorlegung der Statuten leicht zu führen.

Die diesem Kapitel beigegebenen Formulare werden dies erläutern. Wenn eine Genossenschaft ihre hier festgestellten Rechte nicht kennt und selbst in einzelnen Fällen ihre Professschwwestern für erwerbsunfähig erklärt, was leider schon vorgekommen ist, so befindet sie sich in einem erheblichen Irrthume sowohl hinsichtlich des weltlichen wie des canonischen Rechts; dieser Irrthum ist aber ein sehr folgeschwerer, weil die Existenz dieser Vereine, welchen keine grossen Capitalien zu Gebote stehen und welche, wie gesagt, meistens keine feste und, wo es geschieht, nur eine geringe Mitgift verlangen, von der Erwerbsfähigkeit ihrer Mitglieder bedingt ist; daher beeile man sich, wo dieser Fehler vorgekommen, ihn bei eintretender Gelegenheit wieder gut zu machen und das Recht zu gebrauchen, welches den Schwestern nach der kirchlichen und weltlichen Gesetzgebung zusteht.

Gewöhnlich werden in den Statuten bei dem Gelübde der Armuth noch Vorschriften gegeben, dass eine Schwester von den ihr zum Gebrauch übergebenen Sachen nichts eigenmächtig veräussern, vertauschen oder sonst wie verwenden soll und überhaupt in dem Gebrauche des anvertrauten Gutes mit grösster Sorgfalt und in stetem Gehorsam gegen die Constitutionen und die Befehle der Vorgesetzten zu verfahren hat. Diese, sowie die sonst bei dieser Gelegenheit gegebenen moralischen Vorschriften verstehen sich von selbst und folgen daraus, dass die Schwester auch bei dem Gebrauch der ihr übergebenen Gegenstände einschliesslich der Kleidung immer das Eigenthum der Congregation verwaltet, damit also nicht eigenmächtig schalten darf und zum grössten Fleisse (juristisch allerdings nur zu dem eines guten Hausvaters) dabei verpflichtet ist.

c. Keuschheit. Clausur.

In diesem Punkte sind die Bestimmungen der Constitutionen und ist der Inhalt des Gelübdes mehr moralischer, als juristischer Natur. Die ersteren enthalten Regeln für die Beherrschung des zur Sinnlichkeit geneigten Leibes, schreiben Entsagung und Arbeitsamkeit vor, verbieten die gefährlichen Sonderfreundschaften unter einzelnen Schwestern u. s. w. und regeln den Verkehr mit den Fremden.

Für diesen letzteren sind bei den verschiedenen Vereinen sehr verschiedene Bestimmungen gegeben. Dass die strenge canonische Clausur nirgend gilt, ist schon im ersten Kapitel als charakteristische Eigenschaft dieser Genossenschaften angeführt worden, im Uebrigen gehen, wie gesagt, die Bestimmungen weit auseinander.

Bei den Borromäerinnen¹⁾ soll die einzelne Schwester ohne Genehmigung der Oberin (des Hauses) mit Niemandem ein Gespräch anknüpfen, nach gegebener Erlaubniss aber das Sprechzimmer zu der gewünschten Unterredung benützen; hier ist aber blos von eigentlichen Privatgesprächen die Rede, sonst steht der Zugang zum Hause Jedem, der geschäftlich Etwas darin zu thun hat, frei. Dass überhaupt kein Privatumgang gepflogen wird und die Schwestern keine Privatbesuche ohne bestimmte Ursache erhalten, liegt in der Natur der Sache und würde sich auch ohne besondere Vorschrift von selbst verstehen; dass aber das Haus gewöhnlich geschlossen ist, bewirkt auch keine besondere Einschränkung und ist durch keine clausurähnliche Vorschrift begründet, sondern eine Zweckmässigkeitseinrichtung, welche man auch bei unzähligen Privathäusern findet.

Die Borromäerinnen dürfen nicht ausgehen ohne die Erlaubniss der Oberin, diese Vorschrift würde aber zur Erhaltung der Ordnung nothwendig sein, auch wenn sie kein Gelübde der Keuschheit abgelegt hätten, und hat, da die Oberin Ausgänge zu guten und unschädlichen Zwecken jederzeit geben kann, mit der Clausur nicht das Mindeste zu thun; früher wurde schon erwähnt und versteht sich auch nach dem hier Gesagten von selbst, dass die Schwestern zu Geschäften ausser dem Hause durch blosse, mündliche Anweisung der Oberin verwendet und ebenso auf Reisen geschickt werden können. Bei den barmherzigen Schwestern (Töchtern der christlichen Liebe) in Oesterreich²⁾ ist es ähnlich; dieselben haben, wie die Borromäerinnen, die Krankenpflege in den Privathäusern, also ausserhalb ihrer Anstalt zum Gegenstande ihrer Thätigkeit (die Pflege in den Hospitälern ungerechnet), hieraus ergibt sich schon die volle Freiheit der Bewegung; der Umgang mit den Geschäftspersonen, welche mit dem Hause verkehren, ist nicht wesentlich beschränkt, Privatgespräche dürfen nur mit Erlaubniss der Oberin in einem dazu bestimmten Zimmer geführt werden; die Thüre dieses Zimmers darf, wie bei den Borromäerinnen, während der Unterhaltung nie verschlossen sein.

1) Regeln der Borromäerinnen 1. Th. 7. Kap. Von der Keuschheit.

2) Statuten, 3. Hauptstück. Von der Keuschheit.

Strengere Vorschriften finden sich bei anderen Congregationen. Die Professinnen der armen Schulschwestern¹⁾ haben die sogenannte bischöfliche Clausur; ein bestimmter Theil des Hauses ist für ihre Wohnung bestimmt und darf ohne bischöfliche Erlaubniss nur von bestimmten Personen, dem Beichtvater, Arzte, den Handwerkern, welche dort zu arbeiten haben, Wohlthätern der Genossenschaft und solchen, die neue Häuser gründen und desshalb die vorhandenen besichtigen wollen, betreten werden, wogegen der Zutritt zu den Räumen der Schule und des Pensionats den Verwandten der Zöglinge, Freunden der Anstalt und sonstigen Berechtigten gestattet ist, immer jedoch unter Begleitung von zwei Schwestern. Nothwendige Verhandlungen mit auswärtigen Personen sollen stets im Sprechzimmer stattfinden; die Schwestern sind von diesen Personen durch eine Scheidewand, in der sich ein einfaches Sprechgitter von gefälliger Form befindet, getrennt, eine Schwester wohnt der Unterredung bei. Der Ausgang ist den Professinnen in der Regel untersagt, ausser bei Versetzungen und dergl., in welchem Falle eine Erlaubniss des Bischofs nicht erforderlich ist.

Die *dames du sacré coeur* dürfen ihre Häuser nur verlassen, wenn die General-Oberin sie auf Reisen schickt²⁾; sie dürfen mit Auswärtigen im Sprechzimmer sich unterreden, sofern die Oberin es gestattet, Fremde ausser nahen Verwandten der Schwestern und Pensionärinnen sollen in das Innere des Hauses nicht eindringen, die Oberin hat aber das Recht, noch verschiedene Ausnahmen zu gestatten, eine oberhirtliche Dispense ist nicht nöthig; das Sprechzimmer enthält kein Gitter.

Schwierigkeiten sind bei der Bestätigung dieser Congregationen oder ihrer Statuten aus dem Mangel der Clausur nirgend erwachsen, die Animadversionen erwähnen nichts davon. Wo keine besonderen Anordnungen gegeben sind, ist volle Freiheit gesattet, aber unzweifelhaft nur mit den selbstverständlichen Beschränkungen, welche in Betreff der Borromäerinnen angeführt sind, weil diese zur Erhaltung der Zucht und Ordnung überhaupt unerlässlich sind; ohne Erlaubniss der Oberin, willkürlich, darf also keine Schwester ausgehen oder Besuche annehmen; dass sie den Ausgang nicht zu anderen Zwecken, als denen, zu welchen er gestattet oder befohlen ist, benutzen darf, versteht sich von selbst.

1) Statuten 2. Th. 5. Kap.

2) Constitutionen 3. Th. 6. Kap.

Eine Erörterung des sonstigen Inhalts des Keuschheitsgelübdes kann als überflüssig angesehen werden; im vorigen Paragraphen ist schon ausgeführt worden, dass, während die Gelübde in Kraft sind, die Professschwester keine Ehe eingehen darf; verlässt sie jedoch ihr Institut und verheirathet sich, so ist ihre Ehe zwar unerlaubt, aber gültig.

§. 3. Endschaft der Gelübde. Dispensation.

Die Gelübde können aus verschiedenen Gründen aufhören wirksam zu sein. Dies findet zunächst in dem eigentlich nicht hierher gehörigen Falle statt, dass dieselben nichtig waren und dies im canonischen Process festgestellt wird, doch ist dies nur für die Aeusserlichkeit ein Aufhören der Wirksamkeit, weil die innere und rechtliche Unwirksamkeit schon von Anfang an vorhanden war. Die Gelübde verlieren aber ihre Kraft durch Ablauf der Zeit, für welche sie abgelegt wurden, die Gelübde der Armuth und des Gehorsams (nicht der Keuschheit) werden unwirksam durch Ausstossung aus der Gemeinschaft, die Verpflichtung aus allen endlich wird gelöst durch die Dispensation.

Das auf Nichtigkeit lautende Urtheil hat nach erlangter Rechtskraft die Wirkung, dass der (die) Professe die Gesellschaft sofort verlassen muss, sofern er nicht etwa gültige Gelübde ablegen will und dazu verstattet wird. Durch das Erkenntniss wird festgestellt, dass eine Verbindlichkeit aus dem Gelübde nicht vorhanden war, alle zuwiderlaufenden Handlungen also erlaubt und gültig waren und sind.

Ueber die Beendigung durch Ablauf der festgesetzten Zeit ist nichts zu sagen, die Gelübde verlieren mit Ablauf der Frist, für welche sie geleistet wurden, alle ihre Wirkung¹⁾.

Dass die Gelübde der Armuth und des Gehorsams in Folge der Ausschliessung nicht mehr binden, ist gemeinen Rechtes, ergibt sich übrigens aus der Natur der Sache, weil sie nur in der Gemeinschaft ausgeübt und beobachtet werden können; das Gelübde der Keuschheit kann auch ausser der Gemeinschaft bewahrt werden, wird also durch die Ausstossung nicht berührt; doch findet auch hinsichtlich der erstgenannten kein eigentliches Erlöschen statt, sondern ihre Wirkung wird nur suspendirt, bis etwa die Wiederaufnahme erfolgt, welche die ausgestossene Person anstreben und, sobald sie angeboten wird, acceptiren muss.

1) Vergl. *Ferraris* v. votum III. 7.

Wichtiger als diese, nur sehr selten vorkommenden Arten des Unwirksamwerdens ist die Aufhebung durch Dispensation.

Es ist bekannt, dass Niemand, auch der Papst nicht, von Beobachtung der drei Ordensgelübde in der Art dispensiren kann, dass der Dispensirte dieselben nicht zu halten braucht und dabei im Ordensstande bleiben kann, sondern der Papst, und zwar nur dieser, ist nach gemeinem Recht befugt, eine Ordensperson von den Gelübden zu entbinden, wodurch dieselbe in den weltlichen Stand zurücktritt. Es fragt sich nun, wer von den einfachen Gelübden dispensiren, eine Professschwester einer neueren Congregation „säcularisiren“ d. h. wieder zu einer weltlichen Person machen kann. Wie bemerkt, kann vom feierlichen Ordens- und vom Keuschheitsgelübde nur der Papst entbinden¹⁾, dieselben gehören zu den fünf dem heiligen Stuhle reservirten; es besteht aber auch kein Streit unter den Canonisten, dass dies nur von den päpstlich approbirten Orden (approbata religio) in der früheren Bedeutung des Wortes „Approbation“ gilt. Hiernach ist schon anzunehmen, dass die Bischöfe von allen anderen, nicht ausdrücklich der höchsten kirchlichen Autorität reservirten Gelübden dispensiren können. Dies liegt in der Natur der Sache. Man muss zweierlei Arten von Dispensationen unterscheiden. Wenn eine Bestimmung vorliegt, welche befolgt werden muss, ein Gesetz, so kann nur derjenige davon dispensiren, d. h. eine Ausnahme vom Gesetz machen, welcher das Gesetz gegeben hat oder es aufheben kann, also der Gesetzgeber selbst oder der, dem er dazu die Vollmacht ertheilt hat. Anders steht es mit dem Gelübde, welches als ein Gott gegebenes Versprechen von denen gelöst resp. durch Zurückgabe dieses Versprechens aufgehoben werden kann, welche es als Gottes Stellvertreter auf Erden angenommen haben, also in dieser Eigenschaft auch zurückgeben oder lösen können; dies sind die Bischöfe als Inhaber des Kirchenregiments, dieselben könnten also von jedem Gelübde dispensiren, wenn nicht einzelne durch das Gesetz ausgenommen wären, sie können daher auch von den einfachen Gelübden entbinden, sofern dieselben nicht dem päpstlichen Stuhle reservirt sind²⁾. Nun sind die Gelübde in den neueren Genossen-

1) C. 5. Extrav. comm. 5, 9.

2) Häufig werden die Dispensationen in Pausch und Bogen als Ausnahmen vom Gesetz hingestellt und behandelt; wäre dies richtig, so müsste die Dispense von den Gelübden als eine Ausnahme von der heiligen Regel oder den Statuten angesehen werden, welche die Beobachtung der Gelübde

schaften zwar nicht allgemein, aber doch häufig dem päpstlichen Stuhle reservirt worden und zwar namentlich in neuester Zeit durch Festsetzung in den Animadversionen¹⁾; man hat das Reservat jetzt grundsätzlich bei allen Constitutionsentwürfen für Vereine, welche sich über mehr als eine Diöcese erstrecken, gemacht, unzweifelhaft, weil diese Angelegenheit allgemeiner Natur ist und in Behandlung derselben gleichmässige Grundsätze beobachtet werden sollen.

Das Recht des heiligen Stuhles, die Entbindung von diesen Gelübden sich vorzubehalten, bedarf keiner Erörterung; da aber der Vorbehalt in jedem Falle besonders gemacht wird und ohne einen solchen das natürliche Recht der Bischöfe nicht beschränkt ist, wird diesen die Dispensation zustehen, sobald sie nicht ausdrücklich reservirt ist. Aus dem Gesagten folgt, was übrigens kaum erwähnt zu werden braucht, dass keiner Oberin, die General-Oberin eingeschlossen, die Dispensation von den Gelübden zusteht.

Aus welchen Gründen dispensirt wird, ist im Allgemeinen nicht festzustellen, weil die Dispense ein Gnadenact ist und nicht von Rechtswegen gefordert, sondern nur erbeten werden kann.

Bei den Orden kamen Dispensen aus Gründen des öffentlichen Wohles vor, wenn man das Aussterben eines fürstlichen Hauses und daraus entspringende Thronstreitigkeiten verhindern wollte; heut zu Tage dürfte dieser Grund seltener in Anwendung kommen. Ein anderer Grund aber kann eher vorhanden sein, nämlich der, dass die Gelübde als nichtig angefochten werden, die Nichtigkeit aber nicht vollständig erwiesen werden kann; in diesem Falle wird häufig dispensirt und ist diese Dispense nach der Meinung der Rechtslehrer²⁾ nicht dem Papste reservirt, weil die Reservation strict anzuwenden ist und sich deshalb nur auf die Fälle einer unzweifelhaften Gelübdeablegung beziehen soll; doch ist es, wenn einfach ausgesprochen ist, dass nur der heilige Stuhl von den Ge-

vorschreiben. Dann hätte aber die Kirche unzweifelhaft nicht selbst erklärt, dass nur das Gelübde gelöst, nicht aber von der Beobachtung dispensirt werden kann, dann wäre dies letztere in der That möglich, weil es sich blos um ein Kirchengesetz handelte. Dies ist aber unrichtig. Die Pflicht zur Beobachtung ist göttlichen Rechtes, davon kann nicht dispensirt werden, so lange das Gelübde besteht, die Kirche kann aber von dem Versprechen im Namen Gottes befreien und somit das ganze Gelübde aufheben.

1) Animadversiones vom 25. April, 30. April, 9. Mai 1860. Archiv für kath. Kirchenrecht N. F. Bd. IX, S. 412 u. f. Vom 11. Juli 1860 Analecta 46. Liefer. col. 1054.

2) *Ferraris* v. votum art. III, 32.

lüssen entbinden kann, sicherer, auch bei solcher Lage der Sache sich an ihn zu wenden, der Antrag Seitens der Schwester ist aber zuerst immer dem Diöcesan-Bischof mit der Bitte um Befürwortung beim heiligen Vater einzureichen.

Bedingung jeder Dispens ist, dass die vorgetragenen That-sachen wahr sind; sind sie erdichtet oder wesentlich entstellt, so ist die Dispens erschlichen und ungültig. In der Regel wird dieselbe übrigens nicht ohne eine gewisse Commutation ertheilt, indem der Dispensirten Fasten, Gebete und dergl. zur Pflicht gemacht werden.

Formulare zu §. 2. b. dieses Kapitels.

Alle derartigen Anträge müssen von der betreffenden Schwester selbst und zwar mit ihrem Tauf- und Elternnamen unterschrieben werden, der Name als Schwester kommt hinter den Taufnamen in Parenthese, z. B. M. Elisabeth (Xaveria) Müller, barmherzige Schwester. Die Bezeichnung der Congregation bei der Unterschrift ist nicht unbedingt nothwendig.

A. Anträge auf Herausgabe von Erbschaften oder Zu-
ziehung zu Erbesauseinandersetzungen und dergl.

Diese Anträge dürfen nicht zu spät gestellt werden, die Zeit, wann es zu geschehen hat, ergibt sich aus den Umständen.

1.

An das Königl. Gericht zu N. ¹⁾

Seit dem Tode meines Vaters, des Bauerauszüglers (Schneidermeisters etc.) N., welcher am zu N. gestorben ist, werde ich bei dem etc. etc. bevormundet und wird im dortigen Depositorium mein Erbtheil verwaltet.

Da ich ausweislich der Vormundschaftsacten bereits am, also vor drei Monaten, grossjährig geworden bin ²⁾, bitte ich, mein Erbtheil zu berechnen und mir auszuantworten. Ich lebe hierselbst, am Orte des Gerichts in dem Hause der Schwestern.

1) Wenn nicht die Gerichte, sondern andere Behörden, die Vormundschaften zu führen haben, ist die Adresse und der Antrag demgemäss zu ändern, z. B. Bezirksamt, Vormundschaftsrath etc.

2) Der Antrag ist nicht zu übereilen, sondern erst zu stellen, wenn die Behörde drei oder vier Monate nach der erlangten Majorität keine Schritte thut.

Anmerkung. Wenn die Schwester nicht am Orte oder im Bezirk des Gerichts sich befindet, sondern in einem andern Bezirk, so ist statt des Schlusssatzes zu sagen:

Ich bin hierselbst im Hause der Schwestern stationirt und bitte das (hiesige) Gericht (das Gericht zu M.) um Auszahlung meines Erbtheils zu requiriren.

Ort, Datum. Unterschrift.

2.

An das Gericht zu N.

An dem starb mein Vater, der N. zu N.; ich bin, wie aus den Acten des etc. etc. hervorgehen muss und event. durch Vorlegung meines Taufscheins erwiesen werden kann, grossjährig.

Wie ich in Erfahrung gebracht, schwebt bei dem etc. etc. die Erbesauseinandersetzung; da ich bei derselben interessirt bin und noch nichts (und erst 200 Gulden) bei Lebzeiten meines Vaters auf mein Erbtheil erhalten habe, bitte ich, mich zu dem Verfahren zuzuziehen.

Ich wohne hierselbst im Hause der Schwestern. (Ich bin hierselbst in dem Hause der Schwestern stationirt und bitte deshalb, das hiesige Gericht (das zu M.) zur Vorlegung der Acten und Entgegennahme meiner Erklärungen zu requiriren.)

Ort, Datum.

Unterschrift.

3.

Bei Erbschaften nach anderen Verwandten ist das Verwandtschaftsverhältniss kurz zu bezeichnen, auch kann hier, wie zu 2, der Antrag gestellt werden,

einen Termin zu meiner Erbeslegitimation anzusetzen.

Das Verfahren bei dem ferneren Gange der Sache kann hier nicht geschildert werden; sobald sich andere Schwierigkeiten, als aus dem Gelübde der Armuth finden, muss ein rechtsverständiger Freund zugezogen werden.

B.

Wenn das Gericht fragen sollte, ob die Schwester bereits die Gelübde abgelegt hat, oder wenn das Gericht oder Miterben den Einwand machen sollten, dass die Schwester, weil sie bereits Profess gemacht hat, erbunfähig oder als verstorben anzusehen sei, so ist

der Diöcesan-Bischof um ein Attest zu ersuchen, dass die Gelübde in der Congregation der nur einfache sind, die Congregation kein Kloster oder Orden ist und ihre Mitglieder keine Nonnen sind und dass die letzteren nach Inhalt der Statuten berechtigt sind, auch nach Ablegung der Gelübde Eigenthum zu haben oder zu erwerben. Dieses Attest ist der Behörde vorzulegen:

An das Gericht zu N.

Ich habe zwar in der Congregation der zu N. bereits die lebenslänglichen Gelübde abgelegt, dieselben ziehen aber den Verlust der Rechtsfähigkeit nicht nach sich, wie aus dem mit der Bitte um Rückgabe beigelegten Atteste des Herrn Bischofs von hervorgeht. Da nach demselben Atteste meine Congregation kein Kloster ist, ich also keine Nonne bin, kann ich auch nicht als verstorben angesehen werden und bitte daher, meinem Antrage vom Statt zu geben (den Einspruch der Miterben zurückzuweisen und mich zur Erbregulirung zuzuziehen).

Erfolgt hierauf die Verweisung zum Process, so muss ein Anwalt oder sonstiger Rechtsfreund zugezogen werden, wird aber der Antrag blos von der Behörde zurückgewiesen, so ist

C. an die höhere Instanz zu gehen:

An das Königl. Appellationsgericht (Bezirksregierung) zu N.

Unter dem wendete ich mich an das Gericht zu N., bei welchem mein Erbtheil nach meinem Vater (meiner Mutter und dergl.) deponirt ist, um Ausantwortung desselben, wie die Acten betr. die Vormundschaft über die Kinder des am zu N. verstorbenen N. N. ergeben.

(In der Erbregulirungssache nach dem am zu N. verstorbenen beantragte ich am zu dem Auseinandersetzungsverfahren zugezogen zu werden, weil ich als Tochter [Bruderstochter u. s. w.] denselben beerbt habe, also dabei interessirt bin.)

Das Gericht hat jedoch diesen Antrag durch die gehorsamst beigelegte Verfügung vom zurückgewiesen, weil ich in der Congregation der bereits die Gelübde abgelegt habe, und hat auf meine desfallsige Remonstration, in welcher ich durch das ebenfalls

beiliegende Attest des Herrn Bischofs von nachwies, dass ich durch diese Profess der Rechtsfähigkeit nicht beraubt worden bin, mich ebenfalls abschläg-lich beschieden, wie aus der beiliegenden Verfügung vom hervorgeht.

Durch das erwähnte Attest ist dargethan, dass die Gelübde in der Congregation der nur einfache sind, aber keine feierlichen, welche allein geeignet sind, dem Ablegenden die Vermögensfähigkeit zu entziehen, und dass die Gemeinschaft, in die ich eingetreten bin, kein Kloster oder Orden ist. Nur die Professen feierlicher Gelübde, die Mönche und Nonnen, überhaupt die Mitglieder von Klöstern sind nach gemeinem Rechte (§. 1057 und 1199 T. 11. Th. II. A. L. Rechts [für Preussen]) als verstorben anzusehen.

Hierzu kommt, dass die Congregation der noch gar keine Corporationsrechte erlangt hat und überhaupt vom Staate gar nicht anerkannt ist, also im Sinne der Staatsgesetzgebung nicht als Kloster erachtet werden kann, sondern nur ein freier Verein ist, dass also auch aus diesem Grunde die Gesetze über die Vermögensunfähigkeit der Mönche und Nonnen auf mich nicht angewendet werden können.

(Hierzu kommt, dass die Congregation der zwar Corporationsrechte erhalten hat durch die Cabinetsordre vom, dass ihr diese Rechte aber nur zum Zwecke des Vermögenserwerbs verliehen worden sind und sie dadurch noch kein Kloster im Sinne der Staatsgesetzgebung geworden ist, dass also auch aus diesem Grunde die Gesetze über die Vermögensunfähigkeit der Mönche und Nonnen auf mich nicht angewendet werden können.)

(Für Preussen: Die Congregation der hat zwar durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom Corporationsrechte erlangt, aber nur zum Zwecke des Vermögenserwerbs und nicht als Kloster-Corporation durch ein Gesetz; daher können die Gelübde, welche ich abgelegt habe, nach dem Ober-Tribunals-Erkenntnisse vom 27. November 1860 — Striethorst's Archiv für Rechtsfälle, Band 39. — nicht als solche angesehen werden, von welchen das allgemeine Landrecht in den erwähnten Paragraphen spricht, und können also auch diese Paragraphen

auf mich keine Anwendung finden. Ich stelle anheim, die Vorlegung der gedachten Cabinetsordre vom Herrn Bischof nachzusuchen.)

(Für Baiern: Die barmherzigen Schwestern können nach §. 32., 40. und 49. ihrer durch Cabinetsordre vom 30. Mai 1835 bestätigten Statuten offenbar nicht als vermögensunfähig angesehen werden, die Statuten der Congregation der haben in Betreff des Vermögens gleiche Principien, daher wird auch von deren Professschwwestern und resp. mir das Gleiche gelten müssen¹⁾).

(Uebrigens werden die Statuten, welche die Frau Oberin (General-Oberin) zu auf Erfordern vorlegen wird, wenn es noch nöthig sein sollte, die Richtigkeit meiner Ausführungen und zur Ergänzung des bischöflichen Zeugnisses das Nähere ergeben²⁾).

Ich bitte hiernach, das Gericht zu N. anzuweisen, meinem beregten Antrage Statt zu geben.

Siebentes Kapitel.

Aufnahme und Entlassung.

§. 1. Aufnahme. Noviziat.

Die Aufnahme in diese Congregationen ist nicht leicht. Ausser dem Berufe, welcher erst während des Noviziats gründlich geprüft werden kann, sind mehrere, strenge Bedingungen vorgeschrieben, hinsichtlich deren die Constitutionen ziemlich gleichlautend sind.

Ueberall wird ein gesunder und kräftiger Körper, welcher im Aeusseren nicht entstellt und frei von organischen Fehlern ist, gefordert. Personen, welche ängstlich sind, zum Trübsinn, zu Scrupeln oder zur religiösen Schwärmerei neigen³⁾, dürfen nicht aufgenommen

1) Bei den barmherzigen Schwestern in Baiern ist die lange Deduction unnöthig, dieselben können sich schon der ersten Instanz gegenüber einfach auf ihre Statuten berufen.

2) Die Sätze, welche in Parenthese gestellt sind, müssen den Umständen nach, der eine oder andere gebraucht werden, der Schlusssatz der Deduction „Uebrigens werden u. s. w.“ wird meistens wegbleiben mögen.

3) Begeisterung wird verlangt, aber die Begeisterung eines freien Herzens und klaren Kopfes, nicht die trübe oder bald erlöschende Flamme der religiösen Schwärmerei; diese Eigenschaft wird übrigens bei dem nüchternen, arbeitsvollen Leben der Schwestern bald entdeckt, eine Schwärmerin ist zu dieser Lebensweise nicht zu brauchen und fällt sofort auf.

werden, ebenso solche, welche schon einmal geisteskrank waren, oder an einer Krankheit gelitten haben, deren Wiederkehr zu befürchten ist. Die körperliche Gesundheit ist schwer festzustellen, weshalb bei den *dames du sacré coeur* die Entlassung selbst nach Ablegung der ersten fünfjährigen Gelübde für solche festgesetzt ist, welche in Folge einer verheimlichten Schwäche der Gesellschaft nachtheilig werden könnten; ein zuverlässiges, ärztliches Attest ist schwer zu erlangen, ärztliche Untersuchung aus Rücksicht auf die Decenz unmöglich, man kann sich deshalb nur auf den Augenschein und die Versicherung der Candidatin verlassen; manche Gebrechen werden sich allerdings schon während der Probezeit herausstellen, eines der grössten aber, die Lungenschwindsucht, bildet sich häufig erst später aus, daher ist gerade in dieser Beziehung grosse Vorsicht nöthig.

Mitunter ist ein bestimmtes Alter vorgeschrieben; wo nichts bestimmt ist, darf der Eintritt nicht unter zwölf Jahren erfolgen.

Fernere Bedingung ist in der Regel die eheliche Geburt von unbescholtenen, christlichen Eltern; in einigen Vereinen werden auch Personen, welche schon niedrige Dienste geleistet haben, nicht aufgenommen. Ueberall wird verlangt, dass die Candidatin wenigstens die nothwendigsten Elementarkenntnisse mitbringt und die Fähigkeit besitzt, sich die für die Thätigkeit des Vereins erforderlichen Kenntnisse während der Probezeit anzueignen.

Ein sehr wichtiges Erforderniss ist ein tiefer, religiöser Sinn und bisheriges tadelfreies Leben; hierüber ist laut Vorschrift immer ein Attest des bisherigen Seelsorgers beizubringen, ohne welches die Candidatin nicht aufgenommen werden darf; ausserdem muss immer das Tauf- und Firmungszeugniss producirt werden, von dem letzteren muss selbstredend Umgang genommen werden, wo es nicht hergebracht ist.

Ob die Candidatin wirklich dauernd von der tiefen, religiösen Richtung, von der Begeisterung für die Ehre des Herrn und das Heil ihrer Mitmenschen durchdrungen ist, ob ihr die hauptsächlichste Eigenschaft, der wahre Beruf, innewohnt, ob sie Demuth, Opferwilligkeit und Festigkeit genug besitzt, um ihre schweren Pflichten erfüllen zu können, das kann allerdings erst der Lauf der Zeit lehren, dazu dient die Probezeit, doch muss von vornherein grosse Aufmerksamkeit angewendet werden. Auch ist dieselbe ausdrücklich anbefohlen. Die Oberen sollen genau untersuchen, in welchem Geiste und Willen, mit welcher Gesinnung die Candidatinnen diese Lebensweise erwählt haben, welchen Zweck sie sich dabei setzten,

ob sie vom Eifer, bessere Früchte zu bringen, ein vollkommeneres Leben zu führen und Gott freier zu dienen, dazu geführt wurden oder mehr aus Leichtsinne oder irgend einer menschlichen Regung oder einer ungeordneten Bewegung des Geistes. Bei den Borromäerinnen und anderen Genossenschaften ist vorgeschrieben, dass die Oberen sich so viel als möglich Gewissheit verschaffen sollen, ob der Entschluss zum Eintritt von göttlicher Eingebung herzuleiten ist; daher soll man die Zeit, in welcher die Candidatin den Entschluss fasste, und die Gründe, die sie dazu bewogen haben, sorgfältig prüfen, auch andere kluge und erfahrene Männer fragen, was sie für einen Wandel in der Welt geführt hat, und sich nicht verleiten lassen, eine ungeeignete Person aus irgend welchem Antriebe anzunehmen.

Wer über die Aufnahme zu entscheiden hat, ist bereits gesagt worden, der Diöcesan-Bischof braucht zunächst nicht angefragt zu werden. Die Aufgenommene wird nicht sofort Novize, sondern muss als Candidatin oder Postulantin eine kürzere Probezeit (drei Monate) durchmachen, nach welcher regelmässig, wie namentlich neuerdings in den Animadversionen verlangt worden, neun- oder zehntägige Exercitien abgehalten werden; an deren Schluss hat die Candidatin sich nochmals auszusprechen, ob sie bei ihrem Wunsche, in die Congregation einzutreten, verharret.

Die Congregation selbst muss schon vorher durch ihre zuständigen Oberen Beschluss gefasst haben, ob sie die Candidatin behalten will; im Bejahungsfalle ist unter Einsendung der schon erwähnten Documente an den Bischof zu berichten. (Vergl. Kap. 4. §. 2.) Beharrt die Candidatin, nachdem die bischöfliche Genehmigung eingegangen und die Exercitien beendet sind, auf ihrem Wunsche, so folgt nun die Aufnahme als Novize durch den mehr oder weniger feierlichen Act der Einkleidung; die Kleidung der Novizen ist der der Professschwestern ähnlich, in der Regel nur durch das Fehlen des Ringes oder des Rosenkranzes und dergl. von der letzteren unterschieden.

Während des Noviziats geschieht nun die eigentliche, ascetische Erziehung und die Ausbildung für die Vereinszwecke.

Die Novizen bewohnen zu diesem Behufe in der Regel ein bestimmtes Haus, das Noviziat, in welchem sie unter der Leitung und Instruction der Novizmeisterin leben. In neuester Zeit ist in den Animadversionen öfter verlangt worden, dass sie während dieser Zeit von den Professinnen getrennt sind und nicht in andere Häuser verschickt werden, in älteren Congregationen ist dies nicht vorge-

schrieben, bei den Borromäerinnen sollen sie sogar ein Jahr in einem Filialhause leben, was gerade bei dieser Genossenschaft wegen der Mannigfaltigkeit ihrer Leistungen unerlässlich ist¹⁾; bei derselben dauert aber das Noviziat drei Jahre, während jene Forderung immer nur gestellt wurde, wo die Probezeit nur zwei Jahre oder weniger beträgt.

Die Ausbildung der Novizen geschieht nun zunächst in eigentlich religiöser Beziehung durch eine genaue Instruction über die Statuten, die Bedeutung der Gelübde (nach guten Autoren) und durch Uebung und Prüfung im Gehorsam und der Demuth; dies letztere namentlich ist ein Punct, dessen zu leichte Behandlung sich für die Congregation bitter rächen kann, eine hochfahrende, ungehorsame Professschwester ist eine Geissel für alle Häuser. Hand in Hand mit der geistlichen Ausbildung geht die Vorbereitung für die dem Verein obliegende oder sonst nothwendige Thätigkeit und die Uebung darin. Von den gewöhnlichen Hausarbeiten zu schweigen, haben diese Vereine zwei Hauptrichtungen, die einen Erziehung und Unterricht, die anderen Kranken- und Armenpflege, manche verfolgen beide Zwecke, aber selbstverständlich regelmässig durch verschiedene Organe. Die Noviziatszeit wird nun auch, und zwar ist dies einer ihrer Hauptzwecke, zur technischen Ausbildung der jungen Schwestern benützt, theils für das Lehrfach, theils für den Krankendienst; in ersterem werden die Schwestern soweit ausgebildet, dass sie schon vor oder doch zur Zeit der Profess befähigt sind, Unterricht zu ertheilen und, wo ein Lehrerinnen-Examen besteht, dasselbe abzulegen²⁾, in letzterem müssen sie sich die nothwendigen Kenntnisse und Geschicklichkeiten aneignen, den natürlichen Schrecken vor ekelhaften Krankheiten und grossen Wunden abgewöhnen, so dass sie verstehen dem Arzte zu gehorchen, seine Weisungen auszuführen und in dringenden Fällen sich selbst zu helfen, wenn der Arzt nicht sofort zu haben ist³⁾. Dies Alles, die Uebung im Unterrichten und die Kenntniss der Oeconomie für grössere Anstalten eingeschlossen, kann nun natürlich weniger durch theoretische Instruction, als durch

1) Die barmherzigen Schwestern in Bezug auf Armen- und Krankenpflege. (Von Cl. Brentano.) Coblenz 1831.

2) In den Animadversionen ist verboten worden, dass der Musikunterricht von Männern ertheilt wird.

3) Eine hochpoetische, aber durchaus zutreffende Schilderung des Bildungsganges der Novizen findet sich in dem citirten Brentano'schen Werke: „Die barmherzigen Schwestern in Bezug auf Armen- und Krankenpflege.“ Hier schien eine detaillirte Darstellung nicht am Orte.

die Praxis geschehen, die Novizen müssen im Krankenhause, in der ambulanten Krankenpflege u. s. w. den practischen Dienst vollständig durchmachen; hieraus ergibt sich auch, in wie weit die Vorschrift der Trennung von den Professinnen durchgeführt werden kann, wo sie vorgeschrieben ist; dieselbe kann nur dahin verstanden werden, dass die Absonderung immer geboten ist, wenn die Arbeit und Erziehung nicht die Gemeinschaft fordern, andernfalls würde es nicht möglich sein, die Novizen practisch auszubilden oder zu erkennen, ob sie für die Vereinszwecke geeignet oder nicht.

Die Novizen stehen vollständig unter der Aufsicht der Novizmeisterin und unter dem Gehorsam gegen die Oberen und die Statuten des Vereins, gegen die letzteren natürlich nur, soweit sie auf sie passen. Ihr Gehorsam ist, wie früher schon bemerkt, nur ein freiwilliger oder, besser gesagt, ein conventioneller, d. h. sie können nicht dazu gezwungen werden, weil sie sich nicht auf die Statuten und noch weniger durch die Gelübde verpflichtet haben, sie können nur, und zwar jeden Augenblick, entlassen werden, wenn sie nicht gehorchen, und ebenso, wenn sie sich als ungeeignet herausstellen, denn sie haben kein Recht, ihr Verbleiben im Verein zu verlangen. So lange sie in der Congregation sind, müssen sie sich übrigens auch den Bestimmungen über die Correspondenz und den Verkehr mit Fremden fügen.

Ihre Rechte über ihr Vermögen dürfen nicht geschmälert werden, obwohl ihnen ebenso wenig wie den Professschwestern zusteht, eine eigene Casse zu führen. Sie behalten das Eigenthum ihrer Güter und können auch darüber verfügen; bringen sie Vermögensstücke in das Haus mit, so werden dieselben bei der General-Oberin niedergelegt, welche darüber genau Buch zu führen hat. In einzelnen Animadversionen ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass die Novizen in der freien Disposition über ihr Vermögen nicht gehindert werden dürfen¹⁾; es bedarf keiner Erwähnung, dass keinerlei Eingriff in die Freiheit der Novizen, über ihre Güter zu verfügen, gestattet ist, dass jede desfallsige Einmischung strafbar sein würde, auch wenn sie nicht von Simonie begleitet wäre.

Die Dauer des Noviziats ist verschieden festgesetzt, bei den Borromäerinnen beträgt sie drei Jahre, bei den armen Dienstmägden Christi zwei Jahre (nach den ersten Statuten), bei den Schulschwestern ein Jahr; die geringere Frist finden wir in der Regel nur bei

1) Animadversionen vom 23. März 1860. Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX.

den Congregationen, in welchen zuerst Gelübde auf bestimmte Zeit, fünf oder sieben Jahre, geleistet werden. Wenn die Constitutionen keine Bestimmung enthalten sollten, müsste das Tridentinum gelten, welches eine einjährige Probezeit vorschreibt, unter diese kann aber überhaupt nicht heruntergegangen werden. Nur der Papst ist berechtigt, von der festgesetzten Probezeit durch Dispensation Etwas nachzulassen, die S. Congr. epp. et reg. hat Gelegenheit gehabt, bei einem vorgelegten Entwurf dies auszusprechen; der Grund liegt darin, dass die päpstlich bestätigten Statuten allgemeines Kirchengesetz sind, hiervon aber nur der heilige Vater dispensiren kann, in einzelnen Constitutionen habe ich auch nirgend gefunden, dass einer anderen Behörde eine solche Befugniss eingeräumt wäre.

Wenn die Noviziatszeit zu Ende geht, die Novize das vorgeschriebene Lebensalter erreicht hat und bei ihrem Wunsche, in die Congregation aufgenommen zu werden, beharrt, so müssen nach dem Berichte der Novizmeisterin und nach der eigenen Kenntniss von dem Character, der Führung und den Leistungen der Novize die dazu Berechtigten beschliessen, ob sie dieselbe zur Profess zulassen wollen. Dass der General-Oberin die Entscheidung hierüber nicht allein zusteht, ist im fünften Kapitel auseinandergesetzt worden, mitunter haben alle Professinnen eines bestimmten Alters sich darüber auszusprechen, häufig aber blos der Rath; wenn die Constitutionen nichts besagen, wird dieser Beschluss zur Competenz des letzteren gehören, wenigstens haben die Animadversionen dies einige Male angeordnet.

Fällt der Beschluss gegen die Aufnahme aus, so muss die Novize sofort entlassen werden, wenigstens nach den Statuten einiger Vereine, auch scheint dies der einzig richtige Weg zu sein, um Missgriffe zu vermeiden; wegen einer noch ausfüllbaren Lücke in den positiven Kenntnissen wird keine Novize von der Profess zurückgehalten, hat eine Schwester aber während des Noviziats die sonst nothwendigen Eigenschaften nicht erlangt, die Achtung und Liebe ihrer Vorgesetzten nicht erworben und kann deshalb nach Ablauf der gesetzlichen Frist nicht zur Profess zugelassen werden, so wird sie sich auch in einem längeren Zeitraum nicht die nöthige Qualification erwerben, ein längeres Belassen im Institut kann also blos den Effect haben, dass dem Mädchen künftig mit dem höheren Alter das Fortkommen in der Welt noch schwerer wird oder dass die Schwestern durch seine Beharrlichkeit sich schliesslich zum Mitleid bewegen lassen und eine ungeeignete Person aufnehmen, welche dann dem Verein nur zum Schaden gereicht; daher ist nur

selten den Oberen das Recht eingeräumt worden, die Noviziatszeit zu verlängern. Hat die Novize noch nicht das vorgeschriebene Lebensalter erreicht, so kann über ihre Zulassung noch nicht beschlossen werden, sondern sie muss in ihrem bisherigen Verhältniss verharren, in diesem Falle versteht sich die Verlängerung der Probezeit von selbst.

Wenn aber die Majorität derer, welche darüber zu befinden haben, sich für die Zulassung zu den Gelübden ausspricht, so ist auf Beschaffung des Consenses Seitens der Eltern oder des Vormundes zu sehen. Dieser Consens darf zwar nicht verweigert werden, auch ist die Profess ohne denselben gültig, es ist aber aus vielen Gründen angemessen, dass die Novize sich mit ihren natürlichen Vorgesetzten darüber in Liebe einigt und eine freundliche Einwilligung erzielt. Unabhängig hiervon muss an den Diöcesan-Bischof des Mutterhauses, in welchem die Gelübde abgelegt werden sollen, berichtet und die Genehmigung zur Professleistung erbeten werden. Der Bischof beauftragt nun, wenn er das Geschäft nicht selbst vornimmt, einen Geistlichen, mit der Novize das im Tridentinum vorgeschriebene Examen abzuhalten, bei welchem die grösste Genauigkeit (*quam exploravit — — diligenter*) nicht blos über die Willensfreiheit und die Ueberzeugung der Novize von ihrem Berufe zu diesem Stande, sondern auch über ihre Kenntniss der Constitutionen und der zu übernehmenden Pflichten dringend geboten ist; über das Examen wird ein Protokoll aufgenommen, welches die Novize unterschreibt, der Bischof erhält dasselbe im Original oder in einer vom Commissarius zu beglaubigenden genauen Abschrift. Ist nun die Genehmigung des Ordinarius nach oder, wie gewöhnlich, vor dem Examen in der Voraussetzung, dass sich kein Anstand dabei findet, ertheilt worden, so folgen nun geistliche Exercitien, deren Abhaltung in jüngster Zeit wieder bei Prüfung von Statuten-Entwürfen von der S. Congr. eingeschärft und deren Dauer auf zehn Tage festgesetzt worden ist¹⁾. Die Gelübdeablegung geschieht demnächst während der heiligen Messe — in der Regel wohl während eines Hochamtes — nachdem die Novize die heilige Communion empfangen hat, durch Aussprechen und Unterschreiben der Gelübdeformel; wo eine solche nicht feststeht, soll sie nach dem Muster anderer Congregationen beschafft werden²⁾. Die Formel muss das

1) Animadversiones vom 22. März 1862, 3. Januar 1863, *Analecta* 61. Lief. col. 632.

2) Animadversiones vom 27. September 1861. Archiv a. a. O.

Gelübde, in Armuth, Keuschheit und Gehorsam und den Satzungen des Vereins gemäss zu leben, enthalten, die Dauer, für welche dies versprochen wird, ausdrücken und darf das Gelübde selbst nicht als ein feierliches bezeichnen; mitunter wird noch ein viertes Gelübde mit jenen dreien ¹⁾ verbunden, z. B. das, der Jugend Unterricht zu ertheilen, doch ist dies in neuester Zeit von der S. Congr. epp. et reg. gemissbilligt worden, weil dadurch unter Umständen eine Beängstigung der Gewissen entstehen kann ²⁾.

Häufig werden die Gelübde auf Lebenszeit abgelegt und dann noch das der Beständigkeit beigefügt, welches rechtlich keinen besonderen Werth hat, wenn die Formel schon auf die Lebenszeit lautet; dies ist bei den Borromäerinnen der Fall; bei den barmherzigen Schwestern (Töchtern der christlichen Liebe) in Oesterreich wird das Gelübde auf unbestimmte Zeit geleistet und ist der Austritt vorbehalten, bei anderen Vereinen findet die Profess auf kurze Frist, ein oder drei Jahre, statt und ist dann das ganze vorhin beschriebene Verfahren nur vor der ersten Ablegung nöthig.

Endlich wird in einigen Congregationen zuerst auf bestimmte Zeit, fünf oder sieben Jahre, Profess gemacht und erst nach Ablauf dieser Frist auf Lebenszeit; bei diesen Genossenschaften muss das bezeichnete Verfahren zweimal, vor den ersten und vor den lebenslänglichen Gelübden stattfinden; die zweimalige Profess findet sich regelmässig da, wo das Noviziat nur kurze Zeit dauert, und dient dazu, die jungen Schwestern, welche als Novizen nicht in auswärtige Häuser verschickt werden konnten und eine vorzugsweise ascetische Erziehung erhielten, weiter auszubilden, ihre Anstelligkeit und Bewährung im Dienst, in der Arbeit kennen zu lernen. Die Professinnen der ersten, zeitlichen Gelübde haben noch nicht die vollen Rechte der Professschwestern, sie erlangen dieselben erst mit der Profess auf Lebenszeit.

Wo die Gelübde immer nur für bestimmte Zeit oder auf unbestimmte Zeit verpflichten, tritt die Professin, sofern nicht für gewisse Acte eine bestimmte Anciennetät verlangt wird, sofort in alle Rechte einer solchen ein.

1) Das Versprechen, die Statuten zu befolgen, ist kein besonderes Gelübde, sondern nur ein Ausdruck für einen Theil der Pflichten, die durch das Gelübde des Gehorsams übernommen werden.

2) Animadversiones vom 6. Juni 1860, Archiv a. a. O., ferner vom 5. März 1863, Analecta 61. Lieferung.

§. 2. Entlassung.

Nachdem die Schwestern durch die lebenslänglichen Gelübde in die Congregation aufgenommen worden sind, können sie nicht mehr willkürlich, auch nicht wegen Krankheit entlassen werden¹⁾; dies letztere ist mehrfach ausdrücklich untersagt worden, wenn die Statuten-Entwürfe es gestatten wollten; es widerspricht dem Geiste der Liebe und Gerechtigkeit, dass eine Schwester, welche sich selbst dem Verein hingegen, Alles verlassen, auf jede andere Hoffnung verzichtet hat, aus blosser Willkür²⁾ oder wegen einer, vielleicht im Dienst zugezogenen, Krankheit soll entfernt werden können³⁾.

Auch wegen strafbarer Handlungen ist die Entlassung nicht ohne Weiteres möglich, wie im vierten Kapitel §. 2. auseinandergesetzt worden ist. Die Gründe, welche eine Ausstossung veranlassen können, sind dieselben, wie bei Ordensprofessen, namentlich die Unverbesserlichkeit, und gilt hier auch das für die Orden vorgeschriebene Verfahren; die Processform ist nicht besonders vorgezeichnet, ist auch in den einzelnen Diöcesen verschieden, je nachdem ein öffentlicher Ankläger bestellt ist oder nicht, auch ist der Process der summarische, nicht der alte sogenannte, ordentliche.

Dagegen folgt schon aus dem im vorigen Paragraphen Gesagten, dass nach Ablauf der ersten, zeitlichen Gelübde eine Schwester entfernt werden kann dadurch, dass die Congregation sie zu den lebenslänglichen nicht zulässt, von gleicher Wirkung würde es sein, wenn der Bischof die Ablegung dieser letzteren nicht gestattete.

Der Austritt steht der Professschwester — abgesehen von dem Fall nichtiger Gelübde — nur dann frei, wenn die Gelübde auf bestimmte Zeit abgelegt sind und diese Zeit abgelaufen ist, oder wenn er ausdrücklich vorbehalten wurde, wie bei den Töchtern der christlichen Liebe in Oesterreich. In allen anderen Fällen ist dazu eine Dispense nothwendig, über welche im vorigen Kapitel das Nöthige gesagt ist.

1) Dies ist auch während der ersten Gelübdezeit nicht erlaubt, erst nach derselben, Animadversiones vom 10. März 1863, Analecta 61. Lieferung; dass bei den dames du sacré coeur während dieser Zeit die General-Oberin eine Schwester entfernen kann, ist schon gesagt, die Krankheit, welche der Rücksendung zu Grunde liegt, muss aber eine verheimlichte sein, welche schon bei dem Eintritt vorhanden war.

1) Animadversiones vom 24. September 1860. Archiv a. a. O.

2) Verworfen bei den Maristenbrüdern den 13. December 1859, das Princip gilt selbstredend auch für Frauenvereine.

Eine wichtige Frage ist hier noch zu erledigen, nämlich die, ob die austretende oder ausgestossene Schwester ihre Mitgift oder ihr eingebrachtes Vermögen zurückverlangen kann.

Ueber die Mitgift liegt eine Entscheidung der S. Congr. epp. et reg. von 1772 vor¹⁾; dieselbe sagt:

1. Es kommt zuvörderst darauf an, was die Statuten des Vereins bestimmen.

2. Wenn diese sich darüber nicht aussprechen, in der Congregation aber Gelübde auf Lebenszeit abgelegt werden, so entscheidet der heilige Stuhl bei Gelegenheit der Dispensertheilung (im Falle der Ausstossung bei Revision und Bestätigung des Urtheils).

3. Wenn keine Verpflichtung zur Ausdauer vorhanden ist, so kommt es auf den beim Eintritt geschlossenen Contract an. Doch müssen jedenfalls die Sustentationskosten mit den bis zum Austritt gezogenen Zinsen compensirt werden.

Cardinal de Luca erzählt (disc. 77. de regul.), dass er um ein Gutachten, betreffend zwei aus einem Institut mit einfachen Gelübden ausgetretene Schwestern, ersucht worden ist. Er hat dasselbe dahin abgegeben, dass diese Schwestern nach der Strenge des Rechts nichts zurückzufordern hätten, weil ein einfacher Alimentationsvertrag vorläge und dem Empfänger des Capitals keine Verpflichtung auferlegt werden könnte, wenn der zur Alimentation Berechtigte dieselbe nicht mehr geniessen wollte; der Billigkeit würde es jedoch entsprechen, wenn das Institut das Capital zurückgäbe und sich auf die geleistete Verpflegung eine Entschädigung berechnete. Anders stände es, wenn der Verein die Schwestern ohne deren Schuld entliesse (was jetzt als unmöglich angesehen werden muss), dann müsste er das ganze Capital restituiren. Die *Analecta* meinen, man könne sich der, nur mit der grössten Kürze hier wiedergegebenen, Ansicht des gelehrten Cardinals nicht unbedingt anschliessen, denn Niemand werde behaupten wollen, dass eine Schwester, welche vielleicht zehn Jahre in einem solchen Verein als Lehrerin gewirkt habe, bei ihrem Austritt sich einen Theil ihrer Mitgift als Entschädigung für die erhaltene Verpflegung abziehen lassen müsse; man müsse sich in einem solchen Falle an die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen wenden. Das ist nun zwar ein Ausweg, aber ein Rechtsgrundsatz ist damit nicht ausgesprochen. Dieser kann nur dahin lauten, dass eine eigentliche Mitgift, d. i. die als

1) *Analecta*, 32. Lieferung.

solche gezahlte Summe, in das Eigenthum des Vereins übergegangen und mit der Professleistung verfallen ist, sofern nicht etwas Anderes ausdrücklich verabredet ist, dass von dieser also die austretende Schwester nichts zurückverlangen kann. Will man demungeachtet Billigkeit walten lassen und Etwas restituiren, so liegt darin eine Veräusserung, für welche die Genehmigung der S. Congr. epp. et reg. eingeholt werden muss. Anders steht es mit dem Vermögen, welches die Schwester sonst zugebracht hat, mag dies durch eine Cession von Forderungen u. s. w. unmittelbar nach oder vor der Profess oder später mit Gütern, die ihr durch Erbschaft und dergl. zufielen, geschehen sein. In der Regel ist hierbei die Rückforderung für den Fall des Austritts vorbehalten, die pure Eigenthumsübertragung soll jetzt nach der Intention des heiligen Stuhles überhaupt eigentlich nicht stattfinden, vielmehr soll nur die Nutzniessung auf die Gesellschaft übertragen werden, wenn die Schwester nicht anderweitig über ihr Vermögen verfügen will. Ist aber auch dem Verein durch besonderen Act das Eigenthum zugefallen und die Rückforderung für den Fall des Austritts nicht vorbehalten oder in den Constitutionen bestimmt, so ist doch kein Zweifel, dass das Geschäft nur in der Voraussetzung gemacht wurde, die fragliche Schwester werde lebenslänglich in der Genossenschaft verbleiben, dass also bei ihrem freiwilligen oder unfreiwilligen Austritte das Geschäft, dessen wesentliche, stillschweigende Bedingung weggefallen, aufgelöst ist und das übertragene Vermögen zurückgewährt werden muss. Da es aber mit Rücksicht auf den Verbleib der Schwester in der Gesellschaft hingegeben wurde, kann von einer Restitution der Zinsen oder Rechnungslegung nicht die Rede sein, es wird eben nur zurückgezahlt, was übergeben worden war, und auch einen in der Zwischenzeit durch Unglücksfälle geschehenen Verlust muss die Schwester tragen. So ist es bei den barmherzigen Schwestern in Oesterreich statutenmässig und nach weltlichem Recht wird es sich in der Regel ebenso stellen, die staatlich bestätigten Constitutionen der barmherzigen Schwestern in Baiern sprechen in §. 49. denselben Grundsatz aus¹⁾. Hat jedoch die Uebertragung des Eigenthums

1) Die Schwester, welche — — austritt oder — — entlassen wird, kann von dem Orden keine Belohnung oder Vergütung unter was immer für einem Titel fordern.

Man wird ihr aber ihr eingebrachtes Geld, nach Abzug desjenigen, was für sie während der Zeit, da sie noch Aspirantin oder Probeschwester war, verwendet wurde, sowie die weltliche Kleidung nebst anderen Geräthen, welche sie beim Eintritt in's Mutterhaus mitgebracht hat, wieder herausgeben.

mit anderen Modalitäten, z. B. dem Vorbehalt einer Pension für den Fall des Austritts stattgefunden, so hat es dabei sein Bewenden, überhaupt ist der Contract immer zuerst entscheidend, wie schon die Entscheidung von 1772 in Betreff der Mitgift besagt, die Statuten, welche durch den Eintritt acceptirt wurden, haben mit einem besonderen Verträge ganz gleiche Wirkung.

In einer Erklärung der S. Congr. (Animadversionen vom 12. Juli 1861) wurde übrigens als apostolische Bestimmung bekannt gemacht, dass die Cession des Niessbrauchs nur gültig ist, so lange die Schwester sich in der Congregation befindet, dies wird also immer gelten müssen, wenn nicht etwas Anderes evident erwiesen ist.

Achtes Kapitel.

Einzelne kirchliche Bestimmungen.

Ehe auf die im nächsten Kapitel zu besprechenden Beziehungen zur Staatsgewalt und die sonstigen äusseren Verhältnisse übergegangen wird, sind hier der Vollständigkeit wegen noch einzelne kirchliche Bestimmungen zu erwähnen, welche von allgemeinem Interesse sind, im System aber keine passende Stelle zur Einfügung finden konnten.

Hin und wieder ist in den Statuten dieser Vereine Etwas über die Rangordnung der Schwestern bestimmt; der äussere Rang mag hier unerörtert bleiben, zu erwähnen ist nur, dass, wo die Constitutionen dies festsetzen, gewisse Schwestern vor den anderen dadurch bevorzugt sind, dass sie allein zu bestimmten, namentlich den oberen Aemtern gewählt werden können. Dies ist besonders bei den Schulinstituten der Fall, wo die Schwestern, welche sich zum Unterricht bestimmt haben, allein die eigentliche Congregation bilden, der die anderen, nur zu wirthschaftlichen Arbeiten dienenden, nur gewissermassen annectirt sind. Die ersteren führen mitunter den Namen Chorschwestern, die anderen heissen Laienschwestern. Der Uebergang von den Laien- zu den Chorschwestern ist in den Animadversionen einmal gemissbilligt worden¹⁾. Doch ist dies, wie gesagt, nur eine vereinzelte, keine allgemeine Einrichtung. Die vom Alter abhängende Wahlberechtigung ist bereits erwähnt, begründet

1) Novum et periculosum est permitttere ut conversae transeant ad statum choristarum. Animadversiones vom 9. Juni 1860. Archiv für kathol. Kirchenrecht N. F. Bd. IX. Die betreffende Congregation scheint ein Schulinstitut zu sein.

auch keinen Rangunterschied und ist das desfallsige mindere Recht für die einzelne Schwester jedenfalls keine dauernde Eigenschaft. Im übrigen sind alle Schwestern gleich.

Hierher gehört ferner eine Einrichtung, welche in den religiösen Instituten hergebracht ist, nämlich das Sündenbekenntniss vor den übrigen Schwestern. Dasselbe findet sich schon in älteren Constitutionen, z. B. denen der Borromäerinnen: „Jede Professschwester, auch die General-Oberin nicht ausgenommen, soll jährlich, und zwar am Vorabend des Professtages, an einem dazu bestimmten Orte in Gegenwart der Schwestern die äusseren Uebertretungen der Regel, wenn sie deren begangen hat, bekennen und es soll ihr eine heilsame Busse auferlegt werden. Ausserdem sollen wöchentlich einige Schwestern sich der äusseren Verletzungen der Regel und, wie weit sie gegen die Armen gefehlt haben, anklagen, welches Bekenntniss die General-Oberin mit einer mässigen Zurechtweisung entgegennehmen und durch Auferlegung einer Busse schliessen wird.“ Dieses überall in gleicher oder ähnlicher Weise vorkommende Sündenbekenntniss (*manifestatio conscientiae*) scheint zu argem Unfug Veranlassung gegeben zu haben, denn die S. Congr. epp. et reg. hat es, wie aus den Animadversionen zu ersehen, immer mehr eingeschränkt. In den Bemerkungen vom 25. April 1860 wurde es auf die Uebertretungen der Regel und den Fortschritt in der Tugend eingeschränkt und sollte nicht obligatorisch, sondern freigestellt sein, unter dem 30. April desselben Jahres wurde es nur für die öffentlichen Uebertretungen der Regel gestattet und die schriftliche Ablegung verboten, ähnlich am 9. Juni desselben Jahres und noch einige Male, in neuerer Zeit aber ist es „wegen arger Missbräuche, welche eingerissen sind“ ganz verboten worden (Animadversionen vom 3. Januar, 3. März, 10. März und 15. April 1863, *Analecta* 61. Lieferung.).

Häufig haben nicht approbirte Litaneien, deren Abbetung in den Constitutions-Entwürfen angenommen war, Anstoss gegeben, die S. Congr. epp. et reg. hat wiederholt darauf hingewiesen, dass andere Litaneien, als die Lauretanische und die Aller Heiligen, nicht zugelassen werden.

Die Erziehung von Knaben wird den Schwestern jetzt nicht mehr gestattet (Animadversionen vom 3. März 1863), die Einführung von Schwestern in Seminarien und Collegien wurde als ein sehr gefährliches Unternehmen in den Bemerkungen vom 6. Juni 1860 bezeichnet, bei Bestätigung der barmherzigen Schwestern von Brescia machte die Leitung von Männer-Hospitälern Schwierigkeiten, in

Deutschland und Frankreich sind Unzuträglichkeiten aus diesem Verkehr mit Personen männlichen Geschlechtes noch nicht erwachsen; wo übrigens den Schwestern eine solche Anstalt übergeben wird, muss unbedingt die Wohnung der Schwestern von den übrigen Räumlichkeiten getrennt und eine clausurähnliche Einrichtung getroffen werden.

In den Animadversionen vom 10. März 1863 (Analecta 61. Lieferung) wurde für sehr gefährlich erklärt, fromme Bruderschaften in die Kirche der Schwestern aufzunehmen; wir haben alle Ursache, auch in dieser Aeusserung die Weisheit der höchsten kirchlichen Behörden zu erkennen.

Schwärmerische oder übertriebene Redensarten in den Constitutionen werden regelmässig gestrichen, z. B. dass dieselben gleichsam von Gott dictirt seien, dass das Aufstehen der Schwestern aus dem Bett mit dem Ausgehen des Sohnes vom Vater verglichen wird; die Bezeichnung der General-Oberin als Vicarin Christi wurde selbstverständlich verhoben.

Das Gelübde, das Heil des Nächsten zu befördern, wird in dieser Allgemeinheit nicht gestattet.

Die heilige Communion wird gewöhnlich von den Schwestern wöchentlich zweimal, Sonntags und an einem anderen Tage, empfangen, ausserdem communiciren die Schwestern an Feiertagen, an ihrem Namenstage, Professtage u. s. w.

Sehr wichtig ist die Tagesordnung, welche den Tag vollständig in Gebet, Arbeit und Erholung eintheilt, so dass zu willkürlichen Beschäftigungen oder zum Müssiggange keine Gelegenheit ist; es ist Grundsatz in diesen Genossenschaften, dass die Tagesordnung streng innegehalten wird und jede Schwester, wenn nicht ganz besondere Abhaltungen vorliegen, auf das Zeichen der Glocke ihre Beschäftigung verlassen und zu der Function, zu welcher die Glocke ruft, sich begeben muss; dies gehört zu dem Gehorsam gegen die Constitutionen, ist übrigens zur Aufrechthaltung der Ordnung durchaus nothwendig.

Eine ebenso wichtige Vorschrift für die innere Ordnung ist die, dass keine Schwester ausser der bestimmten Zeit und ausserhalb des Speisezimmers Etwas geniessen darf, die Kranken allein ausgenommen; auch dürfen die Schwestern ausser dem Hause nichts geniessen und speciell bei Krankenbesuchen am Orte nichts annehmen; wenn sie sich an einem anderen Orte zur Krankenpflege befinden, müssen sie natürlich Speisen und Getränke zu sich nehmen.

In einzelnen Instituten findet sich das Verbot, die Statuten Jemandem ohne Erlaubniss der General-Oberin mitzutheilen; die heilige Congregation der Bischöfe und Cardinäle, welche nur Abänderungen vorschreibt, sofern dieselben nothwendig sind, und im Uebrigen möglichste Freiheit gewährt, hat einmal die Bestimmung, dass die Schwestern unter schwerer Sünde zur Geheimhaltung der Statuten verpflichtet seien, gestrichen. Das Verbot hat keinen reellen Zweck, alle diese Constitutionen sind derart, dass sie ohne irgend welche Gefahr für die Gesellschaft oder die Kirche jeden Augenblick veröffentlicht werden könnten, wogegen die Verheimlichung oftmals sehr nachtheilig wirkt, z. B. bei den Beichtvätern und den Geistlichen, welche Exercitien mit den Schwestern abhalten, auch gibt sie zu dem Verdacht Anlass, dass staatsgefährliche oder sonst tadelnswerthe Bestimmungen in den Constitutionen enthalten seien; soviel dergleichen ich auch gesehen habe, konnte ich nirgend einen Grund zu diesem Verbot entdecken; dass die Constitutionen den Feinden der Kirche, welche Missbrauch damit treiben und, wie so oft geschieht, Stellen aus dem Zusammenhang gerissen oder verfälscht publiciren und lächerlich machen könnten, sowie Leuten, die sie aus blosser Neugier zu sehen wünschen, nicht in die Hände gegeben werden dürfen, versteht sich von selbst und braucht einer verständigen Oberin nicht erst verboten zu werden, doch könnte man die Vorschrift hierauf beschränken.

Ebenso steht es mit dem Verbot, auswärtige Personen um Rath anzugehen; die heilige Congregation der Bischöfe und Regularen hat Gelegenheit gehabt (Animadversionen vom 3. März 1863, *Analecta* 61. Lieferung), es in schonender Weise zu belassen und nur die Bischöfe und Beichtväter auszunehmen, es kommen aber oft Fälle vor, wo an den Bischof zu gehen die Zeit nicht erlaubt und vom Beichtvater kein guter Rath (in weltlichen Geschäften) zu erlangen ist; es ist nicht abzusehen, warum eine Local-Oberin sich dann nicht an einen anderen Geistlichen oder sonst eine wohlgesinnte Person soll wenden können; Vorsicht ist allerdings immer nöthig, durch eine solche Isolirung wird aber mehr geschadet, als genützt, die allgemeinen Verkehrsbeschränkungen der Statuten werden immer ausreichen, um das Hereinziehen Fremder und Aergerniss zu vermeiden; wenn sie nicht genügen, so liegt dies an der Persönlichkeit der Vorsteherin oder einzelner Schwestern, dann nützt aber ein solches Verbot auch nichts mehr, sondern muss mit Versetzungen und Disciplinarmassregeln vorgegangen werden.

Uebrigens stehen diese beiden Bestimmungen sehr vereinzelt da.

Einige Male endlich hat die S. Congr. epp. et reg. sich veranlasst gesehen, die Schwestern aufmerksam zu machen, dass sie sich mit Angelegenheiten des Gotteshauses nicht zu beschäftigen, darin nichts zu bestimmen und zu ordnen haben; doch mussten derartige Ueberschreitungen in den Statuten-Entwürfen nur selten gerügt werden. Dass die Constitutionen dogmatisch unbedenklich sein müssen, ist im dritten Kapitel schon gesagt worden, am besten ist es, wenn die Schwestern nichts in den Entwurf einfließen lassen, was in dieser Beziehung neu oder zweideutig ist oder sonst verfänglich sein könnte, und sich lediglich auf die Bestimmungen beschränken, welche für ihre Zwecke und die Erhaltung des religiösen Geistes der Genossenschaft nothwendig sind.

Neuntes Kapitel.

A e u s s e r e V e r h ä l t n i s s e .

§. 1. Beziehungen zur Staatsgewalt.

Wie die einzelnen Staaten sich dem Armuthsgelübde gegenüber verhalten, ist bereits erörtert worden. In den meisten Ländern haben die Gelübde keine civilrechtlich erzwingbare Wirkung; wie schon im sechsten Kapitel bemerkt wurde, kümmert sich die Staatsgewalt in Frankreich ¹⁾, Nordamerika ²⁾, Baden, England u. s. w. gar nicht um Gelübde oder kirchliche Verfassungen, die Genossenschaften haben auch keine Corporationsrechte, die Mitglieder müssen durch Testamente oder auf andere Weise die Erhaltung des gemeinschaftlichen Vermögens sichern, die Gründung von Stationen ist aber ebenso unbeschränkt.

In Oesterreich werden Congregationen, welche vor der Wirksamkeit des Concordats bestanden, als gesetzlich bestehend angesehen. Wegen Gründung einer neuen Congregation in einem Sprengel oder Einführung in denselben soll der Bischof „über die kirchliche Bestätigung, den Beruf und die Verfassung dieser geistlichen Körperschaft unter Vorlage der Statuten Auskunft ertheilen ³⁾.“ Dem-

1) Thatsächliche Einmischungen sind jedoch nicht unmöglich, wie die Angelegenheit der Vincenzvereine beweist.

2) Hierüber liegt der Bericht eines Bischofs vor. *Analecta* 70. Lief. col. 1774.

3) Vergl. *Schulte*, Lehrbuch des kath. Kirchenrechts 2. Aufl. Giessen 1868, System II. Buch. II. Abth. Wie lange dieser Rechtszustand dauern wird, ist nach der neuesten Richtung des Staatslebens in Oesterreich sehr ungewiss.

nächst gibt das Ministerium die Genehmigung, bei deren Verweigerung zwischen Papst und Kaiser zu verhandeln wäre; durch diese Genehmigung erlangt der Verein auch die staatlichen Corporationsrechte und kann Vermögen erwerben. In bürgerlichen Angelegenheiten werden die Genossenschaften durch ihre Oberen vertreten, welche ihre Eigenschaft als solche durch ein bischöfliches Attest darzuthun haben, bei Eigenthumserwerbungen muss ein Zeugniß des Bischofs beigebracht werden, dass dieselben dem Verein nach Kirchenrecht zustehen. Eine Einwirkung des Staates auf die inneren Angelegenheiten ist nicht statuirt.

In Sachsen ist die Einführung neuer Klöster oder Orden verboten; nach dem Eclat zu urtheilen, den vor einigen Jahren der Aufenthalt von zwei oder drei grauen Schwestern in Dresden, deren Verein noch nicht einmal als Congregation anerkannt ist, erregt hat, wird man dort wohl für den Unterschied zwischen diesen Genossenschaften und den Orden kein Verständniß haben.

In Baiern hat die Staatsgewalt sich trotz des Concordats vom 26. Mai 1818 in den Zusatzartikeln von 1852 erhebliche Rechte beigelegt. Die Ablegung einfacher Gelübde ist erst nach zurückgelegtem einundzwanzigsten Lebensjahr gestattet, bei den Gegenständen gemischter Natur, wozu „die Errichtung geistlicher Gesellschaften und sonstiger Institute und Bestimmung ihrer Gelübde“ gehört, dürfen nach Artikel 76. des Religionsedicts von der Kirchengewalt keine einseitigen Anordnungen geschehen, dem Staate steht nach Artikel 78. ebenda die Befugniß zu, von Allem Kenntniß zu nehmen und „durch eigene Anordnungen dabei alles dasjenige zu hindern, was dem öffentlichen Wohle nachtheilig sein könnte.“ Die Staatsgenehmigung zur Errichtung einer „geistlichen Gesellschaft,“ also auch einer Congregation wird aber auch die Ertheilung der Corporationsrechte enthalten.

Im vormaligen Herzogthum Nassau waren den armen Dienstmägden Christi die Corporationsrechte angeboten worden, aber mit dem Vorbehalt solcher Aufsichtsrechte, dass man vorzog, das Geschenk abzulehnen.

In Preussen findet keine Einmischung der weltlichen Behörden in die inneren Angelegenheiten dieser Genossenschaften, also auch kein Zwang zur Beobachtung der Gelübde statt; diese Vereine können auf Grund der Verfassungs-Urkunde sich ohne irgend eine Erlaubniß bilden und niederlassen, wo sie wollen; die landrechtlichen Bestimmungen über die Mitgift, über die Aufnahme von Personen in den Ordensstand und dergl. finden auf sie keine Anwendung,

wohl aber bedürfen die vermögensrechtlichen Handlungen der Oberen, als solcher, immer der bischöflichen Genehmigung, wie für alle geistlichen Institute verordnet ist, mit Ausnahme gewisser unbedeutender, laufenden Geschäfte. Die neueren Congregationen haben von vornherein keine Corporationsrechte, dieselben müssen ihnen durch Cabinets-Ordre¹⁾ gewährt werden (in dem Sinne wie im sechsten Kapitel §. 2. b. auseinandergesetzt ist); gewöhnlich geschieht dies gleichzeitig mit und resp. durch die landesherrliche Genehmigung zum Erwerbe von Grundeigenthum und zur Annahme von Geschenken oder Vermächtnissen. Zu jedem Grunderwerb ist die landesherrliche Genehmigung nothwendig, die übrigens nicht versagt wird, ebenso zur Annahme von Geschenken, Vermächtnissen oder Erbschaften im Werthe von mehr als tausend Thalern, geringere Beträge müssen bloß der vorgesetzten Kirchenbehörde angezeigt werden. (Gesetz vom 13. Mai 1833.) Früher wurden die Corporationsrechte für die Vereine direct erbeten und erlangt, jetzt gründet man Stiftungen zu einem der Wohlthätigkeitszwecke, welche die Congregation verfolgt, und diese Stiftungen erhalten dann die Rechte juristischer Personen; in den Statuten werden die Schwestern als die Trägerinnen und Leiterinnen der Anstalt bezeichnet, die bischöfliche Aufsicht wird regelmässig vorgeschrieben.

Der grossen Wichtigkeit der Sache wegen mögen einige Beispiele hier Platz finden.

1.

Eine sehr primitive Stiftungsurkunde ist folgende:

Statuten des Hauses zur heiligen Hedwig.

§. 1.

Das Haus der heiligen Hedwig zu N. ist eine Wohlthätigkeitsanstalt der katholischen Kirche.

§. 2.

Zwecke der Anstalt sind:

a. Aufnahme und Erziehung verwahrloster und verlassener Kinder.

1) Klöster können die staatliche Anerkennung als solche nur durch ein Gesetz erhalten, sofern sie nicht schon vor der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 existirten und anerkannt waren.

b. Aufnahme und Rettung junger in sittlicher Gefahr schwelbender Frauenspersonen, bis sie durch Arbeit unter mütterlicher Pflege und Aufsicht der menschlichen Gesellschaft erhalten sind resp. zurückgegeben werden können.

c. Fürsorge für arme Alte, Kranke und Verlassene in und ausser dem Hause.

§. 3.

Die Erziehung der in §. 2. a. gedachten Kinder erfolgt nach den Grundsätzen der katholischen Kirche.

§. 4.

Die Kinder besuchen bis auf Weiteres alle zusammen eine katholische Elementarschule.

§. 5.

Die Aufnahme in die Pflege erfolgt unentgeltlich. Soweit die Mittel unzureichend sind, werden auf Antrag von Eltern, Vormündern, Gemeinden oder wohlthätigen Vereinen Kinder gegen ein monatliches Verpflegungsgeld von zwei Thalern, die §. 2. zu b. und c. gedachten Personen gegen ein solches von drei Thalern aufgenommen.

§. 6.

Die Mittel der Anstalt bestehen

1. in denjenigen Thalern, welche der St. Hedwigsverein zusammengebracht hat,
2. in dem Grundstücke N. . . . zu N., welches dem Vereine von dem geschenkt worden ist,
3. in den Erträgen der Arbeit und Geschenken von Wohlthätern.

§. 7.

Verwaltet wird die Anstalt von der jedesmaligen Oberin der St. Hedwigsschwestern, welche sich als solche durch ein bischöfliches Attest legitimirt.

§. 8.

Der Verein steht unter der Leitung und Aufsicht des Hochwürdigsten Herrn Bischofs zu N.

Auf ein ähnlich lautendes Statut ist die Genehmigung zum Erwerb von Vermögen ertheilt worden.

2. Präciser und mehr zu empfehlen ist folgende Fassung:

Statut für die katholische Wohlthätigkeitsanstalt
der heiligen . . . zu N.

§. 1.

Die Oberin des hiesigen Vereins gründet unter dem Namen „Katholische Wohlthätigkeitsanstalt zur heiligen“ auf immerwährende Zeiten in der Stadt N. eine katholische Wohlthätigkeitsanstalt. Dieselbe erhält durch die Allerhöchste Genehmigung die Rechte einer öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalt und führt ein Siegel (Beschreibung desselben).

§. 2.

Die Anstalt ist das Mutterhaus des Vereins (der Congregation der Schwestern) und verfolgt einen dreifachen Zweck:

- a. Mitglieder des Vereins (der Congregation), welche unentgeltliche, ambulante Krankenpflege (Unterricht erteilen oder sonstige Angabe der Beschäftigung der Schwestern) üben, auszubilden, ihnen auch Obdach und Unterhalt,
- b. alten oder inhabil gewordenen Schwestern des Vereins ein Asyl und
- c. hilfsbedürftigen Kranken nach Möglichkeit Nahrungsmittel und Unterstützung zu gewähren.

§. 3.

Zur Erreichung dieses Zweckes ist das für den Verein bereits eingerichtete Haus N. . . . zu N. vorhanden, auch besitzt die Anstalt bereits ein Vermögen von Thalern; beide Vermögensobjecte sind dem Verein durch besondere Acte der Oberin N. N. (oder auf wessen Namen das Vermögen bisher verwaltet wurde) überwiesen worden.

Ausserdem erhält der Verein von der Stadt N. eine jährliche Unterstützung von Thalern.

§. 4.

Die Aufnahme neuer Mitglieder geschieht nach Massgabe der am kirchlich bestätigten Constitutionen.

§. 5.

Die Verwaltung und Leitung wird von der (General-) Oberin geführt. Dieselbe wird nach Inhalt der Constitutionen von den

§. 1. Die . . . Stiftung ist eine Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalt der katholischen Kirche.

§. 2. Zwecke der Stiftung sind:

- a. Unterricht und Bildung für Candidatinnen des Lehramtes, welche zu der Prüfung als Lehrerinnen oder Erzieherinnen vor der staatlichen Prüfungs-Commission sich vorzubereiten wünschen, gegen Zahlung eines den baaren Auslagen entsprechenden Honorars,
- b. Deckung der Vorbereitungskosten für solche Lehramts-Candidatinnen, welche in die Genossenschaft der . . . Schwestern eintreten wollen,
- c. Aufnahme von Mädchen, welche gegen Zahlung eines jährlichen Honorars sich in wissenschaftlicher Hinsicht weiter ausbilden oder in Handarbeit und Führung des Haushaltes sich unterweisen lassen wollen,
- d. Verpflegung erkrankter oder unfähig gewordener . . . Schwestern der Diöcese N.

§. 3. Die zur Verwirklichung des Stiftungszweckes nöthigen Räumlichkeiten befinden sich in dem oben bezeichneten Hause, welches das Mutterhaus für die Diöcese N. ist.

§. 4. Die Mittel der Stiftung bestehen in den Erträgen des oben angegebenen Vermögens und in den nach §. 2. a. und c. einkommenden Honoraren.

§. 5. Der wissenschaftliche Unterricht wird von solchen Personen, welche die vorgeschriebene Staatsprüfung bestanden haben, erteilt und unterliegt den Vorschriften der Schulgesetzgebung.

§. 6. Die gesammte Leitung der Anstalt und Verwaltung des Vermögens geschieht durch die Oberin, welche sich als solche durch ein Attest des Herrn Bischofs von N. ausweist; dieselbe wird nach Massgabe der besonderen Constitutionen von den Schwestern gewählt und von dem genannten Herrn Bischofe bestätigt.

§. 7. Ueber Aufnahme und Entlassung derjenigen Personen, welche an dem stiftungsmässigen Unterrichte Theil nehmen sollen, entscheidet die Oberin der . . . Schwestern.

§. 8. Der Herr Bischof von N. ernennt für die Anstalt einen Curator auf Vorschlag der Oberin. Demselben steht die Aufsicht über die ganze Verwaltung, die Prüfung und Dechargirung der Rechnungen zu, ausserdem hat er die Stiftung nach Aussen in allen Rechtsangelegenheiten und Geschäften, auch solchen, für welche sonst eine Special-Vollmacht nothwendig ist, zu vertreten.

§. 9. Die Oberaufsicht über die Stiftung führt der Hochwürdigste Herr Bischof von N.; seine Genehmigung ist zu allen den Geschäften nothwendig, zu welchen kirchliche Anstalten überhaupt der Zustimmung der geistlichen Oberen bedürfen.

Ort, Datum. Unterschrift.

Eine solche Stiftungsurkunde muss gerichtlich oder notariell abgefasst oder beglaubigt sein, alle dergleichen Documente müssen ausserdem bischöflich bestätigt sein und durch den Diöcesan-Bischof der weltlichen Behörde mit den nöthigen Anträgen eingereicht werden.

Wichtig ist der Vermögenspunct, weil in Preussen die Regierung keine Anstalt genehmigt, deren Existenz nicht wenigstens einigermaßen sicher gestellt ist, bei Instituten, wie das im letzten Beispiel erwähnte, werden die vorhandenen Mittel nur gering zu sein brauchen, weil die Anstalt sich durch die Thätigkeit der Schwestern erhält, bei Waisen- oder gar bei Krankenhäusern wird ein strengerer Nachweis der Subsistenzmittel verlangt, welche aber nicht gerade in Capitalsvermögen zu bestehen brauchen; es kommt sehr wesentlich darauf an, ob eine Anstalt, welche Revenüen bringt, ein Pensionat und dergl., damit verbunden ist, und in welchem Umfange das Institut in's Leben gerufen wird, also mit vier, sechs oder mehr Waisenkindern.

Bei Waisenanstalten mag ein Paragraph eingeschoben werden:

Die Aufnahme der Waisenkinder, welche der katholischen Religion angehören müssen, steht der Oberin zu.

Man kann für jede Filiale, wenn solche Vermögen erwirbt, in dieser Weise die Corporationsrechte nachsuchen, das Einfachste ist aber, wenn es sich bloß um Grund und Boden und nicht um einen sonstigen, für Special-Zwecke nöthigen Vermögensstock handelt, daß aller Erwerb für das Mutterhaus geschieht. Wenn Wohlthäter sich finden, welche einer Filiale unter Lebenden oder von Todeswegen Etwas zusichern wollen, mögen dieselben aufmerksam gemacht werden, daß das Geschenk oder Legat dem Mutterhause zu geben ist mit der Bedingung, daß die Revenüen desselben der Filiale zu N. zugewendet werden müssen; hat die Filiale bereits die Rechte einer juristischen Person oder lohnt es sich, dieselben nachzusuchen, so kann die Zuwendung auch für sie direct geschehen.

Auf die besonderen Constitutionen, nämlich die kirchlichen Statuten, kommt es dem Staate gegenüber in der Regel nicht an, es liegt übrigens kein Grund vor, dieselben den Staatsbehörden vorzuenthalten, nur wird in Preussen (und wohl ebenso in anderen

Ländern) eine Ernennung der Oberin durch auswärtige Obere nicht beliebt. Will also eine Congregation, welche im Staate kein Mutterhaus hat, hier Vermögen erwerben, so muss ein Curator mit der gesammten Vermögensverwaltung betraut und vom Bischofe ernannt werden; auch kann es in solchen Fällen angemessen sein, festzusetzen, dass die Oberin vom Diöcesan-Bischofe ernannt wird.

Die schon mehrfach abgedruckten Statuten für Baiern, Baden, Frankreich hier zu reproduciren, liegt kein Bedürfniss vor.

Im Ganzen haben nach Vorstehendem die Schwestern überall freie Bewegung und sind nur wenig durch die Staatsgesetze beschränkt.

§. 2. Gründung und Leitung eigener Anstalten.

Die Wirksamkeit dieser Genossenschaften hat zwei Hauptrichtungen, die Armen- und Krankenpflege und den Unterricht nebst der Erziehung.

Die Armen- und Krankenpflege wird häufig in den Häusern der Kranken geleistet und heisst dann die ambulante oder äussere Krankenpflege. Dabei ist Vorsicht wegen der Decenz zu beobachten, auch dürfen die Schwestern sich nicht auf ärztliche Behandlung, sondern nur auf die Pflege einlassen, haben dafür zu sorgen, dass bei Todesgefahr der Geistliche rechtzeitig herbeigerufen wird und müssen in den, in der Natur der Sache liegenden, Gesprächen mit den Kranken umsichtig ein zu tiefes Eingehen auf Privatangelegenheiten vermeiden. Besondere Rechtsverhältnisse kommen hier nicht vor, die Praxis ist vielgestaltig, das richtige Verhalten wird besser aus ihr und der Instruction durch erfahrene Schwestern, als aus einem Buche gelernt.

Schwieriger sind die Bedingungen für Gründung und Fortführung eigener Anstalten, der Kranken-Hospitäler, Waisenhäuser, Schulen und Pensionate.

Für Krankenhäuser wird fast überall Bedürfniss sein, wo nicht schon in der Nähe eine oder mehrere solcher Anstalten existiren; bei der Dürftigkeit der vorhandenen Fonds darf man aber an die Gründung eines Krankenhauses nur gehen, wo das Bedürfniss dazu erheblich ist, damit eine unnöthige und schädliche Zersplitterung der Kräfte, namentlich der finanziellen, vermieden wird. Wo z. B. eine kirchliche Anstalt mit vierzig bis fünfzig Betten und ausserdem vielleicht noch ein städtisches Krankenhaus (welches die für die Schwestern ungeeigneten Kranken, syphilitische, Wöchnerinnen und dergl. aufnehmen muss), vorhanden ist, da wäre es Thorheit, auf

Entfernung von zwei bis drei Meilen noch ein zweites oder drittes zu bauen. Muss man nun überhaupt die vorhandenen Mittel zu Rathe ziehen, so ist es Verschwendung, eine zu kleine Anstalt zu gründen, weil gewisse Kosten gleich sind oder bei stärkerer Belegung nur unverhältnissmässig wenig steigen; dahin gehören vor Allem die Bau- und Einrichtungskosten selbst, auch der Gehalt für die Aerzte und dergl.; ebenso gewährt eine zu kleine Anstalt den Schwestern, welche nun einmal da sein müssen, nicht genügende Beschäftigung. Mit ganz wenigen, vier oder sechs Krankenbetten zu beginnen, ist nur dort zulässig, wo die Schwestern bereits eine Station (mit anderen Zwecken, z. B. der ambulanten Krankenpflege) haben und die Einrichtung von einer oder zwei Krankenstuben leicht und billig zu bewerkstelligen ist.

Zur Gründung gehört zunächst, wie aus dem vierten Kapitel hervorgeht, die Genehmigung des Bischofs, welchem das Vorhandensein der Fonds nachgewiesen werden muss und zwar nicht bloss derer für den gehörig veranschlagten Bau einschliesslich der Kaufsumme für das Grundstück, sondern auch der Mittel zur Unterhaltung der Anstalt. Die letzteren sind beträchtlich und müssen wohl erwogen werden; zwar ist nicht gerade ein Vermögen dazu notwendig, aus dessen Zinsen sie gedeckt werden können, aber ein Stock muss vorhanden sein, der vor den ärgsten Verlegenheiten schützt. Viel lässt sich allerdings auf die bekannten Weisen helfen, am wenigsten durch directe Sammlungen und Verloosungen, mehr durch Wohlthätigkeitsconcerte, Vorträge oder dergl., die allerdings, wenn sie eine dauernde Einnahmequelle sein sollen, in immer neuer, das Publicum wirklich anregender, nicht bloss auf den Wohlthätigkeitssinn speculirender Art arrangirt werden müssen; Hilfe gewähren auch die jetzt so beliebten Ausstellungen, aber nicht überall, nur in grösseren Orten mit wohlhabenderer Bevölkerung und bei Wiederholungen nur, wenn etwas Gutes geboten wird und die Einrichtung reizt, auch dürfen alle diese Mittel nicht zu rasch wiederholt werden und darf man sich, wie gesagt, nicht sehr auf das Mitleid des Publicums, auf sein Interesse für menschenfreundliche Institute verlassen, sondern muss ihm mit etwas Nützlichem oder Schönem entgegen kommen; im Ganzen darf man aber diese Hilfsmittel nicht überschätzen und sich durch Erfolge, wie in Berlin bei dem St. Hedwigs-Krankenhaus durch geniale Direction und opfernde Theilnahme hervorragender Personen erzielt worden sind, nicht blenden lassen, Alles ist eben nicht überall mög-

lich¹⁾. Eine sichere Hilfe gewähren Abkommen mit den Dienst-herrschaften, wonach diese regelmässige Beiträge zahlen und dafür Verpflegung ihrer erkrankten Dienstboten beanspruchen können, noch mehr aber Verträge mit der städtischen Behörde, welche die Commune dadurch von der Verpflichtung, ein eigenes Krankenhaus zu bauen, befreit und die Verpflichtung übernimmt, für jeden aufgenommenen städtischen Kranken, d. h. solchen, zu dessen Verpflegung die Commune nach dem Armenrechte verpflichtet ist und welcher von dem dazu designirten (Armen-) Arzte in das Schwestern-Krankenhaus verwiesen wird, eine bestimmte Summe per Tag zu bezahlen; ein solcher Vertrag lässt sich, da genaue Journale doch geführt werden müssen, sehr leicht realisiren.

Ferner ist zur Gründung eines Krankenhauses die Genehmigung der Staatsbehörden nothwendig, welchen (vorzugsweise) die Zeichnung und die Statuten vorgelegt werden müssen; die Behörden orientiren sich aber auch über die Lage des Platzes, die Zweckmässigkeit der inneren Einrichtung des Hauses etc. In der Regel finden diese Anstalten nirgend Hindernisse, ausser wo die Feindschaft gegen die Religion offen zu Tage tritt. Die Aufsicht mag in den Statuten immer dem Bischöfe allein übertragen werden, die Regierungen haben aber den Grundsatz aufgestellt, dass ihr Recht, sich, wenn es nöthig schiene, um die Geschäftsführung solcher Anstalten zu kümmern, unveräusserlich sei; ob dieses Recht, über welches hier nicht gestritten werden soll, practisch geübt und zu Einmischungen oder Behinderungen benutzt wird, lässt sich im Ganzen nicht feststellen²⁾, die Praxis ist jedenfalls in den verschiedenen Ländern sehr verschieden.

1) Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man für einen Vincenz-Verein zwanzig Thaler braucht und zu diesem Behufe sechshundert Loose à einen Silbergroschen absetzen muss oder ob man zur Deckung eines Deficits im Krankenhause fünfhundert Thaler haben muss. Das erstere lässt sich sehr leicht alle Jahre wiederholen, das letztere erfordert sehr erhebliche Gewandtheit in der Kunst, die Börsen für milde Zwecke zu öffnen. Uebrigens schadet dabei nichts mehr als häufige Wiederholungen und getäuschte Erwartungen des Publicums.

2) In Preussen hat der Staat über Anstalten, welche schon zur Zeit der Verfassungs-Urkunde als kirchliche existirten, kein Aufsichtsrecht: Artikel 15. der Verfassungs-Urkunde: „Die evangelische und katholische Kirche — — ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.“ Bei Concessionirung neuer Institute hat man mitunter den Vorbehalt der Aufsicht gemacht, ohne dass übrigens bis jetzt ein unliebsamer Gebrauch davon bemerkt worden wäre.

Die Statuten eines solchen Instituts müssen dessen Verwaltungsorganismus feststellen, namentlich die Anstellungen der Aerzte, die Rechte hinsichtlich der Begräbnisse, die Ansprüche an die Armenverbände und den Nachlass Verstorbener, ebenso die Zahl und die Qualität der aufzunehmenden Kranken, häufig geschieht dies auch dem Stande nach, insofern gewisse Kategorien, z. B. Dienstboten, vorzugsweise zur Aufnahme berechtigt sind; in gleicher Weise sind die Besuchsstunden für Fremde und der Geschäftsgang bei der Aufnahme der Kranken festzustellen. Jedenfalls gehe man nicht an Abfassung eines Statuts, ohne ein gutes Muster, welches leicht zu beschaffen ist, vor Augen zu haben.

Bei der Führung der Anstalt ist der Grundplan streng zu befolgen, namentlich sofern es sich um Ausscheidung gewisser Kategorien, z. B. Geisteskranker, handelt, auch sind die polizeilichen Vorschriften, besonders die für Anfertigung der Medicamente, wenn eine Hausapotheke gehalten wird, genau zu beachten, um Conflict mit den weltlichen Behörden zu vermeiden. In der Pflege der Kranken selbst halte man sich an die Anordnungen der Aerzte, welche als die Sachverständigen verantwortlich sind, und hüte sich vor Abweichungen, die eine unnöthige, eigene Verantwortlichkeit herbeiführen und äusserlich sehr schlimme Folgen haben können. Die Besuchsstunden sind streng zu ordnen, ihre Innehaltung ist mit Sorgsamkeit zu überwachen, damit keine Unordnungen einschleichen. Immer müssen die Krankenschwestern Acht haben, wann etwa die Herbeiholung des Geistlichen zur Spendung der Sterbesacramente nothwendig ist, die Constitutionen weisen häufig sehr eindringlich auf diesen Punct hin. Wenn akatholische Kranke sich in der Anstalt befinden, muss ihnen der Beistand eines Seelsorgers ihres Bekenntnisses gewährt werden, doch ist in diesem Puncte einige Vorsicht nothwendig, weil bereits üble Erfahrungen durch Verbreitung von Tractätchen bei dieser Gelegenheit gemacht wurden; Gerechtigkeit und Vorsicht geben hier den Weg an.

Eine Waisenanstalt zu beginnen ist grossentheils sehr leicht, es bedarf dafür keiner grossen Zurüstungen und Fonds, weil man im kleinsten Massstabe anfangen kann. Nur das nöthige Inventarium braucht vorhanden zu sein, um so viele Waisenkinder zu bekleiden u. s. w., als zuerst aufgenommen werden. Häufig beginnt das Waisenhaus, wenn man so sagen kann, als Anwuchs einer anderen Anstalt, z. B. einer Niederlassung zur äusseren Krankenpflege, indem die Schwestern aus Mitleid ganz umsonst oder unterstützt durch Wohlthäter einige, wenige Waisen annehmen;

mit Hilfe von Legaten oder Wohlthätern, welche sich mitunter durch Subscription verpflichten, wird die Anstalt dann zum Segen der Gemeinde und der Umgegend erweitert. Dass ein Waisenhaus von Anfang an in grösserem Massstabe gegründet würde, ist ein seltenerer Fall, in welchem wegen der nöthigen Erlaubniss mit den zuständigen geistlichen und weltlichen Behörden verhandelt werden muss. Aus der blossen Aufnahme einiger Waisenkinder folgen keine besonderen, rechtlichen Schwierigkeiten, doch darf dieselbe nicht ohne die Zustimmung des noch lebenden Elterntheils resp. des Vormundes geschehen. Kommen Capitalien ein, welche die Errichtung einer selbstständigen Anstalt dieser Art ermöglichen, so muss die obrigkeitliche Erlaubniss eingeholt werden, als wenn die Gründung eines ganz neuen Instituts geschähe.

Mehr Bedenken sind zu beachten und mehr gesetzliche Bedingungen zu erfüllen bei Gründung von Pensionaten und Privatschulen.

Was zuvörderst die thatsächlichen Verhältnisse anbetrifft, so ist in ernste Erwägung zu ziehen, ob das projectirte Institut für die Gegend ein Bedürfniss ist, ob es also durch die Pensions- und Schulgelder sich wird erhalten können. Hierbei ist der Zustand der am Orte und in nächster Nähe befindlichen öffentlichen Elementarschulen zu betrachten, weil aus demselben zu schliessen, ob für die unteren Classen Schülerinnen zu hoffen sind. Ferner kommt es wesentlich darauf an, ob und in welchem Umkreise sich ähnliche, katholische Institute befinden, da einerseits nach kirchlichen Grundsätzen (vergleiche Kapitel 3.) die geistlichen Gesellschaften sich nicht Concurrrenz machen dürfen, andererseits auch die Concurrrenz nicht bloss eines dieser Institute, sondern beide ruiniren kann.

Dabei ist die Leistungsfähigkeit der Gegend, die Zahl solcher Katholiken, von welchen zu erwarten, dass sie bei vorhandener Gelegenheit ihren Töchtern eine höhere Ausbildung in katholischem Geiste geben lassen werden, zu ermitteln. Bestimmte Regeln lassen sich nicht dafür geben, auch ist darauf zu rechnen, dass erfahrungsmässig mit der Gelegenheit zur Befriedigung das Bedürfniss, mitunter in nicht geahntem Grade, wächst, namentlich für katholische Unterrichtsanstalten, welche in vielen Gegenden so ausserordentlich dünn gesäet sind. Man muss darin nicht zu ängstlich sein, aber jedenfalls muss der Verein, welcher ein solches Project aufnimmt, und die Oberbehörde, welche darüber zu befinden hat, sich über die vorhandenen Verhältnisse in's Klare setzen. Uebrigens ist eine blosser Privatschule mit höheren Classen von einem Pensionat zu unter-

scheiden, sie verlangt viel weniger Kosten, als ein solches, kann aber, wenn auf Zufluss von auswärtigen Schülerinnen gerechnet werden muss, mitunter nicht ohne Pensionsanstalt bestehen. Vortheilhaft ist es, wenn Pensionat und Waisenhaus neben einander, wenn auch aus vielen Gründen baulich getrennt¹⁾, existiren, weil das letztere Schülerinnen für die unteren Classen gibt, oftmals sogar unerwartet talentvolle, welche eine höhere Ausbildung erhalten können und dann, auch wenn sie nicht in die Congregation eintreten, dem Vereinszwecke sehr nützlich werden.

Die Erlaubniss muss unbedingt beim Ordinariat nachgesucht werden, auch wenn es sich nicht um Gründung eines ganz neuen, sondern bloß um Erweiterung eines zu einem anderen Zwecke bereits bestehenden Hauses handelt, und zwar nicht bloß deshalb, weil geistliche Personen, zu welchen unsere Schwestern zählen, kein Unterrichtsinstitut ohne oberhirtliche Erlaubniss anlegen dürfen, sondern auch unzweifelhaft, weil mit der bestehenden Station dadurch eine wesentliche Veränderung geschieht, welche einer Neugründung rechtlich gleich steht.

Die weltlichen Gesetze gestatten — wenigstens in Deutschland — keine Einrichtung einer Privatilehranstalt ohne Genehmigung der Staatsbehörden und halten dieselbe stets unter deren Aufsicht. Auch darf in der Regel, was hiermit zusammenhängt, Niemand Unterricht ertheilen, der seine Befähigung dazu nicht vor der Staatsbehörde durch eine Prüfung dargethan hat. In Baiern z. B. muss die Prüfung vor einer Schulcommission, wozu die königliche Kreisregierung und das einschlägige Ordinariat je einen Commissarius ernennt, abgelegt werden²⁾, in Oesterreich ist ebenso ein Examen nöthig, nur brauchten bisher Ordensfrauen, welche in Baiern die Prüfung bestanden hatten, in Oesterreich nicht noch einmal examinirt zu werden, was wohl jetzt aufhören wird; diese Reciprocität findet übrigens sonst nirgends statt.

In Preussen darf ebenso Niemand unterrichten, der nicht das deshalb vorgeschriebene Examen gemacht hat und sollen Personen, welche als Privatilehrer zu wirken beabsichtigen, nach denselben

1) Die Waisenmädchen mögen die Schule besuchen, sonst aber ist der Umgang derselben mit den Kindern anderer Stände nicht zu empfehlen, einzelne Unarten, welche diese zum Theil etwas verwahrlosten Kinder an sich haben und den Pensionairinnen zeigen, können das Renommé des Instituts ruiniren. Auch die Kost ist jedenfalls im Waisenhaus und im Pensionate verschieden, also schon aus diesem Grunde die Trennung ausser der Schule geboten.

2) *Schels* a. a. O. S. 254.

Grundsätzen geprüft werden, wie diejenigen, welche an öffentlichen Schulen angestellt zu werden wünschen. Für Frauenspersonen, welche als Lehrerinnen (Gouvernanten, Erzieherinnen) wirken wollen, ist ein Examen vorgeschrieben, welches vor einer besonderen Commission abgelegt wird und die wissenschaftliche und pädagogische Ausbildung zum Gegenstande hat; solche Lehrerinnen, welche eine Schule leiten wollen, müssen sich noch einer Prüfung unterwerfen, welche, ohne dass ein Eingehen auf materielle Kenntnisse ausgeschlossen wäre, sich „hauptsächlich auf die Erforschung der allgemeinen, pädagogischen und didactischen Befähigung, der sittlichen Reife in Auffassung des Berufes und namentlich der eigenen, religiösen Begründung zu richten hat, wie sie der Unterricht und die Erziehung der weiblichen Jugend vor Allem nicht entbehren kann¹⁾.“ Die Erlaubniss²⁾ zur Errichtung, zur Direction oder Fortführung einer Privatschule wird immer auf den Namen einer bestimmten Person ertheilt, die Schwester, welche die Leitung übernehmen soll, muss also die zuletzt erwähnte Prüfung ablegen oder abgelegt haben; das Gesuch dazu ist unter Darlegung des Schulplanes bei der Ortsschulbehörde anzubringen, welche nach Anstellung der etwa noch nothwendigen Ermittlungen an die königliche Regierung zu berichten hat; diese ertheilt demnächst die Erlaubniss, bei Ausländern nach Genehmigung des Ministeriums des Innern und der Polizei (Personen aus dem Bereich des Norddeutschen Bundes gelten nicht als Ausländer). Alle Privat-Schulen und Privat-Erziehungsanstalten sind ganz ebenso, wie die öffentlichen Schulen derselben Gattung, zunächst der Aufsicht der Ortsschulbehörde und in höherer Instanz der Aufsicht der dem Schulwesen des Kreises und des Regierungs-Bezirks vorgesetzten königlichen Behörde unterworfen und zwar sowohl in Betreff des Unterrichts, der Lehrbücher und Lehrmittel, als auch in Betreff der Schulzucht, der Anstellung der Hilfslehrer u. s. w. Zu den in der Schule zu veranstaltenden Prüfungen ist die Ortsschulbehörde einzuladen. Diese ist der Regel nach in den Städten die Schulendputation, deren geborenes Mitglied der Ortsgeistliche ist (resp. die Ortsgeistlichen, d. h. Pfarrer oder Pastor, der verschiedenen Confessionen sind); wo keine Schulendputation existirt, bildet der Magistrat mit dem Ortsgeistlichen, in Land-

1) Rescript des Cultusministers vom 29. November 1853. Ministerial-Blatt für die innere Verwaltung pro 1853. S. 276.

2) Instruction vom 31. December 1839 zur Ausführung der Cabinets-Ordre vom 10. Juni 1834. Ministerial-Blatt wie vorst. pro 1840. S. 94.

gemeinden der Schulpatron, der Ortsgeistliche und der Ortsvorstand die Local-Schulbehörde; der Schulrevisor ist dort, wo keine Schulendputation sich findet, der Ortsgeistliche.

Für Formirung der nöthigen Anträge und Erklärungen mögen sich die Schwestern, wenn ihnen nicht die nöthige Erfahrung und Gewandtheit darin zur Seite steht, an den Ortsgeistlichen als ihren geborenen Beschützer und Berather wenden.

Dass die von diesen Congregationen geleiteten Schulen auch der Aufsicht des Ordinariats unterliegen, versteht sich von selbst; dieselbe wird der Regel nach unmittelbar durch den Geistlichen ausgeübt, welcher nach der Staatsgesetzgebung damit betraut ist und die Prüfungsprotokolle auch an die bischöfliche Behörde einsenden muss.

Die Schulen der neueren Vereine haben nicht blos durch den religiösen Geist, von dem die Erziehung durchdrungen ist, sondern auch durch ihre guten, wissenschaftlichen Leistungen recht glückliche Erfolge erzielt und sind in blühendem Zustande; gleichwohl leiden sie an dem Uebelstande, welcher mehr oder weniger alle Privat-Mädchenschulen drückt, nämlich der Willkür der Eltern, welche sich so sehr ungern den Schulgesetzen wegen des Schulbesuchs, der Innehaltung der Ferien u. s. w. fügen und, vergessend, dass auch die wissenschaftliche Ausbildung ihrer Töchter ein unschätzbares Gut ist, bei jeder Differenz mit der Vorsteherin, die solche Unordnungen nicht dulden kann, die Kinder aus der Schule herauszunehmen drohen oder wirklich herausnehmen, und welche sogar wegen nichtiger Ursachen nur zu leicht geneigt sind, ihre Töchter ohne Noth in akatholische Schulen zu geben, wo der Unterricht in der Geschichte und anderen Fächern in einer dem katholischen Bewusstsein entschieden nachtheiligen Weise ertheilt wird ¹⁾. Dass übrigens in Preussen jetzt viele Mädchen, auch solche, welche nicht daran denken, ihren Unterhalt als Lehrerinnen oder Gouvernanten jemals zu erwerben, das Gouvernanten-Examen machen, also einen gewissen Grad höherer wissenschaftlichen Ausbildung

1) Solche Katholiken könnten sich an Andersgläubigen ein Beispiel nehmen. Eine höhere Töcherschule einer Congregation war wegen ihren guten Leistungen von einer Anzahl Mädchen jüdischer Eltern besucht; eines Tages sagte eine unerfahrene, junge Schwester, als die Classe sehr unruhig war, „das ist ja hier wie in einer Judenschule;“ die Wirkung dieses unvorsichtigen Wortes war, dass etwa dreissig jüdische Mädchen sofort die Anstalt verliessen. Katholischen Kindern wird in akatholischen Schulen häufig viel Schlimmeres geboten, die Eltern ertragen es aber ohne Noth aus blosser, religiöser Apathie.

erreichen, ist in Betreff der katholischen Mädchen eine glückliche Frucht dieser Schwesternschulen, deren religiöse Wirkung von Kennern mit Recht als vorzüglich bezeichnet wird.

§. 3. Leitung fremder Institute.

Eine Hauptthätigkeit dieser Vereine ist die Leitung und Verwaltung fremder Institute, Kranken-Hospitäler, Waisenhäuser, öffentlicher Schulen. Ihr Ruf in dieser Beziehung ist als ausgezeichnet bekannt, es genügt, deshalb auf das zu verweisen, was Brentano in seinem schon erwähnten Werke mitgetheilt hat, was von Buss, der Orden der barmherzigen Schwestern, Freiburg 1847, und Sintzel, Geschichte der Entstehung, Verbreitung und Wirksamkeit des Ordens der barmherzigen Schwestern, Regensburg 1847, berichtet ist¹⁾. Wie musterhaft die Pflege der Kranken, die öconomische Ordnung ist, wie umsichtig und uneigennützig die Verwaltung, das ist so allbekannt, dass es hier nicht des Weiteren ausgeführt zu werden braucht, es handelt sich hier nur um juristische und geschäftliche Momente.

Was nun zuvörderst die Kranken- und Waisenhäuser und dergl. Anstalten anlangt, so treten die Schwestern durch Uebernahme solcher Institute als Verwalter fremden Gutes auf, haben also nicht blos nach ihren Satzungen, sondern auch nach denen der übernommenen Anstalt und den Anordnungen des Eigenthümers (Kirche, Staat, Gemeinde) sich zu richten, sofern sie dadurch nicht in Collision mit ihren Constitutionen oder sonstigen kirchlichen Grundsätzen gerathen; sollte dies geschehen und eine gütliche Einigung nicht erzielt werden, so müssten sie die Verwaltung aufgeben.

Unter allen Umständen muss vor der Uebergabe ein gehöriger Contract geschlossen werden, mag das Institut unter einer kirchlichen oder weltlichen Behörde stehen.

Die Zahl der Schwestern und das ihnen zu gewährende Verwaltungshonorar müssen bestimmt werden; zur Vermeidung übler Nachrede thun die Schwestern in vielen Fällen gut, sich ausser der Wohnung, Beleuchtung und Heizung nur baares Geld auszubedingen, nicht aber die Beköstigung auf Rechnung der Anstalt; es kommt

¹⁾ Dass die barmherzigen Schwestern von diesen Autoren noch als „Orden“ bezeichnet werden, ist unerheblich.

dabei auf die Umstände, namentlich auf den Geist der Bevölkerung an, man muss wissen, ob man Verdächtigungen zu erwarten hat. Nimmt man baares Honorar, so muss die Verwaltung so eingerichtet sein, dass das anvertraute Gut von dem der Schwestern vollständig getrennt ist.

Ferner muss der Plan des Instituts geordnet, der Etat gehörig festgestellt sein, damit, was namentlich bei weltlichen Behörden vorkommen kann, Verwickelungen aus Etatsüberschreitungen vermieden werden; dagegen ist zu grosse Specialisirung des Etats und der Rechnungen, namentlich bei der Mund-Verpflegung, nicht wünschenswerth, hier muss vielmehr die Congregation verlangen, dass der Umsicht der Leiterinnen der nöthige Spielraum gewährt wird, dass wenigstens Ueberschreitungen bei einem Titel durch Ersparnisse in einem anderen compensirt werden und nur Innehaltung der Hauptsumme verlangt wird.

Wenn z. B. für vierzig Kinder und zwei Dienstboten ausgesetzt sind:

Für Brod	500 Thlr.
Fleisch	350 „
Mehl	80 „
dürres Gemüse (Reis, Erbsen u. dergl.)	80 „
Butter	120 „
grünes Gemüse u. dergl.	130 „
Summa	1260 Thlr.

so mag die Rechnung nach diesen Rubriken gelegt werden, die Aufsichtsbehörde muss sich aber contractlich damit begnügen, dass die Verwaltung mit der Totalsumme auskommt, innerhalb derselben aber muss dieser freie Hand gelassen sein. Entreprise-Contracte oder solche, die dieser Auslegung fähig sind, sind nicht zu schliessen, es ist viel besser, dass die Schwestern keine Gelegenheit haben, Etwas zum Besten des Vereins zu ersparen, als dass sie in theuren Jahren oder bei starker Belegung des Krankenhauses vom eigenen Vermögen zusetzen müssen oder — wie in dem berüchtigten Buche „Schwester Adolphe“ geschehen — dem, wenn auch ganz unbegründeten, Vorwurfe, sich auf Kosten der Verpflegten zu bereichern, ausgesetzt werden; am ehesten, wenn auch wegen der sehr complicirten Berechnung nicht zu empfehlen, ist ein Entreprise-Contract dahin zulässig, dass die Schwestern pro Kopf und Tag der Verpflegung bezahlt werden; dann müssen aber die feststehenden Ausgaben für Gesindelöhne, ärztliches Honorar, ferner die Arzneikosten, Ergänzung des Inventars u. s. w. ausgeschlossen sein, die Entreprise

muss sich auf die blossе Verpflegung beschränken; auch ist es dann nothwendig, dem Abkommen nur kürzere Dauer zu geben oder es auf die Voraussetzung gewisser Preise, z. B. wenn der Scheffel Roggen zwei Thaler kostet, zu basiren und für das Steigen des Roggenpreises eine angemessene Steigerung des Verpflegungssatzes festzusetzen; doch ist ein solcher Contract in der Ausführung höchst umständlich und deshalb unzweckmässig.

Wo Bekleidung gewährt wird, z. B. in Waisenhäusern, ist dieselbe nach Art und Stückzahl, auch nach der Tragezeit genau zu bestimmen.

Gut ist es ferner, wenn die Schwestern sich für ihre Wohnräume bestimmte Stuben anweisen lassen und dieselben nicht mit anderen vertauschen.

Die Competenz der Haus-Oberin in Betreff der Veränderungen und Reparaturen am Hause ist möglichst festzustellen, es kann nicht als vortheilhaft bezeichnet werden, wenn der Vorsteherin auch die grossen Reparaturen zur Bestreitung nach dem Etat überwiesen werden, dieselbe übernimmt dadurch eine Verantwortung, welcher sie wegen Mangels an technischen Kenntnissen nicht gewachsen ist; dergleichen Unternehmungen mag die Aufsichtsbehörde, welche die Schwestern immer hören muss, allein verantworten und aus besonderen Fonds tragen.

Als Reparaturen, welche für den Hausetat geeignet sind, können gelten: Das Weissen der inneren Räume, Umsetzen der Oefen, Reparatur und Erneuerung einzelner Fenster, Thür- und Schlösser-Reparaturen, kleinere Dachausbesserungen, kleinere Putzarbeiten und dergl.; die Aufsichtsbehörde würde zu besorgen haben: Abputz des Hauses von Aussen, neue Dielungen, Erneuerung der Treppen, einer ganzen Fensterflucht, Umlegen oder Erneuerung des Daches oder eines Theils von mehr als einer Quadrat-Ruthe, Veränderungen in den Scheidemauern, Einziehen neuer Balken und dergl. Es kommt jedoch hierbei auf die Beschaffenheit des Hauses und die Eigenschaften der Aufsichtsbehörde viel an.

Dagegen müssen die Schwestern sich völlig freie Disposition über die Unterbeamten und das Dienstpersonal ausbedingen und rücksichtslos jede Dienstperson entlassen, welche nicht gehorcht, nachlässig oder sonst verdächtig ist; zu grosse Milde in diesem Punkte bestraft sich hart. Bei der Uebnahme mag ein vollständiger Wechsel mit dem Dienstpersonal eintreten; gewöhnlich werden die Schwestern in weltliche Anstalten nicht aus Interesse für die Kirche berufen, sondern weil sie anerkannt gut, billig und treu

wirthschaften, sie werden deshalb von dem alten Dienstpersonal, welches nicht so gut und treu gewirkt hat, nur ungern gesehen und haben daher von diesem nur Widerspenstigkeit, Nachlässigkeit und Verleumdung zu gewärtigen, es ist also besser, dasselbe von vornherein zu entfernen.

Die Disposition über die Schwestern, Anstellung der Oberin u. s. w. muss lediglich der General-Oberin freistehen; wenn dies nicht contractlich festgesetzt ist, können leicht Widersprüche oder Einmischungen der weltlichen Behörden in die Disciplin stattfinden, welche dann, wenn überhaupt, nur mit den grössten Schwierigkeiten zu beseitigen sind.

Das Recht, die Aufnahme von Pfründnern, Kindern u. s. w. zu bestimmen, lässt sich die Aufsichtsbehörde in der Regel nicht nehmen, doch ist mit ihr dahin übereinzukommen, dass die Haus-Oberin in jedem einzelnen Falle gefragt werden muss und ihr ein Widerspruchsrecht zusteht. Ebenso muss im Falle von Excessen der Insassen den Schwestern freistehen, auf Untersuchung und Entfernung der Schuldigen anzutragen, auch bedürfen dieselben kleinerer Disciplinarbefugnisse, z. B. der Entziehung gewisser Annehmlichkeiten, des Verbots des Ausgehens, kurzer Arreste für die Pfründner und Kinder und dergl.; Neu-Aufgenommenen sind die Schwestern immer als ihre Vorgesetzten vorzustellen.

Bei der Uebernahme ist grosse Vorsicht wegen richtiger Uebergabe des Inventars dringend zu empfehlen; das Geschäft kann zwar sehr langwierig und mühsam sein, die Schwestern laufen aber, wenn es flüchtig vorgenommen wird, die Gefahr von Verlusten und grossen Unannehmlichkeiten, weil sie für das, was sie als übernommen anerkannt haben, auch einstehen müssen; zu grosses Vertrauen kann hier bittere Folgen haben.

Die Auflösung des Vertrages ist immer vorherzusehen und eine, beiden Theilen zustehende, Kündigungsfrist zu verabreden; Gründe zur Kündigung brauchen nicht verlangt zu werden; will eine Behörde den Schwestern die Anstalt wieder abnehmen, so wird sie immer Gründe finden, auch ist die Stellung der Schwestern jedenfalls unhaltbar, wenn sie nur wegen des Mangels des festgesetzten Kündigungsgrundes sich wider den Willen des Eigenthümers in dem Institut zu behaupten vermögen; übrigens kann die Congregation selbst mit der Zeit sehr erhebliche Gründe finden, die Anstalt zu verlassen.

Was von der Führung eigener Anstalten, der Innehaltung des Planes u. s. w. gesagt ist, gilt in noch erhöhtem Grade bei fremden

Krankenhäusern und dergl., und ist hier eine noch grössere Vorsicht namentlich in Bezug auf Feuersgefahr und Hausdiebe anzuwenden und für gehörigen und steten Verschluss aller Räumlichkeiten zu sorgen, welche nicht offenstehen müssen. Zu bemerken ist auch, dass in Oesterreich die Austreibung von Schwestern aus dem grossen Hospitale in Wien erfolgt ist, weil man, wenn auch gewiss mit Unrecht, behauptete, dass sie von den Vorschriften der Aerzte in Betreff der Behandlung und Diät willkürlich abgewichen seien; die sorgsame Beobachtung dieser Vorschriften ist übrigens anderwärts sehr rühmend hervorgehoben worden.

Bei Uebernahme einzelner Classen oder ganzer Elementarschulen sind ebenfalls die Emolumente festzusetzen, es wird aber nicht immer möglich sein, die Bestimmung der Lehrerinnen durch die General-Oberin allein, ohne Concurrenz der Schulbehörde durchzusetzen, doch ist es im Interesse der Disciplin zu versuchen. Wenn nicht schon eine Station am Orte ist, von welcher aus die Schule besucht werden kann, so muss der Gehalt so bemessen werden, dass mindestens noch eine, für die Oeconomie des Hauses nöthige, Schwester davon leben kann; da die Schwestern so äusserst genügsam sind, wird die Forderung immer noch geringer sein, als die Kosten bei Anstellung von weltlichen Lehrern. In Betreff der Wohnung ist aus practischen Gründen grosse Vorsicht anzurathen, damit nicht Collisionen mit anderen Familien, welche in demselben Hause wohnungsberechtigt sind, entstehen.

Die Lehrschwestern sind der gesetzlichen Schulaufsicht unterworfen und müssen sich den gesetzlichen und obrigkeitlichen Anordnungen in Betreff des Lehrplans, der Bücher u. s. w. fügen; sie haben der Schulbehörde, namentlich dem Revisor und Schul-Inspector gegenüber die Stellung der öffentlichen Lehrer.

Die Verhandlungen zur Uebernahme der Schule werden zunächst zwischen der Ortsbehörde und der General-Oberin geführt, welche die Erlaubniss zur Gründung der Station beim Bischofe nachzusuchen hat; vergl. den vorigen Paragraphen. Der Contract ist von der Districtsbehörde, in Preussen der königlichen Regierung, zu bestätigen, ebenso von dem Bischofe in kirchlicher Beziehung, mitunter, wo die Gesetzgebung ihm dieses Recht gelassen hat, auch in Betreff der Anstellung der Schwestern als Lehrerinnen.

Wenn den Schwestern nur einzelne Classen übertragen werden sollen, so ist dringend zu empfehlen, solche nur von oben herab, also zuerst die oberste u. s. w. anzunehmen, weil der Lehrer der höheren Classe immer bereit ist, etwaige geringe Erfolge seines

Unterrichts auf die ungenügende Ausbildung in den unteren Classen zu schieben, ein sehr bequemes Mittel, ihren Ruf zu schädigen, also ihren Gegnern nicht geboten werden darf. Häufig wird den Schwestern im Falle einer Vacanz eine Classe übergeben, oftmals mit der Absicht, nach und nach die ganze Schule in ihre Hände gelangen zu lassen.

Wenn ein höherer Lehrergehalt mit der höheren Classe verbunden ist, welche Einrichtung sich, nicht zum Vortheile des Schulwesens, noch oft genug findet, wird der Schulrevisor oder wer sonst dazu competent ist, gut thun, dahin zu wirken, dass dem angestellten, weltlichen Lehrer der pecuniäre Vortheil nicht entgeht, den er gehabt haben würde, wenn die Schwestern nicht an die Schule berufen worden wären; hierdurch kann dem Entstehen von Hass und Hader von vornherein vorgebeugt werden.

Einige Beispiele von Contracten mögen nun noch hier eine Stelle finden.

1.

Contract zwischen der Armenhausstiftung zu N., vertreten durch das Curatorium.... und der Congregation der Schwestern, vertreten durch ihre General-Oberin N. N.

§. 1.

Die Congregation übernimmt vom 18 .. ab die innere Verwaltung der Armenhausstiftung zu N.; die General-Oberin wird zum bestimmten Termine fünf geeignete Schwestern dorthin absenden und immer diese Anzahl dort stationirt halten; unter den Schwestern müssen zwei ausgebildete Lehrerinnen sein.

Eine der Schwestern wird Oberin der Anstalt sein; die Ernennung der Oberin und die ganze Besetzung der Anstalt steht der General-Oberin allein zu.

Die Anstalts-Curatoren sind nicht ermächtigt, die Oberin oder eine andere Schwester ab- oder ausser Thätigkeit zu setzen; sie haben nur das Recht, wenn sie es im Interesse der Anstalt nöthig finden sollten, sich beschwerdeweise an die General-Oberin zu wenden, welche die Sache untersuchen und ihren berechtigten Wünschen nach Möglichkeit entgegen kommen wird.

§. 2.

Die Oberin führt den Haushalt nach Massgabe der Anstaltsstatuten und ebenso das Inventarien-Verzeichniss; sie schafft nach Massgabe des Etats die für den Unterricht und den Haushalt nöthigen Gegenstände an, trägt sie in das Inventarium ein und setzt die unbrauchbar gewordenen Stücke aus demselben ab.

§. 3.

Die Oberin führt die Rechnung; sie erhält von dem Rendanten die Etatssumme von Thalern in vierteljährigen Raten pränumerando ausgezahlt und legt darüber Rechnung; die Rechnung ist durch die Quittungen der Verkäufer zu belegen mit Ausnahme der Gegenstände, welche auf dem Wochenmarkt gekauft werden einschliesslich der Sommerbutter.

(Anmerkung. Für die Waaren, welche mitunter in kleineren Quantitäten, z. B. Gewürze, vom Kaufmann entnommen werden, wird ein Bestimmungsbuch geführt, welches mit dem Contobuch des Kaufmanns übereinstimmt und der Rechnung als Belag beigelegt wird; das Verfahren ist übrigens allbekannt.)

§. 4.

Die Schwestern stehen in kirchlicher und disciplinarischer Beziehung lediglich unter der General-Oberin und dem Hochwürdigsten Herrn Bischofe von N.

Die Innehaltung der Tagesordnung muss so eingerichtet sein, dass der Unterricht und das Hauswesen dabei nicht leiden.

§. 5.

Bezüglich des Unterrichtes in der Anstalt, welcher von den Lehrerinnen in zwei Classen zu geben ist, müssen die Schwestern die staatlichen Bestimmungen einhalten.

§. 6.

Die Mädchen, welche in der Anstalt aus den Stiftungsfonds zu unterhalten sind, werden den Schwestern durch die Curatoren überwiesen, nachdem die Oberin sich mit der Aufnahme einverstanden erklärt hat.

§. 7.

Die Mädchen, welche in der Anstalt unterhalten werden, können von der Oberin auch zu Haus-, Garten- und Küchen-Arbeiten ausser den Unterrichtsstunden angehalten werden.

§. 8.

Die Schwestern erhalten für Rechnung der Anstalt ausser der von dieser allein in Stand zu haltenden Wohnung und dem Inventar derselben noch Heizung, Kost, Beleuchtung und Wäsche.

Die Betten der Schwestern und ihre gesammte Bekleidung müssen aus ihren eigenen Fonds beschafft und im Stande gehalten werden, ebenso ihre Bücher ausser den zum Unterricht nöthigen, alles Uebrige gewährt die Anstalt.

§. 9.

Für jede Schwester wird jährlich von der Anstaltscasse die Summe von 30 Thalern (in Worten) in vierteljährigen Raten pränumerando durch den Rendanten an die Haus-Oberin gezahlt.

§. 10.

Ueber die zu §. 9. gewährten Gelder legen die Schwestern keine Rechnung.

§. 11.

Ersparnisse von dem Etat (§. 2.) kommen der Anstalt zu Gute; Ueberschreitungen des Etats müssen von den Anstalts-Curatoren genehmigt werden; im Falle Streitigkeiten darüber entstehen sollten, entscheidet der Hochwürdigste Herr Bischof von N.

§. 12.

Die Anstellung und Entlassung des Dienstpersonals steht lediglich der Haus-Oberin zu.

§. 13.

Der Etat für die Verwaltung der Schwestern nimmt nur ganz kleine Reparaturen am Hause an, wegen jeder grösseren Ausbesserung oder Abänderung hat die Oberin sich an das Curatorium zu wenden, welches auch die Ausführung besorgt. Unter kleinen Reparaturen sind solche gedacht, deren Kostenbetrag einzeln nicht fünf Thaler übersteigt.

§. 14.

Die General-Oberin hat das Recht der Visitation; sie soll befugt sein, bei derselben nicht bloß die Führung der Schwestern und deren eigenes Hauswesen, wie ihr nach den Constitutionen zusteht, sondern auch die Einrichtung der Anstalt zu prüfen und Anträge bei dem Curatorium zu stellen.

Ort, Datum und Unterschriften.

E t a t s t i t e l.

- Tit. I. Verpflegung. a. Brod. b. Fleisch. c. Mehl. d. Butter.
e. Dürres Gemüse. f. Grünes Gemüse u. Kraut. g. Zucker,
Gewürze und dergl. h. Bier oder Wein.
- Tit. II. Brennmaterialien und Hackerlohn.
- Tit. III. Beleuchtung.
- Tit. IV. Bekleidung. Dieselbe ist einjährige und dreijährige.
Jedes Kind erhält jährlich ein Kleid, zwei Hemden,
zwei Paar Schuhe u. s. w.; alle drei Jahre einen
Mantel und dergl.
- Tit. V. Instandhaltung des Inventars.
- Tit. VI. Reinigung der Wäsche.
- Tit. VII. Reparaturen am Hause und der Umwährung.
- Tit. VIII. Lohn der Dienstleute.
- Tit. IX. Aerztliches Honorar und Medicamente.
- Tit. X. Kleine häusliche Bedürfnisse.
- Tit. XI. Unterrichtsmittel und Schreibmaterialien.
- Tit. XII. Insgemein.

2.

Zwischen dem unterzeichneten Vorstande des Knapp-
schafts-Vereins der Gesellschaft für Bergbau
und Zinkhütten-Betrieb und der ehrwürdigen General-
Oberin der zu N. wurde nachstehender Vertrag
geschlossen:

§. 1.

Die genannte ehrwürdige General-Oberin verpflichtet sich, zwei
Lehrerinnen für den Unterricht in zwei Mädchenklassen der hiesigen
Knappschaftschule vom 1. August d. J. ab zu überweisen.

§. 2.

Der Knappschafts-Verein der Gesellschaft verpflichtet
sich dagegen, zum Unterhalte der zwei Lehrerinnen zu gewähren:

- a. freie Wohnung in den Räumen des Schulhauses,
- b. freie Beheizung der Wohnung sowohl, als der Schullocale,
erstere bestehend aus fünfzig Tonnen Kleinkohlen, letztere
wie bei den übrigen Schulclassen hiesiger Schule,
- c. einen Jahrgehalt für jede Lehrerin von einhundert und
fünfzig Thalern, zusammen also dreihundert Thalern, zahl-
bar in monatlichen Raten pränumerando.

§. 3.

Der zu ertheilende Unterricht muss nach dem von der königlichen Regierung zu N. zu genehmigenden Unterrichtsplane ertheilt, die allgemein festgesetzten Lehrgegenstände müssen gewissenhaft innegehalten, die monatlichen Absenten-Listen sorgsam geprüft, die angeordneten Schulferien beobachtet und die Betriebs-Uebersicht in dem Wochenbuche genau geprüft werden.

Ausser den im Schulplane festgesetzten Unterrichtsgegenständen und Lehrstunden verpflichten sich die Lehrerinnen in wöchentlich acht Stunden allen die Knappschaftsschule besuchenden Mädchen in weiblichen Arbeiten, als Nähen, Stricken, Ausbessern, Stopfen u. s. w., Unterricht zu ertheilen und es soll dieser Unterricht ebenfalls in den Stundenplan aufgenommen werden. Die ehrwürdigen Lehrerinnen unterwerfen sich der Controlle der Oberaufsichtsbehörde, sowie des Knappschafts-Vorstandes.

§. 4.

Beiden Theilen steht eine einjährige Kündigung frei.

Ort, Datum und Unterschriften.

3.

Abkommen zwischen dem Kreise M. und der Congregation der Schwestern vom heiligen Carl, betreffend die Uebernahme der Krankenpflege in der ständischen Kreis-Krankenanstalt zu M.

§. 1.

Die Schwestern aus der Congregation des heiligen Carl übernehmen in dem vom Kreise M. in der Stadt gegründeten ständischen Kreis-Krankenhaus die gesammte Krankenpflege, ohne Ausnahme, von männlichen und weiblichen Personen, insoweit ihnen diese durch den Arzt oder den Vorsitzenden der ständischen Krankenhaus-Deputation überwiesen werden, ohne Rücksicht auf das Alter, namentlich aber auf das religiöse Bekenntniss und verpflichten sich, alle Kranken mit gleicher Sorgfalt zu warten und zu pflegen; auch für den Fall eines dringenden Bedürfnisses, insoweit es ihre Ordensregel gestattet, in einzelnen Fällen ausserhalb des Hauses Schwerkranke zu pflegen.

§. 2.

Die Mittel zum Unterhalt der Kranken, sowie der Schwestern selbst gewährt der Kreis und wird zu diesem Zweck der Vorsteherin des Hauses nach Massgabe der vorhandenen Mittel des von der Kreis-Versammlung festgesetzten Etats ein offener Credit bei der Kreis-Communal-Casse gewährt. Ueber die Verwendung aller Gelder legt die Oberin des Hauses vierteljährlich generelle Rechnung. Den Schwestern wird in Bezug auf die Krankenpflege die innere Einrichtung und Verwaltung des Hauses, der Nebengebäude und des Gartens und die Disciplin im Hause freie Hand gelassen, nur haben sie in Bezug auf die Art der Krankenpflege sich mit dem betreffenden Anstaltsarzt in Einvernehmen zu setzen.

§. 3.

Alle nöthigen Einrichtungen im Hause, sowie die Anschaffung der Möbel, Utensilien, Wäsche und Geschirre werden nach dem Wunsche der Schwestern von der Krankenhaus-Deputation besorgt, jedoch sind in keiner Art hierdurch die der Oberin nöthig erscheinenden, durch das augenblickliche Bedürfniss gebotenen neuen Anschaffungen aufzuhalten. — Ueber das gesammte Inventarium des Hauses führen die Schwestern ein vollständiges Register.

§. 4.

Zur Bestreitung ihrer eigenen Bedürfnisse erhält jede der Schwestern jährlich sechsunddreissig Thaler in vierteljährlichen Raten pränumerando gegen einfache Quittung aus der Kreis-Communal-Casse ausgezahlt und haben die Schwestern über die Verwendung dieses Geldes in keiner Art eine Rechnung zu geben.

§. 5.

Speisungen von Armen und Kranken ausserhalb des Hauses werden nicht gestattet. Eben so wenig dürfen Almosen im Hause gewährt werden, falls nicht eine Ausnahme-Bestimmung durch den Vorsitzenden der Kranken-Deputation getroffen wird.

§. 6.

Alle Zuwendungen jeglicher Art dürfen nur im Interesse der Krankenpflege im Hause verwendet werden.

§. 7.

Sollten Umstände eintreten, die es dem einen oder dem andern Theil wünschenswerth oder nothwendig erscheinen lassen, dieses

Abkommen aufzuheben, so muss eine halbjährige Aufkündigung vorausgehen.

§. 8.

In das religiöse Leben der Schwestern hat sich der Kreis in keiner Art zu mischen und es steht ihm über die persönlichen Verhältnisse der Schwestern kein Aufsichtsrecht zu, vielmehr haben in dieser Beziehung die Schwestern lediglich ihren Ordensregeln und kirchlichen Oberen Gehör zu geben.

§. 9.

Die Kreis-Versammlung des Kreises M. verpflichtet sich durch die Krankenhaus-Deputation für die Schwestern aus allen Kräften zu sorgen und auf's Bereitwilligste jedem ihrer Wünsche nachzukommen, so wie sich auch jeder ungerechtfertigten Einmischung in die Krankenpflege zu enthalten, und haben sich die Schwestern immer zunächst an den Landrath des Kreises, als den Vorsitzenden der Krankenhaus-Deputation, zu wenden.

Unterschriften.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um eine Andeutung über die Form solcher Contracte zu geben; in denselben wurden einige der oben erwähnten Vorsichtsmassregeln nicht für nöthig erachtet, auch hat bis jetzt noch kein Grund vorgelegen, diese Unterlassung zu bereuen; wie weit man der Liberalität der weltlichen Behörden vertrauen kann, muss in jedem einzelnen Falle erwogen werden.

Dass die bei Buss und Sintzel¹⁾ bereits abgedruckten Contracte und Reglements hier nicht wiedergegeben werden, wird, wie ich glaube, nicht getadelt werden können.

S c h l u s s.

Im Eingange dieser Schrift, sowie in dem, als „Plan und Eintheilung“ bezeichneten Vorwort wurde schon gesagt, dass eine Apologie dieser herrlichen Schöpfungen der Kirche nicht beabsichtigt ist; eine solche wäre überflüssig, nicht blos, weil andere, beredtere Autoren in schwungvollerer Sprache gesagt haben, was zu sagen

1) In den §. 3., Eingang, erwähnten Werken.

war, weil längst durch Zahlen, durch Anerkenntnisse von Personen aller Confessionen die ausserordentlichen Leistungen dieser Vereine bewiesen sind, sondern vorzugsweise, weil die segensreiche Wirksamkeit der Schwestern durch ihre Thaten hinreichend bekannt ist; es bedarf keiner rühmenden Worte, wo Jedermann, der Arme, welcher auf elendem Krankenlager siecht, die Bankiersfrau, die in prachtvoll ausgestattetem Schlafzimmer einen schmerzlichen Tod vor sich sieht und ihm zu entgehen sucht, der Krieger im Feldlazareth und das verlassene Waisenkind, welches eine weise und zärtliche Mutter in der barmherzigen Schwester gefunden hat, ihren Segen kennen, ihre Herzen lieben, ihren Muth und Opfersinn bewundern gelernt hat.

Möge die kleine Schrift, welche dieser Kenntniss, dieser Liebe und Bewunderung entsprungen ist, dazu beitragen, diese wundervollen Blüthen, welche die christliche Liebe hervorgebracht und die Weisheit der Kirche gepflegt hat, vor Schaden zu bewahren, möge sie denen, welchen die Fürsorge für dieselben anvertraut ist, ihr Amt erleichtern und zu ihrer Erhaltung und Förderung die glücklichen Wege finden lassen.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um eine Andeutung über die Form solcher Contracte zu geben; in denselben wurden einige der oben erwähnten Vorsichtsmaßregeln nicht für nöthig erachtet, auch hat bis jetzt noch kein Grund vorgelegen, diese Unterlassung zu bereuen; wie weit man der Liberalität der weltlichen Behörden vertrauen kann, muss in jedem einzelnen Falle erwogen werden.

Dass die bei Buss und Sintel¹⁾ bereits abgedruckten Contracte und Reglements hier nicht wiedergegeben werden, wird, wie ich glaube, nicht getadelt werden können.

Im Eingange dieser Schrift, sowie in dem, als „Plan und Uebersicht“ bezeichneten Vorwort wurde schon gesagt, dass eine Apologie dieser herrlichen Schöpfungen der Kirche nicht beabsichtigt ist; eine solche wäre überflüssig, nicht bloss, weil andere, bedeutendere Autoren in schwungvoller Sprache gesagt haben, was zu sagen

¹⁾ In den 2. u. 3. Theilen, erschienen in Berlin.

In gleichem Verlage sind erschienen von:

A. Leguay,

Generalvicar von Perpignan,

Die vollkommene Ordensfrau oder der Weg der Vollkommenheit im geistlichen Leben. Zum Gebrauche geweihter Personen. Aus dem Französischen. Zweite Auflage. Mit Approbation des Hochwürdigsten Herrn Bischofs von Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. 36 kr. — 27 Sgr.

Der Beruf zum Ordensstande. Oder gründliche Anleitung, um im Postulat oder Noviziat den wahren vom falschen Beruf zu unterscheiden. Aus dem Französischen. Mit Approbation des Hochwürdigsten Herrn Bischofs von Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. — 18 Sgr.

Der Weg zur wahren Tugend. Eine Anleitung zur christlichen Vollkommenheit für Alle, sie mögen in der Welt, oder im geistlichen oder Ordensstande leben. Aus dem Französischen. Mit Approbation des Hochwürdigsten Herrn Bischofs von Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. 21 kr. — 21½ Sgr.

Die Novizenmeisterin, ihr Amt und ihre Pflichten. Zum Gebrauche jener Personen, welche beauftragt sind, Seelen zur christlichen und klösterlichen Vollkommenheit anzuleiten. Aus dem Französischen. Mit Approbation des Hochwürdigsten Herrn Bischofs von Mainz. gr. 8. geh. 1 fl. — 18 Sgr.

Ferner erschienen daselbst:

Ravignan, P. V., aus der Gesellschaft Jesu, **Geistliche Uebungen für Ordensfrauen,** sowie für Alle, welche nach christlicher Vollkommenheit streben. Nach der zweiten französischen Auflage von **Heinrich Schröder.** gr. 8. geh. 42 kr. — 12 Sgr.

Leben der ehrwürdigen Mutter Maria Anna (Maria de la Fruglaye), Klosterfrau der Congregation de Notre-Dame. Autorisirte Uebersetzung. Mit einem Porträt. Zum Besten eines frommen Zweckes. gr. 8. geh. 2 fl. 42 kr. — 1 Rthlr. 15 Sgr.

Leben der heiligen Maria Franzisca von den fünf Wunden Jesu Christi, weltlichen Professschwester vom dritten Orden des heiligen Franziscus, nach der Regel des heiligen Peter von Alcantara, in Neapel. Heilig gesprochen am 29. Juni 1867. Nach dem Italienischen bearbeitet von **A. Richard,** Weltpriester. Mit dem Bildnisse der Heiligen in Stahlstich. gr. 8. geh. 1 fl. 36 kr. — 27 Sgr.

F. X. BEER
kgl. Hofbuchbinder
MÜNCHEN
Lederergasse N^o 25.

Schuppe, Franz

Das Wesen und die Rechtsverhältnisse der neueren religiösen
Frauengenossenschaften zum practischen Gebrauche dargestellt

Mainz 1868

H.mon. 537 c

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10137576-8